# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

## 107. Sitzung

Hannover, den 16. Mai 2002

## Inhalt:

Tagesordnungspunkt 14:	Tagesordnungspunkt 15:		
Aktuelle Stunde	Erste Beratung:		
	Ausbau der Binnenwasserstraßen und stärkere		
a) Ministerpräsident Gabriel erdrückt den länd-	Nutzung der Potenziale der Binnenschifffahrt -		
lichen Raum - Menschen in der Fläche wieder	Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3342 10636		
Luft zum Atmen geben - Antrag der Fraktion der	<b>Buß</b> (SPD)		
CDU - Drs. 14/337710613	Wiesensee (CDU)10637		
<b>Wulff</b> (Osnabrück) (CDU)10613	Klein (GRÜNE)10639		
<b>Plaue</b> (SPD)10615	Adam (SPD)		
Golibrzuch (GRÜNE)	Ausschussüberweisung10640		
Busemann (CDU)	-		
Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Techno-	Tagesordnungspunkt 16:		
logie und Verkehr			
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft	Erste Beratung:		
und Forsten	Modellprojekt "Niedersachsen Schule 21 - Selb-		
	ständige Schule" - Entwicklungsspielräume für		
b) Schicht im Schacht? Endlich ernst machen mit	lernende Schulen erweitern - Antrag der Fraktion		
der vergleichenden Endlagersuche in der gesam-	Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3353 10640		
ten Bundesrepublik! - Antrag der Fraktion Bündnis	Frau Litfin (GRÜNE)10641, 10648		
90/Die Grünen - Drs. 14/3382	Jürgens-Pieper, Kultusministerin 10643, 10647		
Frau Harms (GRÜNE)10623, 10628	<b>Meinhold</b> (SPD)10644, 10649		
Schwarzenholz (fraktionslos)10624	Frau Vockert (CDU) 10646, 10650		
<b>Eppers</b> (CDU)10625	Ausschussüberweisung		
Inselmann (SPD)10626			
Jüttner, Umweltminister	Tagesordnungspunkt 23:		
c) Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt -	Erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum		
Tariftreue jetzt sichern - Antrag der Fraktion der	fortsetzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs.		
SPD - Drs. 14/338410630	14/3370		
Adam (SPD)10630	Ausschussüberweisung10650		
Hagenah (GRÜNE)10631			
<b>Möllring</b> (CDU)10633			
Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Techno-			
logie und Verkehr10634			
<b>Plaue</b> (SPD)			
Wulff (Osnabriick) (CDU) 10635			

Tagesordnungspunkt 25:	Tagesordnungspunkt 21:		
Tariftreue unterstützen - Korruption bekämpfen	Besprechung:		
- Niedersächsische Bauwirtschaft stärken - Antrag	Zwischenbilanz der Städtebauförderung in		
der Fraktion der SPD - Drs. 14/3372	Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion der		
Ausschussüberweisung	SPD - Drs. 14/3172 - Antwort der Landesregierung -		
Ausschussuber weisung 10051	Drs. 14/3416		
T	Wolf (SPD)		
Tagesordnungspunkt 17:	Bartling, Innenminister		
	<b>Decker</b> (CDU)		
Erste Beratung:	Hagenah (GRÜNE)		
Einrichtung einer Härtefallkommission - Antrag	<b>Beckmann</b> (CDU)10689, 10692		
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3354	Harden (SPD)1069		
Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE) 10651, 10657	Tagesordnungspunkt 22:		
<b>Biallas</b> (CDU)			
Harden (SPD) 10654	Erste Beratung:		
Bartling, Innenminister 10656	Neuer PEP für die Staatsmodernisierung - Antrag		
Ausschussüberweisung	der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3368		
Č	10693		
Tagesordnungspunkt 18:	Hagenah (GRÜNE)10693, 10693		
1 45 45 67 4 11 4 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5	Frau Meyn-Horeis (SPD)1069		
Erste Beratung:	Althusmann (CDU)		
Förderung des Niederländischunterrichts an	Bartling, Innenminister		
	Frau Leuschner (SPD)		
niedersächsischen Schulen - Antrag der Fraktion	Ausschussüberweisung		
der CDU - Drs. 14/3356	Ausschussuber weisung10/0		
Kethorn (CDU)	T111-24.		
Frau Litfin (GRÜNE)	Tagesordnungspunkt 24:		
Jürgens-Pieper, Kultusministerin			
Wulf (Oldenburg) (SPD)	Erste Beratung:		
Ausschussüberweisung 10665	Arzneimittelversorgung verbessern, Versand-		
	handel zulassen, Arzneimittelsicherheit stärken,		
Tagesordnungspunkt 19:	Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medi-		
	kamente erhalten - Antrag der Fraktion der SPD -		
Erste Beratung:	Drs. 14/33711070		
Modulation für eine Agrarwende auch in Nieder-	<b>Schwarz</b> (SPD)10701, 10703, 10709		
sachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die	Frau Zachow (CDU)1070		
Grünen - Drs. 14/3366	Frau Pothmer (GRÜNE)10700		
Klein (GRÜNE)	<b>Wulff</b> (Osnabrück) (CDU)10707, 10708		
Will (SPD)	Ausschussüberweisung 10709		
<b>Ehlen</b> (CDU)	C		
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft	Tagesordnungspunkt 26:		
und Forsten	- 1.6.1.1.1.1.1.2.1.2.1.1.1.1.1.1.1.1.1.1.		
Ausschussüberweisung	Erste Beratung:		
Ausschussuber weisung 100/2	Freiwilliges Ökologisches Jahr - Anzahl der		
To go go and num gan unlet 20.	Teilnehmerplätze der Nachfrage anpassen -		
Tagesordnungspunkt 20:			
F B	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.		
Erste Beratung:	14/3374		
Umsetzung der AGENDA 21 in Niedersachsen	Frau Steiner (GRÜNE)		
10 Jahre nach der Konferenz von Rio - Antrag der	Frau Trost (CDU)		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3367 10673	Grote (SPD)		
Frau Steiner (GRÜNE) 10673	Ausschussüberweisung		
<b>Behr</b> (CDU)10674			
Frau Somfleth (SPD)	Nächste Sitzung10714		
Hagenah (GRÜNE) 10678			
Jüttner, Umweltminister			

#### Vom Präsidium:

Wernstedt (SPD) Präsident Vizepräsident Gansäuer (CDU) Vizepräsidentin Goede (SPD) Vizepräsident Jahn (CDU) Vizepräsidentin Litfin (GRÜNE) Schriftführer Biel (SPD) Schriftführerin Eckel (SPD) Schriftführerin Groneberg (SPD) Schriftführerin Hansen (CDU) Schriftführer Lanclée (SPD) Schriftführerin Saalmann (SPD) Schriftführerin Schliepack (CDU) Schriftführer Schlüterbusch (SPD) Schriftführer Sehrt (CDU)

Schriftführerin Vogelsang (CDU)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)

Innenminister Bartling (SPD)

> Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Dr. Trauernicht (SPD)

Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)

Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Dr. Knorre

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bartels (SPD)

Justizminister Dr. Pfeiffer (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)

Umweltminister Jüttner (SPD)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff (SPD)

Staatssekretär Dr. Wewer, Niedersächsisches Kultusministerium

Staatssekretärin Dr. Grote,

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,

Technologie und Verkehr

Staatssekretär Schulz,

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,

Landwirtschaft und Forsten

Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Justizministerium

Beginn: 9.01 Uhr.

#### Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 107. Sitzung im 41. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode. Die Beschlussfähigkeit werde ich zu gegebener Zeit feststellen.

Zur heutigen Tagesordnung einige kurze Anmerkungen: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 14 - Aktuelle Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.50 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen: In der Portikushalle wird Ihnen um 14.15 Uhr das Blasorchester der Musikakademie in Perm eine Darbietung bringen. Ich empfehle diese Veranstaltung Ihrer Aufmerksamkeit, vor allem Ihren Ohren.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

#### Schriftführer Sehrt:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Herr Finanzminister Aller, von der Fraktion der SPD Herr Collmann, Herr Groth, Frau Merk sowie Frau Dr. Andretta und von der Fraktion der CDU Frau Pruin vormittags.

#### Präsident Wernstedt:

Wir sind damit bei

Tagesordnungspunkt 14:

## **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor:

a) Ministerpräsident Gabriel erdrückt den ländlichen Raum - Menschen in der Fläche wieder Luft zum Atmen geben - Antrag der Fraktion der CDU-Drs. 14/3377 -, b) Schicht im Schacht? Endlich ernst machen mit der vergleichenden Endlagersuche in der gesamten Bundesrepublik! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Dr. 14/3382 - und c) Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt - Tariftreue jetzt sichern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3384.

Es stehen insgesamt 60 Minuten Redezeit zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann höchstens über 20 Minuten Redezeit verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen - so wie heute -, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag - auch von Mitgliedern der Landesregierung - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich eröffne die Beratung zu

a) Ministerpräsident Gabriel erdrückt den ländlichen Raum - Menschen in der Fläche wieder Luft zum Atmen geben - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3377

Das Wort hat der Abgeordnete Wulff.

## Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich zitiere jetzt nicht die CDU-Landtagsfraktion, sondern den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund,

(Zurufe von der SPD)

der davon spricht, dass ein Schließungsrausch über Niedersachsen geht und immer mehr Behörden, Einrichtungen und infrastrukturell notwendige Institutionen des ländlichen Raumes vernichtet werden. Es gibt in Niedersachsen einen Abzug von Behörden. Wenn mal etwas Neues, Innovatives eingeführt wird - wie das elektronische Mahngericht -, geht es in einen Ballungsraum.

Die Zusage des Ministerpräsidenten, wenigstens im Landes-Raumordnungsprogramm eine Bestimmung vorzusehen, damit der ländliche Raum bei Behördenstandorten berücksichtigt werden soll, fehlt gänzlich. Wir haben das gestern gehört.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Niedersachsen hat die geringste Polizeidichte Deutschlands, und in Flächenlandkreisen, in großen Räumen, ist nachts gerade noch ein Polizeifahrzeug im Einsatz. Es gibt einen Rückzug der Sparkassen. Der Ministerpräsident ist völlig falsch aufgestellt, wenn er meint, man könne die Probleme in diesem Bereich lösen, indem man die Vergabegrenzen bei Krediten anhebt und dann Basel II beispielsweise gar nicht anwendbar sei. Es geht nicht um die Zinskonditionen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, sondern es geht letztlich darum, ob sie im ländlichen Raum überhaupt noch eine Sparkasse oder eine Genossenschaftsbank vorfinden, die ihnen Kredite gibt.

(Möhrmann [SPD]: Jedenfalls finden sie kaum noch eine Privatbank vor!)

- Herr Möhrmann, wir erleben in diesen Tagen eine Initiative Ihrerseits, die zur Beratung ansteht, um den Apotheken durch Förderung des Versandhandels und durch die Abschaffung der Bevorratungspflicht für Impfstoffe den Garaus zu machen. Wir erleben, dass Sie im Bundeskabinett in diesen Tagen die Bedingungen für Buchhandlungen verschlechtern und für Buchklubs einseitig begünstigen. Als dann der deutsche Kulturstaatsminister Nida-Rümelin gefragt wurde, ob das nicht zum flächendeckenden Aus für Buchhandlungen führt, hat er wörtlich erklärt: Wenn das so käme, könnte man das Gesetz ja wieder ändern. - Das ist Ihr Umgang mit Institutionen und Einrichtungen in der Fläche Deutschlands und Niedersachsens!

(Beifall bei der CDU - Frau Pawelski [CDU]: So ist es!)

In den letzten Jahren wurden im ländlichen Raum zehn Krankenhäuser geschlossen. Die Tatsache, dass Sie die zweitgeringsten Investitionskostenzuschüsse in Deutschland zahlen, führt dazu, dass wir auf die Folgen der Fallkostenpauschale am allerwenigsten vorbereitet sind. 30 % der Krankenhäuser in der Fläche Niedersachsens stehen in Gefahr, bis 2012 geschlossen zu werden. Sie tun überhaupt nichts dagegen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben Sie die Schließung von 117 Lotto/Toto-Annahmestellen gebilligt und abgesegnet. Man könnte sich fragen, was das den Niedersächsischen Landtag angeht; das sei eine Frage von minderer Bedeutung. Aber wenn Sie in die kleinen Dörfer und Gemeinden Niedersachsens gehen, dann werden Ihnen die Leute sehr schnell sagen, dass die Existenz einer Kneipe oder eines Dorfladens gerade an dieser Einrichtung hängt, weil die Menschen dadurch im ländlichen Raum verbleiben, verweilen und Geschäfte tätigen.

Jetzt gibt es die Entwicklung, dass die Kommunen Niedersachsens existenziell in Gefahr gebracht werden. Sie kürzen den kommunalen Finanzausgleich jährlich um 500 Millionen Euro.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das hat zur Folge, dass gerade die Struktur der kreisangehörigen Gemeinden nicht so bleibt, wenn wir die Politik nicht grundlegend verändern. Manche Gemeinde in Niedersachsen liegt geografisch mittendrin, aber infrastrukturell voll daneben, weil Sie die Mittel für den Landesstraßenbau um 70 % gekürzt und das Radwegeprogramm an Landesstraßen gestrichen haben. Beim Schienenverkehr wird mancher Ort zur Durchfahrtsstation anstatt zum Haltepunkt.

Ich fordere Sie dazu auf, dass wir im Landtag einen Konsens über die Wichtigkeit des ländlichen Raums erzielen und gegebene Zusagen auch einhalten. Herr Gabriel hat am 8. Dezember 2000 erklärt, dass er und Uwe Bartels entschieden hätten, "das bisherige Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufzuwerten und zu einem Ministerium für den ländlichen Raum zu entwickeln." Als wir dies eingefordert haben, Herr Minister Bartels, haben Sie es lächerlich gemacht und zurückgewiesen. Die Absicht, das Ministerium aufzuwerten und zu einem Ministerium für den ländlichen Raum zu machen, stammt von Ihrem Ministerpräsidenten. Wir erwarten, dass Zusagen in diesem Land auch eingehalten werden!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dieses Thema zur Aktuelle Stunde angemeldet, weil wir vermeiden möchten, dass es durch Ihre Art, über Gutachten zu reden, zu einer völlig falschen Gewichtung kommt. Sie verniedlichen, wenn Sie erklären, dass im ländlichen Raum mehr Kinder seien. Das hat nie irgendjemand

bestritten. Darauf haben wir immer hingewiesen. Sie haben aber geringen Anteil daran, Herr Plaue, dass im ländlichen Raum mehr Kinder sind als in der Stadt Hannover.

(Möhrmann [SPD]: Sie haben wahrscheinlich einen großen Anteil daran! - Plaue [SPD]: Welchen Anteil haben Sie denn daran, Herr Kollege? Sie leben doch gar nicht im ländlichen Raum!)

Sie erklären außerdem, dass wir im ländlichen Raum mehr Mittel von der Europäischen Union verteilen könnten. Sie verschweigen aber die Wahrheit, Herr Plaue. Sie verschweigen, dass Bayern deswegen wenig Mittel von der Europäischen Union bekommt, weil sich der ländliche Raum dort gut entwickelt hat, während er sich in Niedersachsen am schlechtesten entwickelt hat. Deswegen fließen hierher mehr Fördermittel.

## (Beifall bei der CDU)

Sie verschweigen, dass gerade 11 % der Mittel, mit denen Sie sich immer profilieren wollen, aus dem niedersächsischen Haushalt stammen - 11 %; der Nachweis ist in der letzten Debatte hierzu gerade geführt worden - und dass diese Mittel 2006 auslaufen. Sie sollten weniger selbstgerecht sein. Ihr Kollege Mientus hat im letzten Plenarsitzungsabschnitt gefragt: Wo haben wir uns bisher Gedanken darüber gemacht, dass die Strukturhilfemittel 2006 auslaufen? – Die Antwort gibt Ihr Kollege Mientus selber: Nirgends! - Nirgends hat sich die Landesregierung Gedanken darüber gemacht, dass die Strukturhilfemittel 2006 im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union wegfallen bzw. nach neuen Bedingungen vergeben werden. Auf diese Situation müssen wir unsere ländlichen Räume vorbereiten. Dafür tun Sie aber nichts. Das ist das Problem, das wir mit Ihnen haben.

(Beifall bei der CDU)

## Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Plaue.

## Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wulff, das war wieder einmal überhaupt nichts. (Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Sie tragen Ihre sattsam bekannten Vorurteile wie eine Monstranz vor sich her, nehmen die Fakten aber nicht zur Kenntnis – nach der Melodie, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Herr Kollege Wulff, wen wollen Sie eigentlich davon noch überzeugen? - Selbst die Wahlkampfsprüche, die Sie draußen im Lande machen, nehmen die Menschen doch nicht mehr zur Kenntnis,

(Busemann [CDU]: Kommen Sie doch endlich einmal zur Sache!)

weil sie merken, dass die Wirklichkeit in Niedersachsen zum Glück eine ganz andere ist. Diese Wirklichkeit erklärt die ländlichen Räume zu Gewinnern der Regionalentwicklung der vergangenen Jahre, aber nicht zu Verlierern, wie Sie dies suggerieren wollen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Das hat etwas damit zu tun, Herr Kollege Wulff, dass Sie sich in Bayern offensichtlich besser auskennen als in Niedersachsen. Wenn Sie darauf hinweisen, wie gut es angeblich in Bayern sei, dann frage ich Sie, woran es denn eigentlich liegt, dass Niedersachsen das einzige Bundesland ist - das gilt insbesondere für die ländlichen Räume -, das eine positive Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung zu verzeichnen hat. Wenn das stimmen würde, was Sie sagen, müssten die Menschen nach Bayern, nicht aber nach Niedersachsen ziehen. Umgekehrt ist das aber richtig: Die Menschen vertrauen der Infrastruktur, die wir hier in Niedersachsen haben.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte sich in aller Ruhe auf den Standpunkt stellen, dass es sich hierbei um das typische Gerede eines Oppositionsführers handelt.

(Busemann [CDU]: Das ist das typische Regierungsgerede, wenn man sonst nichts vorzuweisen hat!)

Sie tun aber etwas, was man Ihnen so nicht durchgehen lassen kann. Sie hetzen die Regionen des Landes gegeneinander. Das darf zumindest niemand tun, der den Anspruch erhebt, eine Führungsposition in diesem Lande einzunehmen.

(Busemann [CDU]: Da kann man doch niemanden aufhetzen!)

Sie versuchen, die ländlichen Räume gegen die Verdichtungsräume auszuspielen. Herr Kollege Wulff, Verdichtungsraum ist nicht nur Ihr Popanz Hannover, den Sie immer aufbauen, sondern Verdichtungsräume sind auch Braunschweig, Göttingen, Osnabrück, Oldenburg und Lüneburg. Alle diese Räume hetzen Sie gegeneinander. Das darf nicht passieren, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie verschweigen, wie viel Mittel in den vergangenen Jahren verstärkt in den ländlichen Raum geflossen sind.

(Busemann [CDU]: Welche? Nennen Sie Zahlen!)

Ziel-2-Gebiet, Verkehrsinfrastruktur - Mittel dafür sind in den vergangenen Jahren verstärkt in den ländlichen Raum gelenkt worden.

Lassen Sie mich einmal das Thema Verkehrsinfrastruktur ansprechen. Herr Kollege Wulff, in der Bundesrepublik Deutschland hat es in den vergangenen 10 bis 15 Jahren eine Entwicklung gegeben, die man in etwa damit beschreiben kann, dass die Verkehrsinfrastruktur über den Bund für Süddeutschland finanziert wurde, während nach Norddeutschland nichts kam.

(Möllring [CDU]: Warum wohl? – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben nichts angemeldet!)

Erst mit der Regierungsübernahme durch Gerhard Schröder in Berlin ist es gelungen, wieder mehr Mittel des Bundes für den Straßenbau nach Norddeutschland zu bekommen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Zum ersten Mal ist es uns gelungen, Verkehrsadern wie die A 31, die A 26 oder die Ortsumgehung in Braunschweig zu finanzieren, nachdem Sie sich jahrzehntelang nicht bewegt hatten. Wir haben das geschafft!

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Das Ergebnis dieser für den norddeutschen Raum erfolgreichen Politik ist, dass Sie Ihren Kandidaten Stoiber unterstützen, der dies wieder ändern will. Die Verkehrsmittel wieder in den Süden, und den Atommüll in den Norden – das ist Ihre Politik für den ländlichen Raum!

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Busemann [CDU]: Haben Sie schon den neuesten *Stern* gelesen?)

Herr Kollege Wulff, Sie beklagen, es gebe nicht genügend Postdienststellen im ländlichen Raum und auch die Angebote der Deutschen Bahn AG seien im ländlichen Raum nicht attraktiv genug. Haben Sie denn verdrängt, dass die Grundentscheidung zur Privatisierung dieser beiden Unternehmen von Ihrer Bundesregierung getroffen worden ist, ohne die notwendigen Gegenmaßnahmen einzuleiten?

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt auch für die Krankenhauslandschaft. Sie ist ein Produkt der Gesundheitsstrukturreform von Seehofer. Wenn Sie heute so tun, als habe es das alles nicht gegeben, dann macht das nur deutlich, dass Ihr Gedächtnis offensichtlich noch schlechter ist als Ihre Vorschläge zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raumes. Da sind Sie sehr kleinlaut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen nur ganz wenige Projekte nennen, die in den letzten Jahren zur Stärkung des ländlichen Raums beigetragen haben: Dorferneuerungsprojekte in einer Größenordnung von 26 Millionen Euro in den vergangenen zehn Jahren,

(Möllring [CDU]: Das haben Sie zurückgefahren!)

"Niedersachsen am Zug" mit 1,6 Milliarden Euro, 1,4 Milliarden Euro im Rahmen der Förderung der Ziel-2-Gebiete, 1,5 Milliarden Euro im Rahmen von PROLAND. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies hat den ländlichen Raum entwickelt, und wir werden so weitermachen. Wir werden fortfahren mit Projekten, die, anders als Ihre Wolkenkuckucksheime, den Menschen helfen und die finanziert sind.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun der Kollege Golibrzuch.

(Hagenah [GRÜNE]: Endlich mal einer aus dem ländlichen Raum! – Gegenruf von der SPD: Ich dachte, der kommt aus Hannover!)

## Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass sich der Erfolg regionaler Strukturpolitik vor allem an der Verteilung von Verkehrsinvestitionsmitteln festmachen lässt. Die SPD-Fraktion selbst hat diesen Maßstab gewählt, als Sie angekündigt haben, nach der EXPO sei die Fläche an der Reihe.

(Zustimmung von Busemann [CDU])

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, sich anzuschauen, wie sich die Verkehrsinvestitionsmittel im Lande verteilen. Im Jahr 2001, in dem in Ihrem Antrag in Bezug genommenen Haushaltsjahr, in dem ersten Jahr nach der EXPO, haben wir aus dem großen Regionalisierungstopf des Landeshaushaltes 511 Millionen DM verausgabt – Investitionen im SPNV-Bereich. 37 % dieser Mittel gingen in den Großraum Hannover. Sie sind dort gut investiert. Aber das Problem ist, dass Sie vor der Weltausstellung den Menschen in Niedersachsen etwas anderes versprochen haben. Sie haben ihnen versprochen, nach der EXPO sei die Fläche an der Reihe.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie halten dieses Versprechen nicht ein.

(Plaue [SPD]: Falsch!)

Das Schlimme ist, dass Sie dieses Versprechen mehrere Jahre lang nicht einhalten werden, weil nämlich ein Großteil dieser Verkehrsinvestitionen über die Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft auf Pump finanziert worden ist und Sie deshalb über mehrere Jahre hinweg diese Beträge werden abtragen müssen.

Wenn Sie rufen, Herr Plaue, das sei falsch, dann will ich Ihnen gerne etwas zu Ihrem Antrag sagen.

(Möllring [CDU]: Den zieht er doch zurück!)

In Ihrem Antrag schreiben Sie, von 125 Millionen Euro für ÖPNV-Investitionen im Jahre 2001 wür-

den mehr als zwei Drittel in der niedersächsischen Fläche eingesetzt. Sie blenden damit den größten Topf für Verkehrsinvestitionen aus, nämlich die Regionalisierungsmittel, und konzentrieren sich ausschließlich auf den verbleibenden Rest der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wenn Sie das so machen und sagen, das seien mehr als zwei Drittel der vom Land Niedersachsen getätigten Verkehrsinvestitionen, wenn Sie so die zwei Drittel berechnen, dann ist mir auch vor meinem nächsten Parteitag nicht bange, weil das mit Sicherheit deutlich weniger ist, als dem Land Niedersachsen zur Verfügung steht.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN und bei der CDU)

Die Verkehrsinvestitionen sind im Übrigen nicht das Wichtigste. Es ist richtig, dass der Lückenschluss der A 31, dass der Bau des Tiefwasserhafens auch Beiträge zur Lösung von regionalen Entwicklungsproblemen leisten können. Trotzdem brauchen wir im ländlichen Raum vor allem Investitionen in Köpfe und nicht zuallererst in Beton. Das eigentliche Problem des ländlichen Raums in Niedersachsen ist die geringe Erwerbstätigenquote von Beschäftigten mit Hochschulabschluss. Sie werden feststellen, dass Niedersachsen im gesamtdeutschen Vergleich hier Schlusslicht ist. Bei näherer Betrachtung werden Sie auch feststellen, dass der ländliche Raum, z. B. Ostfriesland, mit einem Anteil von 8 % an Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss bundesweit absolutes Schlusslicht ist. Deshalb müssen wir darüber reden, dass in Niedersachsen die Unterrichtsversorgung im ländlichen Raum auf Dauer nicht niedriger sein darf als in den Ballungszentren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir müssen darüber reden, wie wir insbesondere den Fachlehrermangel im ländlichen Raum – es gibt nur noch sehr wenige Kolleginnen und Kollegen, die sich dorthin bewerben – beseitigen können.

#### Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## **Golibrzuch** (GRÜNE):

Wir müssen darüber reden, wie wir die Mittel für den Forschungsbereich – ich nenne in diesem Zusammenhang nur das VW Vorab – anders verteilen. Wir haben in den letzten zehn Jahren feststellen müssen, dass 75 % der Mittel aus dem VW Vorab an fünf Hochschulen in Süd- und Südostniedersachsen gingen. Im nordwestlichen Niedersachsen, im gesamten Regierungsbezirk Weser-Ems, studieren rund 25 % aller in Niedersachsen eingeschriebenen Studenten. Die dortigen Universitäten und Fachhochschulen erhalten aber mal gerade 8 % dieser Forschungsmittel. Das kann doch nicht richtig sein! Auch dort gibt es förderungswürdige Sonderforschungsbereiche. Wir können diesen Raum bei der Vergabe von Forschungsmitteln nicht auf Dauer vernachlässigen. Das können wir uns in Niedersachsen nicht leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wenn wir in Köpfe investieren wollen, dann müssen wir auch in Hochschulen und Fachhochschulen investieren. Aber da haben wir ein Problem der Unterfinanzierung; übrigens nicht nur in Weser-Ems - das hat Ihnen doch Ihr Parteifreund Horst Milde mit seinen Spitzen aus Nordwest aufgeschrieben; es ist doch nicht falsch, was in dieser Veröffentlichung steht -, sondern auch in Lüneburg. Wir haben in Nordwest- und in Nordostniedersachsen eine krasse, eine eklatante Benachteiligung bei der Vergabe von Forschungs-, Hochschul- und Fachhochschulmitteln.

(Plaue [SPD]: Das ist alles ländlicher Raum?)

- Das sind auch Verdichtungsräume, und deswegen, Herr Plaue, geht es natürlich nicht nur um den ländlichen Raum, sondern auch um Landesteile.

(Plaue [SPD]: Sie reden über Verdichtungsräume und streuen den Leuten Sand in die Augen!)

Diese Benachteiligung von Landesteilen macht sich natürlich auch fest an Hochschulen in Lüneburg, und sie macht sich auch fest an Hochschulen in Oldenburg.

(Plaue [SPD]: Verdichtungsräume!)

Darüber müssen wir reden, und an der Stelle lassen wir Sie mit Ihrem Antrag auch nicht durchkommen.

Wir wollen, dass eine gleichmäßige, an der wissenschaftlichen Qualität im Land ausgerichtete Verteilung von Fördermitteln stattfindet. Sie werden weder im Hochschulenhaushalt noch im

Schuletat, geschweige denn mit der Vergabe der VW-Vorab-Mittel diesen Qualitätskriterien gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat der Kollege Busemann.

## Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine Wortmeldung kommt aus dem ländlichen Raum. Ich bin nun schon einige Jahre und Jahrzehnte in der Politik unterwegs und habe da so meine Beobachtungen gemacht, wie gewisse Grundstrukturen aussehen. Bei den Sozialdemokraten stelle ich z. B. immer wieder fest - das gilt für die kommunalpolitische wie auch für die landespolitische Ebene -, dass sie einen merkwürdigen Hang zu Konzentrationsprozessen und zum Leistungsabbau haben. Wenn die SPD Raumordnung macht, richtet sich das unter dem Strich immer gegen den ländlichen Raum und für die großen Einheiten. Deshalb sagen wir im Emsland auch immer: Wenn sie uns schon kein Geld geben, dann sollen sie uns wenigstens in Ruhe lassen, z. B. mit Raumordnungsprogrammen.

(Beifall bei der CDU)

Oder, Herr Plaue, wenn Sie sich an Verwaltungsreform heranmachen, was auch immer daraus wird: Es geht merkwürdigerweise immer in Richtung große Einheiten und große Standorte. Intelligente dezentrale Lösungen kommen von Ihnen einfach nicht.

(Biel [SPD]: Herr Busemann, ist Ihnen bekannt, dass Ihre kommunalen Spitzen das ganz anders sehen?)

- Lassen Sie mich doch reden! Sie können nachher ja auch noch etwas sagen.

(Biel [SPD]: Herr Busemann, Sie sind nie zu Hause, deswegen wissen Sie gar nicht, was bei Ihnen los ist! Ihre kommunalen Spitzen sehen das ganz anders!)

Oder wenn ich sehe, wie Sie den kommunalen Finanzausgleich machen: Erst einmal ist er generell unterfinanziert, und dann wird kurioserweise immer die Fläche benachteiligt und werden bestimmte andere Standorte begünstigt. - Sie stellen das zwar immer ganz anders dar, aber ich gebe Ihnen dies einfach einmal als persönliche Beobachtung mit.

Jetzt picke ich mir einen ganz bestimmten Bereich heraus - Herr Golibrzuch hat ihn auch angesprochen -, an dem deutlich wird, dass Sie zu Konzentrationsprozessen neigen und die Fläche benachteiligen. Ich meine die Schulpolitik. Da mag in Gottes Namen jeder sein eigenes Weltbild haben. Sie haben das Fernziel, aus Niedersachsen ein Gesamtschulland zu machen.

(Möhrmann [SPD]: Und welches haben Sie?)

- So weit, so gut, Herr Kollege. - Aber wenn ich dann z. B. sehe, dass Sie die Förderstufen nicht mehr an jeden selbstständigen Haupt- und Realschulstandort geben wollen - Sie kommen mit Ausnahmeregelungen und mit "dies und das" -, dann bedeutet das faktisch, dass bis zu 600 Haupt- und Realschulstandorte in Niedersachsen in Frage gestellt sind, und zwar gerade in der Fläche, obwohl es dort absolut profilierte Realschulstandorte gibt.

(Möhrmann [SPD]: Genau das Gegenteil ist der Fall, Herr Kollege!)

Das heißt, im Zuge eines solchen Konzentrationsprozesses vernachlässigen Sie wohnortnahe Schulangebote. Es wird ausgedünnt, und die Fläche ist wieder mal die Benachteiligte.

(Beifall bei der CDU - Frau Goede [SPD]: Das ist doch total verkehrt!)

Nehmen wir den Bereich der beruflichen Bildung und hier z. B. den Klassenbildungserlass. Sie mögen das zwar wohlfeil mit Worten wie "Modernisierung" umschreiben und darstellen, warum das so sein muss. Aber angesichts auch dort irgendwann einmal zurückgehender Schülerzahlen bedeutet das unter dem Strich eine Ausdünnung des berufsschulischen Angebots gerade in der Fläche. Langfristig werden irgendwo wieder Standorte sterben. Das kommt dabei heraus.

Der Kollege Golibrzuch hat die Unterrichtsversorgung angesprochen. So dürftig sie insgesamt schon ist - faktisch liegt sie im Durchschnitt nur noch bei 86 % -: In den ländlichen Bereichen sieht das zum Teil noch viel schlechter aus. Wenn wir wissen, dass wir den Lehrernachwuchs nicht haben - weil

wir hier zehn Jahre und länger gepennt haben -, wenn wir wissen, dass von den ausgeschriebenen Stellen jetzt schon ein Fünftel nicht mehr ausschreibungsgerecht besetzt werden konnte, und wenn wir feststellen, dass vor allem der ländliche Raum wieder der Bereich ist, wohin die jungen Lehrer nicht gehen bzw. wohin wir sie nicht bekommen, dann ist das gegen den ländlichen Raum gerichtet.

(Möhrmann [SPD]: Und was wollen Sie jetzt beweisen?

- Dass Sie mehr Lehrer hätten einstellen müssen, und zwar rechtzeitig, Herr Kollege! Sie hätten rechtzeitig handeln müssen und das Problem nicht zehn Jahre lang schönreden dürfen nach dem Motto "Das kriegen wir schon hin" und mit statistischen Tricks "Gebt mal Ruhe, es ist schon alles in Ordnung." - Zu welchem Drama das führt, werden Sie erleben!

Ich komme noch zu einem anderen Punkt, dem Grünen Plan. Darüber mag man reden, und darüber mag man ja auch streiten. Aber wenn Sie den gebeutelten Kommunen, die nun wirklich kein Geld mehr für Schulbaumaßnahmen haben, sagen, "Grüner Plan, ihr könnt ja mal machen, aber Geld geben wir euch nicht", dann gaukeln Sie ihnen doch lediglich Möglichkeiten vor, die sie faktisch nicht haben, eben weil Sie ihnen das Geld dafür nicht geben.

(Biel [SPD]: Der Obergaukler steht aber da vorne in der Bütt!)

So weit zum Komplex Schule. Jetzt komme ich zur Kulturförderung generell.

Wir wollen im Wendland, im Emsland oder in Ostfriesland keine Opern, Schauspielerhäuser oder diese Dinge haben. Das ist so weit schon in Ordnung. Aber wenn ich dann sehe, dass die Landschaftsverbände nur noch 43 000 Euro pro Jahr bekommen und davon Kultur- und Vereinsförderung usw. betreiben sollen, dann kann ich nur sagen, dann geht es im Land Niedersachsen nicht gerecht zu. Das sollten Sie sich auch einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Das war auch ein bisschen sehr daneben!)

Meine Vorredner haben auch schon die Verkehrsund Strukturpolitik angesprochen. Für mich war es in den letzten Jahren immer wieder Thema, auch im Emsland, zu begründen, warum es richtig ist, dass unsere Landeshauptstadt Hannover die EXPO hat, warum es vertretbar ist, dass Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel über den ÖPNV sehr stark in die Landeshauptstadt gesteuert werden. Schließlich wurde immer gesagt: Irgendwann danach ist die Fläche dran.

Aber wenn ich mir die laufenden Haushalte angucke, sehe ich dieses Signal zugunsten der Verkehrs- und Strukturpolitik in der Fläche weiß Gott nicht.

(Plaue [SPD]: Dann müssen Sie da einfach einmal reingucken!)

Ich warte auf Ihre Vorschläge, wie Sie da etwas aufholen wollen. Herr Golibrzuch hat das ganz prima dargestellt. Große Würfe mit einer Strukturwirkung vor allem für die Fläche - wie sie es z. B. der Transrapid oder der Tiefwasserhafen gewesen wären - kann ich bei Ihnen beileibe nicht erkennen

(Lachen bei der SPD - Adam [SPD]: Was? - Möhrmann [SPD]: Das darf noch nicht wahr sein!)

- Was denn? Was haben Sie denn realisiert? Seit 20 Jahren reden wir hier schon über den Transrapid. Seit zwölf Jahren regieren Sie. Was ist denn daraus geworden?

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Adam [SPD]: Busemann, du machst alles kaputt, was Golibrzuch für euch aufgebaut hat)

Nun will ich Ihnen einmal sagen, warum aus vielen Dingen auch gar nichts werden konnte. Mit Berichten sind Sie ja immer ganz flott. Das war auch 1992 schon so. Da haben Sie geschrieben: "Für den Bundesverkehrswegeplan hat das Land keine neuen Fernstraßen angemeldet." - Dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn heute keine gebaut werden und wenn das nicht vernünftig läuft.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt darf ich noch daran erinnern, mit wie viel Hirn damals Verkehrspolitik angedacht wurde:

> "Bei der Einschränkung des Pkw-Verkehrs geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran. Dienstfahrräder in Ministerien und Behörden,

rad- und bahnfahrende Minister und Ministerinnen."

Aus dem Geist heraus haben Sie hier Verkehrspolitik machen wollen. Die Ergebnisse sind heute offenkundig; da dürfen Sie sich auch nicht wundern.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Es geht nicht gerecht zu im Lande Niedersachsen!

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Platt!)

#### **Präsident Wernstedt:**

Jetzt hat sich die Wirtschaftsministerin Frau Dr. Knorre gemeldet.

(Biel [SPD]: Es darf sich jeder melden von der CDU, aber nicht Herr Busemann! Was zu euch geflossen ist, da muss jeder noch mal hingucken! Und jetzt stellt er sich hier hin und erzählt solche Märchen! Es ist ja auch richtig, dass ihr was gekriegt habt! Aber so dürft ihr hier nicht reden!)

**Dr. Knorre**, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung lehnt es ab, so, wie es die CDU-Fraktion tut, abschätzig von "der Fläche" zu reden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Was?)

Wir haben in Niedersachsen starke, erfolgreiche und selbstbewusste Regionen, und darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir haben starke Regionen in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir haben eine der bundesweit stärksten Regionen für die Biotechnologie. Wir haben eine der stärksten Regionen mit einem Schwerpunkt im Bereich Lebensmittel- und Ernährungswirtschaft. Wir haben einen der stärksten Logistikstandorte in Niedersachsen, und wir haben mit die stärksten und erfolgreichsten touristischen Destinationen, die Deutschland zu bieten hat.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Regionen sind so stark und selbstbewusst, dass sie die großen zukunftsweisenden Projekte für dieses Land mitinitiiert haben. Wir haben starke Regionen, die den Tiefwasserhafen angeschoben haben. Wir haben starke Regionen, die einen Autobahnneubau wie die A 31 angeschoben haben. Das ist die Realität in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das sind alles CDU-geführte Kommunen! - Ontijd [CDU]: Die Autobahn hat die Privatwirtschaft gemacht!)

Dass diese Regionen so stark sind, ist das Ergebnis einer zehnjährigen erfolgreichen Regional- und Strukturpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich bin für diese Bewertung ein relativ unverdächtiger Zeuge. Ich stehe dazu, und das ist auch so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wichtigste für den ländlichen Raum sind doch die Arbeitsplätze, die wir dort schaffen. Das ist es, worauf es ankommt.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Da fehlt es!)

Darauf richten sich unsere Initiativen, darauf richten sich unsere Mittel, die wir einsetzen im Bereich der Regionalförderung, im Bereich Ziel 2. Hier haben wir in den letzten fünf Jahren in unseren Regionen über 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen, Herr Busemann, übrigens ein überwiegender Teil davon auch im Emsland.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Welche Arbeitsplätze habt ihr im Emsland geschaffen?)

Herr Golibrzuch, mit einem müssen wir hier auch noch aufräumen. Sie haben gesagt, es stimme nicht, dass zwei Drittel der Regionalisierungs- und GVFG-Mittel in die Regionen gehen. Da gebe ich Ihnen Recht. Es sind nämlich in diesem Haushaltsjahr 93 % und im nächsten 97 %. Es ist viel mehr als zwei Drittel.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt im Klartext: Mehr als 300 Millionen Euro Regionalisierungsmittel und GVFG im

nächsten Jahr für unsere Regionen! Das sind die Zahlen, die im Haushalt stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines lehnt die Landesregierung auch ab - es wurde hier zu Recht darauf hingewiesen -: Es kann nicht sein, dass wir hier Regionen gegen Zentren ausspielen. Das ist ein strukturpolitischer Fehlansatz, und den lehnen wir ab

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch starke Zentren in unserem Land. Wir brauchen insgesamt starke Wirtschaftsräume. Nur wenn man es gesamt als Aufgabe der Regionalpolitik betrachtet, dann wird man den Anforderungen in unserem Land auch gerecht.

Weil dieses so ist, pumpen wir auch nicht einfach Mittel in die Regionen, sondern wir unterlegen dies mit neuen Ansätzen in der Regionalentwicklung. Wir haben gerade das Niedersachsenprojekt gestartet, indem wir das erfolgreiche Modell der Wolfsburg AG auf andere wachstumsstarke Regionen im Land übertragen. Ich sage Ihnen, das ist ein Erfolgsrezept im unserem Land. Wir werden es für weitere Regionen in Niedersachsen erschließen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir tolle Chancen haben, haben wir gerade gestern wieder gesehen. Gestern kam der Beschluss zur Erweiterung des Airbuswerkes in Nordenham. Wir werden hier gleich mehr als 300 neue Arbeitsplätze und erhebliche positive Effekte für den Zulieferbereich haben. Das zeigt, dass der Schwerpunkt Luft- und Raumfahrt boomt und gerade in den Regionen des Landes noch für deutlich mehr Wachstum sorgen wird.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben die Luftund Raumfahrt aus Hannover vertrieben!)

Diese ausgewogene gezielte Entwicklung von Zentren und Regionen wird vom nächsten Jahr an durch die neue Investitionsbank unterstützt, die wir in Niedersachsen gründen. Sie wird ganz gezielt in den Regionen fördern. Sie wird ganz gezielt das Förder-Knowhow für unsere Regionen erschließen. Wir werden regionale Beteiligungsfonds auflegen. Wir werden die Projekte, die wir in dem Niedersachsenprojekt mit den Regionen und aus den Regionen entwickeln, mit der IN-Bank fördern. Das ist die Zukunft für unser Land. Wir werden auch in

Zukunft starke Regionen und starke Zentren haben. Deswegen werden wir unsere Regional- und Strukturpolitik in Niedersachsen in diesem Sinne fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Jetzt hat sich Herr Landwirtschaftsminister Bartels zu Wort gemeldet.

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wulff, Sie haben sich eben mal wieder als Generalist dargestellt. Aber so richtig haben Sie von der Sache nichts gewusst. Das muss man wohl ganz am Anfang feststellen. Wir haben starke Regionen in Niedersachsen, wie die Wirtschaftsministerin das eben dargestellt hat. Wir haben aber vor allen Dingen auch engagierte Menschen in diesen Regionen. Warum sind Sie nicht bereit, dieses Engagement der zigtausenden von Menschen in den Regionen wahrzunehmen, zur Kenntnis zu nehmen?

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Weil Sie sie alleine lassen!)

Nehmen wir allein einmal, meine Damen und Herren, die Arbeitskreise, die Aktionskreise im ländlichen Raum, die sich überall dort gebildet haben, wo wir Dorferneuerungsmaßnahmen durchführen, Aktionskreise von Menschen, die sich über die zukünftige Entwicklung ihrer Orte Gedanken machen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die von Ihnen im Stich gelassen werden!)

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass diese Menschen wirklich an der Zukunft arbeiten?

(Beifall bei der SPD)

Sie missachten geradezu die Arbeit dieser Menschen, das Engagement dieser Menschen. Mehr als 1 450 Dörfer haben wir in den letzten zehn Jahren so gefördert. Mehr als 616 Dörfer sind aktuell in der Dorferneuerung. Dahinter stecken überall Menschen. Das ist nicht unser politisches Werk, sondern das ist das Werk dieser Menschen, die sich um die Zukunft ihrer Orte, um die Zukunft ihrer

Kinder Gedanken machen. Das sollten wir hier ernsthaft zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben die LEA-DER-Plus-Regionen in Niedersachsen. 17 große Regionen haben sich in dem Wettbewerb sozusagen als Sieger heraus kristallisiert, eine Bottom-up-Methode. Das heißt, von unten ist geplant worden, die Menschen sind aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zusammengekommen und haben sich, kommunale Grenzen übergreifend, Gedanken darüber gemacht, wie die Zukunft ihrer Orte sein soll. Ich habe im Hasetal die Eröffnung der Veranstaltungsreihe mitgemacht. Mehr als 1 000 Menschen haben sich da zusammengefunden, um diesen Gedanken zu pflegen. Warum missachten Sie die Arbeit dieser Menschen?

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, die "Region Aktiv"! Niedersachsen ist mit drei großen Regionen beteiligt worden. Herr Wulff, hören Sie zu, damit Sie das endlich einmal begreifen, was sich im Lande abspielt.

(Zuruf von der SPD: Das ist ihm peinlich! Er schämt sich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Drei Regionen sind ausgewählt worden. Fragen Sie Ihren Kollegen Herrn Wojahn. Er und andere wissen doch Bescheid. Die Menschen haben an der Zukunft gearbeitet und sich Ideen und Gedanken gemacht. Sie werden dieses in den nächsten Jahren umsetzen. Das ist die Weiterentwicklung der ländlichen Strukturpolitik, die wir machen.

(Klare [CDU]: Ein großes Wort!)

Meine Damen und Herren, etwas ist geradezu bitter und beschämend, Herr Wulff, das muss ich nun wirklich sagen. Sie haben ja auch gute Leute in Ihrer Fraktion; fragen Sie doch mal einen Mann wie Oestmann, der könnte Ihnen das sagen. Es ist geradezu beschämend, wenn Sie sich hier hinstellen und erklären, die Bayern bräuchten nur so wenig Strukturmittel aus der EU, weil sie in ihrem Land so hervorragend strukturiert seien. Fragen Sie doch mal nach, Herr Wulff. Die Bayern bekommen 1,5 Milliarden Euro, aber wir nur 550 Millionen Euro. Die bekommen das Dreifache. Nach Ihrer Theorie sind Bayern und Baden-Württemberg das Armenhaus der Nation.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Aber sicher doch! Herr Wulff, ich biete Ihnen an, kommen Sie zu mir an den Tisch, ich zeige Ihnen die Zahlen.

Auch zu einer zweiten Zahl, die Sie hier falsch darlegen, könnten Ihnen die Experten in Ihrer Fraktion die Wahrheit sagen. Der niedersächsische Anteil am Programm "PROLAND", von dem Sie hier gesprochen haben, beträgt nicht, wie Sie gesagt haben, lächerliche 11 %, er beträgt 35 %. Ich werde es Ihnen gerne vorrechnen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben das doch im Ausschuss vorgerechnet!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht gut. Sie ärgern sich offenbar über dieses Programm und darüber, dass es so angenommen wird. Aber fragen Sie bitte Ihre Kommunalpolitiker im Lande. Ich kann Ihnen Briefe von CDU-Bürgermeistern zeigen, die Dankesschreiben schicken, weil sie mit diesem Programm sehr zufrieden sind und weil sie profitiert haben, auch aus dem Emsland, Herr Busemann. Ich kann das Jammerlied nicht hören, das Sie dort anstimmen. Auch aus dem Emsland!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Busemann, gerade das Emsland

(Busemann [CDU]: Da regieren Sie auch nicht! Wie viel Prozent habt ihr da?)

hat von diesen Programmen profitiert und wird sicherlich auch in Zukunft davon profitieren.

Eine letzte Anmerkung, Herr Wulff. Wir brauchen Ihre Aufforderung wahrlich nicht, wir müssten uns über die Fortsetzung der Strukturprogramme auf europäischer Ebene jetzt endlich mal Gedanken machen.

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Ja, Sie haben es aber doch so blind übernommen.
- Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Seit Jahren reden wir über die Fortsetzung.

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Seit wann beziehen Sie sich auf Aussagen von Abgeordneten? Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass wir seit Jahren über die Fortsetzung der Strukturpolitik im europäischen Raum nicht nur nachdenken, sondern auch konkrete Vorstellungen entwickelt haben. Wir haben meines Wissens gerade in der letzten Plenardebatte hier lang und breit über Europa diskutiert. Da war das auch Gegenstand, wie sich das in der Zukunft darstellen soll. Ihre Aufforderung kommt also mal wieder zwei Jahre zu spät.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Damit ist der erste Beratungsgegenstand beendet.

(Zuruf von der SPD: Schuss nach hinten! - Busemann [CDU]: Das war nicht überzeugend bei euch! Ich wohne doch auch im ländlichen Raum! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen jetzt zu

b) Schicht im Schacht? Endlich ernst machen mit der vergleichenden Endlagersuche in der gesamten Bundesrepublik! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3382

Frau Harms, bitte!

## Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern bin ich in der Lobby angesprochen und gefragt worden, warum meine Fraktion zum Thema Schacht Konrad keinen Entschließungsantrag eingebracht, sondern das Mittel der Aktuellen Stunde gewählt habe. Die Mehrheit dieses Hauses, also Sozialdemokraten und Grüne, hat zum Thema Schacht Konrad, verteilt über die letzten acht Jahre, eigentlich alles gefordert, was zu fordern ist. Von diesen Positionen ist, soweit ich das sehe, die Mehrheit in diesem Haus niemals abgerückt.

Bedauerlich ist, dass sich unsere Positionen zu Konrad im Atomkonsens, wie er zwischen Atomwirtschaft und Bundesregierung vereinbart worden ist, nicht haben verwirklichen lassen.

Meine Fraktion hält trotz der Kenntnis der schwierigen politischen Lage, in der diese Genehmigung erteilt wird, die Genehmigung von Schacht Konrad für falsch, auch wenn wir alle zusammen das nicht verhindern konnten.

Ich möchte noch einmal darlegen, warum: Diese Genehmigung steht im Widerspruch zu richtigen politischen Linien der Bundesregierung, sie steht im Widerspruch dazu, dass nur noch das Ein-Endlager-Konzept verfolgt werden soll, sie steht im Widerspruch zu einer geplanten vergleichenden Suche von Endlagerstandorten und Endlagern in der Bundesrepublik, und sie steht im Widerspruch dazu, dass erst in der nächsten Legislaturperiode ein neuer, umfassender Entsorgungsplan für die Bundesrepublik vorgelegt werden soll.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Zusätzlich zu dieser Widersprüchlichkeit von Politik und Genehmigung haben wir auch fachliche Bedenken. Unserer Meinung nach wird nach wie vor ein methodisch korrekter Nachweis der Langzeitsicherheit für das Endlager Konrad nicht geführt. Wir werden auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses die Bedenken, die wir haben, hier im Landtag bearbeiten.

Was ist über diese fachliche Arbeit hinaus zu tun? - Ich habe selber erklärt und habe das auch aus der SPD-Fraktion gehört, dass die Klagen, die aus der Region von Bürgerinnen und Bürgern und von Gemeinden, von Städten gegen die Genehmigung geführt werden, unterstützt werden sollen. Das ist richtig. Ich teile auch diese solidarische Haltung. Es ist allerdings wirklich kein Ruhmesblatt für die Politik, wenn man das, was man erreichen wollte, nicht erreichen konnte und dann die Verantwortung, mit Schacht Konrad doch noch in die richtige Richtung zu kommen, auf die Bürgerinnen und Bürger verschiebt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Klagen werden also selbstverständlich unterstützt. Wir sollten uns aber nicht damit schmücken.

Wichtig ist für mich, dass Niedersachsen über diese Klagen hinaus in Zukunft eine ganz besondere, konsequente Rolle bei einer vergleichenden, nachvollziehbaren Endlagersuche spielt. Niedersachsen muss Motor dieser Suche werden; denn kein anderes Bundesland hat wohl ein derart existenzielles Interesse an dieser Suche wie das Land Niedersachsen. Nur eine solche vergleichende Suche kann von Standorten im Land Niedersachsen wegführen - Konrad und Gorleben -, die tatsächlich willkürlich ohne belastbare geologische Kriterien

gewählt worden sind. Nur eine solche vergleichende, nachvollziehbare Suche wird der Verantwortung, die notwendig ist, um ein solches Problem wie die Endlagerung von Atommüll lösen zu können, gerecht.

Meine Damen und Herren, in der Endlagerdebatte wird oft davon gesprochen, dass wir für die nationale Endlagerung sind, dass wir die nationale Verantwortung übernehmen wollen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dann, wenn wir nicht in der Lage sind, eine solche vergleichende Suche in der Bundesrepublik durchzuführen, auch nicht in der Lage sein werden, eine nationale Verantwortung tatsächlich so zu übernehmen, wie wir das postulieren. Es wird sehr schwer sein, eine solche Suche durchzuführen. Das wird an den Standorten, die da benannt werden, Ärger geben. Das kann nur mit großer politischer Sorgfalt, mit viel Transparenz und mit einer Einigkeit in den politischen Parteien, einer Einigkeit für einen verantwortlichen Weg gelingen.

Ich möchte ein weiteres Mal - wahrscheinlich vergeblich, wenn ich die Gesichter der Kollegen sehe - an die CDU appellieren, diesem existenziellen Interesse des Landes Niedersachsen, der Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen nicht im Wege zu stehen, sondern eine solche transparente Suche zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Schwarzenholz hat für bis zu zwei Minuten das Wort.

## **Schwarzenholz** (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Harms, die Worte zählen und nicht die Taten. Das Endlager Schacht Konrad wird auf Forderung des grünen Bundesumweltministers Trittin genehmigt. Der SPD-Umweltminister Jüttner hat sich mit Trittin verständigt. Es wird bewusst vor der Bundestagswahl genehmigt. Das ist nur möglich, weil Umweltminister Jüttner bereit ist, das freiwillig zu tun. Er hätte das nicht tun müssen. Das weiß er auch ganz genau. Denn es hätte, um die Genehmigung zu erzwingen, eines Kabinettsbeschlusses bedurft. Ich kann mir kaum vorstellen, dass vor der Bundestagswahl ein niedersächsischer Bundeskanzler Schröder dem Um-

weltminister Jüttner eine Weisung erteilt hätte, Konrad zu genehmigen, obwohl gar kein Bedarf besteht und obwohl angeblich keine Absicht besteht, dieses Ding in den nächsten Jahren in Betrieb zu nehmen. Nein, das ist eine politische Verabredung, die getroffen worden ist. Konrad wird aus diesen politischen Gründen trotz der nicht abgearbeiteten Sicherheitsrisiken, trotz der politisch anders lautenden Erklärungen der Bundesregierung genehmigt, obwohl parallel dazu angeblich eine Kommission der Bundesregierung nach einem anderen Standort für ein zentrales Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle sucht.

Dann sagen die Leute natürlich zu uns in der Politik: Was ist denn das? Dann sollen wir plötzlich klagen? Dann sollen wir die politischen Hausaufgaben machen, die SPD und Grüne, die uns etwas versprochen haben, nicht lösen? - Wo ist denn da die Logik? Sie sorgen jetzt praktisch dafür: Es wird ein Endlager genehmigt. Jeder, der sich im Verwaltungsrecht auskennt und die Faktenlage kennt, weiß, dass es mit höchster Wahrscheinlichkeit, allein schon aus haushaltsrechtlichen Gründen, zu einer Inbetriebnahme nach Genehmigung des Endlagers, nach Abschluss der Klagen kommen wird, weil es natürlich absolut unsinnig ist, ein genehmigtes Endlager nicht in Betrieb zu nehmen. Sie lösen Ihre politischen Hausaufgaben nicht. Sie stellen diesen Mann, der dafür sorgt, dass das genehmigt wird, sogar noch als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl der Grünen auf.

(Plaue [SPD]: Das ist ja unglaublich! So etwas macht ihr, Rebecca? So etwas kann ich mir gar nicht vorstellen!)

Was für ein politisches Signal in die Region ist das denn?

Aber, Herr Jüttner, es bleibt dabei: Sie haben die Genehmigung bisher nicht erteilt. Sie haben die Möglichkeit, die Bedenken, die aus der Region gegen die Langzeitsicherheit, gegen die Transportfragen usw. vorgetragen worden sind, weiter zu prüfen. Sie müssen jetzt nicht erteilen. Niemand kann Sie dazu zwingen. Wenn Sie wirklich etwas für Niedersachsen und für die Menschen in der Region tun wollen, dann bitte ich Sie: Verzichten Sie auf die Genehmigung! Warten Sie ab, bis die Endlagerempfehlungen der Kommission der Bundesregierung vorliegen! Dann lassen Sie uns über die politischen Folgen daraus diskutieren. Sie

sollten jetzt keine Fakten schaffen. Schacht Konrad darf nicht genehmigt werden!

#### **Präsident Wernstedt:**

Jetzt hat Herr Kollege Eppers das Wort.

## **Eppers** (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Harms, als ich mir Ihr Thema zu dieser Aktuellen Stunde durchgelesen habe, habe ich mir überlegt: Was wollen die eigentlich? Was bezwecken die? - Mein Vorredner hat ja eben schon gefragt: Wissen Sie eigentlich, welche Partei seit 1998 den Bundesumweltminister stellt? - Das ist doch Ihre Partei! Wissen Sie eigentlich, was Herr Trittin - zugegebenermaßen in zerschlissener Lederjacke -

(Plaue [SPD]: Die war aber teuer!)

vor 1998 den Menschen in Salzgitter bei zahlreichen Demonstrationen versprochen hat? - Er hat gesagt: Wählt uns! - Die SPD hat das auch gesagt. Zur SPD komme ich gleich noch. - SPD und Grüne haben sich in Salzgitter und Umgebung hingestellt und gesagt: Wir brauchen den Regierungswechsel in Bonn, um Konrad zu verhindern. - Und was ist passiert? - Nichts! Sie haben die verständlichen Ängste der Bevölkerung schamlos für Ihre Zwecke ausgebeutet. Das ist passiert.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Das ist ja unglaublich, was Sie erzählen!)

- Herr Plaue, das sollten Sie sich einmal etwas genauer angehören. Durch das, was Sie machen, entsteht nämlich Politikverdrossenheit.

(Plaue [SPD]: Wir halten uns an Recht und Gesetz!)

Sie führen jetzt Argumente an, die auch wir vor 1998 in der Region angeführt haben. Wir haben gesagt: Es gibt rechtsstaatliche Verfahren. Es muss eine Entschädigung gezahlt werden, wenn man dort zurück will - was im Übrigen beide großen Parteien in den 70er-Jahren in Salzgitter begonnen haben. Sie haben uns dafür verteufelt.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben die Menschen bei uns in Salzgitter von Ihnen so langsam den Kanal voll. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Das haben sie ja bei der Kommunalwahl bewiesen!)

Das Beste daran ist, dass man dann, wenn man schon wie Herr Jüttner, wie SPD und Grüne so eine Geschichte hat und wenn man die Leute schon so vorgeführt hat, noch nach Salzgitter fährt und auf einer Veranstaltung sagt: Wir können das nicht verhindern, wir müssen das genehmigen, und zwar aufgrund von zwei Fakten: weil erstens Deutschland ein Rechtsstaat ist - Herr Jüttner, das haben Sie auch vor 1998 schon gewusst; das traue ich Ihnen zu -

(Beifall bei der CDU)

und weil Sie zweitens keine Milliarde haben, die Sie der Wirtschaft zurückzahlen müssten; auch das haben Sie vor 1998 gewusst, und das hat Herr Trittin - beim Rechtsstaat sehe ich das etwas anders - vor 1998 vielleicht auch schon gewusst.

(Heiterkeit bei der CDU)

Da frage ich mich: Was machen Sie denn da? Sie kommen nach Salzgitter und sagen: Okay, ich kann es nicht verhindern. Aber den Sofortvollzug setze ich aus, damit ihr klagen dürft. Das ist dann die Wohltat. Wer soll denn klagen? Wir führen in Salzgitter eine ganz schwierige Diskussion. Unsere fatale Haushaltslage kennen Sie auch. Wir haben doch auch noch andere Probleme. Wenn Sie ein Kerl wären, entschuldigten Sie sich bei der Bevölkerung, die Sie zehn Jahre lang vorgeführt haben,

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

redeten mit Ihrem Kollegen Innenminister und sorgten dafür, dass wir zumindest eine Bedarfszuweisung bekommen, um die Anwaltskosten zu bezahlen. Aber auch das können Sie ja nicht.

(Zuruf von Frau Tinius [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das schäbige Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Trittin und Jüttner ist leider Gottes bei uns in Salzgitter gelandet. Ich habe gesagt - um das zum Schluss noch einmal deutlich zu machen -: Die Verantwortung für Schacht Konrad wird immer gern auf die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung geschoben.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Nicht zu Unrecht!)

Das ist falsch. 1978, unter der Regierung von Helmut Schmidt von der SPD, wurde auf Wunsch beider großen Volksparteien das Endlager Schacht Konrad auf den Weg gebracht, ganz gleich, wie man heute dazu steht. Die SPD hat sich nachher aus der Verantwortung gestohlen, hat die Leute vorgeführt und hat jetzt in Salzgitter natürlich die Schwierigkeit, zu erklären, warum sie Schacht Konrad nun auf einmal doch will.

Ich kann Ihnen nur raten: Kehren Sie zur Redlichkeit zurück, und versuchen Sie, in Salzgitter im Rahmen einer sachlichen Debatte die Leute, die Sie enttäuscht haben, davon zu überzeugen, dass man Schacht Konrad unter gewissen Rahmenbedingungen verantworten kann.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Jetzt spricht der Abgeordnete Inselmann.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Er war auch immer für Konrad! - Frau Pawelski [CDU]: In erster Reihe!)

#### **Inselmann** (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eppers, Sie haben gerade zur Sachlichkeit aufgerufen, aber haben einen unsachlichen Beitrag geliefert.

(Fischer [CDU]: Wieso das denn?)

Ich will nur auf zwei Dinge hinweisen, und dann, Herr Eppers, sollten Sie zu diesem Thema bescheiden schweigen.

Der erste Punkt, den ich erwähnen will, ist die Solidarität der CDU in Niedersachsen mit Salzgitter. Sie gilt bis einen Tag nach dem Wahlterminsiehe Braunschweig. Dann verkünden der neue Oberbürgermeister und Herr Sehrt gemeinsam, dass sie aus der Solidarität derjenigen, die gegen Schacht Konrad klagen wollen, ausscheiden und dass sie die Klage nicht mehr unterstützen wollen. Herr Eppers, sorgen Sie in Ihren eigenen Reihen erst einmal für Solidarität, bevor Sie sich hier hinstellen und sie moralinsauer von anderen einklagen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Solidarität nach Art der CDU.

Aber, was viel schlimmer ist: Wenn man sich das CDU-Wahlprogramm für die Bundestagswahl durchliest, an dem auch, wie er behauptet, Herr Wulff mitgewirkt hat - er gehört ja auch dem engeren Wahlkampfteam mit an -, erkennt man, dass das ein politischer Offenbarungseid der Niedersachsen-CDU und eine Kampfansage an die Bevölkerung und an die Politik dieses Landes ist.

(Busemann [CDU]: Was soll das jetzt? Können Sie das etwas genauer erklären? - Weitere Zurufe von der CDU)

Denn Sie wollen zurück zu einer Politik, die wir schon überwunden zu haben glaubten, Sie wollen zurück in die Kernenergie, Sie wollen dazu zurück, dass Niedersachsen sozusagen zu 100 % die Entsorgung sicherstellen soll. Wir sollen den Atommüll nehmen, und Süddeutschland soll mit Herrn Stoiber davon profitieren. Das ist die Arbeitsteilung, die Herr Wulff mit akzeptiert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir erklären Ihnen, meine Damen und Herren, ganz bescheiden: Da machen wir nicht mit. Herr Wulff, Sie werden ganz deutlich spüren, dass wir Ihnen im Bündnis mit der Bevölkerung erklären werden, wo und wie niedersächsische Interessen zu vertreten sind.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Genehmigen Sie Konrad oder wir? - Eppers [CDU]: Was haben Sie denn den Leuten versprochen?)

Das werden wir tun. Dafür stehen wir in Schacht Konrad, dafür stehen wir in Gorleben, und dafür stehen wir auch in anderen Dingen, meine Damen und Herren.

Ich will noch eine zweite Bemerkung machen, und zwar zu dem, was Herr Schwarzenholz gesagt hat. Das kann man so nicht stehen lassen. Sie dürfen nämlich auch nicht die Erwartungshaltung wecken, dass wir, wenn dieser Arbeitskreis Endlagerung Ende des Jahres seinen ersten Bericht abliefert, die Lösung hätten und dass das ein Grund wäre, die Genehmigung für die Planfeststellung zurückzuhalten. Erstens ist das rechtlich nicht möglich. Das wissen Sie natürlich auch, Herr Schwarzenholz; denn Sie haben ja früher einmal im Umweltministerium gearbeitet. Zweitens will ich Ihnen einmal sagen, was die Aufgaben, die der Arbeitskreis ge-

stellt bekommen hat, bedeuten. - Das können Sie auch heute in der Tageszeitung in vier Punkten nachlesen. Es ist einmal recherchiert worden. - Der Arbeitskreis betreibt erstens Verfahrensentwicklung. Dies ist die Phase eins. Sie wird Ende 2002 abgeschlossen sein. In dieser Phase wird die Verfahrensstruktur und werden damit die Kriterien dazu festgelegt, wie wir das Verfahren der Endlagerung in Deutschland künftig regeln wollen.

Die Phase zwei ist die Verfahrensfestlegung, Herr Schwarzenholz. Ende 2004 bzw. Anfang 2005 soll diese abgeschlossen sein. Nach der Phase zwei haben wir eine verbindliche Festlegung des Arbeitskreises Endlagerung dazu, wie das Verfahren laufen soll.

(Zurufe von Schirmbeck [CDU])

Und dann hätten wir nach der Logik von Herrn Schwarzenholz die Genehmigung zunächst einmal bis 2005 noch hinauszögern sollen. Wie das rechtlich gehen soll, weiß ich nicht.

Die Phase drei ist dann die Verfahrensanwendung. Das hat der Arbeitskreis überall vorgetragen, allen Fraktionen, im Umweltausschuss, überall ist das ja dargestellt worden. Diese Phase drei – Verfahrensanwendung, Herr Schwarzenholz - sagt dann: Abschluss 2010. Dann beginnen wir mit der Standortsuche.

Sie suggerieren, wir könnten die Genehmigung für Schacht Konrad bis 2010 hinauszögern. Aber Sie wissen: Das ist in einem Rechtsstaat nicht möglich. Es gibt keine inhaltlichen Gründe, um weitere Prüfungen durchzuführen.

(Eppers [CDU]: Seit 20 Jahren machen Sie den Leuten etwas vor!)

Ich hätte mir übrigens gewünscht - Herr Schwarzenholz, darin sind wir uns wieder einig -, dass der Bund seine Weisung zurückgenommen hätte, was die Frage der Prüfung des Bedarfes für Schacht Konrad angeht.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ihre Weisung! - Eppers [CDU]: Wer regiert denn da?)

Das wäre richtig gewesen. Darin sind wir uns bestimmt einig, Frau Harms. Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Trittin das geleistet hätte.

Aber wenn sich die CDU hier moralinsauer hinstellt und uns erklärt, wie man mit Schacht Konrad umgehen soll - ich habe ja auch die Empfehlungen in der Presseerklärung von Frau Zachow gelesen -, wenn Sie unglaubwürdige Politik in Sachen Atomenergie machen wollen, kann ich nur sagen: Mit uns nicht, meine Damen und Herren! Endlagerung in Niedersachsen und Steuereinnahmen für den Süden Deutschlands und Herrn Stoiber werden mit uns nicht möglich sein. Sie können sicher sein, dass wir uns mit allem, was geht, dagegen wehren werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

## Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Harms, noch einmal!

(Schirmbeck [CDU]: Das haben Sie doch alles schon gesagt, Frau Harms! Das können wir alles nachlesen!)

## Frau Harms (GRÜNE):

Herr Kollege, ich weiß nicht, ob Sie sich schon mit den langen Texten des Planfeststellungsbeschlusses beschäftigt haben. Ich habe es getan. Weil es gang und gäbe ist, die politische Lage und die Machtsituation zu verkürzen und die Schuld sozusagen allein dem grünen Bundesumweltminister zuzuweisen,

(Eppers [CDU]: Er hat es versprochen!)

möchte ich darauf hinweisen, dass der Druck auf das Verfahren zur Genehmigung von Konrad ausdrücklich aus einem Ministerium kam, das nicht von Grünen geführt wird, sondern das von Frau Buhlmann geführt wird.

(Plaue [SPD]: Jetzt kommen mir aber die Tränen!)

Viele, die sich mit der Sache beschäftigen, wissen: Der Druck ist dadurch zu erklären, dass in den Forschungseinrichtungen des Bundes ca. 60 % der für Schacht Konrad bestimmten Abfälle lagern. Das muss man einfach wissen, wenn man sich mit der politischen Gemengelage und möglichen Perspektiven auseinander setzt.

(Inselmann [SPD]: Eine völlig neue Legendenbildung! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das müssen Sie Herrn Inselmann einmal geben!) - Das ist keine Legendenbildung, sondern das steht in dem Text, den ich jedenfalls habe. Vielleicht ist das im neuen Planfeststellungsbeschluss korrigiert. Dann geben Sie mir das bitte.

Meine Damen und Herren, mir geht es darum, aus diesen Schuldzuweisungen herauszukommen.

(Fischer [CDU]: Das kann man sich vorstellen! - Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, es ist schwer, hier etwas anderes als Wahlkampf zu machen. Es geht aber um existentielle Sicherheitsinteressen des Landes, die weit über Legislaturperioden hinaus wichtig sein werden.

(Fischer [CDU]: Was haben Sie denn vor 1998 versprochen? - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen eines: Wenn es uns nicht gelingt, aus den Ergebnissen des Arbeitskreises Endlager gemeinsam Politik zu machen, obwohl wir weit davon entfernt sind, bisher das Optimum in der Entsorgungspolitik erreicht zu haben, dann wird das allein zulasten des Landes Niedersachsen gehen. Deswegen bin ich wirklich dafür, nicht mit dem Finger auf einzelne Akteure zu zeigen, sondern in Niedersachsen Bündnisse dafür zu schmieden,

(Plaue [SPD]: Aber realistisch! - Inselmann [SPD]: Da steigen Sie permanent aus!)

dass eine solche Suche, die politisch sehr schwer durchzusetzen sein wird, zustande kommt. Ich möchte auch an den Kollegen Schwarzenholz, der ja aus der Region Konrad kommt, ausdrücklich appellieren, sich an dieser Stelle zu entscheiden, ob er für eine solche neue Suche ist oder nicht. Wir haben sie in unserem Programm durch einen Änderungsantrag - übrigens von mir - verankert. Ich möchte, dass sich auch andere niedersächsische Parteien und Fraktionen dieser Verantwortung für die Zukunft stellen. Das ist Politik, die weit über unser normales Tagesgeschäft hinaus weist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die CDU das Problem hat, dass Herr Stoiber etwas ganz anderes will, als die Niedersachsen es wollen können. Aber, meine Damen und Herren, denken Sie doch noch einmal darüber nach, ob die Position

von Herrn Stoiber aus niedersächsischer Sicht getragen werden kann. Zumindest in den Regionen Salzgitter und Nordost-Niedersachsen rund um Gorleben werden Sie damit nicht weit kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Fischer [CDU])

#### Präsident Wernstedt:

Jetzt spricht Umweltminister Wolfgang Jüttner.

## Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht in der Tat um ein existentielles Thema. Aber wir sollten uns hüten, Legenden in die Welt zu setzen. Was ist der Sachverhalt? - Nach Atomrecht ist es Aufgabe der Bundesregierung, ein Endlager für atomaren Müll zu errichten und zu betreiben. Seit 1982 hat die Bundesregierung auf der Basis eines Entsorgungskonzeptes mit dem Mengenbedarf von ungefähr 1 700 000 m³ ein Genehmigungsverfahren zum Schacht Konrad eingeleitet. In diesen 20 Jahren ist wegen neuer Rechtsetzungen und neuer Entwicklungen, die sich ergeben haben, kontinuierlich nachgearbeitet worden. Allein die Einarbeitung der Strahlenschutzverordnung hat 1 000 Seiten zusätzliches Papier der Antragsteller mit sich gebracht. Darauf möchte ich einfach hinweisen, um zu erklären, wie die 20 Jahre zustande kommen. Das ist ohne Fehlverhalten der Genehmigungsbehörde verschiedenen Umständen zu schulden.

Die Genehmigungsunterlagen sind nunmehr abgearbeitet. Der Hinweis von Herrn Schwarzenholz, dass z. B. Fragen der Langzeitsicherheit und der radiologischen Belastungen nicht bearbeitet worden sind, ist falsch. Im Atomrecht ist geregelt, dass, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen gegeben sind, die Genehmigungsbehörde einen positiven Bescheid zu geben hat. Es sei denn, der Antragsteller weist darauf hin, dass er an einem Abschluss des Verfahrens im Moment nicht interessiert ist; dieser Sachverhalt liegt aber nicht vor. Der Antragsteller hat mir unmissverständlich mitgeteilt, dass er an einem Abschluss dieses Verfahrens interessiert ist. Vor diesem Hintergrund sind Opportunitätsgesichtspunkte der Genehmigungsbehörde nicht gegeben. Ich sage das in aller Deutlichkeit. In der Genehmigungsbehörde sitzen Beamte, die nach Recht und Gesetz arbeiten. Ich lasse nicht zu, dass die in Schwierigkeiten beruflicher Art gebracht werden, nur weil aus politischen Gründen dem einen oder anderen - den zuständigen Minister eingeschlossen - die Ergebnisse nicht passen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das unterscheidet Sie wohltuend von Frau Griefahn!)

Das hat zur Konsequenz, dass ich das Kabinett unterrichtet habe mit der Bitte, den Landtag zu informieren, dass die Genehmigungsbehörde, nämlich das Niedersächsische Umweltministerium, beabsichtigt, dieses Verfahren in nächster Zeit abzuschließen. Daraus erwächst, weil der Sofortvollzug vom Antragsteller nicht beantragt ist, möglicherweise keine Verbindlichkeit, keine rechtliche Konsequenz, dass davon Gebrauch gemacht werden kann, weil auch Gemeinden und Einzelne vor Ort erklärt haben, dass sie in die gerichtlichen Auseinandersetzungen gehen wollen. Im Übrigen ist der Inhaber einer Genehmigung nicht verpflichtet, von einer Genehmigung Gebrauch zu machen. Auch darauf möchte ich hinweisen. Wenn Herr Trittin als derjenige, der das bei mir beantragt, öffentlich erklärt, er wolle davon keinen Gebrauch machen, dann interessiert das die Genehmigungsbehörde nicht, den politisch verantwortlichen Umweltminister des Landes Niedersachsen aber sehr. Ich begrüße das ausdrücklich.

Ich komme nun zum zweiten Teil des Themas. Bislang ging es um einen Verwaltungsakt im Rahmen des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland, wobei die Genehmigungsbehörde Umweltministerium zu agieren hat. Jetzt kommen wir zur politischen Seite.

## (Zuruf von Möllring [CDU])

Wir haben seit 30 Jahren eine Debatte um atomare Endlagerung in Deutschland, die völlig falsch angefangen hat. Es ist nämlich nach sachfremden Gesichtspunkten ausgesucht worden, wohin der Atommüll soll. Unglücklicherweise haben sich Verschiedene darauf verständigt, dies alles zulasten des Landes Niedersachsens zu machen. Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren. Die Landesregierung kämpft dafür, dass wir im Zuge der nationalen Verantwortung für den Atommüll zu einer gerechten Lastenverteilung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht abtauchen. Auch wir leisten unseren Beitrag. Herr Inselmann und Frau Harms haben

aber zu Recht darauf hingewiesen: Es gibt Pfiffikusse in Deutschland, die heilfroh sind, wie das aufgeteilt ist. Die einen haben die Freude und die anderen den Dreck. Aber nicht mit uns, meine Damen und Herren!

#### (Beifall bei der SPD)

Deshalb ist der Abschluss des Genehmigungsverfahrens Schacht Konrad nicht der Beginn der Einlagerung und nicht das Ende der politischen Debatte, sondern ein Zwischenschritt und der Beginn einer noch wichtigeren politischen Debatte über ein angemessenes Entsorgungskonzept in Deutschland.

#### (Zurufe von der CDU)

Da es nicht jedem Einzelnen leicht zu vermitteln ist, weil sich das ein Stück weit überkreuzt, dass diejenigen, die für ein neues Entsorgungskonzept, was dringend notwendig ist, eintreten, gleichzeitig eine Genehmigung haben wollen, ist es doppelter Anstrengung notwendig, um deutlich zu machen, was wir politisch wollen: Niedersachsen will die nationale Verantwortung beim Thema Entsorgung. Niedersachsen will, dass nach sachgerechten Gesichtspunkten die Endlagersuche stattfindet. Präjudizierungen, die vor Jahrzehnten getroffen worden sind,

## (Zurufe von der CDU)

werden von uns nicht akzeptiert und gehören auf den Haufen der Geschichte. Darum geht es, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich: Die Zukunft von Schacht Konrad und von Gorleben ist nicht durch diejenigen, die das gerne bei uns sehen, und nicht durch erteilte Genehmigungen geprägt, sondern durch den Verantwortlichen, die Bundesregierung in Deutschland, wenn er daraus praktische Konsequenzen zieht. Unsere Aufgabe wird sein, dafür zu sorgen, dass die Konsequenzen, die sich augenscheinlich auch die niedersächsische CDU wünscht und herbeisehnt, nicht kommen. Wir kämpfen auch weiterhin gegen einen Endlagerbetrieb in Schacht Konrad - ich hoffe, auch mit Ihrer Unterstützung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: So ein Nebelwerfer!)

#### **Präsident Wernstedt:**

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, beende ich den Punkt 14 b.

Wir kommen zu

c) Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt - Tariftreue jetzt sichern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs 14/3384

Das Wort hat der Kollege Adam.

## Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer Gespräche mit den örtlichen Kreishandwerkerschaften führt - ich gehe davon aus, dass alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause diese Gespräche führen -, der erfährt sehr schnell, dass die Probleme gerade der kleinen und vielleicht auch mittleren Baubetriebe in einem unterdrückenden Konkurrenzkampf, insbesondere bei öffentlichen Aufträgen, bestehen, bei dem sehr oft die kleinen Handwerksbetriebe auf der Strecke bleiben. Aus diesem Grunde ist es richtig und wichtig, sich über Tariftreue zu unterhalten, denn Tariftreue, meine Damen und Herren, heißt Arbeitsplätze erhalten, neue Arbeitsplätze schaffen und die Bauwirtschaft stärken. Dazu gehören aber bessere Rahmenbedingungen für die Tariftreue, die zum festen Bestandteil bei öffentlichen Aufträgen gemacht werden müssen.

Einigkeit sollte darüber bestehen, dass eine bundeseinheitliche Regelung die beste Lösung wäre. Bislang hatte ich den Eindruck, dass dieses Thema im Landtag in großer Übereinstimmung diskutiert und behandelt wird, wenn es darum geht, ein Vergabegesetz zu verabschieden. Ich erinnere an die einstimmigen Landtagsbeschlüsse und an die Presseerklärungen, die alle Fraktionen nach diesen Beschlüssen herausgegeben haben. Heute muss ich allerdings feststellen, dass sich zumindest die CDU-Fraktion aus dieser Gemeinsamkeit verabschiedet hat oder auf Anordnung aus Berlin verabschieden musste.

(Coenen [CDU]: Na, na, na! Mal langsam!)

- Sie können ja gleich etwas anderes sagen. - Tariftreue scheint für Sie kein Thema mehr zu sein.

Sie wissen, dass Sie mit Ihrer Politik die Bauwirtschaft vor Ort alleine lassen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist nicht einzusehen, weshalb der kleine oder mittlere Baubetrieb nur deshalb bei öffentlichen Aufträgen hinten herunterfällt, weil er seine Mitarbeiter nach Tarif bezahlt und weder bereit noch in der Lage ist, bei Preisen, der Einrichtung von Arbeitsstellen und Arbeitsstunden Dumping-Angebote abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir halten eine Regelung auf Bundesebene für besser, weil wir meinen, dass es der Bauwirtschaft nicht zugemutet werden kann, sich mit 16 verschiedenen Regelungen auseinander zu setzen, die sie vor bürokratische Hürden stellen. Wenn es auf Bundesebene aber nicht zu einer Einigung kommt, wollen wir nach wie vor unsere niedersächsische Regelung durchsetzen. Einen Kompromiss auf Bundesebene wollen wir nicht gefährden. Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, Ihre Berliner Kontakte zu nutzen, damit es zu einer Einigung auf Bundesebene kommt

Uns ist wichtig, die Wirtschaft zu stärken und Dumping bei öffentlichen Aufträgen zulasten der Arbeitnehmer, aber auch zulasten der Unternehmer zu verhindern.

(Möllring [CDU]: Ich sage nur "Fachhochschule Osnabrück"!)

- Herr Möllring, Sie haben so viele Probleme in Hildesheim. Lösen Sie diese Probleme in Hildesheim

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben niemals behauptet, dass alleine mit einem Vergabegesetz die Probleme der Bauwirtschaft gelöst würden. Tatsache ist jedoch, dass eine bundesweit gültige Tariftreueregelung ein ganz wesentliches Element für faire Wettbewerbsbedingungen darstellt. Wir wollen immer noch unsere schärferen niedersächsischen Regelungen. Wir wollen aber verhindern, dass eine bundesgesetzliche Regelung daran scheitert. Wir wollen die Absenkung der Bagatellgrenze auf 20 000 Euro und die Abschaffung der Tariftreuestaffel. Wir wollen 100-prozentige Tariftreue, und wir wollen die Überprüfung unangemessen niedriger Angebote. Wir wollen kein Dumping.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend betonen: Unsere Wunschvorstellung wäre eine bundesgesetzliche Regelung. Daran können Sie und wir mitarbeiten. Scheitert eine solche bundesgesetzliche Regelung, dann wollen wir unsere niedersächsische Regelung, um so Tariftreue zu unterstützen, Korruption zu bekämpfen und die niedersächsische Bauwirtschaft zu stärken. - Vielen Dank

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Hagenah.

## **Hagenah** (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion unterstützt vorbehaltlos sowohl die niedersächsische Initiative für ein Tariftreuegesetz als auch aus den eben genannten Gründen heraus – eine generelle Regelung für alle Bundesländer - das derzeitige Gesetz von Rot-Grün auf Bundesebene. Uns verwundert die jetzt plötzlich aufkommende Debatte gegen das Bundesgesetz zur Tariftreue, die offensichtlich von CDU-Ländern geführt wird.

(Zuruf von der CDU: Der Antrag kommt von der SPD!)

Das widerspricht dem bisherigen Diskussionsverlauf in Niedersachsen völlig. Angesichts der Rolle, die Herr Wulff ja wohl im Wahlkampfteam von Herrn Stoiber spielt, erwarten wir, dass die CDU in Niedersachsen - insbesondere Herr Wulff - gegen die Verhinderungspolitik, die die CDU-geführten Länder gegen das Tariftreuegesetz angekündigt haben, klar vorgeht. Unserer Meinung nach ist das Tariftreuegesetz eine logische Konsequenz aus dem bisherigen Grundkonsens der bundesdeutschen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt und der bundesdeutschen Wirtschaftsform. Wir hatten bisher den Eindruck, dass wir uns darauf verständigt hatten, dass ein fairer Wettbewerb in Deutschland sozial flankiert stattfinden soll, nicht aber ein Ellenbogenwettbewerb, in dem untertarifliche Beschäftigungsverhältnisse durch einzelne politische Gruppierungen unterstützt werden, indem sie diese nicht ächten.

(Zuruf von der CDU: Herr Kollege!)

Das scheint mir der einzige nachvollziehbare Grund zu sein, den die CDU-Seite gegen ein Tariftreuegesetz vorbringen kann. Das Tariftreuegesetz liegt nämlich völlig in der Logik, in der wir bisher unser Wirtschaftssystem organisiert haben, ist die logische Konsequenz aus neuen Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt und dem jetzt offenen EU-Arbeitsmarkt. Auch ist das Tariftreuegesetz ein wichtiges Schutzschild gegen das, was uns in der Folge der bevorstehenden Osterweiterung der EU - Stichwort Billiglohnmärkte – auf dem Arbeitsmarkt noch bevorsteht.

Insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Baubereich ist es schlichtweg ein Hohn, wenn hier politisch gegen ein Tariftreuegesetz interveniert wird.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Das Argument, das während der Anhörungen vorgebracht worden ist, das Gesetz würde letztendlich eine fünfprozentige Verteuerung zulasten der öffentlichen Haushalte einleiten, ist nur vorgeschoben. Denn durch die über eine gesetzliche Regelung erzielte Tariftreue wird doch letztendlich erst abgesichert, dass das Steueraufkommen für Kommunen und Länder ausgeglichen wird und wir der Entwicklung, dass untertarifliche Arbeitsverhältnisse natürlich zu einem geringeren Steueraufkommen führen, einen Riegel vorschieben und solche Unternehmen im Wettbewerb keine Chance mehr haben.

Wenn man sich hier wie bei der Henne und dem Ei gegen höhere Auftragsvergaben ausspricht, muss man sich am Ende bei der Henne, also der Steuer, nicht darüber wundern, dass dort ständig weniger herauskommt und die Unternehmen vor Ort keine ordentlichen Steuerbeiträge mehr leisten, weil die heimische Bauwirtschaft am Boden liegt.

(Möllring [CDU]: Eine Henne ist doch nicht steuerpflichtig!)

- Herr Möllring, ich habe Ihnen ein bisschen mehr Phantasie zugetraut, diesem Bild folgen zu können. Ich kann Ihnen das nachher in der Lobby noch einmal genauer erklären.

(Plaue [SPD]: Selbst die Phantasie hat er bei Herrn Machens abgegeben!)

Es ist eine große Leistung des Bundes-Tariftreuegesetzes und auch des niedersächsischen Entwurfes, den die Landesregierung eingebracht hat und den wir unterstützen, zumal wir ihn immer wieder eingefordert haben, dass endlich Sozialstandards bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen sind. Letztendlich ist das Geld, das die öffentliche Hand für Baumaßnahmen vergibt, Steuergeld. Dieses Steuergeld kann doch nicht in Arbeitsverhältnisse investiert werden, die sozialen Standards nicht entsprechen. So sieht nach unserem Verständnis die logische Konsequenz eines vernünftigen und werthaltigen Einsatzes von Steuergeldern aus: Nicht der billigste Anbieter bekommt den Vorrang, sondern der, der sich in unserem System korrekt und sozial verantwortungsbewusst verhält, soll den Auftrag erhalten. Das wird nur über ein Tariftreuegesetz mit einer bundeseinheitlichen Regelung gesichert.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund verstehen wir, dass es einen Ausgleich zwischen Ost- und Westländerinteressen geben musste, zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Wir erleben es doch in der aktuellen Auseinandersetzung im Bundesrat - - -

(Plaue [SPD]: Ein bisschen peinlich!)

- Aber genau darum geht es: Wir wollen die Auseinandersetzung im Bundesrat mit offenem Visier führen. Die Argumente waren doch vorhersehbar, Herr Plaue. Das haben uns unsere ostdeutschen Bundestagsabgeordneten von vornherein so erklärt und erläutert. Die Auseinandersetzung im Bundesrat bestätigt uns, dass wir einen Übergang organisieren müssen.

(Plaue [SPD]: Dann musst du sagen, was du willst!)

Wir sind aus niedersächsischer Sicht für jede schärfere Lösung. Wir unterstützen diese Linie offensiv. Aber genauso, wie Sie es als SPD-Fraktion eben ausgeführt haben, sind wir für eine bundeseinheitliche Regelung, der wir nicht im Wege stehen wollen.

Sollte die CDU dem beitreten können, stimmt mich das zuversichtlich, dass der Bundesrat das bundeseinheitlich geltende Gesetz unterstützt. Wir sind neugierig, wie Sie sich jetzt positionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Präsident Wernstedt:

Ihre Neugier wird wahrscheinlich gestillt. Herr Kollege Möllring hat das Wort.

## Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Diskussion verfolgt, kommt sich fast vor wie auf dem "Ball verkehrt". Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir zur Tariftreue stehen, in Presseerklärungen, mit Anträgen und in den Beratungen.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht, wenn Sie abstimmen sollen!)

Der Ministerpräsident, der jetzt nicht da ist, hat nach Gesprächen mit dem Handwerk erklärt - siehe Presseerklärung! -, selbstverständlich werde sofort ein Landesvergabegesetz in den Landtag eingebracht.

(Plaue [SPD]: Gibt's schon längst!)

Dieses Versprechen hat die SPD-Fraktion auch gehalten. Dann kam das Gesetz in den Wirtschaftsausschuss, aber die Beratung wurde vertagt. Anschließend kam es noch einmal in den Wirtschaftsausschuss, und dann hat die SPD gesagt: Das wollen wir nicht weiter behandeln, weil wir auf eine Bundesregelung hoffen.

(Frau Körtner [CDU]: So ist es!)

Und nun tun Sie so, als sei der 22. September schon vorbei, stellen sich hier hin und sagen den Kollegen der CDU, das Bundesvergabegesetz tauge nichts, weil dort die falschen Regelungen vorgesehen seien.

Herr Adam, ich weiß nicht, ob Sie Ihren Antrag gelesen haben.

(Frau Körtner [CDU]: Nein, hat er garantiert nicht!)

Dort steht:

"Der Landtag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis,"

- das sollen wir hier beschließen -

"dass die intensiven Bemühungen der Niedersächsischen Landesregierung, die Eckpunkte des von der SPD-Fraktion in den Niedersächsischen Landtag eingebrachten Gesetzentwurfs über ein Landesvergabegesetz in das Bundesgesetz einzubringen, bisher nicht in allen Punkten eine mehrheitliche Unterstützung gefunden haben."

Das heißt, dass Ihre Anträge auf Bundesebene gescheitert sind.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber bis zum 22. September haben Sie - Rot-Grün - im Bundestag eine Mehrheit. Deshalb verstehe ich nicht, dass die beiden Kollegen, die hier eben geredet haben, nicht sagen können: Wir haben das alles gut gemacht.

(Plaue [SPD]: Lassen Sie doch einmal jemanden dazu reden, der etwas davon versteht! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sind für ein Bundesvergabegesetz. Das Bundesvergabegesetz müsste dann aber - das sagen die Handwerksverbände und auch die Industrie - nicht nur entsprechende Maßstäbe setzen, sondern es müsste auch kontrolliert werden, Herr Kollege. Wenn es nicht kontrolliert wird, ist es wirkungslos.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben doch das Beispiel in Berlin gehabt. Da hat der Berliner Senat einmal gesagt, dass jeder Handwerker mindestens 15 DM Stundenlohn haben solle. Da haben sich alle gefreut. Der Bauunternehmer hat zu seinem Polen gesagt: Wenn du bei mir arbeiten willst, musst du in Zukunft 5 DM bezahlen. - Daraufhin hat der Pole gesagt: Ich bin ja in Deutschland einiges gewohnt, aber wieso muss ich 5 DM bezahlen? - Daraufhin hat der Bauunternehmer gesagt: Sie kriegen künftig 15 DM statt bisher 10 DM. - Da haben sich alle gefreut. Der Pole hatte seine 10 DM, der Unternehmer hat die 5 DM in die Schweiz gebracht, die Banken in der Schweiz haben sich gefreut, und die Politiker waren zufrieden, dass sie endlich für Gerechtigkeit auf dem Bau gesorgt haben. So ist es doch gewesen, weil das niemand kontrolliert hat. Das sind Geschichten, die das Leben schreibt. Daran kommen Sie doch nicht vorbei.

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Ich will auch keine Minimallösung. Wir können über die Grenze bei 20 000 Euro gerne reden. Meinetwegen könnte die Grenze auch bei Null liegen. Warum soll eigentlich bei Auftragswerten, die unter 20 000 Euro liegen, nicht genauso nach Tarif bezahlt werden wie in den Fällen, in denen es sich

nur um eine kleine Putz- und Flickaufgabe handelt? Ich gebe aber zu, dass die Kontrolle dann schwierig werden wird.

Aber eins muss man deutlich sagen: Wer sich hier hinstellt und sagt, dass er die Tariftreue und das Vergabegesetz will, und dann auf den Zwischenruf "Fachhochschule Osnabrück" diese Antwort gibt, der muss sich an die Diskussion im Ausschuss erinnern. Im Ausschuss haben alle Fachleute gesagt, dass das, was wir in Osnabrück planen, 12 Millionen DM koste. Dann ist im Haushaltsausschuss des Niedersächsischen Landtages - Sie wissen ja, wer da die Mehrheit hat - gesagt worden, dass ein Angebot über 9 Millionen DM vorliege, dass mit einer Tochterfirma gebaut werde, dass nicht ausgeschrieben werden müsse und dass diese Tochterfirma 3 Millionen DM günstiger bauen könne. Als wir gefragt haben, wo denn die Verpflichtung zur Tariftreue festgelegt sei, und gesagt haben, dass wir die Tariftreue überprüfen wollten, ist unser Antrag im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden. Später ist die Absicht, um 3 Millionen DM preiswerter zu bauen, gescheitert, sodass wir den Bau für 12 Millionen DM genehmigen mussten. Das ist doch Fakt, Herr Adam. Darüber brauchen wir doch nicht zu diskutieren.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich kann nicht in der nichtöffentlichen Ausschusssitzung sagen, dass wir das so machen wollen, und mich in der Öffentlichkeit für die Einhaltung der Tariftreue und ein Landesvergabegesetz einsetzen, und das Vergabegesetz dann, wenn ich es in den Landtag eingebracht habe, im Ausschuss wieder zurückziehen bzw. seine Beratung vertagen mit dem Hinweis darauf, dass ich ein Bundesvergabegesetz wolle, das ich später als nicht gut genug bezeichne, um schließlich alle die zu beschimpfen, die an der Erarbeitung des Gesetzes nicht mitgewirkt haben bzw. nicht verhindert haben, dass ein besseres Gesetz zustande gekommen ist. Sie haben noch bis zum 22. September eine Mehrheit in Berlin. Sie hätten es besser machen können, und Sie sind gescheitert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Coenen [CDU]: Wir wollen Plaue!)

## Präsident Wernstedt:

Zu Wort gemeldet hat sich mit einer offiziellen Wortmeldung zunächst Frau Dr. Knorre.

**Dr. Knorre**, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es auch sehr kurz machen. Ich finde es unerträglich, wie die CDU-Fraktion darzustellen und schönzureden versucht, dass das Tariftreuegesetz bislang an der Blockadehaltung der CDU-Länder im Bundesrat scheitert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung hat, wie es der einstimmige Landtagsbeschluss ihr vorgegeben hat, alle Punkte im Antragsverfahren im Bundesrat eingebracht, die hier vom Landtag gefordert worden sind. Kein einziges CDU-geführtes Land hat diesen Anträgen zugestimmt. Meine Damen und Herren, wo war denn da der Einsatz Ihrer Fraktion und der CDU für die Interessen der niedersächsischen Bauwirtschaft?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht das ja noch weiter. Jetzt befindet sich das Tariftreuegesetz im zweiten Beratungsdurchgang. Und was geschieht jetzt? - Jetzt wollen die CDUgeführten Länder nicht nur unsere weiterführenden Anträge, sondern das Gesetz komplett ablehnen. Selbst Bayern, das sich bislang als Vorkämpfer für die Tariftreue zu profilieren versucht hat, überlegt jetzt, ob es vor den Wahlkampfinteressen von Herrn Stoiber kapituliert.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die haben ein Landesvergabegesetz, das Sie nicht hinbekommen!)

Das - das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen - wäre in der Tat ein Schlag ins Gesicht der Bauwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden unsere Anträge im zweiten Beratungsdurchgang so, wie uns der Niedersächsische Landtag dazu aufgefordert hat, noch einmal einbringen. Aber ganz klar ist auch, dass das Tariftreuegesetz in der Fassung, in der es derzeit als Kompromissentwurf vorliegt, an Niedersachsen nicht scheitern wird. Wir wollen dieses Gesetz und werden deshalb dafür sorgen, dass es den Bundesrat passieren wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um drei Minuten überschritten. Deswegen verlängere ich die Redezeiten der Fraktionen ebenfalls um drei Minuten. Gemeldet hat sich zunächst der Kollege Plaue.

## Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wulff, ich danke Ihnen sehr für Ihren Zwischenruf zum Landesvergabegesetz des Landes Bayern. Das Landesvergabegesetz des Landes Bayern enthält Regelungen, die nach übereinstimmender Aussage der Gewerkschaften und der Bauwirtschaft weniger wirksam sind als die Vergaberichtlinie, die das Land Niedersachsen jetzt schon hat. Ich stelle fest, dass Sie, Herr Kollege Wulff, keine Ahnung von dem haben, worüber wir hier diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir können ja darüber reden, was wir in Berlin bewerkstelligt oder nicht bewerkstelligt haben, Herr Kollege Möllring. Nur, ich erwarte vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU eine ganz klare Aussage dazu, ob das gilt, was hier immer zwischen den Zeilen suggeriert, aber nicht gemacht wird, nämlich dass die Niedersachsen-CDU angeblich für ein Tariftreuegesetz ist, oder ob das gilt, was die CDU politisch auf Bundesebene macht. Merz hat gesagt, mit der CDU werde es ein Tariftreuegesetz nicht geben. Herr Wulff, nehmen Sie dazu Stellung und sagen Sie den Menschen in Niedersachsen, sagen Sie der Bauwirtschaft an der Grenze zu den neuen Bundesländern, ob die Niedersachsen-CDU zu dem niedersächsischen Modell steht oder zu dem, was in Berlin gemacht wird!

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Herr Wulff!

## Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viel wäre geholfen, wenn wir uns an zwei Grundsätze halten würden. Es wäre gut, wenn wir Dinge, für die wir hier Verantwortung tragen, hier wirklich lösen würden.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir erklärt, dass wir ein Landesvergabegesetz, dass wir die Überführung der Richtlinie mit dem 10-%-Erlass ins Gesetz wollen. Das aber scheitert an Ihren Verzögerungstaktiken, weil Sie auf diesem Feld nicht handlungsfähig sind. Das ist Punkt Nr. 1.

(Beifall bei der CDU

Sie haben hier im Hause die absolute Mehrheit. Da Sie seit zwölf Jahren regieren, müssen Sie, Herr Plaue, sagen, warum Sie dieses Gesetz seit zwölf Jahren nicht über die Bühne gebracht haben. Das hat mit der Opposition rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre hilfreich, wenn Sie ab und zu auch denen zuhören würden, denen Sie nicht ständig zuhören, was zur Folge hat, dass Sie nicht klüger werden. Wenn Sie Herrn Möllring zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass wir für ein Landesvergabegesetz und ein Bundesvergabegesetz sind. Das ist auch die Mehrheitsposition der Union.

(Möhrmann [SPD]: Herr Wulff, welchen Einfluss haben Sie eigentlich in Berlin?)

Jetzt ist mit den neuen Bundesländern eine Situation entstanden, in der wir als Niedersachsen mit der ehemals längsten innerdeutschen Grenze besonders daran interessiert sein müssen, dass das Landesvergabegesetz und das Bundesvergabegesetz auf den Weg kommen, damit es endlich faire Wettbewerbschancen für die Bauindustrie und das Bauhandwerk in den Grenzregionen gibt.

(Beifall bei der CDU)

Während es zwischen Bayern und Sachsen, zwischen Thüringen und Hessen Vereinbarungen darüber gibt, wie man in der jeweiligen Grenzregion verfährt, wie man kontrolliert und bei Vergaben vorgeht, fehlt so etwas hier völlig, und Sie finden überall in den an der ehemaligen deutschen Grenze gelegenen Landkreisen Bauunternehmen und Bauhandwerker mit Dumpinglöhnen aus den neuen Bundesländern. Dem wollen wir ein Ende setzen.

(Beifall bei der CDU)

Dafür, dass diese Bundesländer - beispielsweise das PDS/SPD-regierte Mecklenburg-Vorpommern - das nicht wollen, wird man wahrscheinlich sogar Verständnis aufbringen können. Aber gerade deshalb sind wir zum Handeln gezwungen. Und dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie haben keine Ahnung davon! -Coenen [CDU]: Plaue, melden! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir haben hier eine Regelung, dass über das Mikrofon diskutiert wird. Zwischenrufe sind gestattet. Möchte sich noch jemand melden?

(Zurufe bei der CDU: Plaue! - Plaue [SPD] - zur CDU -: Solange ihr euch nicht meldet, brauche ich nicht zu antworten! - Schirmbeck [CDU]: Der Plaue meldet sich doch immer noch!)

- Herr Schirmbeck! - Das ist nicht der Fall. Damit beende ich die Aktuelle Stunde.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung:

Ausbau der Binnenwasserstraßen und stärkere Nutzung der Potenziale der Binnenschifffahrt - Antrag der Fraktion der SPD -Drs. 14/3342

Der Antrag wird durch den Kollegen Buß eingebracht.

#### Buß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niedersachsen ist das größte Küstenland der Bundesrepublik und hat mit seinen vielen Häfen an der Küste und auch im Binnenland eine besondere Beziehung zur Schifffahrt.

(Schirmbeck [CDU]: Das ist richtig!)

Viele Arbeitsplätze sind unmittelbar oder mittelbar von der Schifffahrt abhängig.

(Schirmbeck [CDU]: Auch das ist richtig!

- Was richtig ist, kann man hier ja auch einmal sagen. Wir sind ja nicht so wie Herr Möllring, der hier nur Unwahrheiten erzählt. Wir sagen es so, wie es ist.

(Zuruf von der CDU)

Unsere gut ausgebauten Seehäfen funktionieren aber nur, wenn das Hinterland optimal angeschlossen ist. Hierzu gehören neben Bahn und Straße aber auch ganz besonders die Binnenwasserstraßen mit ihren Häfen im Binnenland. Das Güterverkehrsaufkommen auf den Binnenwasserstraßen ist in den letzten zehn Jahren um mehr als 20 % gestiegen und wird in den nächsten Jahren um mehr als ein Drittel weiter steigen.

Auch die Osterweiterung der EU wird das Güterverkehrsaufkommen mit Sicherheit weiter erhöhen. Alle Verkehrsexperten sind sich darin einig, dass dieses Problem allein mit Schiene und Straße nicht gelöst werden kann. Auch umweltpolitisch geht kein Weg an einer stärkeren Nutzung der Wasserstraßen vorbei. Für die Schifffahrt ist "Stau" eher ein Fremdwort.

Im Wettbewerb gegenüber den ARA-Häfen müssen wir eine bessere Anbindung haben. Gerade in Holland und Belgien werden die Potenziale der Binnenschafffahrt erheblich stärker genutzt. Nachdem wir im Ausschuss für Häfen und Schifffahrt auch dieses Thema mehrfach erörtert haben - übrigens einhellig -, bringen wir als SPD-Fraktion folgenden Entschließungsantrag ein:

"Der Niedersächsische Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen,

1. die bestehende Wasserstraßeninfrastruktur in Niedersachsen zu verbessern;

Hierzu gehört insbesondere der Ausbau der Stichkanäle Osnabrück, Hildesheim, Misburg und Linden. Durch die Konzentration aller Finanzierungsmittel auf die Hauptstrecke des Mittellandkanals in den vergangenen Jahren ist eine Ungleichbehandlung zwischen der Hauptstrecke des MLK und den Stichkanälen entstanden, die den Zielen des Regierungsabkommens aus dem Jahre 1965 widerspricht. Da große industrielle Ballungsgebiete in Niedersachsen an Stichkanälen liegen, werden diese

Regionen dadurch in der wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligt.

Im Zuge des Ausbaus der Mittelweser muss die Planung für einen Neubau der Schleuse Minden sofort begonnen werden, um den Übergang zwischen dem MLK und der Weser zeitgleich mit der Fertigstellung der anderen Ausbauvorhaben zu gewährleisten.

Die Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanals ist eine wichtige Hinterlandverbindung des Seehafens Emden. Der heutige Ausbauzustand erlaubt keinen Verkehr mit dem Großmotorgüterschiff. Die teilweise zu geringen Schleusenbreiten und Durchfahrtshöhen an den Brücken sollten zeitnah angepasst werden, um den Verkehr mit dem Standardschiff der angrenzenden Wasserstraßenabschnitte zu ermöglichen und eine Abkoppelung einer ganzen Region von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern.

- 2. die Personalsituation in der Wasserund Schifffahrtsverwaltung so zu gestalten, dass ein zügiger Ausbau der Wasserstraßen nicht durch fehlende Personalkapazität behindert wird;
- 3. die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern national und international weiter voranzutreiben;
- 4. die geplante EU-Erweiterung stärker in den Blickpunkt verkehrspolitischer Entscheidung zu rücken, um den zu erwartenden weiteren Anstieg des Warenaustauschs mit den neuen EU-Mitgliedstaaten auch durch die stärkere Einbeziehung des Binnenschaffs bewältigen zu können."

Ich hoffe, dass wir diesen Antrag nach seiner Beratung in den Ausschüssen - wie es von den anderen Fraktionen ja bereits angekündigt worden ist - gemeinsam verabschieden können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat der Kollege Wiesensee.

## Wiesensee (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion enthält einige unterstützenswerte Anliegen, worüber wir im Ausschuss schon mehrfach diskutiert haben. Er müsste unseres Erachtens aber um einige Punkte erweitert werden; denn wir müssen nicht nur die Wasserstraßen, sondern auch die Gesamtsituation der deutschen Binnenschifffahrt verbessern. Die im Antrag beschriebenen ökonomischen und ökologischen Vorteile des Binnenschiffsverkehrs liegen auf der Hand, sodass ich darauf nicht weiter eingehen werde.

Die in Ihrem Antrag genannten Zahlen zur Verkehrsleistung - Herr Buß, Sie haben ja ausgeführt, dass die Verkehrsleistung auf den deutschen Binnenwasserstraßen in den vergangenen zehn Jahren um knapp 20 % gestiegen sei, und der Bundesverkehrswegeplan geht bis zum Jahr 2015 von einer Steigerung der Verkehrsleistung der Binnenschifffahrt um mehr als ein Drittel aus - sind sicherlich richtig. Diese Zahlen müssen unseres Erachtens aber auf die deutsche Binnenschifffahrt heruntergebrochen werden. Dann aber, meine Damen und Herren, werden sie verheerend.

In einem Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 15. August 2001 wird dazu ausgeführt:

"Der Marktanteil der deutschen Binnenflotte an der in Deutschland auf den Binnenschifffahrtsstraßen erbrachten Transportleistungen sank von 44,4 % im Jahr 1991 auf 35,2 % im Jahr 2000."

Weiter heißt es in diesem Schreiben:

"Die Binnenfrachtschiffsflotte verringerte sich seit 1992 bis 2000 um 900 Schiffe = 27 % auf 2 448 Schiffe."

Da die gewerbliche Binnenschifffahrt bei uns mittelständisch geprägt ist, ist damit eine große Anzahl von mittelständischen Existenzen vernichtet worden. Das darf uns nicht kalt lassen, sondern muss unseres Erachtens dazu führen, den Ursachen auf den Grund zu gehen und die Rahmenbedingungen für die deutsche Binnenschifffahrt zu verbessern.

Ein Grund des Niedergangs der deutschen Binnenschifffahrt ist darin zu erkennen, dass die Niederländer ihr Frachtvolumen zulasten der deutschen Binnenschifffahrt ständig ausweiten. Es ist bekannt, dass die niederländischen Binnenschiffer einen so genannten Innovationsführer an die Hand bekommen, in dem 32 Fördermöglichkeiten aufgeführt sind. Bei Neubauten bekommen sie Staatsgarantien usw. usf. Entweder müssen diese zum Teil gegen EU-Recht verstoßenden Förderungen dort sofort eingestellt werden, oder unseren Binnenschiffern müssen ebenfalls solche Förderungen gewährt werden. Von einer Harmonisierung auf diesem Gebiet, die im SPD-Antrag auch gefordert wird, sind wir aber noch meilenweit entfernt. Der scheidende Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt hat auf der Mitgliederversammlung am 12. Oktober 2001 ausge-

"Die Politik habe die Ausführungen des Gewerbes zwar zur Kenntnis genommen, jedoch nicht entsprechend gehandelt und gegebene Versprechen gebrochen. Durch die Steuerreform habe die neue Regierung die Rahmenbedingungen für die deutsche Binnenschifffahrt sogar erheblich verschlechtert."

Er hat die Nachteile des deutschen Partikuliers gegenüber seinen niederländischen Kollegen auf 1 DM pro transportierter Tonne beziffert. Wer die Margen in der Binnenschifffahrt kennt, der weiß, dass diese Beträge nicht aufgeholt, eingefahren bzw. verkraftet werden können.

Wir haben es zwar mit einem europäischen Markt zu tun und dürfen sicherlich nicht nur in nationalen Kategorien denken, aber wir haben nicht nur das Recht, sondern es ist unsere verdammte Pflicht, die deutschen Unternehmen vor solchen Wettbewerbsverzerrungen zu schützen.

Das hier zur Debatte stehende Thema wurde Ende des Jahres 2000 bis Mitte des vorigen Jahres auch im entsprechenden Ausschuss des Bundestags diskutiert und Mitte des Jahres vom Bundestag auch verabschiedet. Alle Fraktionen hatten Anträge eingebracht. Die Anträge von den Oppositionsparteien auf Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Binnenwasserstraßen wurden jedoch abgelehnt. Im

Haushalt bzw. in der Finanzplanung des Bundes sind für den Ausbau und für Ersatzmaßnahmen an Bundeswasserstraßen für das Jahr 2002 1,005 Milliarden DM, für das Jahr 2003 1,026 Milliarden DM und für die Jahre danach jeweils 1,022 Milliarden DM ausgewiesen.

Wenn der Ersatzinvestitionsbedarf von 875 Millionen, der aus den vorgenannten Zahlen erbracht werden muss, mit steigender Tendenz beziffert wird, dann bedeutet das letztlich, dass lediglich rund 130 Millionen für grundlegende Neuerungen zur Verfügung stehen. Gleichwohl sind wir der Meinung, dass das Land den Bund auffordern muss, mehr zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur in Niedersachsen zu tun.

Wenn wir mehr Container über die Binnenwasserstraßen transportieren wollen - was sinnvoll ist -, dann muss die Möglichkeit geschaffen werden, Container dreilagig mit Binnenschiffen zu befördern. Einige Experten gehen von einem zweilagigen Modell aus - soweit ich weiß, auch die Bundesregierung. Wirtschaftlich ist das nicht zu betreiben. Wirtschaftlich wird es erst, wenn die Container dreilagig über die Binnenwasserstraßen abtransportiert werden können. Der dreilagigen Beförderung stehen zu viele Brücken entgegen. Aber auch die Schiffskonzeption, die das Problem mit entsprechenden Ballasttanks und einer notwendigen Abladetiefe von 2,70 m lösen könnte, muss meines Erachtens in Betracht gezogen werden. Es müssen unseres Erachtens Schiffstypen gefördert werden, die sowohl auf See- als auch auf Binnenwasserstraßen wirtschaftlich fahren können Diese müssen entwickelt werden. Auch im Hinblick auf den kommenden JadeWeserPort ist das dringend erforderlich. Auf längere Sicht muss gesichert werden, dass Container aus dem JadeWeserPort auch über Binnenwasserstraßen abfließen können

Der Antrag sollte unseres Erachtens im Ausschuss ausführlich beraten werden. Dazu werden wir eine Anhörung beantragen, damit wir die Probleme der Betroffenen in den Antrag und den Beschluss mit einfließen lassen können.

Wir freuen uns auf eine intensive Beratung, und hoffen, dadurch nicht nur die Binnenwasserstraßen in Niedersachsen zu verbessern, sondern auch die Probleme der Binnenschifffahrt insgesamt zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Jetzt hat der Kollege Klein das Wort.

## Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bedarf - oder man sagt wahrscheinlich besser: das Bedürfnis - in unserer Gesellschaft nach Mobilität von Personen und Gütern ist gewaltig. Genauso gewaltig ist natürlich auch die Umwelt- und Klimabelastung, die sich daraus ergibt. Die Minimierung dieser Belastung ist deshalb eine der wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben der ökologischen Modernisierung.

Eine Strategie des Gesamtkonzeptes der Grünen ist die Verlagerung von stark umweltbelastenden Verkehrsmitteln auf weniger belastende Verkehrsmittel. Die Verlagerung von Güterverkehren - vom Lkw auf das Binnenschiff - ist dafür ein Paradebeispiel. Ich möchte ein paar Daten nennen, die das belegen. Der relative Energieverbrauch pro Tonnenkilometer macht beim Binnenschiff nur 30 % des Lkw-Verbrauchs aus. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Binnenschiffes beträgt nur ein Fünftel des Lkw -Ausstoßes - immer auf die jeweilige Tonnenkilometerzahl berechnet. Der Anteil am Endenergieverbrauch liegt bei 1,2 % gegenüber 85 % beim Straßenverkehr. Planco hat einmal die externen Kosten in der Summe aus Luftverschmutzung. Unfällen, Lärm, Boden- und Wasserbelastung für jeweils 100 Tonnenkilometer berechnet. Sie betrugen beim Lkw 5 DM und beim Binnenschiff 0,35 DM. Bei der Bahn betrugen sie übrigens 1,15 DM. Sie liegt also dazwischen. Um eine letzte Zahl zu nennen: Ein Schubverbund auf den Binnenwasserstraßen kann bis zu 650 Lkw ersetzen. Diese Umweltrechnung geht natürlich nur auf, wenn ein dazu erforderlicher begrenzter Ausbau unserer Flüsse behutsam und im Einklang mit der Umwelt erfolgt. Dabei gilt der Grundsatz, die Schiffe an die konkreten Transportbedürfnisse und an die Ökologie der Flüsse anzupassen und nicht umgekehrt. Wir können bei den Binnenschiffen einen Gigantismus ebenso wenig gebrauchen wie bei den überseeischen Megacarriern.

## Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Klein?

## Klein (GRÜNE):

Ich habe leider keine Zeit für Zwischenfragen.

(Buß [SPD]: Weil das nicht stimmt, was er erzählt!)

Wenn wir das beachten, ist der Umweltvorteil des Binnenschiffs gegenüber dem Lkw absolut überzeugend. Daher ist eine entsprechende Verlagerung von Verkehren überall da zwingend erforderlich, wo sie logistisch machbar und sinnvoll ist, Herr Buß. - Hören Sie zu, Herr Buß! - Damit könnten wir sofort anfangen. Die im SPD-Antrag genannten Verbesserungen der Wasserstraßeninfrastruktur sind mittelfristig wichtig. Aber auch ohne diese Maßnahmen verfügt die Binnenschifffahrt heute über freie Kapazitäten, die sofort einsetzbar wären. Wir alle wissen doch, warum diese Kapazitäten brachliegen. Der Grund ist die im Antrag unter Punkt 3 etwas verschämt angesprochene mangelnde Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern. Im Klartext heißt das: Die Bevorzugung der Straße muss beendet werden. Dem dient die Ökosteuer, und dem dient vor allen Dingen die Lkw-Maut durch die verursachergerechte Kostenbelastung und durch die 50-prozentige Verwendung des Aufkommens für Schiene und Wasser.

An dieser Stelle frage ich Sie, Herr Buß - und die gesamte SPD-Fraktion -, ob Sie Ihren Antrag auch ernst nehmen.

(Buß [SPD]: Sicher!)

Dann dürfen Sie nicht mehr über Kompensationen nachdenken, die die Kostenbelastung durch die Maut wieder aufheben oder gar die Mittel für die dritte oder vierte Lkw-Spur auf den Bundesautobahnen aufwenden. Das passt nicht zusammen.

(Buß [SPD]: Sie müssen einmal sagen, was Sie wollen!)

Es sei einem Grünen erlaubt, Herr Buß, das Thema am Schluss noch einmal kurz zu weiten. Verkehrsverlagerung ist gut, aber Verkehrsvermeidung ist besser.

(Buß [SPD]: Das ist doch nicht zu fassen in diesem Zusammenhang!)

Wir kennen die verkehrssteigernden Rahmenbedingungen unserer Zeit: veränderte Produktionsund Konsumstrukturen mit räumlicher Trennung der Lebensbereiche, verändertes Freizeitverhalten, die Integration Europas, die EU-Erweiterung und die Globalisierung. All das lässt die Verkehrsströme wachsen. All das ist aber auch politisch gestaltbar. Am umsatzfreundlichsten bleibt der vermiedene Verkehr.

(Buß [SPD]: Der Verkehr ist doch da! Wir wollen ihn doch gerade verlagern! Sie kennen ja noch nicht einmal den Stichkanal!)

Wir dürfen nicht vergessen, an diesem Thema zu arbeiten. - Herzlichen Dank.

#### Präsident Wernstedt:

Jetzt hat der Kollege Adam um das Wort gebeten.

## Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Klein, wenn ich Ihren Beitrag beurteile, dann muss ich sagen: Thema verfehlt,

> (Beifall bei der SPD - Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der CDU)

weil Sie eigentlich gar nicht wollen, dass wir uns mit der Problematik beschäftigen. Sie reden davon, dass das Schiff das umweltfreundlichste Verkehrsmittel ist. Im gleichen Moment sagen Sie aber, dass eine Erweiterung und attraktivere Gestaltung unserer Binnenwasserstraßen für Sie überhaupt nicht zur Debatte stehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann hat er das denn gesagt?)

Sie haben noch einmal Ihr so genanntes Feindbild gegenüber den niedersächsischen Hafenplanungen an den Seehäfen dargestellt. Im Prinzip haben Sie sich - wenn Sie für Ihre Fraktion gesprochen haben - ins Abseits der niedersächsischen See- und Binnenhafenpolitik gestellt.

Das steht im Gegensatz zum Beitrag von Herrn Wiesensee, den ich sehr würdige. Herr Wiesensee hat mir bewiesen, dass wir in der Lage und bereit sind, uns in dieser Thematik auf eine Linie zu verständigen.

Es geht auch - darüber haben wir uns heute Morgen unterhalten - um strukturschwache Regionen. Herr Klein, wenn Sie sich informiert und dem Kollegen Werner Buß ein bisschen zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass die Stichkanäle, über die der Kollege Buß gesprochen hat,

in keiner Weise konkurrenzfähig sind, weil sie das Europaschiff nicht aufnehmen können. Im Prinzip sind sie noch genauso wie vor 80 Jahren. Das ist der Ansatz.

Meine Damen und Herren, der Kollege Wiesensee hat völlig Recht, wenn er auf die Konkurrenzsituation der Niederlande - man kann aber auch die anderen Benelux-Staaten dazurechnen - eingeht. Wer auf dem Küstenkanal von Papenburg bis Oldenburg fährt und sieht, wie wenig deutsche, aber wie viele niederländische Binnenmotorschiffe unterwegs sind, der weiß, wie wichtig es ist, zu handeln. Verstöße gegen EU-Recht, die befürchtet werden, sollten uns nicht dazu veranlassen, Ähnliches zu denken. Eine gemeinsame Allianz in Brüssel – das habe ich auch bei dem Kollegen Wiesensee herausgehört – ist nötig, um die Binnenschifffahrt generell zu stärken und zu unterstützen. Dem Kollegen Wiesensee danke ich für seinen Beitrag. Ich sehe eine gute Möglichkeit für eine gemeinsame Initiative im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, jetzt sind mindestens 79 Abgeordnete im Plenarsaal anwesend. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Federführend soll sich der Ausschuss für Häfen und Schifffahrt mit dem Antrag befassen, mitberatend der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist damit so, wie empfohlen, überwiesen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 16:

Erste Beratung:

Modellprojekt "Niedersachsen Schule 21 - Selbständige Schule" - Entwicklungsspielräume für lernende Schulen erweitern - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3353

Eingebracht wird der Antrag von der Kollegin Litfin.

## Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Schulen brauchen mehr Selbständigkeit. Darüber scheint inzwischen fast Übereinstimmung zu herrschen; besonders seitdem sich herumgesprochen hat, dass die größere Selbständigkeit der Schulen eines der Erfolgsgeheimnisse der Länder ist, die bei PISA sehr viel besser abgeschnitten haben als Deutschland.

Nur selbständige Schulen können eine neue, eigene Lernkultur entwickeln, die Voraussetzung für bessere Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer ist. Deshalb waren sich kürzlich bei Maybrit Illner unser Ministerpräsident Gabriel und der saarländische CDU-Ministerpräsident Müller einig in der Forderung nach mehr Autonomie für die Schulen. Der Staat, so die beiden, müsse mit den Bildungseinrichtungen Zielvereinbarungen treffen, aber wie die Schulen die Lernprozesse organisieren, sei Sache der Pädagogen.

Wenn man sich aber die alltägliche Praxis unserer Kultusministerin ansieht, hat man den Eindruck, dass sie die Schulen doch lieber weiterhin an der kurzen Leine führen möchte. Zusätzliche Entscheidungsspielräume werden nur in sehr, sehr kleinen Schritten zugestanden.

(Schack [SPD]: Das widerspricht der Realität im Lande!)

Einzelne Schulen haben jetzt zwar ein eigenes Personalbudget, aber das reicht gerade mehr schlecht als recht, um den Vertretungsunterricht selbst zu organisieren – zu mehr nicht!

Zugleich schreibt die Ministerin z. B. den Lehrkräften noch immer exakt vor, an welchen Tagen sie in den Ferien in der Schule zu erscheinen haben, um ihren Unterricht zu planen oder ihren Lehrerausflug durchzuführen, egal, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Es ist gut und richtig, dass das Kultusministerium jetzt endlich mit seinem Projekt "Qualitätsentwicklung in Netzwerken" ein neues Qualitätssicherungssystem in den Schulen fördert. Aber ein neues Qualitätsmanagement läuft ins Leere, wenn den Schulen nicht zugleich wesentlich größere Entscheidungs- und Entwicklungsspielräume gegeben werden. Insgesamt ist die Arbeit der Schulen noch immer in außerordentlich bürokratische Strukturen eingezwängt. Initiativen zur Veränderung werden

von diesen Strukturen behindert, nicht aber ermutigt und gefördert.

Mit dem Modellprojekt "Selbständige Schule" wollen wir frischen Wind in die Schullandschaft bringen. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler ermuntern, ihre Schule ganz neu zu denken. Wir wollen den Schulen die Möglichkeit geben, sich so frei zu entwickeln, wie es bislang neben den freien Schulen nur wenige staatliche Schulen, wie die Laborschule in Bielefeld oder in Hannover die Glockseeschule, gekonnt und getan haben.

Mit diesem Antrag folgen wir dem Vorbild eines Projektes, das die rot-grüne Koalition, vor allem natürlich der grüne Teil der Koalition, in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht hat. Vor allem sollen die Schulen mehr Freiräume für die Entwicklung einer neuen und, wie ich meine, eminent wichtigen Lernkultur bekommen. Die Wochenstundentafel mit dem 45-Stunden-Rhythmus

(Frau Vockert [CDU]: 45 Minuten!)

- 45-Minuten-Rhythmus, vielen Dank, Astrid Vockert; 45 Stunden wären eine Überforderung - soll durch Projekt-, Epochen- oder Werkstattunterricht ersetzt werden können

Die Größe der Lerngruppen soll sich nach den Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und nach den Erfordernissen der Lerngegenstände richten. Die Lehrpläne sollen jeder Schule genügend Spielraum lassen, um ein eigenes Curriculum zu entwickeln. Bei der Leistungsbewertung sollen Kreativität der Lösungswege und Kompetenzzuwächse bei Schülerinnen und Schülern stärker berücksichtigt und ihnen bescheinigt werden. Zum Beispiel könnten Lernjournale an die Stelle von Ziffernzeugnissen treten. Für das Wiederkäuen von Auswendiggelerntem, das nur allzu schnell wieder vergessen wird, darf es an den Schulen zukünftig keinen Raum mehr geben.

Natürlich sollen die Schulen – sie sind und bleiben schließlich staatliche Institutionen - an Rahmenvorgaben und Ziele gebunden sein. Aber wie sie diese erreichen, sollen sie selbst entscheiden können. Damit die Schulen neue pädagogische Konzepte entwickeln können, brauchen sie größere organisatorische Handlungsmöglichkeiten. Solange die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Unterrichtsstunden von 45 Minuten Dauer berechnet wird, lässt sich der Unterricht nur schwer anders als in diesem Rhythmus organisieren. Solange den Schulen nur

feste Stellen zugewiesen werden, ist es kaum möglich, externe Expertinnen und Experten in den Unterricht einzubeziehen.

Wir wollen den Schulen deshalb ein eigenes Personalmittelbudget geben, mit dem sie über ihre Stellenpläne selbst entscheiden können, mit dem sie diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen können, die zu ihrem pädagogischen Konzept passen.

Die selbständige Schule muss eine demokratisch verfasste Schule sein. Auch die Schülerinnen und Schüler und die Eltern sollen sich an der Entwicklung der Schule beteiligen. Nur so werden selbstbestimmte Lernprozesse ermöglicht, und nur so wird die Schule effektiver arbeiten können, als es ihr heute möglich ist.

Selbständigkeit darf natürlich nicht zu Beliebigkeit führen. Deshalb soll es nicht nur Rahmenvorgaben und Zielvereinbarungen geben. Die Schulen sollen auch zu einem neuen Qualitätsmanagement und zur Rechenschaftslegung verpflichtet werden. Freiheit und Verantwortung der Schulen gehören für uns zusammen. Das eine macht ohne das andere keinen Sinn.

Wir wissen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer einer größeren Selbständigkeit der Schulen mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen. Das ist nicht nur Angst vor dem Neuen, Ungewohnten, das ist auch die Befürchtung, mit der größeren Selbständigkeit vor allem Mangelverwaltung zugeschoben zu bekommen und mit den neuen Aufgaben alleingelassen zu werden. Diese Befürchtungen nehmen wir sehr ernst. Die Vergrößerung der Selbständigkeit darf auf keinen Fall mit einer weiteren Reduzierung der Ressourcen einhergehen. Die Schulen, die sich auf mehr Eigenständigkeit einlassen, müssen die Sicherheit haben, dass zumindest der Status quo bei der Unterrichtsversorgung und den kommunalen Zuwendungen garantiert ist und dass für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Frau Vockert [CDU]: Schön wär's!)

Die Rahmenbedingungen, unter denen die Schulen arbeiten können, müssen klar und verlässlich sein. An diesem Punkt kann das Modellprojekt nur gelingen, wenn es auch von den Schulträgern mitgetragen wird. Den Schulen muss – das ist unverzichtbar – ein professionelles Unterstützungs- und Beratungsangebot zur Verfügung stehen, auf das sie sowohl bei der Entwicklung und Erprobung

neuer pädagogischer Konzepte als auch bei der Bewältigung ihrer neuen organisatorischen Aufgaben zurückgreifen können.

Meine Damen und Herren, die Schulleitungen haben unbestreitbar eine herausragende Rolle für die Weiterentwicklung der Schulen. Gleichwohl muss eine neue Balance für die Mitentscheidungsrechte der verschiedenen beteiligten Gruppen gefunden werden. Wir müssen berücksichtigen, dass viele unserer Schulleiterinnen und Schulleiter nicht so professionalisiert sind, wie wir uns das für die Zukunft insbesondere im Zusammenhang mit der Personalführung vorstellen.

Mit unserem Schulgesetzentwurf haben wir deshalb für eine Schulkonferenz geworben. Wenn Personalentscheidungen auf die Ebene der Schulen verlagert werden, müssen auch die Personalvertretungsrechte, muss die Beteiligung der Kollegien gesichert sein. Das Projekt "Selbständige Schule" kann nur gelingen, wenn es an den Schulen selbst mit allen an Schule Beteiligten entwickelt wird.

## (Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Dass ein Projekt "Selbständige Schule" bei allen Problemen, die damit verbunden sein werden, bei all der zusätzlichen Arbeit, die auf die Kollegien, auf die Eltern und wahrscheinlich auch auf die Schülerinnen und Schüler zukommen wird, erfolgreich sein kann, zeigt das Beispiel Nordrhein-Westfalen. Dort haben sich mehr als 400 Schulen um eine Teilnahme beworben.

In Niedersachsen wollen wir - bescheiden, wie wir sind - mit 100 Schulen beginnen. Mit dem Innovationsfonds von 5 Millionen Euro pro Jahr wollen wir dafür sorgen, dass diese Schulen ausreichend unterstützt werden. Aus diesem Fonds soll auch wissenschaftliche Begleitung finanziert werden, damit Erfahrungen aus diesem Projekt auf die anderen Schulen übertragen werden können.

Unser ehrgeiziges Ziel ist es, dass unsere Schulen nach einem Reformprozess von 10 bis 15 Jahren an den Standard von Ländern wie Finnland, Kanada und Schweden anschließen können. 10 bis 15 Jahre sind sicherlich ein sehr, sehr kurzer Zeitraum, in dem wir meinen, dass sich Schulen entwickeln müssen. Aber wir haben in den letzten Jahren schon viel zu viel Zeit vertan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Ministerin Jürgens-Pieper, bitte schön!

## Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Litfin, meinen Sie wirklich, dass Sie mit 100 Schulen in 10 bis 15 Jahren den großen Innovationsimpuls geben? Ich habe manchmal das Gefühl, Sie nehmen gar nicht wahr, was bereits alles gemacht worden ist, und zwar auch mit Ihnen gemeinsam. Von daher wundere ich mich über diesen Antrag. Aber im Prinzip geht er in die richtige Richtung; das kann ich nicht anders sagen. In der Zielsetzung, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben - Qualitätsentwicklung und Gestaltungs- und Verantwortungsfreiräume für die Schulen -, sind wir uns einig.

Nun haben Sie zwar offensichtlich den Anschluss an Nordrhein-Westfalen geschafft, nicht aber den an Niedersachsen. Das war bei der Schulgesetznovelle auch schon so, allerdings in Bezug auf Bremen. In Niedersachsen sind wir in der Entwicklung ein ganzes Stück weiter, als Sie es hier beschreiben, Frau Litfin. Dass das Projekt in Nordrhein-Westfalen so große Resonanz gefunden hat, liegt daran, dass man dort gerade erst angefangen hat. Uns hingegen liegen bereits Bewerbungen im Hinblick auf Budgetierung usw. - ich werde das gleich darstellen - vor. Also, wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern sollten mit diesem Antrag - das wird dann im Kultusausschuss notwendig sein - dort anschließen, wo wir stehen. Und da sind wir ein ganzes Stück weiter, als Sie es hier beschrieben haben.

Ich möchte kurz daran erinnern, dass wir seit 1998 an allen Schulen Schulprogramme erproben. Das geht in die Richtung, die Sie wollen. Es müssen ja zunächst einmal Ziele formuliert werden. Mit der nächsten Novelle wollen wir diese Schulprogramme dann verpflichtend einführen - auch darin sind wir uns einig -, um das zu machen, was in dem zweiten, in dem BLK-Programm erprobt wird, nämlich die Evaluation zur Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystemen. Die Schulprogramme sind die Grundlage für externe und interne Evaluation. An dem BLK-Programm beteiligen sich im Augenblick immerhin 46 Schulen. Aber das haben Sie offensichtlich nicht wahrgenommen.

Nächster Punkt: Landesprojekt Qualitätsentwicklung in Netzwerken. Die haben Sie wahrgenommen. Das sind immerhin schon 60 Schulen.

Jetzt sind wir schon bei über 100 Schulen, die in diesem Bereich arbeiten. Sie fordern 100 - ich bin bereits bei 106. Hier haben wir Netzwerke aus 60 Schulen gegründet. Dort haben sich sehr viele Schulen beworben; Sie wissen das.

Im Übrigen machen wir das auch viel schneller, als Sie es wollen. Die sollen in drei Jahren diese Fragen weiterentwickeln, damit wir dann flächendeckend an alle Schulen herantreten können. Wir arbeiten nicht mehr nur mit Modellprojekten, weil wir meinen, dass sich jede Schulen mit der Frage auseinander setzen soll, wie die Unterrichtsqualität zu verbessern ist. Es nützt nichts, wenn das 100 von 3 400 machen, sondern wir wollen relativ zügig - allerdings schrittweise - mit allen Schulen in diese Selbständigkeit einsteigen.

Wir haben das Projekt "Region des Lernens", um Veränderungen vorzunehmen. An diesem Projekt beteiligen sich 150 Schulen. Es wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. - Jetzt sind es, wenn Sie mitgezählt haben, schon über 200 Schulen.

In unserem nächsten Programm, das zu Beginn des neuen Schuljahres startet, werden wir die nötige Unterstützung liefern. Wir haben mit der Universität Oldenburg und Herrn Dr. Klippert vereinbart, dass dort Trainermodelle entwickelt werden. 84 Trainer werden ausgebildet, um die Unterrichtsentwicklung in den Schulen voranzubringen. Sie sehen, unser System ist darauf ausgelegt, flächendeckend an die Schulen heranzutreten und ihnen diese Möglichkeit zu bieten.

Darüber hinaus wird gerade für alle Schulen eine Profilkarte entwickelt, mit der sie ihre qualitativen Veränderungen und Profilierungen darstellen können, mit der sie harte Daten aufzeigen können, um für die Eltern und die, die sich für sie interessieren, Transparenz zu schaffen.

Selbstverständlich wollen wir auch noch weitergehen und dort, wo es geht, Verwaltungsvorschriften lockern. Der Landtag selbst hat das am 15. Dezember 2000 beschlossen, als er in das Schulgesetz eine Experimentierklausel in das Schulgesetz aufgenommen hat. Was Sie beklagen, ist längst möglich: Schulen können sich aus dem 45-Minuten-Rhythmus entfernen. Es ist offensichtlich schwer für sie, sich dorthin zu bewegen. Aber die Möglichkeit dazu hat der Landtag selbst im Schulgesetz

geschaffen, und zwar mit § 113 a zur Erprobung von Modellen zur eigenverantwortlichen Steuerung von Schulen. Darüber hinaus verweisen wir auch in § 22 darauf, dass Schulversuche möglich sind.

Das Problem ist, Frau Litfin, dass sich die Gesamtkonferenzen darüber einig sein müssen, dass es dort aber offensichtlich eine große Sorge gibt. Das merken wir im Übrigen auch bei unserem neuen Antrag zu den berufsbildenden Schulen. Viele Gesamtkonferenzen sind einfach noch nicht so weit, diese Einigkeit herzustellen. Die Schulleiter sagen uns, dass sie das gern wollen. Aber sie haben das Problem, die Kollegien mitzunehmen. Aber dieses Problem werden wir nicht mit 100 Schulen lösen können, sondern hier werden kleine Schritte an allen Schulen notwendig sein.

Das haben wir im Übrigen auch bei den Bewerbungen um die Personalkostenbudgetierung gesehen. Die 30 Schulen, die das machen, haben Sie offensichtlich auch nicht wahrgenommen. Hier gab es die Möglichkeit, sich zu bewerben. Aber es hat nicht sehr viele Bewerbungen gegeben, weil Sorgen bestehen, etwa mit dem Geld selbst umgehen und Verträge selbst abschließen zu müssen. Hier - da haben Sie Recht - werden wahrscheinlich noch mehr Unterstützungssysteme notwendig sein und muss noch mehr Verwaltungs-Know-how in die Schule gebracht werden, um mehr Interesse zu wecken.

§ 113 a ist aber auch Grundlage für den vom Landtag am 17. September 2001 beschlossenen fünfjährigen Schulversuch. Auch hier sind wir ein ganzes Stück weiter; das wissen Sie. Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren - das wird gerade vorgelegt. Wir werden die Ausschreibung in nächster Zeit machen und dann sehen, wie viele der 140 berufsbildenden Schulen sich dazu entschließen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der Grünen weist also in die richtige Richtung, knüpft aber nicht an das an, was in Niedersachsen bereits entwickelt vorliegt. Von daher wird es eine interessante Ausschussberatung geben, in der man auch noch einmal deutlich machen kann, dass wir ein ganzes Stück weiter sind, als es das nordrheinwestfälische Projekt aufzeigt. Ich freue mich dennoch, dass es eine Menge an Übereinstimmung in dem Antrag gibt, auf der man gut aufbauen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Meinhold hat das Wort.

## Meinhold (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ausgesprochen angenehm, einen Antrag vorliegen zu haben, der anders diskutiert werden kann, als wir es in der letzten Zeit öfter hier im Hause erlebt haben. Der Antrag der Grünen liest sich auf den ersten Blick wirklich ganz ordentlich. Darin finden sich tolle Begriffe wie "Niedersachsen Schule 21", "selbständige Schule" oder "lernende Schule". Ich will nicht verhehlen, dass ich bei "Niedersachsen Schule 21" gleich an "N 21" gedacht habe.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Das ist jetzt "S 21"!)

Mir sind auch sonst einige Begriffe durchaus bekannt vorgekommen.

Die Zielrichtung dieses Antrags – Qualitätsverbesserung der Schulen, Selbständigkeit der Schulen, Profilbildung der Schulen - sind alles Elemente, die wir in der Debatte zum Schulgesetz ebenfalls vorgetragen haben. Hinsichtlich dieser Zielrichtung gibt es überhaupt keinen Streit, weil wir wissen, dass in diesen Elementen die Chance liegt, wirklich etwas voranzubringen.

Eine Reihe von Elementen Ihres Antrags kann aber schon heute praktiziert werden, ohne dass wir dafür neue Modellversuche auflegen müssen. Ich will Ihnen das an wenigen Beispielen Ihres Antrags erläutern.

Sie sagen: "Für innovative pädagogische Konzepte erhalten die Schulen Freiräume bei der zeitlichen und örtlichen Organisation des Unterrichts." - Die Schulen haben schon seit langer Zeit die Möglichkeit, nach der alternativen Stundentafel zu unterrichten. Wir bieten es förmlich an, aber leider wird es noch nicht in dem gewünschten Maße gemacht. Möglicherweise trägt unsere heutige Debatte dazu bei, die Schulen insofern zu ermutigen.

Sie schreiben an einer anderen Stelle: "Die Lehrkräfte sollen die Arbeit der Schule in Teams organisieren." - Ich kenne keine Landesregierung, ich kenne keine Ministerin und keinen Minister, wo auch immer, die oder der auch nur im Entferntesten sagen würde: "Macht das lieber nicht." Das Gegenteil ist der Fall. Eigentlich wird gewünscht,

dass sich die Kolleginnen und Kollegen mehr zusammensetzen. Hier mag man also noch einmal die inhaltliche Debatte verstärken - das werden wir auch sicherlich tun -, aber auch hier zeigt sich, dass es schon eine Reihe von Elementen gibt, die schon heute praktiziert werden, auch wenn sie selbstverständlich noch viel intensiver praktiziert werden könnten.

Nicht viel anders verhält es sich beim Thema Sachmittelbudgetierung. Sie wissen, dass die Landesregierung den Schulen zu den Lernmitteln, zu den Reisekosten, zur schulinternen Fortbildung diesen Vorschlag nicht nur gemacht hat, sondern dass das praktiziert wird. Es gibt eine ganze Reihe von Schulträgern, die das ebenfalls machen. Dennoch, es machen nicht alle. Deshalb ist, meine ich, eine intensive Debatte zur Selbstständigkeit der Schulen richtig. Es gilt, in einen Dialog auch mit den kommunalen Spitzenverbänden einzutreten.

Zum Thema Personalbewirtschaftung läuft auch schon einiges. Wir sorgen durch die schulscharfe Ausschreibung von Stellen dafür, dass Schulen ganz erheblich bei der Einstellung mitreden können. Ich finde, dass dieser Weg der Landesregierung, so die Schulen angemessen zu beteiligen, nicht nur richtig ist, sondern aus meiner Sicht wird er auch kontinuierlich fortgesetzt und entwickelt werden.

Darüber hinaus sollen andere Personen in die Schulen geholt werden. Ich erinnere nur an die heiß umstrittene Verlässliche Grundschule. Wir haben bei der Verlässlichen Grundschule den Schulleitungen Verantwortung und Spielraum gegeben, den sie übrigens mit ihren Schulträgern zusammen nutzen, nämlich Betreuungskräfte für die wichtige Aufgabe der Betreuung in den Klassen 1 und 2 einzusetzen. Dennoch, was gut ist, kann immer noch besser werden, was richtig ist, kann man noch intensivieren. Insofern kann man auch an dieser Stelle nur sagen: Da passt eine ganze Menge zusammen.

Ihr Antrag enthält also eine Reihe von Elementen, die man nur als gut befinden kann, die zum Teil auch schon so praktiziert werden. Wir werden sicherlich im Ausschuss überlegen müssen, inwieweit man das noch weiter entwickeln kann. Wir werden sicherlich keinen Streit darüber bekommen, wie man den Gestaltungsspielraum der Schulen vergrößern kann. Ich fand von den Grünen sehr hilfreich, dass sie ganz klar machen, dass dies nicht zu einer Beliebigkeit führen darf, sondern

dass es dafür nach wie vor einen staatlichen Rahmen geben muss, der sozusagen die Vergleichbarkeit im Lande insgesamt gewährleistet.

Deshalb werden wir als SPD-Fraktion Ihren Antrag in diesem Sinne diskutieren. Ich will aber schon eine kleine Einschränkung hinzufügen. Wir werden kein weiteres Modell und kein weiteres Konzept auflegen, wie Sie das mit den 100 Schulen vorgeschlagen haben, weil wir der Meinung sind, dass in diesem Lande schon eine Menge läuft. Aus meiner Sicht sind das mindestens zehn Projekte. Eine Reihe der Projekte hat die Ministerin eben schon genannt. Von daher ist es überhaupt nicht hilfreich, ein weiteres Projekt aufzulegen, das möglicherweise mehr zur Irritation führt nach dem Motto: Da haben sie das eine schon aufgelegt, nämlich jetzt im Februar 2002 die Qualitätsnetzwerke, nun kommen sie im Februar 2003 mit dem nächsten entsprechenden Netzwerk.

Wir haben vor, in der nächsten Legislaturperiode eine umfassende große Schulgesetznovelle zu erarbeiten. Wir werden dann eine Reihe von Maßnahmen, die heute sozusagen noch ganz freiwillig laufen, im Schulgesetz verankern. Dadurch wird deutlich, dass wir an dieser Stelle einen bestimmten wichtigen Schub geben werden.

#### (Zustimmung bei der SPD)

Eine Schlussbemerkung, Frau Litfin, 10 bis 15 Jahre ist als Zeitraum erheblich zu lang. Wir haben dafür nicht die ausreichende Zeit. Ich meine, dass ein Schwerpunkt in der nächsten Legislaturperiode darauf liegen wird, dass wir in den dann vor uns liegenden fünf Jahren die entscheidenden Schritte umzusetzen haben. Alles andere würde zu lange dauern. Da setzen wir auf Ihre Unterstützung. Bei der Art und Weise, wie Sie von den Grünen hier den Antrag eingebracht haben, gehe ich davon aus, dass die Hauptverantwortung für die Kultuspolitik auch nach 2003 bei den Sozialdemokraten liegen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat Frau Kollegin Vockert.

#### Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muss sich schon manchmal fragen, welche Luftblasen, welche Luftschlösser hier aufgebaut werden und in welchen Traumwelten der oder die eine in diesem Hause lebt.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Litfin, in einem Punkt haben Sie mit Sicherheit Recht.

(Unruhe auf den Besuchertribünen)

## Vizepräsident Gansäuer:

Einen Augenblick! Meine Damen und Herren, ich möchte darum bitten, sich auf den Besucherrängen etwas leiser zu unterhalten, wenn überhaupt. Man kann auch herausgehen, wenn man sich unterhalten möchte. Aber wenn das so laut wird, dass wir hier schon Probleme bekommen zuzuhören, dann wird es etwas dramatisch

Bitte schön, Frau Kollegin!

# Frau Vockert (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Frau Litfin, in einem Punkt haben Sie mit Sicherheit Recht. Die Lernkultur und der Unterricht müssen in Niedersachsen mit Sicherheit deutlich verbessert werden. Uns allen gemeinsam stellt sich die Frage, ob wir dieses alles regeln können, wenn wir weitere organisatorische Sandkastenspiele, pädagogische Planspiele oder andere Wunschträume hier einbringen; aber die Frage nach dem eigentlich Wesentlichen dabei völlig aus dem Blick nehmen. Das ist die Frage, was diese Landesregierung in den letzten 12 und bald 13 Jahren schleifen gelassen hat und wie wir das wieder in Ordnung kriegen. Womit beschäftigen sich die Schulen? Wo ist die eigentliche Problemsetzung?

Frau Litfin, bevor wir die Illusion verfolgen sollten, weitere 100 allgemein bildende Schulen als Modellschulen mit noch mehr Personal, mit noch mehr Sachausstattung einzurichten - für mich eine völlige Illusion -, ist es nach meiner Meinung, nach unserer, der CDU-Fraktion Einschätzung eindeutig notwendig, dass wir uns mit der Kernproblematik, mit der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung tatsächlich auseinander setzen. Das bekommt diese Landesregierung nicht in den Griff. Da liegt der Casus knacktus an den Schulen; da liegt tatsächlich der Hund begraben.

Bei all den Modellversuchen, die die Frau Ministerin hier genannt hat, hat sie gleichzeitig zugegeben,

dass viele Schulen sehr zurückhaltend und sehr skeptisch sind. Warum sind sie so skeptisch auch bei dem jetzt so heiß propagierten Konzept Ganztagsschule? Der Name trifft für dieses neue Projekt nicht zu. Auch da findet man keine Schulen, die mitmachen, weil alle Schulleiter, Lehrkräfte, Eltern, Schüler sagen: Bringt uns bitte die Unterrichtsversorgung erst einmal in Ordnung, dann können wir uns weiter über andere Konzepte unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Litfin, Sie meinen weiterhin in Ihrem Antrag, dass die Unterrichtsorganisation, das Weggehen vom 45-Minuten-Takt, die Einführung von Projektwochen, von Epochenunterricht, von Werkstattunterricht Priorität haben soll. Wir von der CDU-Fraktion sind der Meinung, dass es wesentlich dringlicher, notwendiger, entscheidender ist, dass wir uns mit den Inhalten an Schule auseinander setzen. Viele Schulen haben den Unterrichtsrhythmus schon verändert, ziehen Projektunterricht, Epochenunterricht, Werkstattunterricht durch. Bei all dem Lehrermangel verdienen unsere Lehrkräfte dafür unsere besondere Hochachtung.

Wir halten es für wesentlicher, statt organisatorischer Veränderungen über moderne Inhalte, über vernünftige Wertevermittlung - das Thema hatten wir gestern hier - zu diskutieren. Dazu gehört auch, dass die Rahmenrichtlinien auf den neuesten, auf den heutigen Stand gebracht werden. Dazu gehört auch - bei aller Selbstständigkeit der Schulen, die wir für gut halten -, dass wir uns dann aber auch auf verbindliche Qualitätskontrollen einigen. In Ihrem Antrag ist das mit einem Satz in der Begründung erwähnt. Ich glaube nicht, dass das ausreicht.

Sie haben selbst, Frau Litfin, eben noch einmal auf die Einigkeit - wir konnten davon in der Presse nachlesen - des Ministerpräsidenten Gabriel mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Peter Müller, hingewiesen. Die haben sich darauf verständigt - das haben Sie wohl vergessen zu sagen; aber das halte ich für ganz entscheidend -, dass permanente Leistungsvergleiche und zentrale Abschlusstests notwendig sind. Aber wenn der Ministerpräsident das in diesem Lande und in diesem Hause so großartig propagiert, dann muss man sich auch die Frage stellen, wann endlich mal die Taten kommen.

(Beifall bei der CDU)

Bevor wir über weitere Ideen nachdenken, über andere Modelle, über andere Konzepte, sind wir der Meinung, dass wir die von mir behandelten Hauptprobleme erst einmal zu beseitigen haben. Alles andere ist Traumtänzerei, ist unglaubwürdig und letztlich von vornherein zum Scheitern verurteilt

Frau Litfin, Sie meinen in Ihrem Antrag, dass für die Umsetzung des gesamten organisatorischen Bereichs, für die Organisation im Team mit Lehrern, Eltern und Schülern, für die Personalbewirtschaftung und für die Sachmittelbewirtschaftung das hat hier noch keiner gesagt -, eine halbe zusätzliche Stelle pro Schule ausreicht; so steht es in Ihrem Antrag. Das zeigt einmal mehr, wie unglaubwürdig Ihr Antrag letztlich ist.

Das, was Sie auch nicht berücksichtigt haben, Frau Litfin, ist heute Morgen auch deutlich geworden: die Benachteiligung der Selbständigkeit bei der Personalbewirtschaftung im ländlichen Raum. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Es klingt ja alles ganz schön, wenn Sie den Schulen schließlich sagen: "Hier, ihr kriegt euer Geld, nehmt es in die Hand und kauft euch die Lehrkräfte selber." Wie sieht es aber in der Praxis in unseren Schulen in der Fläche tatsächlich aus?

(Schurreit [SPD]: Das gelingt denen ganz gut!)

Es ist überhaupt kein Markt für die entsprechenden Lehrkräfte vorhanden. Das haben wir im Übrigen auch dem Fehlverhalten der jetzigen Landesregierung zu verdanken.

(Beifall bei der CDU - Ministerin Jürgens-Pieper: Solch ein Quatsch!)

- Frau Ministerin Jürgens-Pieper, wenn Sie sagen "Solch ein Quatsch", dann weiß ich nicht, wie Sie mit der Tatsache umgehen, dass zum Schuliahresbeginn in Niedersachsen jede fünfte Lehrerstelle nicht mit der ausgeschriebenen Fächerkombination besetzt werden konnte. Insbesondere in meinem Regierungsbezirk, im Regierungsbezirk Lüneburg, sind nahezu 100 Stellen nicht besetzt worden, weil es keine Bewerber gab. Wenn die Schulen also jetzt so schön, wie Frau Litfin dies möchte, Geld in die Hand bekommen, dann nützt ihnen das gar nichts. Sie stehen weiterhin ohne Lehrer da. Wenn es dann nicht die staatliche Aufsicht gibt, die lenkend eingreift, dann stehen diese Schulen auf dem Schlauch. Also auch das ist nicht richtig durchdacht.

Das gilt übrigens genauso für die Sachmittelbewirtschaftung, die Sie, Frau Litfin, mal eben zur Hälfte den Kommunen, den Schulträgern, aufdrücken wollen. Fragen Sie mal vor Ort nach, welche Etats noch für die einzelnen Schulen in den kommunalen Haushalten zur Verfügung stehen, egal, ob es sich um notwendige Schulräume, um die PC-Ausstattung, um Mediotheken handelt. Die Kommunen haben nicht mehr die Mittel, weil sie von der Landesregierung finanziell nicht entsprechend ausgestattet werden. Ihnen steht das Wasser schon bis zum Hals. Da lässt die Landesregierung sie völlig im Regen.

Nein, Frau Litfin, diesen Antrag haben Sie absolut nicht richtig durchdacht. Damit haben Sie nach unserer Einschätzung weder sich noch Ihrer Partei einen Gefallen getan. Sie haben damit aber, wie ich gemerkt habe, nachdem ich die Rede von Herrn Meinhold und auch der Ministerin gehört habe, wahrscheinlich dieser Landesregierung einen großen Gefallen getan, weil Sie dadurch letztlich bewirken, dass man von der gesamten Mangelverwaltung ablenkt. Wir werden das nicht zulassen.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

Wir sind einhellig der Meinung, dass wir unseren Schulen keinen Gefallen damit tun, ihnen weitere Modelle mit ungedeckten Schecks aufzubürden. Wir wollen, dass die Unterrichtsversorgung abgesichert wird. Wir wollen, dass über moderne Inhalte diskutiert wird, dass über Wertevermittlung ein Konsens gefunden wird. Wir wollen, dass Qualitätskontrollen und Leistungsvergleiche stattfinden. Ich hoffe, dass wir uns bei der Ausschussberatung zumindest auf diese entscheidenden, wichtigen Punkte verständigen können.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal das Wort. Bitte schön!

#### Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur noch einige wenige Worte. Es muss wohl in der Rollenverteilung so sein, wie es jetzt gelaufen ist. Ich meine schon, dass wir uns sehr intensiv mit dem Antrag der Grünen auseinander setzen sollten.

(Zustimmung von Frau Seeler [SPD])

Nicht alles ist einfach nur über die Frage von Unterrichtsversorgung und Quantitäten zu regeln. Frau Vockert, wir waren uns da schon mal mehr einig, als wir z. B. einen gemeinsamen Antrag über regionale Kompetenzzentren an berufsbildenden Schulen formuliert haben. Da haben Sie hier ganz anders geredet als eben. Das ist hier ein sehr taktisches Vorgehen.

Ich finde, dass dieser Antrag durchaus Substanz hat und dass wir uns sehr gut damit auseinander setzen können. Natürlich ist es wichtig, auch die Rahmenbedingungen dafür zu klären. Dann sagen Sie doch einmal, wie Sie die Rahmenbedingungen klären wollen! Wir wollen endlich mal von Ihnen wissen, was Sie eigentlich haushaltsmäßig leisten können. Machen Sie uns das doch mal klar!

(Frau Vockert [CDU]: Den Antrag haben wir gestellt! - Gegenruf von Schurreit [SPD]: Ihr wisst nicht mal, was ihr wollt!)

Angesichts Ihrer vielen Forderungen zum Bildungsbereich sollten Sie einmal klar darlegen, was Sie in Ihren Haushaltsanträgen dafür wirklich vorgesehen haben. Das würde ich gerne einmal an dieser Stelle wissen.

Nun noch ein Wort, weil ich eben diesen Zwischenruf gemacht habe: Wissen Sie eigentlich, dass dieser fachspezifische Mangel in der ganzen Bundesrepublik existiert? Machen Sie die Niedersächsische Landesregierung auch für die Probleme der Kolleginnen und Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg verantwortlich? - Das machen Sie nicht. Das ist gut. Es ist nämlich ein fachspezifisches Problem. Wie haben Sie denn in den 80er-Jahren reagiert? Wissen Sie, wie Sie reagiert haben? - Sie haben einfach einen Einstellungsstopp verhängt. Das haben wir die ganze Zeit nicht gemacht, weil wir meinen, dass junge Leute eine Chance haben müssen, auch wenn es mit den Einstellungen im Landeshaushalt manchmal kompliziert ist.

(Frau Vockert [CDU]: Sinken der Schülerzahl!)

Wir haben jetzt aber so reichlich draufgelegt - das wissen Sie auch -, dass wir für 1 300 besetzbare Stellen 4 000 Bewerbungen haben. Dass es da fachspezifisch Probleme gibt, will ich gar nicht bestreiten. Das hängt aber nicht mit der Niedersächsischen Landesregierung zusammen, sondern mit dem Studierverhalten der jungen Leute. Das

haben wir rechtzeitig so aufgenommen, dass seit zwei Jahren die Studierendenzahlen wieder steigen, und zwar jetzt zum Glück auch in den Naturwissenschaften, und dass wir auch mit den Quereinsteigern dieses Problem mit bearbeiten. Das haben Sie übrigens selbst beantragt. Hören Sie also auf, hier Schuldzuweisungen zu machen, die an dieser Stelle einfach nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin Litfin, Sie haben noch eine Redezeit von zwei Minuten. Bitte schön!

# Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Vockert, das sind alles Inhalte, die in unserem Antrag formuliert sind. Es geht um die inhaltliche Arbeit von Schulen. Wichtig wird in Zukunft sein, wie an den Schulen gearbeitet wird, um Schülerinnen und Schülern zu helfen, ihre Kompetenzen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Ich werde und will mich nicht mit Ihnen darüber streiten, zu welchem Zeitpunkt welche Schülerinnen und Schüler im gleichen Alter im ganzen Land welche Mathe-Formeln zu beherrschen haben. Darum kann es angesichts der Halbwertszeit des Wissens nicht gehen. Es geht auch nicht darum. Verabschieden Sie sich endlich von Ihren Vorstellungen von gestern!

### (Zustimmung von Frau Seeler [SPD])

Sie wollen Qualitätssicherung betreiben, als sei Schule eine Schraubenfabrik vor 20 Jahren. Da hat man am Ende geguckt, welche Schrauben man aussortieren muss. Das ist das, was Sie mit Ihren zentralen Vergleichsarbeiten präferieren. So - das weiß Qualitätsmanagement heute - läuft es nicht mehr. Qualitätssicherung muss im Prozess ständig betrieben werden. Erst dann kann man am Ende gucken, ob die Qualität besser geworden ist, aber erst am Ende des Prozesses, wenn man im Prozess die Maßnahmen ergriffen hat. Sonst ist das Kind in den Brunnen gefallen. Ich habe schon einmal dazu gesagt: Kein Schwein wird fett vom Wiegen.

Ich lasse mir auch nicht das Nachdenken verbieten, weil die Landesregierung Schulstrukturmaßnahmen für besonders wichtig hält. Im Gegenteil, ich halte es für wichtig, dass wir nach wie vor unsere Visionen von einer guten Schule, für die wir im

Ausland wahnsinnig viele Beispiele finden, im Kopf haben und sie konsequent weiterverfolgen.

Nun zu Walter Meinhold und der Frau Ministerin. Es geht uns nicht darum, diese 100 Schulen in 10 bis 15 Jahren reformiert zu haben.

(Meinhold [SPD]: Sechs!)

Im Antrag steht klipp und klar: Es geht um sechs Jahre, die diese Schulen im Modellversuch arbeiten sollen. Wir gehen natürlich davon aus, dass die Früchte aus dem Modellversuch im Laufe dieser sechs Jahre auch an anderen Schulen umgesetzt werden, sodass alle Schulen - das ist ein ehrgeiziges Ziel; das weißt du genau, Walter - in 10 bis 15 Jahren auf dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Dort sind die Schulen nicht. Ein älterer GEW-Kollege hat mal bei einer öffentlichen Veranstaltung gesagt: Es war schon immer so bei uns, dass die Schulen 15 bis 20 Jahre gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher hinken.

Wir wollen nicht nur einzelnen Schulen einzelne Elemente von Freiheit geben, sondern wir wollen, dass sie die maximale Freiheit haben, und zwar nur die Schulen, die sich das selber zutrauen, die sich bewerben. Mit diesen Schulen, die es sich zutrauen, wird es klappen. Sie werden Vorbild für die anderen Schulen sein. Sie werden beweisen: Man kann anders arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Meinhold, Sie haben noch eine Redezeit von etwas mehr als drei Minuten.

## Meinhold (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Frau Vockert hier eben als Beispiel geliefert hat, ist genau das Problem, das wir in der Schuldebatte haben: Hier wird in einer Art und Weise auf einen Antrag eingeschlagen, dass man sich nur fragen kann: Was ist der CDU-Fraktion an dieser Stelle überhaupt eingefallen?

(Frau Seeler [SPD]: Nichts!)

Die Frage der Qualitätsverbesserung ist doch unstrittig. Dann benutzt Frau Vockert hier den Begriff der "modernen Inhalte" und sagt nicht ein einziges Wort dazu, was unter "modernen Inhalten" zu verstehen wäre.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Gedichte und Mathe-Formeln meint sie!)

Das ist der eine Punkt. Zweitens geht es in Schule immer um Form und Inhalt, um die Frage von z. B. projektorientiertem Unterricht, Epochenunterricht oder aber auch um andere Unterrichtsformen, mit denen man dann die Inhalte für die Jugendlichen von heute besser transportieren will, weil die Zeiten ganz anders sind und Jugendliche durch die Medien mittlerweile viele Dinge schon in die Schule mitbringen. Wir können uns heute eigentlich kaum noch Modelle des Frontalunterrichts erlauben. Wir müssen hier zu anderen Methoden kommen.

Genauso richtig ist es, dass die Zerstückelung des Unterrichts angepackt werden muss. Frau Litfin, das ist völlig unstrittig zwischen uns. Man kann nur schauen, welche Impulse man zu diesem Thema geben kann, damit wir hier ein ganzes Stück vorankommen.

Insoweit passte der Beitrag von Frau Vockert zu der Debatte, die wir zurzeit auch bei der Novelle des Schulgesetzes erleben: jede Zusammenarbeit im Parlament verweigern, immer nur, wenn es geht, draufhauen, und das selbst bei einem solchen Antrag wie dem der Grünen, anstatt nach den Inhalten zu schauen.

(Frau Seeler [SPD]: Das ist auch schwer!)

Nun noch etwas zu Ihnen, Frau Litfin. Die Ministerin hat es doch vorgerechnet: Wir haben schon ca. 200 Schulen.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Mit "Elementen" von Freiheit!)

Schauen Sie sich die 64 Schulen, die beim Projekt Qualitätsnetzwerke mitmachen, an, mit denen wir anfangen, schauen Sie sich an, was diesbezüglich im Februar auf den Weg gebracht worden ist. Bereits mehr als 200 Schulen nehmen daran teil. Noch einmal draufzusatteln, so wie Sie das sagen, und dann zu sagen, in den folgenden sechs Jahren würden die Impulse ins Land gehen, das wird nicht ausreichen. Wir müssen vielmehr neben den Versuchen, die wir jetzt schon haben, Möglichkeiten finden, die mehr als 3 000 Schulen in ihrer Bandbreite anzusprechen, die über 3 000 Kollegien zu

ermutigen, die Chancen, die heute schon vorhanden sind, mehr und mehr umzusetzen.

Von daher sage ich noch einmal: Sie haben Recht. Ihr Versuch ist auf sechs Jahre angelegt, aber Sie haben gesagt, die Langzeitwirkung schätzten Sie auf 10 bis 15 Jahre.

(Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Zeit drängt erheblich mehr, nicht nur durch die Glocke, die hier ertönte, sondern auch in der Sache selber. Den Pessimismus des GEW-Kollegen, den Sie zitiert haben, müssen wir gemeinsam widerlegen. Das ist dringend nötig im Sinne dessen, was uns PISA sozusagen aufgetragen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Die Frau Kollegin Vockert hat noch einmal das Wort.

### Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meinhold, wenn Sie die inhaltlichen Anträge, die wir seitens der CDU-Fraktion zu den Themen Grundschule, Hauptschule, Realschule und Qualitätsoberstufe gestellt haben, nicht lesen wollen oder nicht lesen können, kann ich nichts dafür. Wenn die Frau Ministerin und die linke Seite in diesem Hause nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir beim Doppelhaushalt Anträge auf Einstellung von 2 500 Lehrkräften gestellt haben,

(Möhrmann [SPD]: Die nicht finanziert waren!)

kann ich nichts dafür. Das ist nicht mein Problem. Wir haben uns mit Inhalten schon lange auseinander gesetzt. Sie sind nicht dazu bereit. Stellen Sie das nun nicht so hin, als hätten wir nicht schon die richtigen Vorgaben gemacht.

(Beifall bei der CDU - Frau Seeler [SPD]: Es ist aber leider so!)

Frau Kollegin Litfin, wenn Sie die maximale Freiheit haben wollen, so ist das mit Sicherheit sehr schön. Wenn Sie aber die Schulen völlig frei laufen lassen wollen und in dem Moment deutlich machen, Autonomie sei das A und O - das ist nach meiner Einschätzung ein Modell mit 68er-Gedankengut -,

(Frau Litfin [GRÜNE]: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

muss ich fragen, wo dann die Qualitäts- und Leistungskontrollen bleiben, die wir gerade vor dem Hintergrund von PISA brauchen.

(Frau Seeler [SPD]: Es ist nicht zu fassen!)

Dass dies unumstritten ist, ist auch klar. Sie haben Freiheit *und* Verantwortung angesprochen. Freiheit *ohne* Verantwortung gibt es gar nicht, Frau Litfin. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag dem Kultusausschuss zur federführenden Beratung zu überweisen und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und den Ausschuss für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht zu beteiligen. - Andere Vorstellungen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben mich wissen lassen, dass die unter den Tagesordnungspunkten 23 und 25 aufgeführten Anträge direkt an die Ausschüsse überwiesen werden sollen. Ich rufe daher auf

Tagesordnungspunkt 23:

Erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum fortsetzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3370

Ich halte Sie für damit einverstanden, dass entsprechend der Empfehlung des Ältestenrates mit diesem Antrag federführend der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr befasst wird und mitberatend folgende Ausschüsse tätig sein sollen: Ausschuss für Haushalt und Finanzen, Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, Ausschuss für Jugend und Sport, Ausschuss für innere Verwaltung, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

(Biallas [CDU]: Alle!)

Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen, Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen sowie Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. Viel mehr Ausschüsse haben wir auch nicht.

(Zuruf)

- Umweltausschuss auch noch? Dannn ist auf diese Art und Weise wenigstens sichergestellt, dass der Antrag in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt werden wird.

(Heiterkeit)

Ich sehe keinen Widerspruch. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 25:

Tariftreue unterstützen - Korruption bekämpfen - Niedersächsische Bauwirtschaft stärken - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3372

Auch dieser Antrag soll direkt an die Ausschüsse überwiesen werden, und zwar zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Städtebau und Wohnungswesen sowie für innere Verwaltung. - Andere Vorstellungen gibt es nicht. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe jetzt in der Reihenfolge der Tagesordnung auf

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung:

**Einrichtung einer Härtefallkommission** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3354

Zur Begründung des Antrages hat die Kollegin Stokar von Neuforn das Wort. Bitte sehr!

## Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Zuwanderungsgesetz wartet in Berlin auf die Unterschrift des Bundespräsidenten. Ich weiß, es steht mir nicht zu, den Bundespräsidenten zur Eile aufzufordern. Aber es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, dass die Unterschrift aus wahltaktischen Gründen nicht noch vor der Sommerpause erfolgt.

(Biallas [CDU]: Wir werden es ihm ausrichten!)

Ich gehe davon aus - auch Sie sicherlich -, dass das Zuwanderungsgesetz in Kürze in Kraft treten wird. Es lässt eine eigenständige Rechtsverordnung der Länder zur Einrichtung einer Härtefallkommission zu. Ministerpräsident Gabriel hatte sich bereits im Plenum öffentlich für eine solche Härtefallkommission eingesetzt. Ich weiß, dass der Innenminister eher dagegen ist. Während der Debatte über das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat gab es bis zum Schluss eine Diskussion über einen eventuellen Änderungsantrag aus Niedersachsen, der dann aber zum Glück nicht eingebracht worden ist.

Meine Damen und Herren, ich spreche insbesondere die SPD-Landtagsfraktion an. Mein Angebot so ist unser Antrag auch abgefasst - ist, dass wir ein Konzept für eine solche Härtefallkommission gemeinsam in den Ausschüssen, vielleicht auch mit einer Anhörung in der Ausländerkommission entwickeln. Ich möchte gerade nicht, dass die SPD-Landtagsfraktion darauf wartet, dass das Innenministerium, das ja dieser Härtefallkommission äußerst skeptisch gegenübertritt, dieses Konzept entwickelt. Es gibt Vorbilder in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, und es gibt ein großes Interesse an dieser Thematik bei den Wohlfahrtsverbänden, bei den Kirchen und bei den Flüchtlingsorganisationen. Ich mache hier ein ganz klares Angebot an die SPD-Landtagsfraktion. Es wäre gut, wenn wir hier ein rot-grünes Signal setzten. Die rechte Seite dieses Hauses spreche ich nach den letzten Reden, die wir im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz gehört haben, zu dieser Thematik gar nicht an.

(Biallas [CDU]: Da bin ich aber enttäuscht!)

Ich meine, dass es uns gelingen könnte - das Zuwanderungsgesetz soll ja zum 1. Januar 2003 in Kraft treten -, noch vor der Sommerpause und damit weit vor der Landtagswahl in Niedersachsen ein gemeinsames Konzept vorzulegen. Sie haben sicherlich gerade auch nach dem Wahldebakel in Holland ein Interesse daran, dass wir gemeinsam etwas für die rot-grüne Seele tun. Das ist mit diesem Antrag möglich.

Meine Damen und Herren, zu den Inhalten nur folgende zwei Punkte: Wir alle haben im Innenausschuss immer wieder festgestellt, dass Gesetze nicht so formuliert werden können, dass Härtefälle ausgeschlossen werden. Wir haben immer wieder die Fälle, dass gerade hier geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche nach zehn, zwölf Jahren abgeschoben werden, weil es an kleinen gesetzlichen Punkten hapert. Wir haben in diese Kinder investiert. Ich meine, dass wir über diese Härtefälle gesondert reden sollten.

Ich freue mich auf die gemeinsame Diskussion in den Ausschüssen und hoffe, dass wir gemeinsam ein gutes Konzept hinbekommen werden. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Biallas hat das Wort.

### Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Kollegin Stokar insofern dankbar, als sie schon weiß, was wir von diesem Vorschlag halten. Wir halten von dem Vorschlag, eine Härtefallkommission - - -

#### Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege, wenn Sie das Mikrofon etwas höher fahren, kann man Sie sogar hören.

(Decker [CDU]: Aber nicht reinbeißen!)

## Biallas (CDU):

Frau Kollegin Stokar hat bereits deutlich gemacht, was ich eingangs ausführen wollte. Wir halten von einer solchen Härtefallkommission in der Tat genauso viel wie von dem ganzen Zuwanderungsgesetz, nämlich gar nichts, um das ganz klar zu sagen.

(Zuruf von Wenzel [GRÜNE])

Denn dieses Gesetz ist aus unserer Sicht weder inhaltlich in Ordnung, noch ist es verfassungsgemäß zustande gekommen. So ist das. Da können Sie, Frau Stokar, den Bundespräsidenten bitten, auffordern, ermahnen oder sonst etwas.

(Wenzel [GRÜNE]: Affentheater! Sie nimmt doch niemand ernst!)

Der wird das zunächst einmal vernünftig prüfen und dann entweder unterschreiben oder nicht. Dann werden wir weitersehen. Eines kann ich Ihnen aber sagen: Die Torte wird Ihnen am 22. September mitten ins Gesicht fliegen. Das kann ich Ihnen prophezeien.

Das, was Sie fordern, ist im Übrigen nichts anderes als ein Akt vorauseilenden Gehorsams. Sie haben es ja gesagt: Sie wollen eine Regelung schaffen für ein Gesetz, was überhaupt noch nicht unterschrieben und deswegen überhaupt noch nicht in Kraft ist. Das ist natürlich mit der CDU nicht zu machen. Wir als CDU sind der begründeten Auffassung, dass das Zuwanderungsgesetz nicht verfassungsgemäß ist. Sie haben gesagt, Sie wollten mit uns gar nicht darüber reden. Sie haben ja den Antrag auch nicht geschrieben, weil Sie erwartet haben, dass wir ihm zustimmen. Das haben Sie richtig gesehen. Insofern sind wir uns hier einig. Unsere Zustimmung werden Sie dazu nicht bekommen.

Im Übrigen will ich Ihnen, Frau Stokar, Folgendes sagen - das müsste Ihnen eigentlich bekannt sein -: Schon jetzt ist es im Rahmen landesgesetzlicher Regelungskompetenz möglich, Härtefallkommissionen einzurichten. Dafür braucht man nicht das verfassungswidrige Zuwanderungsgesetz. kann man als Landesgesetzgeber durchaus machen. Es gibt inzwischen in der Tat in vier von sechzehn Bundesländern solche Härtefallkommissionen. Frau Kollegin Stokar - eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen der SPD war auch dabei -, wir haben vor einigen Jahren einen Besuch in Berlin gemacht und uns als Innenausschuss über die Arbeit der dortigen Härtefallkommission informiert. Weil wir das damals gemacht und anschließend auch darüber gesprochen haben, wundere ich mich etwas über Ihren Optimismus, den Sie hinsichtlich einer Zustimmung seitens der SPD geäußert haben. Denn ich kann mich sehr genau daran erinnern, dass sich die Begeisterung der Abgeordneten beider großen Fraktionen dieses Hauses durchaus, um es höflich zu sagen, in Grenzen gehalten hat. Großer Jubel ist damals nicht ausgebrochen. Auch damals ist klipp und klar gesagt worden: Eine solche Härtefallkommission kommt für Niedersachsen nicht in Frage.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Die SPD ist lernfähig!)

Es gab damals eine große Allianz. Die Einzige, die das wollte, waren Sie. Insofern ehrt es Sie, dass Sie Ihren alten Vorschlag im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz wieder aus der Mottenkiste Ihrer Ideen herausgeholt haben.

Ich möchte aber bezüglich des eigentlichen Anliegens, um das es geht - hier können wir uns unter Umständen an manchen Punkten treffen -, nicht in Abrede stellen, dass es unter Asylbewerbern vereinzelt - das haben Sie richtig dargestellt - durchaus so genannte Härtefälle gibt. Sie haben auch geschildert, wie das manchmal ist, wenn wir uns mit Petitionen im Innenausschuss auseinander setzen. In der Tat - das will ich einräumen - gibt es dringende humanitäre und persönliche Gründe, die in Einzelfällen auch aus meiner Sicht die Erteilung bzw. Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen sinnvoll erscheinen lassen. Wie Sie wissen, sage ich das hier nicht nur, sondern diese Auffassung vertrete ich auch in begründeten Einzelfällen im Innenausschuss. Wir kennen Fälle - das sind sehr ernst zu nehmende menschliche Schicksale -, bei denen wir im Innenausschuss fraktionsübergreifend einmütig zu dem Ergebnis gekommen sind, dass das geltende Recht insbesondere aus nachvollziehbaren humanitären Gründen aus unserer Sicht nicht unmittelbar Anwendung finden kann. Das will ich hier einräumen, und zwar auch im Hinblick auf die Tatsache, dass es aus humanitärer Sicht in Einzelfällen Härtefälle gibt. Hier wünsche ich mir in der Tat einen etwas größeren, wenn auch weiter an klare Grenzen gebundenen Bewegungsspielraum für das Parlament. In diesem Bereich sehen auch wir einen Handlungsbedarf, dass nämlich das Parlament, also die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter, in begründeten Einzelfällen besonderer Härte die Möglichkeit erhält, aus humanitären Gründen den Anliegen von Petenten zu entsprechen. Das Problem - das will ich hier sehr deutlich sagen - bei solchen Härtefällen - Herr Innenminister, weil Sie nicht dabei sind, möchte ich das hier vortragen - ist häufig nicht, dass wir uns im Innenausschuss innerhalb der Fraktionen und über die Fraktionsgrenzen hinaus in manchen Fällen nicht einig werden. Das Problem sind Sie oder Ihr Haus. Ich halte es - das muss ich so deutlich sagen - für nicht in Ordnung, wenn sich die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen im Innenausschuss in einem Fall einig sind, einstimmig etwas beschließen und der Vertreter des Innenministeriums sagt: Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt. Aus rechtlichen Gründen mache ich das nicht. - Das halte ich für eine Missachtung des

Parlamentes. Wenn das nicht anders geht - das will ich klipp und klar sagen -, dann müssen wir uns über eine Veränderung des rechtlichen Rahmens unterhalten.

(Zuruf von Minister Bartling)

- Herr Minister, ich bin ja nicht unbedingt dafür bekannt, dass ich jeden Fall als Härtefall ansehe,

(Harden [SPD]: Ihre Rede ist ein Härtefall!)

ganz zu schweigen davon, dass ich auch in diesem Hause nicht über diejenigen spreche, die ich für Härtefälle halte. Das nur nebenbei gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Für völlig verkehrt halten wir es, ein solches Recht, das ich gerade für das Parlament als richtig dargestellt habe, einer so genannten Härtefallkommission einzuräumen. Sie, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, hingegen wollen eine solche Kommission neben dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, neben den Verwaltungsgerichten und neben dem Parlament einrichten und dieser Kommission sozusagen die Rolle eines Obergutachters nach allen Verfahren geben. Hier muss man deutlich sagen: Dieses widerspricht rechtsstaatlichen Normen. Deshalb ist das - selbst dann, wenn der Bundespräsident das Gesetz unterzeichnet - nicht möglich. Aus der Arbeit der in anderen Ländern schon bestehenden Kommissionen wissen wir, dass dort häufig die Anliegen derjenigen positiv beschieden werden, die über persönliche Kontakte zu einzelnen Mitgliedern der Kommission verfügen. Im Rahmen rechtsstaatlich geordneter Verfahren kann es aber nicht nach der Devise gehen: Beziehungen schaden nur demjenigen, der keine hat. - Es kann nicht sein, dass, wenn man das Glück hat, dass man einen kennt, der Fall positiv entschieden wird, und dass, wenn man das Pech hat, dass man niemanden kennt, es dann nicht geht. Frau Stokar, unter diesen Bedingungen kann man eine solche Kommission nicht einrichten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb gilt für uns als CDU grundsätzlich, dass es dabei bleiben muss, dass die Überprüfung von gerichtlichen Entscheidungen im Asyl- und Ausländerrecht ausschließlich dem Parlament im Rahmen des Petitionsverfahrens vorbehalten bleibt. Im Übrigen werden nach unseren Erfahrungen - das muss man hier auch einmal deutlich sagen - die im Asyl- und Ausländerrecht den Ausländerbehörden eingeräumten Ermessensspielräume sehr oft zugunsten der betroffenen Ausländer ausgelegt. Man kann nicht sagen: Weil die immer alles gegen die Asylbewerber und deren Interessen machen, müssen wir noch eine weitere Kommission einrichten. - Es gibt neben den Fällen, die wir monieren, auch eine Menge Fälle, bei denen der Herr Innenminister und die ihm unterstellten Ausländerbehörden Gnade vor Recht ergehen lassen. Gerade dort, wo das Gesetz den Ausländerbehörden Ermessensentscheidungen einräumt, muss und wird den Besonderheiten des Einzelfalles unter ausdrücklicher Berücksichtigung humanitärer Belange Rechnung getragen. Es ändert nichts daran, dass sich die Anerkennungsquote von Asylbewerbern, die einen Asylantrag stellen, nach wie vor im einstelligen prozentualen Bereich bewegt. Das ist so. Das mag für Sie enttäuschend sein, weil Sie, Frau Stokar, wahrscheinlich am liebsten alle Asylbewerber hier behalten wollen. Das ist der Unterschied zwischen den Grünen und der CDU: Sie wollen das, und wir wollen das nicht. Das ist ganz einfach. Es ist auch gut, dass wir an der Stelle unterschiedliche Meinungen vertreten. Die Menschen können dann entscheiden, wen sie wählen.

Auch die jetzt schon praktizierten Widerspruchsmöglichkeiten im Rahmen geordneter rechtsstaatlicher Verfahren bieten jedem einen angemessenen und ausreichenden Weg, seine Interessen zu wahren. Wir haben in unserem Rechtsstaat eben immer die Möglichkeit, dass jeder bei Gericht überprüfen lassen kann, ob eine Entscheidung der vorgeordneten Instanz in Ordnung ist.

Ich komme zum Schluss: Anstatt ein außerhalb der Verwaltung des Parlaments stehendes Beratungsgremium einzurichten, wie Sie das fordern, sollten unseres Erachtens das Petitionsrecht in diesem Parlament und damit das Recht des Parlaments insgesamt gestärkt werden. Wir müssen wissen, dass diese Idee von Ihnen vielleicht mitgetragen wird, dass wir das Ziel in diesem Hause aber nur werden erreichen können, wenn wir beachten, dass bundesgesetzliche Regelungen betroffen sind. An der Stelle, an der es um eine Ausweitung der Rechte im Petitionsverfahren für die Parlamente geht, werden zumindest in einzelnen Punkten bundesgesetzliche Regelungen nötig sein. Das wird sich nur über eine Bundesratsinitiative bewerkstelligen lassen. Wir bieten dazu unsere Zusammenarbeit an. Eine Härtefallkommission aber lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege, ich möchte nur bemerken, dass eine Ihrer Bemerkungen für das Präsidium auch ein echter Härtefall war. Das lassen wir einmal so stehen, wie Sie es gesagt haben.

(Biallas [CDU]: War das die Torte?)

Herr Kollege Harden, Sie haben das Wort.

## Harden (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Biallas, haben Sie nun für oder gegen den Antrag gesprochen? Der Form nach haben Sie sich dagegen ausgesprochen, inhaltlich haben Sie aber erklärt, warum man solche Regelungen für wirkliche Härtefälle eigentlich braucht.

Sie haben behauptet, man könne all das im Rahmen des Petitionsrechts erledigen. Die Landesregierung haben Sie damit quasi aufgefordert, Rechtsbruch zu begehen. Sie wissen doch, dass wir bei der Behandlung von Petitionen an geltendes Recht gebunden sind. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Landesregierung davon zu entbinden. Wenn es sich um Ländergesetze handelte, müssten wir diese zuvörderst ändern. Bei Bundesgesetzen haben wir diese Möglichkeit nicht. Vielleicht hätten Sie sich beim Notieren der Stichpunkte vielleicht doch etwas mehr Stringenz verordnen sollen.

Mit dem vorgelegten Antrag auf Einrichtung einer Härtefallkommission läuft die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der SPD-Fraktion offene Türen ein.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Haben Sie es jetzt verstanden? - Lachen bei der CDU)

- Herr Kollege Biallas, das mag Sie belustigen, aber wenn Sie sich mit der Materie etwas intensiver befasst und nicht nur die alten Sachen durchgelesen hätten,

(Biallas [CDU]: Was soll ich denn sonst durchlesen?)

dann wüssten Sie, dass das Zuwanderungsgesetz beschlossen ist, sobald der Bundespräsident es unterschrieben hat. Dann wird es veröffentlicht und tritt zum 1. Januar 2003 in Kraft.

(Biallas [CDU]: Das habe ich ausgeführt!)

Dann gibt es eine Rechtsgrundlage dafür, dass eine Härtefallkommission Aufenthaltserlaubnisse erteilen oder verlängern kann. So sieht der Unterschied zur bisherigen Rechtsgrundlage aus, auf deren Grundlage alle anderen Härtefallkommissionen arbeiten.

Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung mit In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2003 per Rechtsverordnung eine Härtefallkommission oder etwas Vergleichbares berufen haben wird. Bereits im Dezember hat sich der Ministerpräsident eingelassen, dass es so kommen soll. Für die SPD-Fraktion habe ich unsere Sympathie für die Möglichkeit des Gesetzes hier im Landtag zum Ausdruck gebracht.

(Biallas [CDU]: Wenn das genauso läuft wie die Schulreform!)

Sie von den Grünen glauben, man müsse die Landesregierung zum Jagen tragen, und sehen Unterschiede zwischen SPD und Landesregierung. Diese Unterschiede sehe ich nicht, und ich glaube auch nicht, dass man die Landesregierung zum Jagen tragen muss.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Rechtsgrundlage für Härtefallkommissionen, wie sie in anderen Bundesländern bereits seit Jahren existieren, unterscheiden sich von der für die Härtefallkommission, die ab dem 1. Januar 2003 eingesetzt werden soll. Deswegen haben wir unsere Haltung zu diesem Thema auch geändert. Der wesentliche Unterschied zwischen Grünen und SPD in dieser Frage liegt in der Rollenverteilung zwischen Opposition und Regierungsfraktion.

Ein paar Anmerkungen zum Wesen einer solchen Härtefallkommission: Es geht darum, dass man die Zahl der Fälle, die sich an die Härtefallkommission richten, nicht bis ins Unermessliche steigen lassen darf. Darauf hingewiesen worden ist, dass Asylbewerber und Flüchtlinge jede Menge Möglichkeiten haben, sich auf dem Rechtswege bestätigen zu lassen, dass sie zu Recht bei uns sind und einen Anspruch auf Schutz vor Verfolgung haben. Diesen Rechtsweg wollen wir weiterhin offen halten.

Selbst bei einem negativen Ende auf diesem Rechtsweg gibt es bisher schon vielfältige Möglichkeiten, bei ernsthaften Abschiebungshindernissen ein Bleiberecht oder zumindest eine Duldung zu erreichen. Wir bearbeiten im Innenausschuss seit vielen Jahren hunderte, wenn nicht sogar tausende von Petitionen, in denen alle Facetten dieses Problems beleuchtet werden. Herr Kollege Biallas, Sie haben übrigens selber darauf hingewiesen, dass es durchaus wirkliche Härtefälle gibt, in denen man helfen möchte. An der Stelle spricht Ihr weiches Herz, während Sie sonst eine raue Schale haben, die Sie hier zeigen.

(Biallas [CDU]: Rauer Kern, weiches Herz, so ist das bei mir!)

Ich meine, dass eine Härtefallkommission trotzdem Sinn macht. Bloß müssen wir vermeiden, dass die Wege nacheinander gegangen werden, sich also eine Härtefallkommission mit tausenden von Fällen befassen müsste.

(Biallas [CDU]: Wie wollen Sie das denn verhindern?)

In Schleswig-Holstein gibt es diese Kommission schon recht lange, und Schleswig-Holstein hat dazu auch einen Erfahrungsbericht gemacht. Zumindest soweit es um den Arbeitsaufwand geht, kann man sich das einmal anschauen und vielleicht übertragen. Die Kieler Kommission hat zwischen 1996 und 2001 458 Fälle inhaltlich behandelt. In der Hälfte der Fälle wurde eine negative Empfehlung ausgesprochen, die allerdings keine Rechtskraft besitzen. Eingeschränkt positive Empfehlungen gab es in 29 % der Fälle, uneingeschränkt positive Empfehlungen in 20 % der Fälle. In fünf Jahren sind das insgesamt 240 Fälle, also eine überschaubare Zahl.

Schließen wir auf die Fallzahl, die wir für Niedersachsen zu erwarten hätten - Schleswig-Holstein ist ungefähr so groß wie ein durchschnittlicher niedersächsischer Regierungsbezirk und hat damit ein Viertel der Einwohnerzahl -, müssten wir mit rund viermal so vielen Anträgen rechnen. Davon abziehen kann man die Zahl derjenigen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen, weil der Berichtszeitraum in die Zeit des Bürgerkrieges und der Bürgerkriegsfolgen fällt, die sich bei uns in der Zahl Bürgerkriegsflüchtlinge ausgewirkt hat. Wir müssten also in Niedersachsen mit rund 240 Fällen pro Jahr rechnen, hätten wir dieselben Zugangsvoraussetzungen wie Schleswig-Holstein. Das ist

nicht übermäßig viel, bindet aber trotzdem Personal. Das muss man auch berücksichtigen.

(Biallas [CDU]: Und Geld!)

Wer sich die Bilanz der schleswig-holsteinischen Härtefallkommission durchliest, wird durchaus Ähnlichkeiten zu Petitionen feststellen, wie wir sie in unserem Innenausschuss behandeln. Wir bearbeiten also die Vorgänge heute schon entsprechend dem schleswig-holsteinischen Vorgehen. Die Doppelarbeit zwischen Härtefallkommission und Petitionswesen möchten wir vermeiden. In Schleswig-Holstein hat man faktisch gesagt: Wer eine Landtagseingabe gemacht hat, kann sich nicht mehr automatisch an die Härtefallkommission wenden.

- Diese Einschränkung halte ich für richtig.

Die Kommission in Schleswig-Holstein kann entsprechend der jetzigen Gesetzeslage gegenüber den örtlichen Behörden bzw. dem Innenministerium eine Empfehlung aussprechen. Das würde - ich habe es bereits ausgeführt - in Niedersachsen ab dem 1. Januar 2003 anders gehandhabt werden, weil das Gesetz ein anderes ist.

Über die Besetzung der Härtefallkommission werden wir uns im Ausschuss noch unterhalten. Ich bin der Ansicht, man sollte in die Geschäftsführung Menschen mit kühlem Kopf und warmem Herzen berufen, denn es geht doch darum, in besonderen Härtefällen zu helfen. Es geht nicht darum, die Zahl der Migranten zu erhöhen. Auch geht es nicht darum, ein zweites Tor nach dem Asylverfahren zu öffnen. Bereits heute bestehen vielfältige Möglichkeiten, Schutzbedürftigen zu helfen. Nur wenn diese Möglichkeiten nicht genutzt werden können, soll es den Weg über die Härtefallkommission geben. Die Schleswig-Holsteiner haben übrigens einen Referatsleiter aus der Ausländerabteilung zum Vorsitzenden berufen.

(Biallas [CDU]: Herzlichen Glückwunsch, Herr Middelbeck!)

Damit sind die unabdingbaren Sach-, Fach- und Rechtskenntnis vorhanden, die man braucht, um alle Möglichkeiten der Hilfe auszuschöpfen.

Schon seit vielen Jahren bedienen wir uns der Hilfe der Fachabteilung, wenn wir über Petitionen befinden. Meiner Ansicht nach sind wir alle der Meinung, dass wir dort sehr gut beraten werden. Die Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben, nach der nur der Minister derjenige sei, der uns ins Handwerk pfuscht, teile ich absolut nicht. Es ist absolut

abenteuerlich, so etwas zu behaupten. Ich meine, dass sich auch die Petenten im Petitionsverfahren in aller Regel in guten Händen befinden.

Es wird also vom 1. Januar 2003 an in Niedersachsen eine Härtefallkommission geben. Darin sind wir, SPD und Grüne, uns einig. Und wo man sich einig ist, da muss man auch keine trennenden Gesichtspunkte suchen. Sie, Herr Biallas, sollten morgen, wenn Sie das Protokoll bekommen, einmal das lesen, was Sie gesagt haben, und das außen vor lassen, was Sie zu Anfang und zum Schluss gesagt haben. Vielleicht stimmen Sie mir dann zu, dass man das, was Sie in der Mitte Ihrer Ausführungen gesagt haben, auch sehr schön in einer Härtefallkommission regeln könnte. Die wirklichen Härtefälle könnte man dort regeln. Ich freue mich auf die Antragsdiskussion.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Minister Bartling, Sie haben das Wort.

(Biallas [CDU]: Auf den kann man sich auch nicht mehr verlassen!)

### Bartling, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Stokar, zum Streicheln der rot-grünen Seele wollte ich mich eigentlich nicht bereit finden.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Vielleicht nach Frankreich! Dann haben Sie es auch eingesehen! - Biallas [CDU]: Frei heraus, Herr Minister!)

- Herr Biallas, man lernt ja manchmal auch.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wäre nicht notwendig gewesen. Es bedarf keiner Aufforderung, die im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Härtefallkommission einzusetzen. Niedersachsen hat - das wissen Sie; das ist im Bundesratsverfahren deutlich gewordendem Zuwanderungsgesetz zugestimmt. Die entsprechende Verordnung wird selbstverständlich so rechtzeitig verabschiedet, dass die Härtefallkommission mit In-Kraft-Treten des Gesetzes am 1. Januar 2003 ihre Arbeit aufnehmen kann.

Ich möchte jedoch, weil ich meine, dass in der Diskussion manchmal falsche Eindrücke entstehen, gerne die Gelegenheit nutzen, einiges klarzustellen. Die Härtefallregelung in § 25 Abs. 4 des Zuwanderungsgesetzes soll in einem sehr eng begrenzten Rahmen ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen dann ein Aufenthaltsrecht gewähren, wenn nach den einschlägigen Gesetzen an sich kein Aufenthalt ermöglicht werden kann, die Beendigung des Aufenthalts jedoch im Einzelfall zu einer vom Gesetzgeber nicht gewollten Härte führen würde. Das genau ist das Beispiel, das Herr Biallas in der Mitte seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, als er beklagt hat, dass diese böse Landesregierung in den Fällen, in denen alle Fraktionen der Meinung seien, dass hier etwas gemacht werden solle, nichts machen würde. -Herr Biallas, auch diese böse Landesregierung ist an Recht und Gesetz gebunden. Deshalb haben wir manchmal keine Möglichkeit. Wir dürfen u.a. unseren Ermessensspielraum nicht missbräuchlich ausnutzen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet, dass die gesetzlichen Zielsetzungen der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung durch die Einrichtung einer Härtefallkommission nicht unterlaufen werden dürfen. Oder noch deutlicher gesagt: Wer nach illegaler Einreise und Ablehnung seines Asylbegehrens ausreisepflichtig wird, muss grundsätzlich auch in Zukunft wieder ausreisen. Wer nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland die Voraussetzungen für ein Bleiberecht etwa deshalb nicht erfüllt, weil er keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, wird auch künftig kein Aufenthaltsrecht erhalten können. Wer hier Straftaten begangen hat und deshalb ausgewiesen wird, wird auch künftig das Land verlassen müssen. Ich betone ausdrücklich, dass ich es zwar für richtig halte, in außergewöhnlichen Härtefällen - hier sind die langjährigen Aufenthaltsdauern von Kindern genannt worden ausreisepflichtigen Ausländern ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, dass die Härtefallregelung aber keineswegs so zu verstehen sein darf, dass von ihr ein Anreiz für zusätzliche Zuwanderungen ausgeht.

Mit dem Zuwanderungsgesetz soll außerdem künftig in engen Grenzen die Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gesteuert und soll gleichzeitig die illegale Zuwanderung begrenzt werden. Dies setzt voraus, dass ein Aufenthaltsrecht in Deutschland grundsätzlich nur erhalten kann, wer im Ausland ordnungsgemäß eine legale Einreise beantragt. Meine Damen und Herren, niemand kann übersehen, dass wir schon heute

erhebliche Probleme mit der Integration der sich bereits hier aufhaltenden ausländischen Staatsangehörigen haben. Auch müssen beträchtliche Sozialhilfeleistungen aufgebracht werden. Wir werden diese Probleme nur dann im Griff behalten, wenn wir die Zuwanderung auch zukünftig begrenzen und sie nur dort zielgerichtet zulassen, wo ein deutlicher Bedarf an ausländischen Arbeitskräften besteht. Es bleibt also festzuhalten, dass die von mir genannten Zielsetzungen bei der Anwendung der Härtefallklausel im Vordergrund stehen müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Stokar von Neuforn hat noch einmal das Wort.

(Biallas [CDU]: Nun müssen Sie den Innenminister aber auch mal loben!)

### Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lobe den Innenminister gerne, weil durch seine Rede noch einmal deutlich geworden ist, wie wichtig es ist, dass wir den Antrag als Fraktion eingebracht haben. Ich will eben nicht das Minimalkonzept aus dem Innenministerium, das noch bis zur Bundesratssitzung jegliche Härtefallkommission abgelehnt hat. Unsere früheren Vorstöße zur Einrichtung einer Härtefallkommission wurden hier bekanntlich abgelehnt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte, dass wir dieses Konzept gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen aus dem Parlament heraus erarbeiten. Da hier einiges an Unsinn erzählt worden ist, möchte ich darauf hinweisen, dass Schleswig-Holstein seit Jahren eine Härtefallkommission hat. Herr Innenminister Bartling, ich gehe nicht davon aus, dass Sie Ihrem Kollegen in Schleswig-Holstein vorwerfen wollen, dass er gegen Recht und Gesetz verstößt. Die Härtefallkommission in Schleswig-Holstein macht nichts anderes als das, was sie machen kann: Der Ermessensspielraum wird noch einmal durchgeprüft. In 20 % der Fälle, die dort vorgetragen werden, kommt man zu dem Ergebnis, dass diese Familien, diese Menschen in Deutschland bleiben können. Diese Ergebnisse sind natürlich rechtmäßig zustande gekommen.

Ich möchte einen weiteren Punkt anfügen. Über die Praxis, die in Niedersachsen seit einigen Jahren geübt wird, bin ich sehr unglücklich. Natürlich haben wir in Einzelfällen längst so etwas wie eine Härtefallkommission. Sie ist aber überhaupt nicht geregelt. Sie ist dem Zufall überlassen und ist ungerecht, weil es hierfür überhaupt keine Auswahlkriterien gibt. Wir alle - Herr Biallas, Sie machen das doch auch - kennen aus dem Innenausschuss Fälle, vor deren Beratung wir uns im kleinen Kreis außerhalb des Petitionsverfahrens im Innenausschuss zusammensetzen, in denen es um die Lösung von Kirchenasylen und andere Fragen geht. An diesen Gesprächen nehmen manchmal auch die Vertreter der Kommunen, der Ausländerstellen, des Innenministeriums, von Unterstützergruppen und Schulleiter teil. Wir alle kennen diese kleinen Kreise, die versuchen, außerhalb der Debatte im Innenausschuss eine Lösung zu finden. Ich möchte, dass diese Praxis zu einer gerechten Praxis wird und dass wir durch eine Härtefallkommission ein offenes Verfahren und transparente Regelungen einführen.

Einen weiteren Punkt möchte ich anführen. Ich meine - das zeigen meines Erachtens auch die Erfahrungen aus Schleswig-Holstein-, dass eine solche Härtefallkommission auch ein politischer Beitrag ist, Verständnis zu wecken. Manchmal gibt es tausend Unterstützer in den Kommunen, die mit ihrer Unterschrift ihrer Forderung Nachdruck verleihen, dass die Familie, für die sie sich einsetzen. weiterhin in der Kommune bleiben und die Kinder weiterhin in der Kommune zur Schule gehen dürfen. In diesen Fällen sind wir als einzelne Abgeordnete oftmals überhaupt nicht in der Lage, zu vermitteln, wie die politische Mehrheitsentscheidung, der Ausweisungsbeschluss, zustande gekommen ist. Ich meine, dass es in den Fällen, in denen die Härtefallkommission nach einer Prüfung zu der Entscheidung gelangt, dass kein Bleiberecht ausgesprochen werden könne, mehr auf Verständnis trifft, wenn die Betroffenen und die Unterstützer an dem Verfahren beteiligt gewesen sind und der Weg der politischen Entscheidungsfindung vermittelt worden ist.

Lassen Sie mich abschließend etwas in Richtung von Herrn Biallas sagen. Herr Kollege Biallas, bei allem Wahlkampf, den Sie hier rechtspopulistisch zu diesem Thema führen,

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von Schirmbeck [CDU])

weise ich persönliche Diffamierungen zurück. Sie kennen die Zahlen aus dem Innenausschuss dazu, in wie vielen Fällen wir einvernehmlich - auch mit meiner Stimme - auf "Sach- und Rechtslage" entscheiden. Es sind mehr als 80 % der im Innenausschuss behandelten Fälle, bei denen auch ich der Meinung bin, dass kein Aufenthalt und Bleiberecht gewährt werden kann. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen es um Straftäter geht oder bei denen offensichtlich ist, dass kein Asylgrund vorliegt. Es sind Einzelfälle, es sind wenige Fälle, in denen ich gegen die Entscheidung von SPD und CDU stimme und dies dann inhaltlich sehr deutlich begründe. In vielen dieser Einzelfälle, in denen ich mich für die Betroffenen einsetze, gibt es auch eine Mehrheit. Ich bitte Sie, arbeiten Sie hier nicht mit Unterstellungen, Frau Stokar würde nur dafür eintreten, dass jeder in Deutschland Asyl bekomme. Dieser Debattenstil ist dieser Thematik nicht angemessen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Gansäuer:

Nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erhält jetzt der Kollege Biallas eine zusätzliche Redezeit von bis zu zwei Minuten.

#### Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Harden, eines will ich deutlich zurückweisen. Ich habe hier nicht zum Rechtsbruch aufgerufen, sondern ich habe deutlich gemacht, dass sowohl eine Ausweitung der Rechte des Petitionsausschusses - bei uns ist es in diesem Fall der Innenausschuss - als auch die Einrichtung einer Härtefallkommission auf rechtliche Hürden stößt. Wenn der Innenminister hier vorträgt, dass sich auch im Falle der Einrichtung einer Härtefallkommission nichts an den gesetzlichen Grundlagen ändern würde, dann heißt das, dass eine Härtefallkommission Gerichtsbeschlüsse zu Asylverfahren genauso wenig außer Kraft setzen könnte wie der Innenausschuss. Das können wir nicht tun. Manchmal würden wir es aber gern tun; wir können es jedoch nicht. Deshalb habe ich auch nicht zum Rechtsbruch aufgerufen.

Wir müssen uns bezüglich der Einrichtung einer Härtefallkommission aber eines überlegen. Der Minister hat hier vorgetragen: Ich mache das. Auf dem Verordnungsweg kommt das alles. - Aber selbst das marode Zuwanderungsgesetz enthält

nicht einmal eine Mussregelung, sondern die Länder können eine Härtefallkommission einrichten. Man muss sich überlegen, ob der personelle und finanzielle Aufwand und all die Hoffnungen, die hier geweckt werden und sich später möglicherweise nicht erfüllen, eine solche Kommission überhaupt rechtfertigen oder ob es nicht vernünftiger wäre, die Erörterung und die Entscheidung über solche Fälle dort zu belassen, wo sie jetzt schon angesiedelt sind, nämlich im zuständigen Parlamentsausschuss. Dort nämlich sitzen die legitimierten Volksvertreterinnen und -vertreter, die als Landtagsabgeordnete und als Mitglieder des Landtags auch eine Organstellung einnehmen. Es sollte deshalb keine Härtefallkommission eingesetzt werden, in der sich dann alle möglichen Experten und Pseudoexperten auf diesem Gebiet versammeln.

Frau Stokar, wenn Sie mich als Rechtspopulisten bezeichnen, dann beleidigt mich das überhaupt nicht; denn ich bin von Ihnen schon einiges gewohnt. Eines will ich hier aber anmerken: Mit Ihnen ist es im Laufe der Zeit besser geworden, wie ich zugeben will. Mit Ihnen ist es besser geworden. Wir müssen - weil Sie hier aus dem Innenausschuss geplaudert haben - hier manchmal aber dennoch erleben, wie Sie sich wider jeder Vernunft völlig dickköpfig für Dinge einsetzen, die es überhaupt nicht verdienen, dass man sich für sie einsetzt. Dafür sind Sie bekannt. Das habe ich hier angesprochen. Sie haben es wenigstens zugegeben. - Vielen Dank

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, diesen Antrag zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für innere Verwaltung und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Sozial- und Gesundheitswesen sowie für Rechts- und Verfassungsfragen zu überweisen. Gibt es weitere Vorstellungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dies so beschlossen

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 18:

Erste Beratung:

Förderung des Niederländischunterrichts an niedersächsischen Schulen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3356

Zur Einbringung des Antrags hat der Kollege Kethorn das Wort. Er wird auch nur Deutsch reden, wie er versprochen hat.

# Kethorn (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich an mein Versprechen halten und nur Deutsch sprechen. Stellenweise will ich aber dennoch versuchen, auch ein paar niederländische Sätze einzubringen. Ich werde sie danach übersetzen.

Geachte meneer de president, geachte dames en heren! Zoals u weet, kom ik uit Nordhorn, de meest westelijke stad van Nedersaksen - gelegen op een steenworp afstand van Nederland. Vanwege de geografische ligging zijn er uitgebreide kontakten tussen de mensen in Nederland en Duitsland, alsmede nauwe economische banden tussen Duitse en Nederlandse ondernemingen. Hierdoor, met op de achtergrond de voortschreidende globalisering, nemmt de belangstelling voor het Nederlands binnen het allgemeen en het beroepsonderwijs langs de Duits-Nederlands grens - van de Noordzee tot aan Noordrijn-Westfalen - steeds meer toe. Steeds meer leerlingen in de regio Oost-Friesland, Eemsland en de Graafschap kiezen als tweede vreemde tall het Nederlandse, omdat daardoor de kansen op een aantrekkelijke studienplaats en baan stijgen.

(Bontjer [SPD]: Dat stimmt aber nicht, was du da vertellst!)

Door een lerarentekort kann het onderwijs in het Nederlandse helaas niet overal worden verkregen.

Ich verstehe, dass nicht alles verstanden worden ist. Ich werde daher versuchen, es jetzt noch zu übersetzen. Also:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme aus Nordhorn, der westlichsten Stadt in Niedersachsen, nur ein paar Minuten entfernt von der deutsch-niederländischen Grenze. Aufgrund der geografischen Lage gibt es vielfältige Kontakte zwischen den Menschen in den Niederlanden und in Deutschland sowie enge wirtschaftliche Verflechtungen niederländischer und deutscher Unter-

nehmen. Aus diesen Gründen, aber auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung gewinnt der Niederländischunterricht an allgemein und berufsbildenden Schulen entlang der deutschniederländischen Grenze - also von der Nordsee bis nach Nordrhein-Westfalen - immer mehr an Bedeutung. Immer mehr Schüler in der Region Ostfriesland, im Emsland und in der Grafschaft Bentheim wählen als zweite Fremdsprache Niederländisch, da dadurch die Chancen auf einen qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplatz steigen. Niederländischunterricht kann aber - das ist bekannt - nicht in allen Fällen mangels entsprechender Fachkräfte erteilt werden.

Meine Damen und Herren, warum nimmt die Bedeutung der niederländischen Sprache gerade in diesem Bereich zu? - Landesweit ist Niederländisch sicherlich kein Thema, aber im Großraum Ostfriesland, Emsland, Osnabrück, Grafschaft Bentheim ist diese Sprache durchaus ein Thema.

Meine Damen und Herren, Grenznähe und Grenzraum beinhalten aber auch Grenzfälle und Grenzsituationen. Ich möchte dies einmal in positivem Sinne darstellen. Die sichtbare Grenze gibt es nicht mehr. Die Menschen diesseits und jenseits der Grenze spüren die Grenze nicht mehr, wenn sie sie überqueren, es sei denn, sich ändernde Geschwindigkeitsbegrenzungen machen auf sie aufmerksam. Die Fahrt ins jeweils andere Land ist selbstverständlich und gehört zum Tagesgeschäft. Hier gibt es kein Nebeneinander, sondern ein partnerschaftliches, ein nachbarschaftliches Miteinander. Dieses Miteinander ist - obwohl nur auf ein kleines Gebiet begrenzt - auch ein Beitrag zur Völkerverständigung in diesem Grenzraum.

Wir sind der Auffassung, dass die Politik dieses Miteinander in dieser Region aktiv befördern muss, und zwar vor allem dann, wenn man merkt, dass es zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Grenze hervorragende Kontakte gibt. Auf deutscher Seite bestehen allerdings Defizite bezüglich der Beherrschung der niederländischen Sprache. Ich stelle hier schlicht und einfach fest: Die Niederländer sprechen in der Regel Deutsch, die Deutschen sprechen aber zu wenig Niederländisch. Aufgrund der geschichtlichen Ereignisse, aber auch aufgrund der räumlichen Größe Deutschlands täten die Menschen gut daran, insbesondere in diesem Grenzraum vermehrt Niederländisch zu lernen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Grenzraum wird vermehrt kooperiert, auch zwischen Schulen. Die CDU-Landtagsfraktion hat vor zwei Tagen anlässlich eines Parlamentarischen Abends die Kooperation zwischen zwei Grundschulen gewürdigt. Dies ist eine außergewöhnliche Leistung. Dort werden gemeinsame Ausflüge unternommen, aber auch gemeinsamer Unterricht wird an diesen beiden Schulen in Nordhorn und in Denekamp angeboten. Ich glaube, dieses Beispiel macht deutlich, dass die Landesregierung, die Kultusministerin in der Pflicht ist, eine Nachfrage, wenn es sie gibt, zu befriedigen.

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach gibt es noch einen weiteren Grund, der es geboten erscheinen lässt, das Erlernen der niederländischen Sprache zu forcieren. Im Bereich der Wirtschaft, des Handwerks und des Einzelhandels sind Personen sehr stark gefragt, die die niederländische Sprache gut beherrschen. Viele Niederländer kommen nach Deutschland zum Einkaufen. Für sie ist dies ohnehin ein Erlebnis. Solch ein Einkaufserlebnis wird aber noch verstärkt, wenn sie in ihrer Muttersprache, in Niederländisch, empfangen werden. Insofern ist bei uns ein Einstellungskriterium für junge Menschen die Beherrschung der niederländischen Sprache. Dieses Kriterium ist sehr wichtig. Diejenigen, die Niederländisch können, haben eindeutige Vorteile.

Die Reihe der Beispiele könnte ich jetzt auch noch auf den Bereich des Handwerks und auf den Bereich der Wirtschaft ausdehnen. Viele Unternehmen im Grenzraum beteiligen sich an Auftragsausschreibungen. Sowohl beim Verfahren der Ausschreibung selbst als auch bei der Durchführung von Aufträgen von deutschen Unternehmen in den Niederlanden ist es ein wesentlicher Vorteil, wenn die Menschen die niederländische Sprache beherrschen. Die Arbeit fällt dann insgesamt leichter.

Kurzum: Die Nachfrage nach Niederländischunterricht an Schulen steigt. Aber - wie schon eingangs gesagt - es fehlt zunehmend an Lehrkräften, die über eine entsprechende Unterrichtsqualifikation verfügen.

Frau Jürgens-Pieper, ich verkenne nicht, dass es in den letzten Jahren eine qualitative und quantitative Verbesserung des Niederländischunterrichts gegeben hat. Der bestehende Bedarf wurde jedoch nicht gedeckt.

Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag heute vorgelegt und mit entsprechenden Forderungen versehen. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur kurzfristigen Nachqualifizierung vorhandener Lehrkräfte zu ergreifen - insbesondere deutsch-niederländischen Raum -, darüber hinaus systematische Weiterbildungsmaßnahmen Rahmen der Lehrerfortbildungen im Fach Niederländisch für die Lehrkräfte an allen Schulformen zu ermöglichen sowie einen grundständigen Studiengang Niederländisch für das Lehramt aller weiterführenden Schulformen einzurichten. Ich möchte beispielhaft darauf verweisen, dass es solche grundständigen Studiengänge an den Universitäten in Münster und Köln gibt. Die niedersächsisch-niederländische Grenze ist sehr lang; insofern fordern wir, an der Universität in Oldenburg einen solchen grundständigen Studiengang einzurichten.

Meine Damen und Herren, es gibt ein weiteres Problem, und zwar wie das Fach Niederländisch als zweite Fremdsprache in die Berechnung des Durchschnitts beim Erweiterten Sekundarabschluss 1 der Realschule einfließen kann. Bisher fließt die Zensur der zweiten Fremdsprache - damit auch Niederländisch - nur wie ein zweistündiges Wahlpflichtfach in den berechneten Durchschnitt mit ein, obwohl dieser Unterricht an den Schulen immerhin meist vierstündig über vier Jahre hinweg erteilt wird. Ich kann nur darauf verweisen, dass die Situation in Nordrhein-Westfalen besser ist. Dort ist die zweite Fremdsprache im Wahlpflichtbereich angesiedelt und wird entsprechend gewertet. Insofern wünschen wir uns, dass es eine Situation wie in Nordrhein-Westfalen auch bald in Niedersachsen gibt.

# (Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme damit zum Schluss der Einbringung. Ich habe dargestellt, wie wichtig das Fach Niederländisch vor allem in der Grenzregion ist, welche Bedeutung das Fach Niederländisch für die Menschen, die in diesem Landstrich wohnen, hat. Ich wünsche mir, dass die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, damit diejenigen, die Niederländisch lernen wollen, dies auch können.

Geachte dames en heren, dan will ik nu eindigen. Geachte mevrouw de minister Jürgens-Pieper, u ziet hoe belangrijk het Nederlandse-taalonderwijs voor de mensen in streek langs de Duits-Nederlandse grens is. Ik verzoek u voorwaarden te scheppen, die ervoor zorgen dat diegenen die Nederlandse willen leren, dat ook kunnen. Mijn hartelijke dank vooraf.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin Litfin, Sie haben das Wort.

# Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt und unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir konnten schon seit Jahrzehnten beobachten, dass in den Niederlanden fast jeder und jede Deutsch spricht - teilweise exzellent -, dass es auf der anderen Seite der Grenze aber keine nennenswerte Anzahl von Deutschen gibt, die Niederländisch beherrschen. Daraus spricht vielleicht auch eine gewisse Arroganz. Leute, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, werden es noch wissen: Wir hatten Ende der 90er-Jahre die Entwicklung, dass die Niederländer im grenznahen Bereich angefangen hatten, das große Sortiment deutschsprachiger Bücher und deutscher Zeitungen, das sie immer verkauft haben, aus den Buchläden herauszunehmen, weil sie einfach nicht länger einsahen, dass das eine einseitige Sache ist.

Ich meine, dass das Europa der Regionen, das wir uns alle vorstellen, Staatsgrenzen überschreiten wird. Das bedeutet auch, dass wir Kinder und Jugendliche durch schulischen Unterricht in den grenznahen Regionen in die Lage versetzen müssen, die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes zu sprechen.

Problematisch wird es, wenn wir daran denken, wie die Finanzdecke im Kultusministerium aussieht. Dort guckt nicht nur der eine oder andere Fuß heraus. Nein, sie bedeckt gerade noch den Bauchnabel. Wenn wir sehen, wie es in den Verlässlichen Grundschulen mit der Nachqualifizierung von Lehrkräften für den Englisch-Unterricht läuft, dann müssen wir alle gemeinsam darauf achten, dass das beim Niederländischunterricht nicht so wird.

(Klare [CDU]: Das macht die Volkshochschule!)

Dort haben wir nicht genügend ausgebildete Fachkräfte und nicht genügend Angebote in der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung. Stattdessen müssen diejenigen, die in der dritten oder vierten Klasse Englisch-Unterricht erteilen müssen und vielleicht das letzte Mal bei der Ablegung ihres Abiturs Englisch gesprochen haben, zwei Jahre warten, bis sie in der regionalen Lehrerfortbildung Kurse belegen können. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zur Volkshochschule zu gehen und dort für viel Geld - die Kurse kosten um die 1 000 Euro - Qualifizierungskurse zu belegen. Denn es reicht nicht, eine Sprache zu beherrschen, um sie weitergeben zu können. Gerade im Grundschulbereich muss man die entsprechenden didaktischen Fähigkeiten erwerben, um die Sprache vermitteln zu können. Wir werden sehen, was bei den Ausschussberatungen aus diesem Antrag wird. Wir werden ihn auf jeden Fall unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

### Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

# Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fremdsprachenkompetenz wird in einem zusammenwachsenden Europa ohne Frage immer wichtiger, und in diesem Zusammenhang gewinnt auch unser Niederländischunterricht - insbesondere in der Grenzregion - an Bedeutung. Insofern wächst auch die Zahl der Schulen, die sich damit beschäftigen. Es findet im laufenden Schuljahr an sieben Grundschulen und an 29 Orientierungsstufen, Haupt- und Realschulen, Gymnasien sowie kooperativen und integrierten Gesamtschulen Niederländischunterricht statt. Das ist der Stand der Dinge. Das wird sich sicherlich weiter verbreiten.

Ich habe - das ist Ihnen vielleicht nicht bekannt - bereits im Oktober 2000 mit dem Kulturministerium der Niederlande, dem "Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen" eine gemeinsame Erklärung auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung unterschrieben. Diese Erklärung verpflichtet beide Seiten, die Beziehungen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung durch inhaltliche Schwerpunkte zu fördern. Da das schon zwei Jahre her ist, Herr Kethorn, wurden bereits einige dieser Maßnahmen umge-

setzt. Diese Erklärung wird zu weiteren Umsetzungen führen.

Wir haben von 1993 bis 1996 gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Niederlandistik der Universität Oldenburg im Niedersächsischen Landesinstitut einen Weiterbildungsstudiengang eingerichtet - das wissen Sie-, an dem 27 Lehrkräfte aus dem Regierungsbezirk Weser-Ems teilgenommen haben. Es gibt im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung in der Fortbildungsregion Ostfriesland und Emsland Grafschaft Bentheim in jedem Schulhalbjahr mehrere Fortbildungskurse für angehende Niederländischlehrer. Sowohl die Ems-Dollart-Region als auch EUREGIO führen regelmäßig Studientage für Lehrkräfte durch, die einerseits den Niederländischunterricht in Schulen des Regierungsbezirks Weser-Ems und andererseits den Deutschunterricht im niederländischen Grenzraum stützen.

Das Niedersächsische Kultusministerium hat 1993 Richtlinien und Handreichungen für Schulen, die sich mit dem Niederländischunterricht beschäftigen wollen, herausgegeben. Die EUREGIO hat zusammen mit der Bezirksregierung Weser-Ems im Jahre 2001 eine Umfrage bei den Schulen im Weser-Ems-Bezirk veröffentlicht. Die vorgelegten Umfrageergebnisse werden derzeit analysiert. Gemeinsam mit den Schulen, die bereits ein Niederländisch-Angebot vorhalten oder sich auf ein derartiges Unterrichtsangebot vorbereiten, wird nach geeigneten Wegen zum kontinuierlichen Auf- und Ausbau gesucht. So weit die Erklärung.

Wir haben außerdem seit dem 1. August 2001 bei der Bezirksregierung Weser-Ems eine Lehrkraft zur Beauftragten für niedersächsisch-niederländische Beziehungen im Schulbereich ernannt.

Hinsichtlich der Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und für das Lehramt an Gymnasien sowie an den berufsbildenden Schulen stellt sich die Situation im Augenblick wie folgt dar: Im Fach Niederländisch kann für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und für das Lehramt an Gymnasien sowie berufsbildenden Schulen jeweils eine Erweiterungsprüfung nach § 16 Abs. 1 der Verordnung abgelegt werden. Das Ablegen einer Erweiterungsprüfung setzt allerdings die erste Staatsprüfung für ein Lehramt voraus. Der Forderung nach Einrichtung eines entsprechenden grundständigen Teilstudiengangs konnte in den vergangenen Jahren wegen des nicht ausreichenden kontinuierlichen jährlichen Einstellungsbedarf nicht entsprochen werden. Das wird

sicherlich im Ausschuss zu besprechen sein. Dies gilt nämlich immer noch. Der Einstellungsbedarf ist nicht so hoch, dass wir zu viele Lehrkräfte dafür ausbilden können, die dann keine Chance auf Einstellung hätten. Hier muss also erst noch die Entwicklung in den Schulen vorangehen, damit auch wirklich ein entsprechender Bedarf vorhanden ist.

Wir haben zum 1. August 2001 bei der Bezirksregierung Weser-Ems nur eine Einstellung für das Lehramt an Gymnasien mit dem Fach Niederländisch ausgeschrieben. Die Anforderungen seitens der Schulen sind bisher noch nicht so hoch. Es ist aber, so meine ich, der Diskussion wert, wie man an dieser Stelle mit Bedarf und Ausbau des Angebotes zurechtkommt. Von daher wird zu prüfen sein, ob der Zugang zu den bestehenden Weiterbildungsstudiengängen für das Fach Niederländisch durch Kooperationsmaßnahmen der Universität Oldenburg und des Niedersächsischen Landesinstitutes für Schulentwicklung und Bildung noch weiter gefördert werden kann.

Sollte sich der Bedarf für einen zusätzlichen Weiterbildungsstudiengang ergeben, so stünde nach meiner Auffassung einer solchen Maßnahme nichts im Wege. Ein solcher Bedarf ist bisher aber weder an das Ministerium noch an das Landesinstitut herangetragen worden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einen vorrübergehend höheren Bedarf an Fachlehrkräften für Niederländisch auch mit Lehrkräften aus den Niederlanden abzudecken. Dies wird gegebenenfalls mit der niederländischen Regierung zu besprechen sein.

Von daher wird deutlich, dass die Landesregierung die der Sache angemessenen Maßnahmen bereits getroffen hat. Die Erklärung, die ich unterschrieben habe, lebt also. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen, in denen wir Ihnen dazu noch mehr Details vortragen können.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Wulf, Sie haben das Wort.

## Wulf (Oldenburg) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn meine Urgroßmutter Holländerin war, werde ich nicht wie der Kollege Kethorn den Versuch unternehmen, Holländisch zu sprechen. Das kann ich nicht. Vor dem Hintergrund seiner Kompetenz stünde ich nur schlecht da.

In diesem Haus dürfte Konsens darüber bestehen, dass das Niederländische für Niedersachsen als Sprache des unmittelbaren Nachbarn natürlich eine besondere Bedeutung hat. Deswegen und auch weil es zahlreiche Kooperationen Niedersachsens mit den Niederlanden gibt, kommt der niederländischen Sprache und ihrer Vermittlung in unserem Bundesland sicherlich ein entsprechender Stellenwert zu. Das gilt insbesondere natürlich für die Regionen im Bereich Weser-Ems, die an die Niederlande angrenzen. Das geht von Leer über das Emsland, über die Grafschaft Bentheim bis hinein in das Osnabrücker Land.

(Rolfes [CDU]: Geografie Note 6!)

Aber auch an den Hochschulen des Bezirks hat das eine besondere Bedeutung. Beispielsweise an der Carl-von-Ossietzky-Universität gibt es zahlreiche langfristig angelegte Kooperationsbeziehungen zu Einrichtungen in den Niederlanden, von der Produkttechnologie über die Pädagogik, Sprach- und Literaturwissenschaften bis hin zu den Juristen und Ökonomen. Davon abgesehen gilt das natürlich auch für die konkreten gemeinsamen Einrichtungen, die es zwischen den Niederlanden und Niedersachsen oder auch zwischen Provinzen der Niederlande und Niedersachsen gibt, wobei diese z. B. gemeinsam Mitglied in EUREGIO sind.

(Rolfes [CDU]: Neue Hanse InterRegio!)

- Genau! - Eine solche Nachbarschaft und Kontaktpflege hat zur Folge, dass eine entsprechende Sprachkompetenz auch auf deutscher Seite notwendig ist. Frau Litfin hat das schon ganz richtig gesagt: Wir gehen viel zu oft davon aus, dass Deutsche dann, wenn sie in die Niederlande fahren, dort verstanden werden, ohne dass man sich darum bemüht, Holländisch zu sprechen. Auf der anderen Seite erwarten wir aber, dass Holländer, die hierher kommen, Deutsch sprechen. Das ist eine Art von Arroganz, die wir an den Tag legen, die sicherlich auch nicht dazu beiträgt, bei den Holländern teilweise vorhandene Ressentiments gegenüber Deutschen abzubauen.

Umso mehr ist es richtig, dass die Niedersächsische Landesregierung seit mehreren Jahren in diesem Bereich aktiv ist. Das hat die Kultusministerin gerade dargestellt. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei der Lehrstuhl Niederlandistik an der

Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg. Die dortige Niederlandistik hat einen guten Ruf. Das ist gerade von der Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen festgestellt worden. In ihrem Bericht zur Lehrerausbildung wurde gerade dieses Fach an der dortigen Uni hervorragend bewertet.

Bedarf ist sicherlich vorhanden. Gegenüber der letzten Erfassung, die, so glaube ich, 1992 durchgeführt worden ist, hat die neueste Erhebung ein deutliches Wachstum der Zahl der Schülerinnen und Schüler ergeben, die Niederländisch als Schulfach haben. Waren es 1992 etwas mehr als 700 Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen an der Schule Holländisch hatten, so waren es nach der letzten Erhebung mehr als 2 200 – also fast eine Verdreifachung.

Dem gestiegenen Bedarf hat die Landesregierung entsprochen. Jetzt ist natürlich zu prüfen – das werden wir im Ausschuss auch tun -, inwieweit vor diesem Hintergrund Verstärkungen notwendig sind; insbesondere natürlich im Bereich der Lehrerfort- und –weiterbildung.

Hinsichtlich der Forderung nach einem grundständigen Studiengang Niederlandistik für das Lehramt an allen weiterführenden Schulen müssen wir bei aller positiven Grundeinstellung in dieser Frage natürlich schauen, wie sich der Bedarf langfristig entwickelt. Die Uni Oldenburg selbst hat das für sich als Ziel proklamiert. Sie hat diese Forderung aufgestellt und wird dies sicherlich auch weiterhin artikulieren. Der Lehrstuhl in Oldenburg bietet nicht nur das Erweiterungsfach Niederlandistik an, sondern auch Magisterstudiengänge in diesem Bereich. Er hat wirklich einen ausgezeichneten Ruf.

Dass ein grundständiges Studium möglich ist – das hat der Kollege Kethorn gesagt -, zeigen die Unis in Münster und Köln. Wir müssen aber schauen, wie sich der reale Bedarf darstellt. Derzeit läuft ein Anhörungsverfahren für die Prüfungsverordnung. Wir werden das Ergebnis dieser Anhörung abwarten und uns vom Ministerium über die Zahlen und auch die Erwartungen berichten lassen.

Wir sollten uns auch mit den Einrichtungen, die in dieser Frage tätig sind, vielleicht auch mit dem Lehrstuhl, unterhalten. Dann werden wir im Ausschuss nach umfassender Beratung zu einem Ergebnis kommen. Das, was Sie formuliert haben, geht in die richtige Richtung. Was im Einzelnen zu

tun sein wird, werden wir dann schon gemeinsam hinkriegen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Gansäuer:

Schönen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat noch einmal der Kollege Kethorn.

# Kethorn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich darüber gefreut, dass im Ausschuss eine wohlwollende Beratung stattfinden soll. Allerdings war ich schon etwas überrascht darüber, dass die Ministerin den Blick in die Vergangenheit gelenkt und eine Art Leistungsbilanz vorgelegt hat,

(Klare [CDU]: Ist auch nicht schlecht!)

was in der Vergangenheit alles geschehen ist. Ich habe in meinem Beitrag durchaus lobend erwähnt, dass es eine qualitative und auch quantitative Verbesserung gegeben hat.

(Klare [CDU]: Du hältst immer so gute Reden!)

Wir befinden uns aber in der Gegenwart und blicken in die Zukunft. Vor Ort macht sich eine erhebliche Nachfrage nach Niederländischunterricht bemerkbar. Vor diesem Hintergrund hätte ich mir schon die Aussage gewünscht: Wir wollen das genauso machen wie in Nordrhein-Westfalen. Dort wird das Thema Niederländisch völlig anders angepackt. Eine solche Aussage hätte man heute machen können, damit die Schülerinnen und Schüler und die Eltern erfahren, dass verbesserte Ausgangsbedingungen geschaffen werden sollen, um Niederländisch zu lernen. Insofern war das, was Sie mit den Worten "Wir wollen das prüfen" zu diesem Thema gesagt haben, sehr zaghaft. Ich hätte mir eine zukunftsfähige Aussage gewünscht. Diese habe ich heute aber vermisst.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung, denn weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat hat empfohlen, diesen Antrag zur federführenden Beratung an den Kultusausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen. – Herr Kollege Wulf!

(Wulf (Oldenburg) [SPD]: Und an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur!)

- Außerdem soll sich der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur mit dem Antrag befassen. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch. – Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu dem letzten Tagesordnungspunkt vor der Mittagspause, nämlich zu

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

Modulation für eine Agrarwende auch in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3366

Zur Einbringung dieses Antrages hat der Kollege Klein das Wort. Bitte schön!

# Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war vorgestern. Da konnten wir in der Presse lesen, dass die EU die Verzahnung von Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Umwidmung der Subventionen fordert. Das sind schon erstaunliche Töne, die Agrarkommissar Fischler und Verbraucherkommissar Byrne Anfang dieser Woche verlauten ließen. Die alten Formeln hätten ausgedient. Es gälten nicht mehr "from farm to fork" - vom Bauern auf den Teller - und "from stable to the table" - vom Stall auf den Tisch -, sondern nun sei es genau umgekehrt: Landwirtschaftspolitik müsse vom Endprodukt aus betrachtet werden.

In dem Zusammenhang erinnere ich natürlich sehr gern an die Ansage der neuen Agrarpolitik von Renate Künast, die damals lautete, dass man Agrarpolitik von der Ladentheke aus gestalten müsse. - Und da sage noch einer, eine entschlossene nationale Politik hätte keine Auswirkungen auf die EU. Hier ist das Gegenteil bewiesen.

Am 1. Mai ist das Modulationsgesetz in Kraft getreten. Es bedeutet 2 % Kürzungen der Direktzahlungen bei den Tier- und Flächenprämien mit einem Freibetrag von 10 000 Euro pro Betrieb. 2003 werden damit bundesweit rund 52 Millionen Euro eingespart. Mit der vorgeschriebenen Aufstockung von rund 30 Millionen Euro durch den Bund, der 80 % übernimmt, und die Länder, die insgesamt 20 % übernehmen, stehen damit rund 82 Millionen Euro zur Verfügung, um den ländlichen Raum zu fördern.

Auf Niedersachsen entfallen von dieser Summe jährlich rund 11 Millionen Euro. Das ist natürlich kein Betrag, mit dem man Berge versetzen kann. Aber es ist ein wichtiger Einstieg in eine veränderte, in eine zukunftsfähige Agrarförderung.

Wenn nun nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, ist es natürlich erforderlich, sich besondere Gedanken über ihre Verwendung zu machen. Sie müssen gezielt und konzentriert eingesetzt werden, damit sie Lenkungswirkung erzeugen und nicht wirkungslos verpuffen. Es macht sicherlich keinen Sinn, breit angesammelte Gelder wieder mit der Gießkanne zu verteilen.

Ende letzten Jahres hat sich deshalb eine Bund-Länder-Gruppe auf einen Maßnahmenkatalog geeinigt. Der ist sehr breit gefächert. Er enthält die Erweiterung der Fruchtfolge, die Anlage von Blühflächen, die Winterbegrünung, Mulchsaat- und Mulchpflanzverfahren, die Exaktausbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger.

(Oestmann [CDU]: Das geht auch ohne Modulation!)

Es geht um die Anwendung von Maßnahmen des biologischen und biotechnischen Pflanzenschutzes, um extensive Grünlandnutzung auf Einzelflächen, um umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren und - auf speziellen Wunsch Niedersachsens - auch um die Reduzierung des Tierbesatzes in Regionen mit hoher Viehdichte. - Sie sehen also: ein breites Spektrum.

Das operative Programm auf Landesebene muss auf dieser Basis gestrickt werden. Nach eigenen Angaben prüft die Landesregierung zurzeit einen Maßnahmenkatalog, der in seiner Breite der Bund-Länder-Vorgabe kaum nachsteht. Ein solch breiter Förderkatalog würde aber, wie schon gesagt, angesichts der begrenzten Mittel keinen Sinn machen. Es ist erforderlich, die Mittel auf ein konkretes Ziel

zu konzentrieren, und es ist sinnvoll, dieses dort zu suchen, wo der größte Problemdruck auftritt.

Unserer Meinung nach ist das eindeutig die Belastung, die sich durch die Intensivtierhaltung in Niedersachsen ergibt. Deshalb wollen wir die Modulationsmittel schwerpunktmäßig im Bereich der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren einsetzen. Wir wollen dem Trend entgegenwirken, die Tiere, die wir nutzen, die wir essen, aus unserem Blickfeld zu verbannen, sie für die Dauer ihres Lebens in abgeschottete Ställe zu verbannen.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

- Sie lachen, Herr Oestmann.

(Oestmann [CDU]: Das ist zu schön!)

- Das mögen für einen Landwirt komische Gedanken sein, aber es geht eben auch um gesellschaftliche Anforderungen, die zu erfüllen sind. - Wir wollen damit darauf reagieren, dass sich nach und nach Haltungsmaßnahmen durchsetzen, bei denen die Tiere die Sonne und eine Weide - wenn überhaupt - erst auf den Weg zum Schlachthof zum ersten Mal sehen. Deswegen schlagen wir ökologische Formen der Weidehaltung bei Rindern, besondere Formen der Freilandhaltung bei Schweinen und Geflügel und die Zucht von robusten, der Weidehaltung angepassten Tieren zur Förderung vor.

Die bisherige Berichterstattung macht deutlich, dass der Favorit des Landwirtschaftsministers die Reduzierung des Tierbesatzes in Regionen mit hoher Viehdichte ist. Damit das klar ist: Dieses Ziel haben wir natürlich auch, und wir verfolgen es seit langem. Aber genau deshalb müssen wir den Plan, bestehende Mastplätze in Südoldenburg herauszukaufen, ablehnen. Dieser Plan ist nämlich nicht geeignet, das in der Überschrift genannte Ziel zu erreichen. Das ist ungefähr das Gleiche, als wenn ich versuchen würde, einen australischen Waldflächenbrand mit zwei Handfeuerlöschern zu bekämpfen. Auch das kann nicht klappen.

Herr Landwirtschaftsminister, Sie haben Anfang letzten Jahres ein Steuerungsprogramm für diese, wie Sie sie nennen, Veredlungsgebiete verkündet. Aber Sie müssen doch auch sehen, der Erfolg ist bis heute gleich null. Der Stallbauboom ist ungebrochen. Immer mehr und immer größere Ställe werden beantragt und gebaut. Ohne ein Moratorium für den Bau zusätzlicher Mastplätze bleibt Ihr

Aufkaufangebot allenfalls ein angenehmer Mitnahmeeffekt für ohnehin ausscheidende Betriebe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir auch bei der Lieblingsverwendung der CDU für diese Mittel. Eigentlich möchte sie die Modulation gar nicht. Aber wenn schon Geld zur Verfügung steht, dann soll es in den Vorruhestand gesteckt werden. Das heißt, schwächelnde Betriebe sollen einen Anreiz bekommen, aufzugeben und den staatlichen goldenen Handschlag möglichst natürlich noch an den aufnehmenden Wachstumsbetrieb weitergeben, damit der weiter gestärkt wird. - So hat das lange Zeit bei Ihnen funktioniert. Und nebenbei haben Sie dann immer von der Erhaltung der bäuerliche Landwirtschaft geredet. Das machen wir allerdings nicht mit.

Zum Schluss nur noch kurz eine Aussage zur obligatorischen Modulation auf EU-Ebene. An deren Zustandekommen wird kaum noch jemand zweifeln. Ich erinnere an die anfangs angesprochenen Äußerungen der EU-Kommissare. Ich gehe davon aus, dass die Erweiterung der Möglichkeiten, die Modulationsmittel einzusetzen, weitgehend unstrittig ist; die Landesregierung hat sich auch schon entsprechend geäußert.

Auch das deutsche Beispiel einer Freibetragsregelung zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft bleibt sinnvoll. Denn die ungerechte Verteilung der Direktzahlungen ist ja nicht nur ein deutsches Problem. Denken Sie an die 80 % Prämien, die auf 20 % der Betriebe entfallen.

Interessant finde ich es allerdings, dass auch die nationale Aufstockung der gekürzten Gelder, die immer als unveränderbare EU-Vorgabe gehandelt wurde, inzwischen auch dort in der Diskussion ist. Das kann meines Erachtens auch nicht anders sein; denn diese Regelung führt ja aus rein formalen Gründen bei jedem weiteren Modulationsschritt zu einer weiteren Erhöhung der gesamten öffentlichen Mittel, die in den Agrarbereich fließen. Aber dafür gibt es nun beileibe keine inhaltliche Veranlassung. Es erschwert lediglich die zukunftsfähige Entkopplung der Agrarförderung von der Produktion. Deshalb müssen wir in diesem Bereich zu besseren Lösungen kommen. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne die Unterstützung für unseren Antrag bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Will, Sie haben das Wort.

### Will (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits zum zweiten Mal unternimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier den Vorstoß, Niedersachsen zum Experimentierfeld in der geplanten Modulation zu machen und auf Kosten des eigenen Bundeslandes - wie bereits im Februar die eigene Ministerin in Berlin zu unterstützen. Dabei sind Absicht und Zielsetzung der Modulation in weiten Bereichen bereits abschließend diskutiert. Trotzdem werden sie hier immer wieder neu aufgekocht. Dieser Entschließungsantrag ist nach unserer Auffassung eigentlich überflüssig.

Die Umsetzung der Modulation zum 1. Januar 2003 ist auch für Niedersachsen ein wichtiger zukünftiger Baustein einer nachhaltigen Agrarpolitik und wird die Stärkung ländlicher Räume zur Folge haben. Die Ergänzung der bisherigen Agrarförderung für Leistungen der Landwirtschaft zur Verbesserung der Umwelt, für eine nachhaltige ländliche Entwicklung und z.B. für artgerechte Tierhaltung als zweite Säule der Förderung ist eine große Chance für Niedersachsen.

Ich will hier ausdrücklich die aktive Rolle unseres Ministers im Bundesrat und in der Agrarminister-konferenz loben, denn ohne den entschiedenen Einsatz der Niedersächsischen Landesregierung wären wir heute noch bei einer Absichtserklärung oder einer Lösung, die massiv zulasten der Finanzen des Landes hätte umgesetzt werden müssen, wenn wir den Vorschlägen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefolgt wären.

# (Beifall bei der SPD)

Noch einmal zum Hintergrund der Verhandlungen auf Bundesebene: Gemeinsam mit der Bundeslandwirtschaftsministerin diskutiert derzeit der Planak die Fördermöglichkeiten im Agrarumweltbereich, die von der Modulation zugelassen werden. Was Sie heute hier fordern, ist ein darüber hinausgehender Gemischtwarenladen, der Maßnahmen enthält, die nicht verwaltbar sind und die Gefahren einer EU-Anlastung in sich bergen. Sie haben selbst von der Gießkanne gesprochen, Herr Klein. Genau das fordern Sie hier.

Auf Drängen Niedersachsens ist das Modulationsgesetz optimiert worden. Niedersachsen hat sich vehement dafür eingesetzt, dass die Kostenverteilung des nationalen Anteils von nur 20 % bei den Bundesländern liegt, statt der im letzten Antrag der Grünen geforderten 40 %. Für Niedersachsen bedeuten ca. 11 Millionen Euro Mittel für die Startphase der Modulation eine gute Grundlage für den Einstieg in das nationale Modulationsprogramm in den nächsten Jahren.

# (Beifall bei der SPD)

Schon heute können wir davon ausgehen, dass die Modulation auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt wird.

Im Rahmen der Halbzeitbilanz der AGENDA 2000 gilt es, die jetzt ausgehandelten nationalen Modulationsbedingungen sicherzustellen und die Maßnahmen weiter zu entwickeln. Angesichts der EU-Osterweiterung kommt dabei der Modulation eine zunehmend wichtigere Aufgabe des Ausgleichs bei der Neuverteilung der Direktzahlungen in der ersten Fördersäule zu. Die Mittel der EU für den Agrarsektor können nicht ständig ausgeweitet werden, sodass gerade bei dem Erweiterungsprozess und dem damit verbundenen Wettbewerb der Modulation eine immer größere Bedeutung zukommen wird.

Die für die nationale Modulation angedachten Förderbereiche reichen für den Einstieg in das neue Programm zunächst völlig aus. Es geht doch darum, erst einmal Erfahrungen zu sammeln und geeignete Maßnahmen zu erproben. Allerdings werden die Bereiche Wiederaufforstung und Altersruhegeldregelungen im Rahmen der Modulation derzeit aus Sicht der SPD-Fraktion ebenfalls kritisch gesehen.

Vor diesem Hintergrund ist der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen völlig überflüssig und kommt außerdem viel zu spät, weil er größtenteils Bestand der fertigen Konzepte ist bzw. zu Einschränkungen in den möglichen Umsetzungen führen würde, die wir nicht wollen, zumal abzuwarten bleibt, wie die Mittel, die für die Modulation zur Verfügung stehen, national überhaupt abgerufen werden.

### (Zuruf von der SPD: Genau!)

Es wäre kontraproduktiv, heute etwas auszuschließen, was morgen möglicherweise als Erfolg im Programm steht.

Sie wenden sich in Ihrer Entschließung ausgerechnet gegen Veränderungen und damit Entlastungen in den Veredelungsgebieten. Gerade die Antragsteller müssten hier doch vorne mitmarschieren, wenn es um die Reduzierung der Viehbestände in den Veredelungsgebieten geht. Ein solcher Schritt hat zumindest zur Folge, dass über einen gewissen planbaren Zeitraum die Reduzierung der Gülle, die Stilllegung veralteter, nicht dem heutigen Stand der Tierhaltung entsprechender Anlagen und nicht zuletzt auch die deutliche Reduzierung der Bestandsdichte erreicht werden können.

Sie beklagen die Möglichkeit des gleichzeitigen Ausbaus von Tierhaltungsanlagen. Der weitere Neu- und Ausbau von Anlagen richtet sich jedoch nach den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit der TA Luft. Hier sind neue Grenzen vorgegeben, die in Zukunft zu Veränderungen führen werden und weitere Bestandserhöhungen in Bereichen mit hoher Viehdichte erschweren dürften. Das spricht also nicht gegen den Einsatz des Instruments der Modulation bei der Bestandsreduzierung. Allenfalls sollte man darüber nachdenken, wie viele Mittel von den zur Verfügung stehenden 11 Millionen Euro in die Viehbestandsreduzierung und wie viele in andere Programmbereiche fließen sollen.

Modulation ist ein freiwilliges Angebot an die Landwirtschaft als vertragliche Regelung mit den Betrieben. Nutzen wir den Einstieg, sammeln wir Erfahrungen! Dann kann in Zukunft auch sinnvoll über Veränderungen und damit eine Weiterentwicklung gemeinsam nachgedacht werden. - Herzlichen Dank

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Ehlen.

# Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein hat es sicherlich richtig gesagt, wenn er meint, dass die CDU der Ansicht ist, die Modulation sei überflüssig.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hat er gut erkannt. Der Ansatz ist, dass Ausgleichszahlungen geleistet werden, weil die Landwirtschaft über politische Entscheidungen hinnehmen musste, dass bei den Marktordnungsprodukten Preissenkungen erfolgt sind und dass es dafür Ausgleichszahlungen gibt. Den Landwirten werden 2 % entzogen. Das heißt, sie verlieren 2 % an Einkommen. Das kann es letztendlich nicht sein. So etwas mutet man keiner anderen Bevölkerungsgruppe zu.

Die Landwirtschaft als solche, Herr Kollege Klein, hat schon seit Generationen Landwirtschaft und Natur gestaltet, geleitet von den jeweiligen Erfordernissen unserer Gesellschaft, so während der beiden Kriege und nach den beiden Kriegen, so auch jetzt in unserer Überflussgesellschaft. Wenn die Grünen nun aufgrund der beschlossenen Modulation auf 2 % dieses als Anlass nehmen, die Verwendung nur auf ökologischen Landbau auszurichten, dann fehlt die Akzeptanz von rund 98 %.

(Klein [GRÜNE]: Lesen Sie das noch einmal nach!)

- Das lese ich aus Ihrem Antrag heraus, Herr Kollege. - Die Akzeptanz der anderen 98 % der Landwirte fehlt dann, die eben keinen ökologischen Landbau betreiben. Von den Grünen wird im Antrag der Vorschlag der CDU angeführt, dass wir mit diesem Antrag gleich ausschließen wollen, dass eine Vorruhestandsregelung installiert wird. Herr Kollege, Sie sollten einmal darüber nachdenken, warum wir das vermehrt fordern müssen. Es ist doch so, dass sehr viele Landwirte aufgrund der Künast'schen Agrarpolitik nicht mehr in der Lage sind, am Wettbewerb teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind frustriert. Junge Leute kehren der Landwirtschaft den Rücken, weil sie diesen spinnerten Ideen nicht mehr folgen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserem Vorschlag wollen wir versuchen, die Ausflüsse der grünen Landwirtschaftspolitik abzumildern und Landwirten eine Möglichkeit zu bieten, auszusteigen und das Gesicht zu wahren.

An dieser Stelle auch ein Vorschlag in Richtung unseres Landwirtschaftsministers, der nach seinem Vorschlag in Südoldenburg Schweine- oder Mastplätze oder Viehplätze stilllegen will. Herr Minister, es ist unseren Berufskollegen Ackerbauern in

anderen Regionen unseres Landes nicht zuzumuten, dass sie mit den Ausgleichszahlungsmitteln, die ihnen gekürzt werden, letztendlich an einer Stelle punktuell irgendetwas bewirken sollen.

So viele Vorteile diese Regelung auch für die Betriebe oder die Region - ich sage jetzt mal - Südoldenburg oder andere Verdichtungsgebiete auch bringen soll, es ist nicht die Akzeptanz im Lande vorhanden, das da punktuell durchzuführen. Deshalb strecken wir von der CDU unsere Hand aus, um vielleicht mitzuhelfen, dass man in einer Art Kombination etwas erreichen kann, Vorruhestand auf das ganze Land auszudehnen, und ein Segment vielleicht auch die Stilllegung von Stallplätzen sein kann. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, um letztendlich Akzeptanz landesweit zu bekommen.

Herr Klein, wir haben festgestellt, dass Sie mit Ihrem Antrag Klientelpolitik betreiben. Ich sehe Ihre leeren Bänke und stelle fest, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen schon längst im Mauseloch sitzen und sich schämen. Sie schämen sich vor den Machenschaften, welche die Grünen angestellt haben, um normale Landwirte, um landwirtschaftliche Organisationen wie die LUFAs in Misskredit zu bringen. Sie wissen genau, wovon ich rede. Der grüne Europaabgeordnete Graefe zu Baringdorf und sein Parteikollege aus der Wesermarsch haben manipuliertes, mit Tiermehl versetztes Rinderfutter an die landwirtschaftlichen Untersuchungsorganisationen geschickt

(Zuruf von der CDU: Schande!)

und darauf gehofft, dass es nicht gefunden wurde. Meine Damen und Herren, unsere Organisationen funktionieren. Die LUFAs haben es gefunden. Graefe zu Baringdorf und, ich meine, die gesamte Gruppe der Grünen sind bloßgestellt worden.

(Zuruf von der CDU: Das ist unerhört!)

Meine Damen und Herren, wenn wir solche Agrarpolitik machen, solche Unterstellungen, Skandale zusammen mit der Plus-Minus-Redaktion des Westdeutschen Rundfunks praktisch provozieren, dann weiß ich nicht, ob wir hier mit Ihnen ehrlich gemeinte Anträge überhaupt noch diskutieren sollten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier werden Geschäfte mit der Angst gemacht.

(Brauns [SPD]: Das ist die gute Politik von Uwe Bartels!)

- Das können Sie nachher gerne sagen.

(Adam [SPD]: Das können Sie doch auch sagen! Was wahr ist, bleibt wahr! Das ist nicht personenbezogen!)

Hier werden aber Geschäfte mit der Angst gemacht. Herr Klein, das können Sie Ihrem Kollegen Graefe zu Baringdorf ruhig sagen: Seinen Heiligenschein soll er mal sofort ablegen. Er soll künftig nicht wieder so auftreten, als wenn alles bei ihm in Ordnung ist. Nach meinem Dafürhalten ist diese Vorgehensweise Wirtschaftskriminalität und Diffamierung von ordentlich wirtschaftenden Landwirten. Landwirte, die das QS-System installieren wollen, nehmen Millionen Euro in die Hand, um eine transparente Produktionsschiene aufzubauen. Das wird von Grünen durch Taten in Misskredit gebracht. Das versteht kein Mensch.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich erkundigt: Es ist wohl Strafantrag gestellt worden. Ich glaube auch, dass es sich eigentlich gehört, hier mal einen Punkt zu setzen und zu sagen, dass die Tiere solcher Leute, die mit solchen Mitteln und Methoden versuchen, ordentlich wirtschaftende Landwirte in Misskredit zu bringen, rein gesetzlich hätten gekeult werden müssen und dass diesen Leuten Berufsverbot erteilt wird, und zwar nicht nur auf der landwirtschaftlichen Schiene, sondern auch in der Politik. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Gansäuer:

Herr - - -

(Aus der Lautsprecheranlage ertönen Brummtöne.)

- Ich spreche dann mal ohne Mikrofon. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Rolfes [CDU]: Herr Ehlen hat die kaputtgemacht!)

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das klingt jetzt alles ein bisschen hohl hier. (Lachen und Zustimmung bei der CDU)

Aber so ist das. Nachdem Heiner Ehlen so tüchtig laut gesprochen hat, ist die Anlage offenbar nicht mehr steuerbar. Aber es geht doch noch.

Meine Damen und Herren, das Thema Modulation ist nicht zum ersten Mal hier im Raum. Die Grünen greifen dieses Thema noch einmal auf. Ich meine aber, es ist überflüssigerweise noch einmal angepackt worden; denn in dem Antrag, den Sie gestellt haben, ist nichts Neues im Vergleich zu dem Antrag, den Sie schon vor etwa vier Wochen hier vorgelegt haben.

Ich bin froh, dass die Modulation gekommen ist. Das ist ganz klar und eindeutig eine Position, die ich von Anfang an, unterstützt von der SPD-Landtagsfraktion, hier vertreten habe. Es ist mein Wirken gewesen, dass es überhaupt in Deutschland zu dieser Modulation gekommen ist in der Art und Weise, wie sie festgelegt wurde, nämlich mit dem Start im Jahre 2003 mit den 2 %. Da nehme ich das Argument von Herrn Ehlen auf, der gesagt hat: Wir müssen natürlich aufpassen. Hier geht es um Geld, das bisher im Portemonnaie der Landwirte war. Wenn wir es herausnehmen, dann müssen wir erstens gute Gründe und zweitens gute Maßnahmen haben, und drittens müssen wir sehen, dass das nicht zu einer überhöhten Einkommensminderung bei den landwirtschaftlichen Betrieben führt. Das ist immer meine Position gewesen. Deshalb auch der vorsichtige Anfang mit 2 % Modulation.

Wir haben auch deutlich gemacht: Wir müssen klar wissen, wofür wir diese Mittel in der Zukunft einsetzen wollen. Denn man kann nicht einfach nebulös sagen "Wir wollen umweltgerechtere Formen von Landwirtschaft fördern", sondern dann muss man schon sehr präzise sagen können, was man im Einzelnen mit dem Geld fördern will. Das muss man auch den Landwirten klar machen, damit sie diesen Weg mitgehen können. Denn das ist ja ein Weg - da bin ich wiederum einig mit Ihnen -, der in der Zukunft weiter ausgedehnt werden wird, möglicherweise sogar schon im Jahre 2004 im Zuge des mid term review, wenn es möglicherweise eine obligatorische Modulation in Europa geben sollte. Das wissen wir alle noch nicht. Demnächst werden wir schlauer sein. Von daher ist es sicherlich richtig, zu gucken, welche Maßnahmen wir damit auf den Weg bringen wollen.

Ich weiß natürlich, dass man über alle Dinge immer streiten kann. Aber wir haben uns ja in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen darauf verständigt, extensive Produktionsverfahren im Ackerbau zu fördern. Wir haben uns darauf verständigt, die Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren zu fördern, und wir haben uns einvernehmlich darauf verständigt, die Verringerung des Tierbesatzes in Regionen mit hoher Viehdichte und in umweltsensiblen Gebieten voranzubringen. Nun bin ich natürlich erstaunt, Herr Klein, dass ich da von Ihnen die Breitseite kriege mit der Bemerkung, das alles sei überflüssig, unnötig und bringe auch nichts. Ich habe noch in Erinnerung, dass Herr Hagenah mich hier vor etwa acht Wochen im Rahmen einer Fragestunde aufgefordert hat: Wann kommen Sie endlich mit einem Herauskaufprogramm, wie es die Holländer haben? - Und Sie sagen: Das ist alles unnötig und bringt nichts. -Setzen Sie sich doch bitte mal hin, und verfolgen Sie mal das Paket, das ich auf den Weg gebracht habe, um die Probleme in viehdichten Regionen in den Griff zu kriegen. Das ist im Übrigen nicht nur ein Paket, das in Niedersachsen greifen sollte, sondern auch eines, das für die anderen Bundesländer, die genau solche hot spots in ihren Ländern haben, auch nutzbar und einsetzbar ist.

Eines müssen Sie doch mit mir und allen anderen auch zur Kenntnis nehmen: Bisher sind alle Maßnahmen, die es sozusagen auch in Förderprogrammen gegeben hat, um umweltgerechter und tiergerechter zu produzieren, überall in Regionen angewendet worden, die aber nicht diese sensiblen Regionen darstellen, sondern die sensiblen Regionen, die Belastungs-, die Intensivregionen haben sich bisher an solchen Programmen überhaupt nicht beteiligt. Das heißt, wir hatten bisher überhaupt kein Angebot für derartige Regionen. Dies ist der erste Versuch, im Rahmen eines Gesamtpaketes die Probleme in den Griff zu kriegen und auch ein Angebot zu machen. Es ist ja freiwillig, was wir hier machen, und kann genutzt werden, wenn Landwirte in eine bestimmte Situation kommen.

Ich habe Ihnen das schon einmal im Zuge meines Vorstoßes im Bundesrat und in den Arbeitsgemeinschaften auf Bund-Länder-Ebene erklärt, die Düngeverordnung zu verschärfen. Im Zuge meiner Überlegungen und ganz konkreten Maßnahmen, die Überwachung und Kontrolle der Düngung zu verschärfen und die Transparenz der Flussströme noch klarer zu haben, wird es zu Situationen kommen, dass in den überdüngten Regionen zukünftig nicht mehr zugedüngt werden darf. Dann müssen

Wege entweder in Nachbarregionen oder aber durch Abstockung gefunden werden. Genau an dieser Stelle greift dieses Programm. Es ist ein Angebot für die Betriebe, die das wollen.

Deshalb sollten Sie es sich noch einmal überlegen, ob Sie bei Ihrem Nein bleiben oder ob es nicht doch eine Hilfe ist - wie es der Abgeordnete Will gerade gesagt hat - im Zuge der schärfer gewordenen Gesetzgebung im Umweltbereich: TA Luft, BImSchG, UVP usw. Alles das führt doch dazu, dass es immer schwieriger wird, überhaupt noch eine Genehmigung zu bekommen.

Im Übrigen - in Klammern gesprochen -: Das führt natürlich auch dazu - das ist das, was Sie morgen beklagen werden, nämlich dass große Einheiten geschaffen und gebaut werden -, dass die Landwirte dann, wenn sie diese Auflagen erfüllen müssen, mit 2000er- und 3000er-Einheiten in die Produktion gehen und nicht bei den 800 oder 500 bleiben. Das ist die Konsequenz einer sehr stringenten Umweltpolitik. Aber wenn ich das als Ziel habe, dann muss ich auch den Landwirten die Möglichkeiten geben, für sich zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen, um dieses Ziel zu erreichen. Denn unser Ziel muss es doch sein, dass die Umweltziele, die wir gesteckt haben, tatsächlich erreicht werden, auf welchem Wege auch immer. Wenn sie erreicht werden, dann müssen wir das akzeptieren. Deshalb müssen wir dann auch akzeptieren, dass es Landwirte gibt, die modernisieren, die neu bauen und alle Gesetze einhalten. Dann gibt es keinen Grund zu sagen "Hier gibt es ein Moratorium" oder "Du kriegst keine Baugenehmigung", sondern dann müssen wir die Baugenehmigung erteilen. Wenn Sie das anders wollen, dann gehen Sie bitte schön zu Frau Künast. Dann frage ich auch Frau Künast, warum sie es nicht anders geregelt hat, wenn sie mehr will als das, was wir wollen

Wir sollten also bitte ehrlich und redlich diese Diskussion miteinander führen und nicht einfach Parolen in die Welt setzen. Das hilft uns überhaupt nicht. Ich meine, wir haben hier ein vernünftiges Programm mit Augenmaß auf den Weg gebracht. Es ist auch auf die Interessenslage der Landwirte abgestellt.

Eines muss ich Ihnen natürlich auch sagen, Herr Ehlen: Sie können sich hier heute nicht hinstellen und sagen: Frau Künast hat die Landwirte dazu gebracht, dass sie nicht mehr investieren. - Da muss ich Frau Künast wirklich in Schutz nehmen. (Ehlen [CDU]: Die hat uns das doch eingebrockt!)

Im Landvolkblatt steht in der jüngsten Ausgabe, man habe sich geirrt, wir hätten in den letzten beiden Jahren die höchsten Investitionsquoten in der Landwirtschaft, wie wir sie noch nie hatten. - Das ist die Realität, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns das nicht bei Seite drücken. Es gibt Gott sei Dank nach wie vor viele Landwirte – insbesondere in Niedersachsen -, die risikobereit sind, die Mut haben, die Investitionsbereitschaft haben. Ich meine, das ist gut für unser Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Gansäuer:

Herr Klein, bitte!

# Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landwirtschaftsminister, dass wir hier nichts Neues vorgelegt hätten, müssen wir zurückweisen. Der letzte Antrag befasste sich damit, überhaupt sicherzustellen, dass es zu einer Modulation kommt. Das ist Gott sei Dank gelungen. Von daher ist das erledigt.

Jetzt geht es darum, wie diese Modulationsmittel verwendet werden. Ich meine, das ist eine neue Frage. Das, was Sie uns als Hintergrund für Ihre Maßnahme anzubieten haben, ist doch bisher nichts anderes als das Prinzip Hoffnung.

(Oestmann [CDU]: Auf Hoffnung setzen Sie ja auch!)

Sie reden davon, dass es dazu kommen "wird", dass es möglicherweise dazu führen "wird". Die Zahlen der Anträge in den Regionen und die Baumaßnahmen sprechen aber bisher eine ganz andere Sprache. Wenn wir so weit sind, dass wirklich wie in Holland - auch dieses Beispiel können Sie nicht für sich in Anspruch nehmen - eine weitere Aufstockung nicht mehr erfolgt, dann können wir auch über solche Herauskaufprogramme gerne reden, dann machen wir das auch mit. Aber so macht es nach wie vor keinen Sinn.

Ich möchte Herrn Will noch ansprechen, wenn er noch da ist.

(Adam [SPD]: Sicher ist er da!)

Wie Sie auf den Gedanken kommen, dass unsere Vorschläge nicht verwaltbar seien, ist mir wirklich schleierhaft. Schauen Sie sich einmal die Überlegungen der Landesregierung an, so beispielsweise die Überlegung, die umweltverträgliche Fruchtfolge zu fördern. Dabei müssen auf der gesamten Ackerfläche des Betriebes mindestens sechs verschiedene Kulturarten angebaut werden, und Getreide darf maximal 66 % der Ackerfläche belegen. Wenn das verwaltungsmäßig in den Griff zu kriegen ist, dann muss es doch auch möglich sein, z. B. einen Zuschuss zu einem mobilen Melksystem zu organisieren. Den Einwurf kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Ich hoffe nach wie vor, dass wir es vermeiden können, das Geld, das durch das sinnvolle Instrument der Modulation zusammenkommt, zum Fenster hinauszuwerfen, sondern dass es vielmehr sinnvoll eingesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Gansäuer:

Der Kollege Ehlen hat für maximal drei Minuten das Wort.

### Ehlen (CDU):

Herr Kollege Klein, zu Ihren Ausführungen: In Ihrer Überschrift steht ja das Wort "Agrarwende". Die Modulation soll dabei helfen. Das ist auf einen ganz einfachen Nenner zu bringen. Wir hätten uns schon längst "gewendet", wenn ein Bedarf hierfür vorhanden gewesen wäre. Der Markt als solcher setzt aber nicht die Zeichen, die Landwirte davon zu überzeugen, auf diese Schiene einzuschwenken.

(Zustimmung bei der CDU - Klein [GRÜNE]: Es geht um die Sicherung von Geldern für den ländlichen Raum!)

Ich meine, wir sollten mit dem Fuß auf der Erde bleiben und keine Erwartungshaltungen aufbauen, die vom recht bescheidenen Markt nicht bezahlt werden können.

Herr Minister, Sie haben sich halbwegs distanziert. Das hört sich alles schön und gut an. Aber die Politik in Berlin hat nicht nur Frau Künast, sondern hat auch die SPD in ihrer Gänze zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist auch an der Regierung und hat es nicht verhindert, dass wir diese Entwicklung bekommen haben und dass die Landwirte - ich sage das einmal so hart - die Schnauze voll haben von der Politik

(Zustimmung von Frau Mundlos [CDU])

und sehnlichst darauf warten, dass diese Frau da wegkommt. Das ist das Erste, was von Landwirten gefordert wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, wir sollten jetzt nicht versuchen, in dieser Endzeitstimmung der jetzigen Regierung - dass dies so ist, merkt man an Ihren Äußerungen - noch irgendwelche Dinge zu installieren, die letztendlich keinen Wert haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsident Gansäuer tritt ans Rednerpult)

### Vizepräsident Gansäuer:

Ich wollte jetzt noch einen umfassenden Vortrag über die Agrarpolitik halten. Das ist doch völlig klar.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich muss dieses Mikrofon am Pult benutzen, weil es auch darum geht, dass die Mitteilungen, die ich jetzt mache, ebenfalls an den Lautsprechern in den Zimmern gehört werden. Die Technik hat leider ihren Geist aufgegeben. Ich hoffe, dass das Mikrofon des Präsidenten heute Nachmittag wieder funktioniert.

Formell muss ich feststellen, dass mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Damit kommen wir jetzt zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen und den Unterausschuss "Verbraucherschutz" sowie die Ausschüsse für Umweltfragen und für Haushalt und Finanzen mitberatend zu beteiligen. - Andere Wünsche sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen nun noch mitteilen möchte, haben die Fraktionen übereinstimmend vereinbart, dass nämlich die Mittagspause bis 15 Uhr dauern soll. Deshalb wird das Blasorchester der Musikakademie Perm nicht um 14.15 Uhr, sondern um 14.45 Uhr auf der Marmortreppe der Portikushalle spielen. - Ich wünsche

Ihnen derweil einen guten Appetit. Wir sehen uns um 15 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13.15 Uhr.

Wiederbeginn: 15.01 Uhr.

### Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben die Mittagspause angenehm verbracht.

Wir setzen unsere Beratungen fort mit

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung:

Umsetzung der AGENDA 21 in Niedersachsen 10 Jahre nach der Konferenz von Rio - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3367

Zur Einbringung des Antrages hat die Frau Kollegin Steiner um das Wort gebeten. Das erteile ich ihr natürlich.

# Frau Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema "Nachhaltige Entwicklung", wie es in der Präambel der AGENDA 21 formuliert wird, gibt die Richtung eines Prozesses an. Wir können beobachten, dass es der Leitlinie der nachhaltigen Entwicklung genau so geht wie anderen allgemeinen Formulierungen, nämlich dass sie Gefahr laufen, zu einer konsensträchtigen Leerformel zu verkommen und damit nicht mehr ernst genommen zu werden. Solange Nachhaltigkeit als allgemeine Leitlinie stilisiert wird, lässt sich wunderbar darüber diskutieren und auf Symposien vortragen. Auf allgemeiner Ebene herrscht ja Konsens darüber, solange man es nicht konkret umsetzen muss.

Wir Grünen möchten die nachhaltige Entwicklung nicht auf dieser Ebene belassen, sondern wir wollen konkrete Schritte und Ziele festlegen. Dann sind Ergebnisse überprüfbar, und wir können klären, wer was auf welchem Gebiet als nächstes tun wird. Es geht uns mit unserem Antrag nicht darum, den Beitrag anderer Fraktionen, den sie leisten, gering zu schätzen. Wir finden, dass bei dieser Zielsetzung Wettbewerb nur sinnvoll sein kann, denn Ergebnisse der Bemühungen können sich addieren und zu größerer Wirkung führen. Wir alle kennen das Problem: Jeder redet von Nachhaltig-

keit, wenn es in der politischen Diskussion opportun ist, aber dann, wenn es an die konkreten Schritte geht und wenn man Ausrichtung von Handeln, z.B. in Verwaltung und Unternehmen, am Prinzip der Nachhaltigkeit erreichen will, wird es wesentlich schwieriger, und ein gutes Vorhaben verläuft oft im Sand, weil die Blockade viel zu groß ist und das eher als allgemeines gesellschaftspolitisches Geschwätz diffamiert wird.

Wir bringen diesen Entschließungsantrag heute ein, weil wir der Auffassung sind, dass das Land seine Anstrengungen in diesem Prozess intensivieren muss. Anspruch und reelle Umsetzung klaffen an bestimmten Stellen weit auseinander. Um das zu erreichen, brauchen wir als erstes eine Vergewisserung, wie viel in den letzten Jahren in Niedersachsen passiert ist. Dann können wir uns weiter gehende Ziele stecken. Wir haben bewusst aus dem ganzen Netz der Handlungsfelder nur einige Bereiche herausgegriffen, weil wir meinen, dass wir zum Weiterarbeiten bald eine Übersicht brauchen. Die letzte Berichterstattung, die im Januar 1998 vom Landtag beschlossen wurde, wurde erst im Juli 1999 von der Landesregierung vorgelegt. So haben wir uns das nicht vorgestellt.

Wir haben verschiedene Fragen an die Landesregierung. Nach deren Beantwortung wollen wir gemeinsam daraus ein Programm entwickeln. Wir möchten beispielsweise von der Landesregierung wissen, was sich im Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Wald- und Moorflächen positiv verändert hat. Wälder und Moore sind natürliche Kohlenstoffspeicher und deswegen von besonderer Bedeutung für den Klimaschutz. Wir wissen, dass sich die Bundesregierung international verpflichtet hat, die CO<sub>2</sub>-Emission bis 2005 um 25 % zu senken. Das NLÖ stellt im April diesen Jahres in seiner Veröffentlichung zu Umweltindikatoren dazu fest - ganz lakonisch -:

"Der Beitrag des Landes Niedersachsen zur Erreichung dieses nationalen Ziels erscheint anhand der bisherigen Entwicklung nicht ausreichend."

Es gibt eine Jubelbroschüre von der Landesregierung, in der im Landwirtschaftsteil dieses Thema erörtert wird. Dort werden aber nur ganz allgemeine Aussagen zum Schutz der Wälder getroffen, und es wird nichts Konkretes festgelegt.

Wir wollen ferner wissen, mit welchen Mitteln die Landesregierung ihren Beitrag zur Veränderung von Wirtschaftsweisen und Konsumgewohnheiten leisten will. Natürlich ist es nützlich, am 3. Juli eine Veranstaltung zu machen, vielfältige Aktivitäten in Niedersachsen zu würdigen und den Umweltpreis entsprechend zu widmen, ganz abgesehen davon, dass wir alle wissen, dass so etwas auch immer der Selbstdarstellung einer Landesregierung dient. Wir wollen Konsumgewohnheiten in Richtung Nachhaltigkeit verändern. Wollen wir das tun, müssen wir dazu beitragen, Information und Angebot für Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern, und zwar niedersachsenweit.

Es gibt viele Initiativen in einzelnen Regionen. Das Wendland ist am bekanntesten. Es gibt sie aber auch in anderen Landkreisen, sei es in Göttingen, Braunschweig oder Ostfriesland. Allerdings sind das einzelne Initiativen. Viele Initiativen sind nach dem ersten Schwung, den es vor drei, vier, fünf Jahren gab, eingeschlafen. Unserer Meinung nach müssen mit Unterstützung des Landes regionale Netze aufgebaut werden, um regionale Produktionen mit nachhaltigen Zielsetzungen zu fördern und zu vermarkten.

Dazu möchte ich betonen: Es handelt sich nicht um eine nachhaltige Produktion, wenn in der Region Vechta Schweine gemästet, nach Italien gekarrt werden und dieses Fleisch nach entsprechender Behandlung als Parmaschinken oder Tiroler Speck wieder nach Deutschland zurück kommt und hier angeboten wird. Das hat keine nachhaltige Ökobilanz. Da muss niemand nachrechnen. Auch hier besteht eine Notwendigkeit für veränderte Agrarpolitik.

Der nächste Punkt betrifft die Unterstützung der Entwicklung in Ländern des Südens. Auch für Niedersachsen besteht die Verpflichtung zur globalen Partnerschaft. Wir fragen uns, wie Nachhaltigkeitsaspekte bei der Gestaltung von Wirtschaftsbeziehungen berücksichtigt werden. Welchen Beitrag leistet Niedersachsen, um mit Partnerschaften mit Entwicklungsregionen die Einhaltung grundlegender Umwelt- und Sozialstandards zu unterstützen? Wir wollen ein Konzept, das den Export umweltfreundlicher Technologien aus Niedersachsen, z. B. nach Eastern Cape, fördert. Hier gibt es natürlich noch mehr Möglichkeiten, als Windräder zu vermarkten. Darüber hinaus könnten wir unsererseits auch den Absatz fair gehandelter Produkte in Niedersachsen steigern. In diesem Bereich gab es im vergangenen Jahr eine tolle Kampagne vom VEN. Aber wenn wir die Nachfrage nach fair gehandelten Produkten steigern wollen, dann müssen wir solche Ansätze weiter ausbauen. Hierfür ist weiterhin Unterstützung vonseiten des Landes notwendig.

Wir haben auf viele Punkte in unserem Antrag hingewiesen, bei denen Politik Vorbildfunktion haben kann, z. B. beim Kauf von Lebensmitteln, und zwar in den Bereichen, in denen das Land auf die Beschaffung von Nahrungs- und Genussmitteln Einfluss hat. Wir schlagen vor, dass sich das Land das EMAS Öko-Audit verordnet und damit ein Vorbild gibt, weil das die richtige Linie ist, die wir auch in der Industrie erreichen wollen. Wir glauben, dass die Beratung in den Ausschüssen, ohne dass wir uns gegenseitig um die Ohren hauen, wer mehr getan hat, dazu führen wird, dass wir diese Liste erweitern. Unser Ziel ist - darin liegt auch unser Interesse -, den Prozess in Richtung Nachhaltigkeit weiter zu treiben und zu beschleunigen. -Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Behr.

#### Behr (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der Grünen gibt uns Gelegenheit, uns mit dem Thema "AGENDA 21" auseinander zu setzen und einmal wieder darüber zu diskutieren. Das ist zehn Jahre nach Rio sicherlich angemessen. Allerdings möchte ich den falschen Eindruck vermeiden, als sei nun schon seit zehn Jahren daran gearbeitet worden, und seit zehn Jahren seien AGENDA-Prozesse in Gang gesetzt worden. Das ist leider erst wesentlich später der Fall gewesen.

Nach der Konferenz im Jahre 1992 - dort hat der damalige Umweltminister Klaus Töpfer die Dinge ganz wesentlich mit initiiert - hat es zunächst einmal politischen Streit gegeben: Man hat darüber diskutiert, was "Nachhaltigkeit" überhaupt bedeutet und wie man sie zu definieren hat. Ich will daran erinnern, dass Frau Griefahn nach Rio gesagt hat, die Rio-Konferenz sei weder das Kerosin noch das Papier wert, das man seinerzeit verbraucht hat.

Insofern ist der AGENDA 21-Prozess auf Landesebene in Niedersachsen erst Anfang 1996 erst richtig in Gang gekommen. Auf kommunaler Ebene ist es sogar noch später gewesen. Bei mir, im

Kreis Stade, haben wir diesen Prozess erst 1997 richtig in Gang gesetzt.

Ich will keine Vergangenheitsbewältigung betreiben, aber trotzdem deutlich machen, dass wir nicht überall seit zehn Jahren in diesem Prozess sind. Trotzdem ist es gut, dass wir jetzt zu einer Bestandsaufnahme kommen und in Niedersachsen ein Stück weit Bilanz ziehen, um dann aber auf jeden Fall nach vorne zu schauen.

Die AGENDA 21 ist darauf angelegt, auf allen Ebenen berücksichtigt zu werden. Gerade die lokalen und dezentralen Ebenen sind in dem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Im kommunalen Bereich - so mein Eindruck - hat sich schon eine ganze Menge entwickelt. Vielfach haben sich AGENDA 21-Arbeitskreise gebildet. Darüber hinaus sind zahlreiche Kommunen die Verpflichtung eingegangen, der Charta von Aalborg beizutreten. Auch auf regionaler Ebene hat eine sehr breit angelegte Zusammenarbeit eingesetzt, z. B. in der Abfallwirtschaft, bei der Energieeinsparung, im Tourismus, bei der Erholung oder auch im Naturschutz. Selbst wenn einschlägige Aktionen zunehmend auf EU-Ebene und ganz global stattfinden, ist es sicherlich sehr sinnvoll, gerade in der regionalen Zusammenarbeit die Kommunikation untereinander zu verbessern, voneinander zu lernen und - wenn ich diese Vokabel einmal benutzen darf - best practice einzusetzen, um so die besten Vorschläge zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wir sind aber weit davon entfernt, AGENDA 21-Prozesse flächendeckend in Gang gesetzt zu haben. Nach wie vor hängt sehr viel an Einzelpersonen, und es fehlt oft auch an Unterstützung. Das Bewusstsein ist nach wie vor nicht ausreichend ausgeprägt. Außerdem haben wir ein großes Problem zu lösen: Es ist zu wenig Geld da, und es wird zu wenig finanzielle Unterstützung geleistet. Wenn aber den Kommunen kein Geld zur Verfügung steht, ist es schlecht möglich, entsprechende Modellprojekte zu fördern. Das betrifft z. B. Solaranlagen an Schulen. Wer auf der einen Seite Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vornehmen muss - das gilt gerade für den sozialen Bereich -, hat es schwer, solche Modellprojekte auf kommunaler Ebene zu finanzieren.

Es gibt aber noch einen weiteren Bereich, den ich als sehr problematisch ansehe: Oft werden innovative ökologische Projekte mit Bürokratie tot gemacht. Ich will nur ein Beispiel nennen, das wir im Ausschuss häufig behandeln. Dabei geht es um

Kleinkläranlagen. Dort gibt es sehr gute innovative Beispiele. Wir alle wissen, wie damit vonseiten der Landkreise und der Umweltverwaltung umgegangen wird.

Insgesamt muss man das Gefühl haben - an der Stelle stimme ich Frau Steiner völlig zu -, dass hier die Landesregierung und die Landesebene insgesamt die AGENDA 21 ein Stück weit nur als Pflichtübung auffassen und es sich auf Landesebene um einen relativ müde verlaufenden Prozess handelt, bei dem man mit wenig Herzblut dabei ist. Diesen Eindruck muss man wirklich haben.

Dabei ist es doch eigentlich so, dass die AGEN-DA 21 von der Motivation lebt, dass man immer wieder Impulse gibt, dass die AGENDA 21 immer wieder neu entdeckt wird und man die Menschen auf diesen Weg mitnimmt. Aus unserer Sicht tut sich dort zu wenig. Es gibt den runden Tisch auf Landesebene, wobei es sicherlich nicht immer einfach ist, die unterschiedlichen und zum Teil divergierenden Interessen unter einen Hut zu bekommen. Aber AGENDA 21 ist ja so angelegt. Es geht um eine nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung, die sowohl ökonomisch machbare Aspekte einbringt als auch sozial gerechte Aspekte berücksichtigt und den ökologischen oder gesundheitlichen Bereich einbezieht. Diese Ziele sind alle gleichwertig. So ist die AGENDA 21 auf Partnerschaft und auf Kommunikation angelegt. Dort liegt sicherlich auch ein großes friedensstiftendes Potenzial begründet.

Es gibt - das ist eben auch deutlich gewordennach wie vor unterschiedliche Auffassungen. Die
einen fordern möglichst präzise formulierte Ziele
und klare Zeitpläne für die Umsetzung, während
andere eher die Auffassung vertreten, der Weg sei
das Ziel. Bei einer klar vorgegebenen Richtung ist
ein ergebnisoffenes Entscheidungsverfahren im
Sinne eines Lern- und Suchprozesses der AGENDA 21 so angelegt, dass es mehr um den Weg in
Richtung der Ziele geht.

Nichtsdestotrotz müssen die Fortschritte gemessen werden. Bilanz ist zu ziehen. Ich bin jetzt schon gespannt darauf, wie die CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf staatlicher Ebene erreicht werden soll. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der Ausstieg aus der Kernenergie in diesem Kontext mit einem dicken Fragezeichen zu versehen ist. Wir werden sehen, wie wir sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene aus der Kurve kommen.

Der runde Tisch hat im Oktober/November 1999 eine Plakataktion "Pro AGENDA 21" initiiert. Außerdem gibt es AGENDA 21-Schulen, die prämiert werden. Es gibt die Förderung von Nachhaltigkeit in den Regionen. Man hat darüber hinaus den fairen Handel des VEN entsprechend unterstützt. Aber insgesamt lautet das Fazit: Auf Landesebene tut sich zu wenig!

AGENDA 21 muss Spaß machen. AGENDA 21 muss begeistern. An der Stelle muss der Funke überspringen. Ich wiederhole es: AGENDA 21 darf keine Pflichtübung sein.

Auch der Internetauftritt, den das MU vorhält, ist durchaus ein Synonym für die Art und Weise, wie man mit der AGENDA 21 umgeht: Der neueste Eintrag im Internet - das habe ich mir gestern noch einmal angeschaut - ist ein Jahr alt. Es geht dabei um die Förderprogramme und die entsprechenden Formulare. Dieser Eintrag datiert vom Juni 2001. Unter der Rubrik "News und Neuigkeiten" datiert die letzte Eintragung aus März 2000. Das macht deutlich, dass das Land seiner Rolle nicht wirklich gerecht wird und hier ein Stück weit Diskussion erforderlich ist.

Ganz kurz will ich noch auf den Antrag der Grünen eingehen. Grundsätzlich ist dieser Antrag okay. Aber aus unserer Sicht gibt es zu einigen Punkten Diskussionsbedarf. Dabei geht es z. B. um die Frage, wie und in welcher Form ich Zielwerte definiere. Das sollten wir im Ausschuss vertiefen. Sicherung der Moorflächen: Wir hatten gerade die Nachbesserung des Landes-Raumordnungsprogramms auf der Tagesordnung. Dabei geht es auch um das Thema Rohstoffsicherung. Wir haben mit der Renaturierung von abgetorften Moorflächen vor Ort sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Das will ich an dieser Stelle nicht weiter vertiefen.

Da gibt es unter II einen Punkt 2. Ich will einmal aus dem Antrag der Grünen zitieren:

"Ausbau der Beteiligungskultur auf allen Ebenen für eine Demokratie der nachhaltigen Entwicklung am Beispiel der kommunalen AGENDA-Prozesse mit ihrem erreichten Gestaltungs- und Umsetzungsstand (Governance-Strukturen)."

Na ja! Auf den ersten Blick erschließt sich Ihre Zielrichtung noch nicht so ganz. Nachdem ich einen Augenblick darüber nachgedacht habe, stellt sich für mich immer noch die Frage: Wie soll das am Ende konkret aussehen?

Der Punkt 4, in dem es um Patenschaften mit 2. und 3. Welt-Ländern geht, ist ein bisschen sehr allgemein gefasst. Wir haben Partnerschaften mit Perm und Tjumen sowie in die Ostkap-Region. Die Partnerschaft mit dem Sudan hat man einschlafen lassen. Wir wollen auf jeden Fall noch einmal darüber diskutieren, wie dieses Anliegen praktisch umzusetzen ist.

Ich verzichte darauf, jetzt noch einmal auf den Punkt III einzugehen. Das können wir im Ausschuss nachholen. Uns ist wichtig, die Rolle des Landes als Impulsgeber für die AGENDA 21-Prozesse erneut sehr intensiv zu diskutieren. Ich glaube, es lohnt sich, an der AGENDA 21 weiterzuarbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Litfin:

Kollegin Somfleth spricht für die SPD-Fraktion.

### Frau Somfleth (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen. Als ich Ihren Entschließungsantrag in Händen hielt, war mein erster Gedanke: Nun sind sie auch aufgewacht!

(Frau Steiner [GRÜNE]: Auf den zweiten Blick aber wurden Sie eines Besseren belehrt!)

Das Thema "AGENDA 21" war ja schon - da muss ich Frau Steiner in Schutz nehmen, denn das war vor ihrer Zeit hier im Niedersächsischen Landtag - einmal Ende der 13. Legislaturperiode Thema.

(Behr [CDU]: 1997!)

Ende 1997, Anfang 1998 haben wir es nicht geschafft, gemeinsam mit den Grünen - damals mit Herrn Schwarzenholz - einen Entschließungsantrag zur Umsetzung der AGENDA 21 in Niedersachsen zustande zu bringen, was wir sehr bedauert haben. CDU und SPD haben dann, auch um ein politisches Signal zu setzen, allein einen Entschließungsantrag verabschiedet. Wenn ich aber auf die vergangenen vier Jahre zurückblicke, dann stelle ich fest, dass sich aufseiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht viel getan hat; denn es hat in

Niedersachsen viele interessante Veranstaltungen auch von landesweiter Bedeutung gegeben, auf denen die Grünen aber meistens mit Anwesenheit geglänzt haben.

(Mühe [SPD]: Abwesenheit!)

- Entschuldigung: mit Abwesenheit natürlich. Das war ein freudscher Versprecher. - Ich hätte es lieber gesehen, wenn sie auch dabei gewesen wären.

Da war z. B. im Juni letzten Jahres die Veranstaltung in Osnabrück, auf der man sich im Rahmen einer Bund-Länder-Kommission zum Thema "Zukunft lernen" sehr intensiv mit der AGENDA 21 und der nachhaltigen Entwicklung auseinandergesetzt hat. Dort hätte man als Vertreterin oder Vertreter der hier im Landtag arbeitenden Fraktionen wirklich ein Zeichen setzen können, indem man - wie die SPD-Fraktion - anwesend gewesen wäre, um zu zeigen, wie wichtig dieses Thema auch auf Landesebene ist. Ich erinnere an die alljährlichen Workshops, die in der Alfred-Toepfer-Akademie in Schneverdingen stattfinden, auf denen Kommunen unter der Schirmherrschaft der kommunalen Spitzenverbände Erfahrungsaustausch im Hinblick auf die Zielsetzungen der AGENDA 21 - nachhaltige Entwicklung - pflegen und auf denen man sehr dankbar reagiert, wenn Vertreter der Landesebene Interesse an den dort gebotenen Aktivitäten zeigen. Es wäre also wichtig gewesen, nicht nur mit einem Entschließungsantrag das Thema zu besetzen, der, wie ich ehrlich gestehen muss, drei Monate vor Johannesburg etwas sehr kurzfristig hier in den Raum gestellt worden ist.

In Richtung Bündnis 90/Die Grünen möchte ich sagen, dass die Landesregierung - Frau Steiner hat es erwähnt - im Juli 1999 einen knapp 40-seitigen Bericht über die Umsetzung der AGENDA 21 in Niedersachsen vorgelegt hatte. Da weder die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch die CDU-Fraktion auf diesen Bericht reagiert haben, konnte man eigentlich nur davon ausgehen, dass der Bericht zur Kenntnis genommen, akzeptiert und für gut befunden würde. Die SPD-Fraktion ist da etwas weiter gegangen. Sie hat diese Unterrichtung sehr intensiv diskutiert und hat mit Vertretern der entsprechenden Ressorts überlegt, wie man an den Stellen, an denen lediglich Prüfaufträge beschrieben worden waren, weiter verfahren könne. Die Ouintessenz war u. a. die ab Sommer letzten Jahres vorbereitete Veranstaltungsreihe unter dem Motto "Nachhaltigkeit im Dialog", in der in elf Veranstaltungen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, aber vor allem auch mit kompetenten Fachleuten und Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen und Verbänden zu dem breiten Spektrum der nachhaltigen Entwicklung

(Hagenah [GRÜNE]: Viel geredet und nichts getan wurde!)

Diskussionen geführt werden sollen, um Lösungswege zu erarbeiten, wie wir eine zukunftsfähige Entwicklung für Niedersachsen vorantreiben können. Wir wollen, wenn diese Veranstaltungsreihe ausgewertet worden ist, auf fundierter Grundlage all dessen, was wir in diesen elf Veranstaltungen diskutiert haben, eine niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten.

(Frau Steiner (GRÜNE): Dann muss Ihnen doch solch ein Bericht der Landesregierung ganz gelegen kommen!)

- Der Bericht lag vor.

Sie wissen - das haben Sie, nachdem wir vorhin kurz darüber gesprochen haben, selbst erwähnt-, dass die Landesregierung am 3. Juni eine große Veranstaltung plant, auf der viele konkrete Maßnahmenbeispiele vorgeführt werden sollen, die Unternehmen, Schulen und Kommunen mit Bezug auf die nachhaltige Entwicklung erarbeitet haben. Ich meine, dass vor diesem Hintergrund mit Blick auf Johannesburg das bilanziert werden kann, was in den niedersächsischen Kommunen, aber auch auf anderen Ebenen bereits auf den Weg gebracht worden ist. Es sollen aber auch innovative Ideen vorangetrieben werden; denn Landesregierung und SPD-Fraktion sind sich darin einig, das viel getan werden muss, um Niedersachsen auch für künftige Generationen lebenswert zu erhalten.

Lassen Sie mich noch kurz auf Ihren Antrag zu sprechen kommen, Frau Steiner. Als ich am Mittwoch nach der Ältestenratssitzung gelesen habe, dass sich mit diesem Antrag nur der Ausschuss für Umweltfragen federführend sowie der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Unterausschuss "Verbraucherschutz" und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten befassen sollen, habe ich gedacht, dass das viel zu kurz gegriffen sei.

(Hagenah [GRÜNE]: Das finden wir auch! Das müssen Sie einmal Ihren Vertretern im Ältestenrat sagen!) Das Thema "nachhaltige Entwicklung" ist viel breiter gefächert. Das wollen wir mit Hilfe dieser elfteiligen Veranstaltungsreihe, die wir bis August abgeschlossen haben wollen - fünf Veranstaltungen haben wir schon durchgeführt -, nachweisen. Das Spektrum, das zum Thema "AGENDA 21" zu beackern ist, ist viel weiter. Leider verfestigen Sie mit Ihrem Antrag nur den Eindruck, dass das ein ökologisches Thema ist.

(Hagenah [GRÜNE]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Es muss deutlich werden, dass es das nicht ist. Ich gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion nach dem Abschluss der Veranstaltungsreihe einen eigenen Antrag vorlegen wird, in dem sich dann widerspiegeln wird, dass dieses breite Spektrum wirklich abgedeckt wird. Ich bin gespannt, wie sich die Diskussion Ihres Antrags, aber auch des zu erwartenden Antrags der SPD-Fraktion gestalten wird. Ich hoffe zum Wohle Niedersachsens, dass das eine sachliche, vernünftige Diskussion wird und dass wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen werden; denn meines Erachtens ist es wichtig, dass man ähnlich wie Anfang 1998 im Niedersächsischen Landtag für das Thema AGENDA 21 eine möglichst breite Basis findet. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Hagenah!

#### Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Somfleth, der Ansatz, wie Sie die AGENDA verstehen, ist meines Erachtens mit ein Grund dafür, dass die Menschen, die vor Ort in den AGENDA-Arbeitsgruppen mitwirken, ihre ursprüngliche Motivation aus den 90er-Jahren, als in den Kommunen hauptsächlich von den Grünen angestoßene Anträge -

(Inselmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- dann machen Sie da mal eine Bilanz auf! - beschlossen worden sind, verloren haben und heute so frustriert sind und die AGENDA nicht mehr als Reformmotor und Chance der Beteiligung sehen, sondern der Meinung sind, dass die AGENDA eine Bestätigung dafür ist, dass der Apparat und wir, die politische

(Inselmann [SPD]: Na, was denn?)

- das Wort "Klasse" will ich jetzt vermeiden, denn den Spaß gönne ich Ihnen nicht - Ebene, nicht ausreichend auf die Empfehlungen und Überlegungen reagieren, um die wir gebeten werden, und keine Konsequenzen daraus ziehen.

Wir erleben in den Kommunen immer wieder, dass die von dem AGENDA-Arbeitskreis vorgelegten Änderungsvorschläge in Papiere und Drucksachen gegossen werden, wie es auch die Landesregierung in den Jahren 1998 und 1999 getan hat. Danach aber werden die Vorschläge abgeheftet, und nichts verändert sich. Auch im Land Niedersachsen hat sich nichts verändert.

(Inselmann [SPD]: Umgesetzt wird es!)

- Umgesetzt haben Sie bislang null. Sie sind nur dem normalen Tagesgeschäft nachgegangen. Auf welchen Gebieten sind Sie in Sachen Nachhaltigkeit denn beispielgebend?

(Inselmann [SPD]: Um das aufzuzählen, reicht die Redezeit nicht!)

Wo haben Sie denn den durch das Land und die landeseigenen Gesellschaften ausgelösten Konsum umgestellt, um etwa einen fairen Handel zu betreiben, wofür zunächst einmal allerdings ein paar Mark mehr fällig würden? An welcher Stelle handeln Sie denn in diesem Sinne? Wenn Sie ein Ausschreibungsverfahren zur Energieversorgung von Landeseinrichtungen durchführen, dann können Sie sich gerade mal zu dem Kompromiss durchringen, dass Sie nur einen Mix an solchen Energiequellen ausschreiben, die in Niedersachsen vorhanden sind, damit wirklich nicht nur Atomstrom geliefert wird. Stattdessen sollten Sie sich einmal dazu durchringen, als Motor zu wirken und überwiegend regenerative Energien auszuschreiben, damit nicht die Gefahr entsteht, die ich Ihnen zugestehen muss, dass nämlich am Ende, wenn man die CO<sub>2</sub>-Ziele einhalten will, irgendjemand auf den Gedanken kommt - ich könnte mir vorstellen, dass Herr Stoiber in dieser Richtung denkt -, dass das CO<sub>2</sub> am besten möglicherweise durch Atomenergieversorgung zurückgedrängt werden kann, was ja ein Irrtum ist; denn wir alle wissen doch, welch großer Aufwand betrieben werden muss, um Atomenergie zu gewinnen und um Atomkraftwerke zu bauen. Außerdem wissen wir, welch großer Aufwand auf Dauer betrieben werden muss, um die Uranrückstände schließlich sicher zu verbringen. Diesen Widerspruch lösen Sie überhaupt nicht auf.

Natürlich wollen wir nicht, dass die AGENDA 21 nur auf die Ökologie beschränkt bleibt. Das haben wir nie gewollt. Diesbezüglich müssen Sie aber einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen im Ältestenrat ansprechen. Wir sind sehr dafür, dass die Diskussion auf breiter Front in mehr Ausschüssen geführt wird als geplant. Aber auch bei Ihnen ist dieses Thema leider nur sehr schmalspurig angelegt, nämlich nur beim Umweltminister. Wir wären jedoch sehr dafür, dass auch noch das Wirtschaftsministerium und alle anderen Ministerien beteiligt werden; denn dort befinden sich die entscheidenden Hebel.

Dass ein entsprechender Entschließungsantrag in der vergangenen Wahlperiode nicht mit den Stimmen der Fraktion der Grünen verabschiedet worden ist, empfinden wir nicht als Vorwurf. Im Gegenteil, wir haben diesen Entschließungsantrag damals nicht mitgetragen, weil er uns nicht weit genug ging. Wir erheben ganz andere Ansprüche an die Art und Weise der Umsetzung und an die Ernsthaftigkeit der AGENDA 21.

#### (Zuruf von Frau Zachow [CDU])

- Moment! Die Menschen werden erschreckt, wenn deren Vorschläge nicht aufgenommen werden. Dann bleiben sie zu Hause. Die AGENDA ist der erstmalige Versuch und das Eingeständnis der Politik, dass sie ohne die Menschen von unten nichts verändern und nichts erfolgreich umsetzen kann. Wenn die Leute Vorschläge machen, muss man Kompetenzen nach unten verlagern und auch Geld zur Verfügung stellen. Dies lässt die Landesregierung bislang aber völlig vermissen. Stattdessen gibt sie lediglich Glanzbroschüren heraus und führt Veranstaltungen zur Selbstbeweihräucherung durch. Man redet darüber, handelt aber nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Der Herr Umweltminister wird Stellung nehmen.

(Hagenah [GRÜNE]: Warum nicht die Wirtschaftsministerin?)

#### **Jüttner**, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich nehme hier Stellung, weil ich aufgrund der Arbeitsverteilung innerhalb der Landesregierung die koordinierende Zuständigkeit über alle Ressorts hinweg habe. Ich hoffe, dass es mir gelingen wird, dem entgegenzutreten, was Herr Behr hier zum Ausdruck gebracht hat, dass es bei uns nämlich blutleer abläuft. Ich glaube, dass mir diese Kategorie wesensfremd ist. Ich habe eher Probleme, mit anzusehen, wie Sie in Ihrer spaßhaften Art aus der Kurve getragen werden, Herr Behr. Da sollten Sie einmal ein bisschen aufpassen; denn Nachhaltigkeitspolitik ist Überlebensstrategie und nicht unfallträchtiges Auto fahren.

Meine Damen und Herren, worum geht es? - Es geht in der Tat nicht um ein umweltpolitisches Thema, sondern um die Zukunftsfähigkeit der gesamten Menschheit. Das war 1987 der Ausgangspunkt, als die Brundtland-Kommission die Kategorie der Nachhaltigkeit erstmals in die politische Debatte gebracht hat. Was in Rio im Jahr 1992 erreicht worden ist, ist - bei allen Abstrichen und allen Kompromissen; das ist überhaupt gar keine Frage -, dass sich alle Länder erstmals international verpflichtet haben, den CO2-Ausstoß zu reduzieren, biologische Vielfalt zu gewährleisten und in ihren eigenen Ländern weitere Programme zu ratifizieren. Das war der Ausgangspunkt. Deshalb ist das in der Tat mehr wert als die Tinte, die dafür verbraucht worden ist. Es ist der Einstieg in eine weltweite Verpflichtung, die Erde als Gesamtheit und als zukünftigen Lebensraum zu begreifen und dementsprechend zu handeln. Deshalb ist es mehr ein Entwicklungsmodell als ein Umweltmodell. Deshalb ist einzelnen Ländern, die in ihrem Entwicklungsstatus noch weit zurückliegen, auch zugestanden worden, sich zu bewegen. Sie dürfen ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Einzelfällen sogar erhöhen, um an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Welt teilhaben zu können

Im Umkehrschluss bedeutet das - das ist die Herausforderung an die entwickelten Industriestaaten -, dass über die Art und Weise der Produktion, über die Lebensstile und über das Verbraucherverhalten in diesen Ländern nachgedacht werden muss. Darum geht es im Kern. Diese Herausforderung ist so groß - diesbezüglich stimme ich Frau Zachow mit ihrem Zwischenruf ja zu -, dass wir dann, wenn wir es in aller Härte betreiben würden, als Idealisten und Gesinnungstäter dastehen würden, denen die Massen abhanden kommen.

In der Konsequenz müssen wir deshalb immer wieder überlegen: Was können wir hier und heute umsetzen? Darüber hinaus müssen wir überlegen:

Wie können wir gewährleisten, dass möglichst viele Menschen mitziehen? - Es hilft nämlich nur wenig, wenn man vorn die Fahne trägt, dann aber, wenn man sich umsieht, feststellen muss, dass man allein ist. Das bringt nichts, meine Damen und Herren.

Daraus erwächst ein Diskussionsprozess über eine nachhaltige Entwicklung. Frau Steiner hat zu Recht auf eine Gefahr hingewiesen. In dem Moment, in dem alle für Nachhaltigkeit sind, wird es gefährlich. In dem Moment nämlich ist der Begriff so abgeschliffen, dass er um jeden Inhalt beraubt sein kann. Dieses Problem ist wirklich ernst zu nehmen und wird von uns auch gesehen.

Deshalb muss eines deutlich sein: Nachhaltigkeit ist nicht der Stempel auf die Politik von gestern, sondern Nachhaltigkeit ist eine neue Fragestellung, der man Rechnung tragen muss und die ganz viel mit umweltpolitischen Fragen zu tun hat. Das kann nicht bestritten werden. Sie hat auch zu tun mit der Art und Weise der Energiegewinnung. Darüber hinaus hat sie zu tun mit der Intensität von Ressourcenschonung. Darauf kommt es im Kern an. Schließlich hat sie auch mit der Frage zu tun, wie wir mit der nachfolgenden Generation umgehen, welche Leitbilder und Ideen wir ihr auf den Weg mitgeben. Wie soll die nachfolgende Generation in dieser Gesellschaft denn erwachsen werden, wenn sie sehen muss, dass es bei uns nur darum geht, möglichst schnell Geld zu verdienen, möglichst schnell von A nach B zu kommen, jegliche soziale Kompetenzen aber nicht vorgehalten werden? Darauf aber kommt es an

Es handelt sich hier also um ein außerordentlich anspruchsvolles Projekt, angesichts dessen wir in vielen Arbeitsgruppen, in vielen Gemeinden, in vielen Industriebetrieben, in vielen gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen daran gearbeitet haben, dass dieses neue Selbstverständnis in dieser Gesellschaft Realität wird. Welche Aufgabe kann in diesem Zusammenhang das Land haben? Diese Fragen haben hier ja die Grünen angestoßen.

Erstens haben wir seit einer Reihe von Jahren den runden Tisch. Dies ist ein schwieriges Geschäft. Wir müssen dort weiter arbeiten. Ich kann Ihnen dazu gern lang und breit erzählen, wie schwierig es dort ist.

Zweitens hat Herr Hagenah gesagt, dass das Land für so etwas keinen Pfennig zur Verfügung stelle. Das ist falsch. Sie müssten es wissen. Wir haben

Förderprogramm "Lokale AGENDA 21" 5 Millionen Euro aus EU-Mitteln reserviert, die wir gezielt für lokale AGENDA-Projekte in Ziel-2-Gebieten einsetzen. Der Landtag war glücklicherweise bereit - ich bedanke mich dafür -. in den Nicht-Ziel-2-Gebieten zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen mit dem Ergebnis, dass alle Gemeinden in Niedersachsen mit spannenden Projekten kommen und sagen können: Lasst uns das hier finanzieren. - Ich kann Ihnen dafür gern Beispiele nennen: das Energiekonzept in Lüchow-Dannenberg, das Stadtentwicklungskonzept in Rotenburg/Wümme, lokale AGENDA-Prozesse in Syke, Fußballverein Landkreis Emsland. - Meine Damen und Herren, es gibt viele Beispiele dafür, wie kommunale AGENDA-Prozesse mit Unterstützung des Landes vorangebracht werden.

Wenige Wochen vor dem Gipfel in Johannesburg, an dem ich als Vorsitzender des Umweltausschusses des Bundesrates teilnehmen werde - ich hoffe, dass meine Teilnahme nicht wieder gegeißelt wird mit dem Hinweis darauf, dass sie die Benzinkosten nicht wert ist, Frau Kollegin -, tragen wir zusammen, was wir in Niedersachsen machen. Bei einer Konferenz am 3. Juni dieses Jahres soll die Möglichkeit bestehen, Projekte vorzustellen, miteinander zu vergleichen und sich auszutauschen. Außerdem sollen die Teilnehmer an dieser Konferenz neue Impulse für die Entwicklung von Nachhaltigkeit erhalten. Wir sind nicht die Einzigen, die so etwas machen. Auch die Bundesregierung hat in der letzten Woche einen Beschluss zur nationalen Nachhaltigkeit gefasst. Auch darin werden Sie Ansatzpunkte finden, wo man sich Weitergehendes vorstellen kann. Das ist überhaupt keine Frage. Aber dass solch ein thematischer Gedanke überhaupt in den Mittelpunkt der Debatte gerät, ist unterstützenswert. Daran sollten wir uns orientieren.

Ich sage Ihnen ganz konkret - wegen der nicht vorhandenen Blutleere -: Was wir z. B. im Bereich der Solaroffensive unternehmen, was wir bei der Entwicklung der Windenergie seit über zehn Jahren machen, ist ein harter und erfolgreicher Kampf beispielsweise um eine Veränderung des Energiemixes. Wir sind als Land in diesem Bereich weltweit führend. Das ist unbestritten. Wir sichern das gleichzeitig ab, indem wir ein Strombeschaffungskonzept, bei dem wir 24 % Kraft-Wärme-Kopplung und 7 % regenerative Energien voraussetzen, ausschreiben. Nennen Sie mir ein Bundesland oder einen Staat, der seine Energiebeschaffung auf diese Weise organisiert.

Frau Steiner hat Recht: Ohne Vorbilder, ohne Anstöße, ohne kontinuierliches Drängen ist so etwas überhaupt nicht durchzuführen. Deshalb spricht überhaupt nichts dagegen, dass wir hier darüber diskutieren und uns miteinander im Ausschuss die Beispiele ansehen. Die einzige Aussage, die in dem Antrag auffällt, Frau Steiner, ist, dass es viele gute Initiativen und Aktionen gebe, nur die Landesregierung habe bisher noch nichts gemacht. Über diesen Aspekt sollten Sie einmal nachdenken. Ich meine, dass er nicht ganz richtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Frau Steiner [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

## Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat bittet Sie, federführend den Ausschuss für Umweltfragen mit der Beratung des Antrages zu befassen. Mitberaten sollen der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Unterausschuss "Verbraucherschutz" und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. Möchte jemand etwas anderes beantragen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie diese Ausschüsse beauftragt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 21:

Besprechung:

**Zwischenbilanz der Städtebauförderung in Niedersachsen** - Große Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/3172 - Antwort der Landesregierung - Drs. 14/3416

Der Abgeordnete Wolf hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

#### Wolf (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als früheres Mitglied des Präsidiums hatte ich im EXPO-Jahr 2000 die Gelegenheit, eine russische Delegation aus Tjumen zu begleiten. Neben einem EXPO-Besuch stand eine Städtetour an, die uns von Celle über Braunschweig, Einbeck, Hann. Münden, Bodenwerder bis nach Hameln

führte. Es stellte sich heraus, dass die Städtetour entlang der Weser für unsere Gäste etwas Besonderes war, da sie mit den Märchen- und Sagengestalten - besonders mit dem Baron von Münchhausen - vertraut waren.

Während des Abschlussbanketts bedankte sich der Tjumener Präsident mit den folgenden Worten:

"Herr Präsident Wernstedt! Meine Damen und Herren! Wir haben in den zurückliegenden Tagen diese großartige EXPO erlebt und darüber hinaus Dörfer und Städte gesehen, wie sie besser nicht mehr herzurichten sind."

Er führte weiter aus:

"Ein Volk, das mit seiner Geschichte so offensiv umgeht, hat eine lange Zukunft vor sich"

Höfliche, aber dennoch bedeutende Worte eines Mannes, dessen Heimat, von uns aus gesehen, hinter dem Ural liegt.

(Decker [CDU]: Sind Sie beim Thema?)

- Lieber Kollege Decker, ich bin sicher, dass ich beim Thema bin. Das gehörte als Vorspann dazu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was möchte ich damit sagen? - Außenstehende sehen und betrachten unsere Dörfer und Städte aus einem anderen Blickwinkel als wir selbst. Denn es fällt uns bisweilen schwer, die Entwicklung eines Stadtoder Ortsbildes über Jahrzehnte im Blick zu behalten und zu beurteilen, ob sich die Stadtarchitektur zum Besseren oder zum Schlechteren verändert hat. Wer mit offenen Augen durch unsere niedersächsischen Kommunen fährt, bemerkt, dass die weitaus meisten Orte einen funktionsfähigen, ansehnlichen und überwiegend reizvollen Stadtkern aufweisen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keineswegs so selbstverständlich, wie wir meinen. Wenn wir zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto in unseren Städten unterwegs sind - dort, wo es möglich ist, wenn wir keine Fußgängerzonen haben -, fallen uns die Fortschritte des Städtebaus insbesondere deshalb nicht weiter auf, weil Stadtentwicklung ein Prozess ist, der sich über Jahrzehnte vollzieht und niemals beendet ist. Uns fehlen auch

unmittelbare Vergleiche, es sei denn, man nimmt sich Bildbände - soweit vorhanden - zur Hand und versucht, die Entwicklung nachzuvollziehen. Oder man war direkt an dem Prozess beteiligt, wie ich es beruflich in Hameln war.

Lassen Sie mich dazu einige Ausführungen machen, weil ich mich noch sehr gut daran erinnern kann, wie es Anfang der 70er-Jahre mit der Stadtsanierung in Hameln losging. Hameln hatte für das gesamte Bundesgebiet einen Vorbildcharakter. Ich kann dazu nur sagen: Auch damals hatten wir eine miserable Baukonjunktur. Gerade diese Entwicklung in der Stadterneuerung hat dazu beigetragen, dass das heimische Handwerk geboomt hat. Ich meine, dass auch das ein Schritt in die richtige Richtung war. Darüber hinaus galt es nicht nur, die Fassaden zu erneuern oder den Wohnraum komplett zu sanieren, wie wir es gemacht haben, nachdem wir die Häuser entkernt hatten. Es kam auch darauf an, die Innenstädte lebenswert und liebenswert zu machen, vor allem für die Menschen, die sie bewohnen sollten und auch heute noch bewohnen. Ich sage ganz bewusst, was das für jemanden, der aus dem Raum Hameln-Bodenwerder kommt, bedeutet: Daran müssen wir festhalten. Das zeigt unsere Entwicklung auf. Ich kann sagen, dass das eine Erfolgsstory ist, ohne überhaupt etwas von meiner Rede vorwegzunehmen. Aber so selbstbewusst bin ich auch, weil ich zehn Jahre lang aktiv als Bauhandwerker - als Maurermeister - an so etwas mitwirken konnte.

Allein aus diesem Eindruck kann man eine Reihe von Schlüssen ziehen. So hat die alte CDU-geführte Bundesregierung aus dem baulichen Verfall ostdeutscher Städte und Gemeinden den Schluss gezogen, hier durch eine großzügige Förderung von städtebaulichen Maßnahmen, durch Sonderabschreibungen und Investitionsprogramme unterschiedlicher Art Abhilfe zu schaffen. Dieses Konzept ist sicherlich nur teilweise aufgegangen. Vielen Stadtbildern in Ostdeutschland ist eindeutig anzusehen, dass durch eine derartige Massierung von Fördermitteln in kürzester Zeit nicht automatisch eine funktionierende Stadt entsteht.

Wenn Städten und Ortschaften nicht die Gelegenheit gegeben wird, über Jahre und Jahrzehnte hinweg organisch zu wachsen, sind Fehlinvestitionen und einseitige Entwicklungen die Folge. Der massive Leerstand von Wohnungs-, Gewerbe- und Bürogebäuden in Ostdeutschland ist ein eindeutiges Indiz für diese Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir können von den Fehlentwicklungen in ostdeutschen Städten und Gemeinden auch lernen, dass es in der Städtebauförderung nicht einseitig darum geht, schöne Fassaden zu schaffen - das habe ich eben bereits ausgeführt -, sondern dass man sich auch darüber Gedanken machen muss, wie hinter diesen Fassaden städtisches Leben entsteht. Anders als es in manchen Schriften steht - z. B. in der des Landesrechnungshofes -, bin ich dezidiert der Meinung, dass die Funktionssanierung im Rahmen der Städtebauförderung mindestens ebenso wichtig ist wie die rein bauliche Sanierung. Stadtkerne werden schließlich nicht in erster Linie für das Auge des flüchtigen Betrachters saniert, sondern vor allem für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Städte und Gemeinden. Nachdem ich heute den Pressespiegel gelesen habe - er liegt jetzt allen vor -, finde ich es großartig, dass in Bad Pyrmont die Brunnenstraße erneut mit Landesmitteln gefördert wird. Es ist auch ein Schritt in die richtige Richtung, nach mehr als 20 Jahren wieder eine Fortschreibung vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Was ist mit der Kaiserstraße?)

- Herr Kollege, die Kaiserstraße kenne ich nicht. Sie können mich ja einmal einladen.

Die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, für deren detaillierte Beantwortung ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums herzlich bedanken möchte, zeigt das, was dem flüchtigen Betrachter unserer Städte und Gemeinden bereits auffällt, noch einmal in Zahlen und Statistiken. Die Geschichte der Städtebauförderung in Niedersachsen ist eine Erfolgsstory.

(Beifall bei der SPD)

- Eigentlich müsstet ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, mitklatschen, denn ihr seid so gut bedient worden. Sollte es in Lingen noch Nachholbedarf geben, so werden wir mit unserer Mehrheit auch noch dafür sorgen, dass er bedient wird.

Im Rahmen des so genannten Normalprogramms haben mittlerweile rund 180 Städte und Gemeinden Niedersachsens von der Städtebauförderung profitiert. Nachdem die CDU-geführte Bundesregierung zwischen 1993 und 1999

(Viereck [SPD]: Die waren doch nur bis 1998 dran!)

die Städtebauförderung fast abgewürgt und damit viele laufende Maßnahmen in schwere Bedrängnis gebracht hat, konnten mit dem Regierungswechsel in Berlin im Jahre 1998 – hören Sie gut zu! – laufende und auch neue Maßnahmen in nennenswertem Umfang finanziert werden.

#### (Beifall bei der SPD)

Dennoch gibt es nach wie vor ein großes Missverhältnis bei der Verteilung der Bundesfinanzhilfen zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in der herkömmlichen Städtebauförderung, ohne soziale Stadterneuerung, im Jahre 2001 520 Millionen DM nach Ostdeutschland gingen, waren für Westdeutschland gerade einmal 180 Millionen DM vorgesehen. Das waren zwar immerhin 100 Millionen DM mehr als zu Zeiten der Regierung Kohl, aber immer noch zu wenig, um kontinuierlich in den Städtebau investieren zu können. Mit der Aufstockung der Städtebaufördermittel im Jahre 2002. die für Niedersachsen eine Erhöhung von 10,6 Millionen Euro auf 16,5 Millionen Euro bedeutet, ist ein erster Schritt getan, um dem Investitionsbedarf in Niedersachsen Rechnung zu tragen.

Weitere Schritte sind jedoch in den nächsten Jahren nötig. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich unsere Städte und Gemeinden weiterhin positiv entwickeln. Die Niedersächsische Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion haben alles dafür getan, diesen Forderungen nach mehr Geld vom Bund Nachdruck zu verleihen. Besonders wichtig war es deshalb trotz der bekannten schwierigen Haushaltssituation des Landes, die kurzfristig erfolgte Aufstockung der Bundesmittel seitens des Landes und der Kommunen gegen zu finanzieren. Kommunen aus Ziel-2-Regionen können zur Aufbringung ihres kommunalen Anteiles dabei auf Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - EFRE - zurückgreifen. Trotz dieser ermutigenden Maßnahmen der Bundesregierung, die damit - anders als die Regierung Kohl - ein eindeutiges Bekenntnis für den Städtebau in Niedersachsen abgegeben hat, wäre es wünschenswert, wenn die Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung von Bundesfinanzhilfen auf mehrere Jahre abgeschlossen würde. Dies hätte für Länder und Kommunen den Vorteil der Planungssicherheit, die bei Baumaßnahmen deutlich zur Kostensenkung beitragen könnte.

Meine Damen und Herren, wie ich eingangs bereits sagte, ist die Städtebauförderung ein unendlicher Prozess, der nicht nur von architektonischen und ästhetischen Fragen sowie dem Instandhaltungsbedarf immer wieder neu in Gang gesetzt wird, sondern auch durch soziale Probleme, die zu städtebaulichen Problemen werden - und umgekehrt.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich auch in Niedersachsen eine Reihe von Stadtteilen herausgebildet, die mit einer Konzentration von sozialen Problemen zu kämpfen haben. Das sind Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit insbesondere von Jugendlichen, mit Problemen im Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern, mit Integrationsproblemen, vernachlässigten öffentlichen Räumen, oftmals mit Wohnungsleerständen, mit niedrigen Durchschnittseinkommen, Drogenproblemen sowie zunehmender Gewaltbereitschaft und Vandalismus.

27 solcher sozial problematischen Stadtgebiete konnten sei 1999 in das Programm "Soziale Stadt" aufgenommen werden. Jedes dieser Quartiere sieht anders aus. Jedes hat trotz ähnlicher Problemlagen seine Spezifika. Aus diesem Grunde wird beim Programm "Soziale Stadt" großer Wert darauf gelegt, dass alle Städte des Programms eine detaillierte Bestandsaufnahme ihrer Situation durchführen und eigene Lösungskonzepte erarbeiten.

(Hagenah [GRÜNE]: Aber keinen Abschlussbericht machen!)

Dies ist nur möglich, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Stadtteile umfassend in das Sanierungsprogramm einbezogen werden. Ich meine, das ist notwendig.

Das Programm "Soziale Stadt" ist idealerweise eine Verbindung zwischen baulichen und anderen, eher sozial- und jugendpolitisch geprägten Maßnahmen. In einem Handbuch zur Förderpraxis, das vom Niedersächsischen Innenministerium, vom Verband der Wohnungswirtschaft sowie von der Niedersächsischen Landestreuhandstelle bereits in zweiter Auflage herausgegeben worden ist, finden sich Dutzende von Förderprogrammen, die ergänzend zum Kernprogramm der sozialen Stadtteilsanierung in Anspruch genommen werden können.

Viele Einzelprobleme der betroffenen Stadtteile können durch zusätzliche Fördermittel z.B. im Bereich von Qualifizierung und Beschäftigung, bei Energieeinsparung und Umweltschutz oder auch im Bereich der Wirtschaftsförderung einer Lösung näher gebracht werden.

(Hagenah [GRÜNE]: Machen Sie das denn auch?)

Viele in das Programm einbezogene Städte und Gemeinden sowie ihre Sanierungsträger haben die nötige Kreativität entwickelt, um für ihre spezifischen Probleme die richtigen Lösungsansätze zu entwickeln und die nötigen Fördermittel zu beantragen.

Unbefriedigend ist jedoch nach wie vor die häufig nicht ausreichende Sensibilität bei der Antragsbearbeitung für das Gesamtprojekt der sozialen Stadtentwicklung. Dennoch kann bereits jetzt eine positive Zwischenbilanz auch für den Programmteil "Soziale Stadt" gezogen werden, für den insgesamt Mittel in Höhe von rund 70 Millionen Euro allein in den letzten vier Jahren zur Verfügung gestellt werden konnten.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen zwölf Jahren wurden allein durch die Städtebauförderung mehr als eine halbe Milliarde Euro in mehr als 190 niedersächsischen Städten und Gemeinden investiert. Rund 7 000 Wohnungen wurden neu gebaut oder grundlegend saniert, und tausende von Arbeitsplätzen auf dem Bau wurden gesichert. Allein diese statistischen Daten sind eindrucksvoll. Viel eindrucksvoller aber ist, dass in jeder dieser rund 190 Städte und Gemeinden auf den ersten Blick sichtbar ist, dass diese öffentlichen Gelder gut angelegt worden sind.

Meine Damen und Herren, hierzu kann man zum Abschluss sagen: Mit einer Mark an öffentlichen Mitteln wird ein Investitionsvolumen von 7 bis 8 DM aus privatem Kapital ausgelöst. Das ist arbeitsmarktpolitisch sinnvoll.

(Zustimmung von Rolfes [CDU])

An dieser Aufgabe werden wir festhalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Rolfes [CDU]: Das gilt aber auch für Euro!)

- Halbieren Sie das doch einfach. In Mathe hatte ich immer eine 2.

# Vizepräsidentin Litfin:

Für die Landesregierung spricht der Herr Innenminister Bartling.

## **Bartling**, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wolf, das hat nichts mit Mathematik, sondern mit der Umstellung eines Währungssystems zu tun. Der Faktor ist der Gleiche. Wir brauchen hier also nichts zu halbieren, sondern nur den Faktor zu übernehmen. Das ändert nichts daran, dass der Faktor beeindruckend ist.

Meine Damen und Herren, ich bin Herrn Wolf sehr dankbar, dass er einen Bezug zu den praktischen Wirkungen des Städtebauförderungsgesetzes hergestellt und dies am Beispiel Hamelns deutlich gemacht hat. Auch ich komme aus einer Stadt an der Weser, die sich allerdings ein bisschen später auf den Weg gemacht hat. Ich habe noch die politischen Auseinandersetzungen in Erinnerung, die um Hameln stattgefunden haben, als man überlegte, ob man dort vieles platt machen sollte oder nicht, sich dann aber für den Weg entschieden hat, der schließlich beschritten wurde. Bei der Bundesregierung und bei der Mehrheit im Bundestag hatte sich die Überlegung durchgesetzt, dass es sinnvoll ist, unsere Städte in ihrer historisch gewachsenen Struktur zu erhalten. Das, was Herr Wolf über einen russischen Besucher erzählt hat, ist für mich ein Beleg dafür, was unsere Heimat ist und was Kultur beinhaltet. Das sind Punkte, die neben den ökonomischen Aspekten sehr viel mit Städtebauförderung zu tun haben.

Ich bin der SPD-Fraktion dankbar für die Große Anfrage. Sie bietet angesichts der aktuellen Situation der Binnenkonjunktur und des Arbeitsmarktes eine gute Gelegenheit für eine Zwischenbilanz. Es kann in der Tat nur eine Zwischenbilanz sein.

(Decker [CDU]: Jubel bricht aus!)

- Herr Decker, es kann auch Jubel ausbrechen.

(Widerspruch von Decker [CDU])

Wir müssen auch keineswegs behaupten, dass nur einer Anlass zum Jubeln habe. Das Programm ist ja von anderen, u. a. mit anderer Schwerpunktsetzung, fortgeführt worden. In der Zielsetzung gibt es gar nicht einmal so sehr wesentliche Unterschiede.

# (Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Mit der Städtebauförderung wurde Anfang der 70er-Jahre begonnen. Seitdem hat sie sich als ein wertvolles Instrument bewährt, um die räumlichen

Ungleichgewichte auszugleichen. Hiervon hat Niedersachsen als Flächenland erheblich profitiert. Es ist mithilfe der Städtebauförderung gelungen, Orts- und Stadtkerne in ihrer Funktion zu stabilisieren und einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zum erforderlichen Umbau der Siedlungsund Stadtstrukturen zu leisten. Dazu gehört auch die Wiedernutzung von Flächen, insbesondere der in Innenstädten brachliegenden Konversions- und Eisenbahnflächen. Herausragendes Ziel ist die Stärkung ihrer städtebaulichen Funktion als Wohnund Wirtschaftsstandort.

Bis zur Wiedervereinigung wurde das Städtebauförderungsprogramm bundesweit auf einem finanziell sehr hohen Niveau umgesetzt. Danach wurden die Bundesfinanzhilfen für die alten Länder massiv gekürzt und im Jahre 1993 sogar einmal ausgesetzt. Die Fortsetzung ab 1994 erfolgte auf einem deutlich reduzierten Niveau. Eine nennenswerte Steigerung der Bundesfinanzhilfen für die alten Länder erfolgte im Bereich der herkömmlichen Städtebauförderung erst wieder ab dem Programmjahr 2001. Der Anteil Niedersachsens erhöhte sich von zuvor rund 4,7 Millionen Euro auf rund 16,5 Millionen Euro in 2002.

Die Landesregierung legt seit 1999 einen deutlichen Schwerpunkt auf die Programmkomponente "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarfdie soziale Stadt". Mit dieser Gemeinschaftsinitiative ist ein soziales Aktionsprogramm ins Leben gerufen worden, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sicherstellen soll. Der Bund stellte dem Land hierfür anfangs rund 4,8 Millionen Euro bereit. Dieser Betrag erhöhte sich ab 2001 auf rund 7 Millionen Euro.

Gegenwärtig befinden sich 27 Sanierungsgebiete in der Programmkomponente "Soziale Stadt". Die Durchführung des Programms wird insbesondere auch durch die Wohnungsbauförderung unterstützt. So konnte erreicht werden, dass seit dem Start des Programms "Soziale Stadt" rund 500 Wohnungen in städtebaulichen Sanierungs- und ehemaligen Unterkunftsgebieten mit einem Mittelvolumen von rund 10,8 Millionen DM gefördert werden. Ich freue mich, an dieser Stelle feststellen zu können, dass das Land in den vergangenen Jahren bereit und in der Lage war, die erhöhten Bundesfinanzhilfen im Bereich der Städtebauförderung jeweils in vollem Umfang gegenzufinanzieren. Meine

Damen und Herren, das fällt uns bei der Haushaltslage des Landes nicht leicht.

(Beifall bei der SPD)

Gleichermaßen gelang es, die erhöhten Städtebauförderungsmittel des Landes durch die vorgegebene Drittelfinanzierung auch mithilfe höherer Eigenmittel der Sanierungsgemeinden vollständig zu binden. Die Gemeinden - das wissen Sie selbst auch - leisten hier also einen ganz gewaltigen Beitrag.

Eine weitere Verstärkung der Städtebauförderung ergibt sich seit dem letzten Jahr durch die Beteiligung der Europäischen Union im Rahmen des niedersächsischen Ziel-2-Programms. Die Landesregierung hat dieses Programm mit dem eigenen Schwerpunkt "Erneuerung städtischer Problemgebiete" ausgestaltet und mit rund 41 Millionen Euro dotiert. Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der Situation in städtischen Problemgebieten und, damit verbunden, die Stärkung der städtischen Entwicklungspotenziale. In diesem Förderbereich befinden sich 19 Sanierungsgebiete.

Eine zusätzliche Förderungsmöglichkeit könnte sich in Kürze aus der Entscheidung des Bundes im Rahmen des Programms "Stadtumbau West" ergeben. Hierbei handelt es sich um die bundesseitige Förderung von wahrscheinlich fünf Pilotprojekten in den alten Ländern im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus.

Mit den geförderten Maßnahmen sollen die Attraktivität der Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandort gestärkt, die Schaffung und Erhaltung neuer Arbeitsplätze gefördert und die Zukunftsfähigkeit der Städte insgesamt unterstützt werden. Es geht darum, den aufgrund des Strukturwandels notwendigen Stadtumbau zu nutzen, um die betroffenen Stadtteile aufzuwerten und an die Anforderungen der Nachhaltigkeit anzupassen. Dazu gehört beispielsweise ebenso die energetische Optimierung von Siedlungen. Im Rahmen dieser Forschungsvorhaben können die Bundesmittel auch für den Rückenbau leer stehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Wohngebäude und Wohngebäudeteile eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Ende meiner kurzen Ausführungen komme, lassen Sie mich bitte auf die von der Standortreduzierung durch die Veränderungen, die die Bundeswehr eingeleitet hat, betroffenen Gemeinden eingehen. Neben der vorrangigen Berücksichtigung von Anmeldungen dieser Gemeinden für das Städtebauförderungsprogramm hat die Landesregierung beschlossen, Landesmittel zur Unterstützung der Gemeinden in ländlichen und strukturschwachen Regionen als Hilfe bei der Umnutzung der Konversionsflächen in Höhe von 12,8 Millionen Euro bereitzustellen.

## (Beifall bei der SPD)

Gefördert werden können die Erarbeitung von Planungsgrundlagen für die Nutzung von Bundeswehrliegenschaften wie beispielsweise Bestandsaufnahmen, Umnutzungsgutachten oder Rahmenpläne sowie die Erstellung von Konzepten zum Ausgleich der wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Folgen der Standortreduzierungen und auch der Standortschließungen.

Angesichts der aktuellen Situation der Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, möchte ich nicht versäumen, auf die arbeitsmarktpolitischen Effekte der Städtebauförderung hinzuweisen, die Herr Wolf eben auch schon erwähnt hat. Sie hat sich als ein hervorragendes Instrument der Konjunkturpolitik bewährt. Durch wissenschaftliche Studien ist nachgewiesen, dass die Städtebauförderungsmittel ein Bauvolumen in der achtfachen Höhe anstoßen. Hierbei ist insbesondere der regionalwirtschaftliche Bezug hervorzuheben. In den meisten Fällen werden Baukapazitäten aus den Sanierungsgemeinden selbst oder aus der unmittelbaren Umgebung genutzt.

Zum Schluss lassen Sie mich bitte eines feststellen: Die Städte stehen - das sagt auch die Finanzsituation - vor großen Herausforderungen. Es ist offensichtlich, dass neue Anstrengungen notwendig werden, um die Rolle unserer Städte als Ort sozialer und kultureller Integration, als Ouelle ökonomischen Wohlstandes und nachhaltigen marktgerechten Wachstums zu stabilisieren und zu stärken. Wie Sie aber selbst draußen in Ihren Wahlkreise erkennen können, unterstützt die Landesregierung die Sanierungsgemeinden bei der Bewältigung ihrer städtebaulichen Probleme. Sie wird diesen Weg auf der Grundlage der Landtagsentschließung vom Januar 2001 - "Städtebauliche Probleme durch Städtebauförderung lösen" - konsequent fortsetzen und zusammen mit den Sanierungsgemeinden dazu beitragen, dass auch diese Gebiete den sich wandelnden Anforderungen gerecht werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Decker hat jetzt ums Wort gebeten.

## Decker (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Städtebau war und ist eine wichtige Aufgabe, die, richtig angepackt, viele Möglichkeiten und Chancen bietet. Darüber sind sich alle am Bau Beteiligten einig. Die Städtebauförderung ist ein Instrument, das mit relativ wenig öffentlichen Mitteln hohe private und kommunale Investitionen auslöst.

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion hat sich allerdings nicht mit den Grundsatzfragen von Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Entleerung der Innenstädte und Fragen der Beschäftigungsförderung befasst. Insgesamt soll die Große Anfrage dazu dienen, jubelnd auf dem Marktplatz die Städtebauförderung aus der SPD-Sicht zu feiern.

Dabei nimmt man auch alle Tricks der Auslegung von Statistiken in Anspruch. Da wird z. B. gefragt, wie viele Fördermittel seit 1990 eingesetzt wurden, und anschließend vergleicht man die geförderten Maßnahmen seit 1971. Das sind schon interessante Vergleiche. Ich weiß nicht, was das eine mit dem anderen zu tun hat.

Weiter wird erklärt, wie wichtig eine kontinuierliche Förderung der Städtebaus ist, um anschließend, z. B. 1993, die Fördermittel auf null DM zu setzen, nur weil der Bund kein Programm aufgelegt hat. Wer hat Sie eigentlich davon abgehalten, in diesem Jahr, aber auch in anderen Jahren zusätzlich eigene Mittel einzustellen?

(Harden [SPD]: Die ererbte Wohnungsnot, Herr Kollege!)

Dass das jetzt mit den leeren Kassen nicht mehr geht, ist relativ einfach zu erklären. Aber wir haben Situationen gehabt - gerade nach der Wiedervereinigung -, dass Niedersachsen zusätzliche Steuermehreinnahmen gehabt hat, die dazu angetan waren, neue Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Davon aber, meine Damen und Herren, sind der Wohnungsbau und die Städtebauförderung bei Ihnen völlig verschont geblieben. Dass nach der Wiedervereinigung die Mittel zum Teil auf die neuen Bundesländer umgeleitet worden sind, ist aus unserer Sicht durchaus verständlich gewesen und auch heute noch verständlich. Dass wir darüber nach wie vor eine Neiddiskussion führen und sagen, die haben so viel Geld bekommen und wir haben so wenig bekommen, finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Denn ein Aufschwung Ost ohne finanzielle Begleitung funktioniert nicht, auch wenn Sie den anschließend zur Chefsache erklären. Das wird nicht gehen.

(Wolf [SPD]: Das sagt auch niemand!)

Meine Damen und Herren, auf die relativ schlappen Fragen in der Großen Anfrage haben Sie auch nur relativ schlappe Antworten erhalten. Das war wohl auch nicht anders zu erwarten. Die überwiegende Anzahl der zwölf Seiten ist mit Statistiken gefüllt; acht oder neun Seiten machen Statistik aus. Für mich ist das keine Antwort auf Fragen, die deutlich weiter gehen müssen, als nur aus Statistiken zu zitieren.

Ich will nur ein Beispiel nennen. Ihre Frage 5 ist folgendermaßen beantwortet worden: Überzeugungskraft der vorbereitenden Untersuchungen mit dem Ziel der Behebung der Missstände auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts. - Wer das verstanden hat, hat schon einmal die erste Hälfte gewonnen, und wer es nachher auslegt, hat die zweite Hälfte gewonnen. Mit solchen Formulierungen ist also der zukünftigen Auslegung, wer in Fördergebiete kommt oder nicht, im Grunde Tür und Tor geöffnet.

Insgesamt, meine Damen und Herren, bieten die Antworten auf die Große Anfrage keine Perspektive in der Städtebauförderung und in der Wohnungsbaupolitik. Es wird nicht auf die drängenden Zukunftsfragen eingegangen: Wie reagieren wir auf die demographische Entwicklung? Wie reagieren wir auf Leerstandsprobleme insbesondere im Geschosswohnungsbau? In Hannover gibt es inzwischen 8 000 leer stehende Wohnungen. In anderen Städten sieht es ähnlich aus. Wie reagieren wir auf die Verödung der Innenstädte? Außer Ankündigungen nichts Konkretes.

Ich sage Ihnen, die Zukunft liegt vor allem in der Verbesserung des Wohnungsbestandes und nach wie vor im Einfamilienhausbereich. Dort gibt es Nachfrage; sie wird aber nicht gefördert, weil Sie nach wie vor eine Konzentration auf die Ballungsgebiete mit Geschosswohnungsbau betreiben und damit neue Probleme und Leerstand finanzieren. Wenn Sie die Kommunen in Niedersachsen weiter so ausnehmen wie eine Weihnachtsgans, brauchen Sie bald keine Mittel mehr für die Städtebauförderung bereitzustellen, weil keine Kommune mehr in der Lage ist, die Gegenfinanzierung sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

In zahlreichen Initiativen hat die CDU-Landtagsfraktion immer wieder gefordert, mehr für den Wohnungsbau und damit auch für die Bauwirtschaft zu tun. Wir haben auf die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen hingewiesen. Wir haben die Erhöhung der Mittel für das Konversionsprogramm gefordert. Wir haben gefordert, dass Schwarzarbeit intensiver bekämpft wird. Wir haben gefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, die Richtlinien für den verbilligten Verkauf von bundeseigenen Grundstücken wieder in Kraft zu setzen. Wir haben gefordert, die Eigenheimförderung für Familien ab zwei Kindern zu gewähren. Wir haben die steuerliche Förderung des Wohnungseigentums im Bestand gefordert. Wir haben die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe gefordert. Wir haben ein Notprogramm für die Bauwirtschaft gefordert. Wir haben gerade in der Wohnungsbaupolitik zahlreiche Vorschläge unterbreitet, die alle von der SPD nach dem Motto abgelehnt worden sind: Was von der SPD kommt, ist gut, was von der anderen Seite kommt, ist schlecht. - Seien Sie sicher, meine Damen und Herren, so einfach ist die Welt nicht. Da seien Sie man ganz, ganz sicher. Sie haben jetzt die Antworten auf Ihre verfehlte Wohnungsbaupolitik bekommen. Sie werden es nicht erreichen, dass Sie mit dieser Großen Anfrage Ihre Wohnungspolitik in ein schönes Licht stellen können. Denn die Schatten, die Sie sehen, sind Ihre eigenen Schatten; und das wird der Schatten sein, der Sie bald schlucken wird.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Herr Kollege Hagenah!

# Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Immer wenn man als Oppositionspolitiker hier im Saal sitzt und hört, die Regierungsfraktion dankt der Regierung für die gute Antwort, und dann ein Regierungsvertreter kommt und für die schönen Fragen dankt, müssen wir ganz genau aufpassen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN und bei der CDU - Harden [SPD]: Sie sind zu misstrauisch, Herr Kollege!)

Irgendetwas stimmt da nicht. Entweder war der Autor der Frage mit dem, der die Antwort gegeben hat, identisch, oder man hat sich zumindest sehr genau vorher abgesprochen. In diesem Fall sehe ich zumindest einen der beiden Tatbestände erfüllt.

(Harden [SPD]: Kein Grund für dieses Misstrauen!)

Deswegen möchte ich mich auch gar nicht so sehr mit den Fragen und den Antworten auseinander setzen.

Wir finden es viel spannender, darüber nachzudenken, wozu Sie in diesem Feld nicht nachgefragt haben. Das sind genau die Felder, auf denen Sie nicht so gerne aus dem Schatten herausgezogen werden möchten.

Die großen Zahlen, die der Innenminister gerade vorgestellt hat - das müssen wir erst einmal klarstellen -, sind mit einer Ausnahme zu zwei Dritteln vom Bund und von den Kommunen gezahlt worden.

(Harden [SPD]: Das ist bei Drittelfinanzierung immer so!)

Letztendlich hat das Land mit einer Ausnahme es noch nie geschafft, nur 1 Euro oder 1 DM mehr als das, was der Bund vorgegeben hat, zu investieren. Andere Bundesländer machen das anders. Sie nehmen die Städtebauförderung wirklich ernst.

(Harden [SPD]: Wir haben 5 Milliarden für den Wohnungsbau ausgegeben!)

- Wir sprechen heute über Städtebauförderung. - Andere Länder haben bei der Städtebauförderung aktiv gehandelt. Da hat Herr Decker völlig recht. Da waren Anfang der 90er-Jahre Steuereinnahmen,

mit denen man Schwerpunkte hätte setzen können, als uns der Bund auf Schmalkost gesetzt hat.

(Harden [SPD]: Da wart ihr doch in der Regierung, verdammt noch mal!)

Interessant ist deshalb vor allem das, wovon nicht gesprochen wird. Da kommen wir auf die Probleme bei der viel zu schleppenden Abwicklung und Abrechnung. In der Anfrage wird relativ schlicht, ohne es zu kommentieren, dargestellt, dass nur 32 von 184 Gebieten bisher abgerechnet sind. Darunter sind einige der Gebiete, die schon mehr als 20 Jahre und noch länger in der Städtebauförderung sind und noch nicht abgerechnet sind. Dass das am Ende zulasten der Gebiete und der Städte läuft, die sich da so schludrig verhalten, sieht man am besten bei ein bisschen Selbstkritik an der Landeshauptstadt Hannover, die mit Linden-Süd deswegen sicherlich nicht in das Programm "Soziale Stadt" hineinkommen kann, weil sie die Sanierung, die Anfang der 70er-Jahre begonnen hat, bis heute offensichtlich noch nicht abgerechnet hat.

(Harden [SPD]: Die finden die Zahlen nicht wieder!)

Wenn das auf die Art und Weise von mehr Kommunen, von mehr als 100, 150 Kommunen so gehandhabt wird, ist natürlich die Städtebauförderung überhaupt nicht aktuell am Ball. Dann sind die Probleme schon wieder nachgewachsen, bevor überhaupt die alte Rechnung beglichen ist.

(Wolf [SPD]: Da gibt es doch einen Enno Hagenah, der Stadtrat war!)

- Ja, da muss man etwas ändern, aber nicht nur in Hannover. Wir haben 150 nicht abgerechnete Gebiete in ganz Niedersachsen. Da ist erst einmal die Behörde, die das zu verantworten hat, diejenige, welche die Förderung vergibt und die fragen muss, warum nichts passiert und wann die Abrechnung geliefert wird.

(Wolf [SPD]: Das hättest du aber als Stadtrat machen müssen!)

Die fehlende Differenzierung zwischen klassischer Sanierung und dem Programm "Soziale Stadt" haben wir hier schon häufiger kritisiert. Aber in dieser Antwort wird noch einmal deutlich, dass Sie es nach wie vor nicht von der Seite der Landesregierung problematisieren. Wir haben nun einmal zu wenig Kooperation der Ministerien, auch wenn es jetzt einen Katalog gibt, mit dem Sie Handrei-

chungen für die Kommunen geben. Wir haben eine viel zu starre Form mit förmlichen Sanierungsgebieten. Da drohen eben die Ausgleichsbeträge. Deswegen machen die besser Situierten bei dem Programm "Soziale Stadt" nicht so gerne mit und sind am liebsten bei der förmlichen Festlegung nicht in den Gebieten, weil die Ausgleichsbeträge drohen. Wir haben zu wenig nicht investive Mittel zur Anregung der Eigeninitiative. Sie wollen jetzt sogar die Bezirksregierung Hannover sanktionieren, weil sie zu flexibel mit der Vergabe der Mittel umgeht. Wir finden, sie hat sich genau richtig verhalten. Die anderen Bezirksregierungen sollten wir auf den Stand bringen, wie sich die Bezirksregierung Hannover verhalten hat. Es wäre bei dem Programm "Soziale Stadt" richtig, sich umgekehrt zu verhalten. Was mit dem Programm angestrebt wird, ist letztlich, Eigeninitiative vor Ort zu wecken. Das kann man schlichtweg nicht mit dem Bau von Häusern oder dem Modernisieren von Häusern. Da muss man auch den Leuten Möglichkeiten geben. Sie haben zu wenig Innovationsbereitschaft bei der Genehmigungsbehörde. Bei der Bezirksregierung Hannover z. B. wird die Innovationsbereitschaft gerade platt gemacht.

Ein Indiz für die Verunsicherung in der Landesregierung über die Qualität der Praxis ist aus unserer Sicht, dass sie nicht evaluieren wollen, dass sie nicht untersuchen wollen, wie denn der Stand in Niedersachsen ist. Sie verweisen auf die Untersuchung, die auf Bundesebene gemacht wird. Da ist auf Bundesebene ein einziges Projekt in ganz Niedersachsen in der Evaluation enthalten.

Wir brauchen doch eine Bestätigung, ob die theoretischen Werte, die Sie immer noch mit 1 Euro, der investiert wird, zu 8 Euro angeben, und die segensreiche Wirkung der Konzepte, die uns vorgelegt werden, auch tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden. Sie prüfen überhaupt nicht, wie sich denn tatsächlich aus dem Ihnen vorgelegten Programm nachher in der Praxis das entsprechend vor Ort verändert.

Wenn wir herumreisen und uns in den Standorten umsehen, müssen wir erleben, dass meistens als allererstes die Prestigeprojekte, die Bauinvestitionen, realisiert werden, dass aber die arbeitsfördernden Maßnahmen, die sozial integrativen Maßnahmen, die Arbeit mit Jugendlichen überhaupt nicht aus den Pötten kommen, weil an der Stelle nichtinvestive Gelder nötig wären. Aber die stellen Sie nicht zur Verfügung. Wir meinen insofern, dass Sie hier Ihre politischen Schwerpunkte nicht

richtig gesetzt haben und in der Versorgung mit sozialem Wohnraum auf dem Rückzug sind. Deswegen brauchen Sie auch diese Anfrage, um einmal mit der großen Zahl zu prahlen. Aber in der Praxis weisen Sie nichts, zumindest nichts Neues vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Beckmann ist der nächste Redner.

# Beckmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr bezeichnend, dass sich von insgesamt 22 Fragen nur eine einzige - Ziffer 17 - der Anfrage mit der Zukunft der Städtebauförderung im Lande Niedersachsen beschäftigt.

(Harden [SPD]: Das ist bei Zwischenbilanzen immer so!)

Die Zukunft sollte uns eigentlich mehr interessieren als die Zahlen und Statistiken, die abgefragt werden und mit denen hier Vergangenheitsbewältigung betrieben werden soll.

(Beifall bei der CDU - Zuruf)

- Wenn man Leistung gebracht hat, kann man das auch tun.

Wieder einmal hat es die Landesregierung versäumt, anhand der Städtebauförderung wohnungspolitische Perspektiven aufzuzeigen. Die Aneinanderreihung belangloser Fakten soll darüber hinwegtäuschen, dass diese Landesregierung in Wirklichkeit kein wohnungspolitisches Konzept hat. Dabei geht es nicht nur um Städtebauförderung. Das ist nur ein Aspekt. Es geht letztlich um die Frage, was die Landesregierung tut, um Investitionen im Baubereich zu ermöglichen. Die beste Städtebauförderung ist die Mobilisierung privaten Kapitals.

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten, meine Damen und Herren, sind bekannt. Niedersachsen belegt, was die baukonjunkturelle Entwicklung in den alten Bundesländern betrifft, mit den hintersten Platz: 20 000 arbeitslose Bauarbeiter, 10 000 Beschäftigte im Baugewerbe weniger als im Jahr 2000, Rückgang der Bauproduktion um 11,6 %, Umsatzrückgang um 9,9 % im

Gegensatz zum Bundesdurchschnitt, der bei 7,4 % liegt.

Demgegenüber soll sich die Antwort der Landesregierung wie eine Erfolgsstory, wie von Ihnen auch genannt, Herr Wolf, lesen. Auf die Frage 17 nach den zukünftigen Programmschwerpunkten wird immerhin auf fast einer Seite von einer groß angelegten integrierten Revitalisierungsstrategie gesprochen und wird der Eindruck erweckt, es ließen sich mit 23,5 Millionen Euro für 2002 die schon in der Landtagsentschließung vom 18. September 2001 formulierten Ziele in ganz Niedersachsen erreichen. Meine Damen und Herren, das ist und bleibt Augenwischerei.

# (Beifall bei der CDU)

Städtebauförderung ist Förderung von Investitionen in Neubau und Modernisierung von Immobilien in einem städtischen Zusammenhang. Die Diskussion über die Städtebauförderung geht einher mit der Landfluchtdiskussion und dem Ziel von Rot-Grün, diese wegen vermeintlicher Zersiedlungsgefahr zu stoppen. Die Diskussion über die Eigenheimzulage geht mittlerweile in dieselbe Richtung. Neubauten außerhalb der Stadt führen nicht automatisch zur Zersiedlung. Eine vernünftige Flächenausweisung ist im ureigensten Interesse aller Kommunen. Exzessive Flächenausweisungen produzieren Strukturen, die vom Markt nicht angenommen werden. Man kauft nicht nur ein Haus, sondern man kauft auch Infrastruktur, man kauft die Umgebung, und damit kauft man auch Heimat ein.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Dem, meine Damen und Herren, müssen sich die Kommunen stellen und damit für die eigene Stadtentwicklung Sorge tragen durch vernünftige Bebauungspläne, unbürokratischen Umgang mit Bauanträgen, Deregulierung auf breiter Front, z. B. im Bereich kommunaler Satzungen und sonstiger Verordnungen. Fehlbelegungsabgaben und saftige Bußgelder bei gewerblicher Vermietung von Wohnungen sind da eher, wie von uns letzthin festgestellt, kontraproduktiv.

Die Landesregierung bleibt eine Antwort darauf schuldig, mit welchen Maßnahmen konkret sie die in der von ihr zitierten Landtagsentschließung aufgeführten Ziele gefördert hat und welche Erfolge dadurch tatsächlich erzielt wurden. Wenn schon Statistiken geführt werden, dann sollten diese um solche Angaben ergänzt werden. Zumindest für

Hannover kann ich sagen, dass einige so genannte Erfolge beim Einsatz von Landesmitteln durchaus zweifelhaft sind. Das viel gepriesene Modellvorhaben Vahrenheide-Ost konnte jedenfalls nicht verhindern, dass die Leerstandsquote von 7 % die höchste in der Stadt Hannover ist. Es konnte auch nicht verhindern, dass beschlossen worden ist, dort 250 Wohnungen abzureißen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Punkte aufgreifen: Revitalisierung sozial gefährdeter Stadtquartiere. - Hat die Landesregierung alles getan, um Fehlbelegungsabgaben im öffentlich geförderten Wohnungsbau abzubauen, und was hat sie getan, um Eigentumsbildung z. B. durch den Abbau investitionshemmender Vorschriften zu erleichtern? Warum sind Fördermittel in den Neubau in Gebieten geflossen, obwohl von vornherein absehbar war, dass es dort zwangsläufig zu einer Gettoisierung kommen wird und auch gekommen ist und damit neue soziale Brennpunkte entstanden sind?

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass in der Städtebauförderung umgedacht werden muss. Ganz wesentlich müssen wir uns der Subjektförderung statt der bisherigen Objektförderung zuwenden. Die Städtebauförderung kann nur Bestandteil eines weiter gefassten wohnungspolitischen Konzeptes sein. Wir jedenfalls erkennen ein solches bei dieser Landesregierung nicht. Städtebauförderung muss in ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung der Bauwirtschaft und des Bauhandwerks integriert sein. Ein solches Konzept zu entwickeln, ist Aufgabe einer Landesregierung. Ellenlange Statistiken, wie wir sie von Ihnen bekommen haben, lenken nur von der Konzeptionslosigkeit ab.

Mit dieser so genannten Großen Anfrage ist unserer Auffassung nach die Chance vertan, auf Zukunftsfragen Antworten zu geben. Aber was hätten Sie auch antworten sollen? Was hätten Sie fragen sollen?

Meine Damen und Herren, bleiben Sie so, wie Sie sind! Bleiben Sie rückwärts gewandt! In spätestens zehn Monaten werden Sie, etwas kleiner geworden, aus der Opposition heraus erleben dürfen,

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

wie wir dieses Land, seine Städte und Gemeinden einer in allen Bereichen dynamischen Zukunft entgegenführen werden. (Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Harden hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Harden!

# Harden (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Beckmann, das Letzte war ja eine Maßvorlage. Wenn Sie vorschlagen, dass wir von der Objektförderung in der Städtebauförderung zur Subjektförderung übergehen, dann werden Sie, wenn Sie das 30 Jahre lang machen, die Innenstädte nicht wiedererkennen. Dann wird die Siedlung nach amerikanischem Vorbild auf der grünen Wiese sein, und den Rest können Sie dann nur noch abreißen.

(Frau Jahns [CDU]: Wer will das denn?)

Bevor Sie hier solche Vorschläge machen, sollten Sie einmal nachdenken und hier nicht einfach strikten Lobbyismus betreiben. Das kann man so eigentlich gar nicht stehen lasen.

> (Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Wolf [SPD]: Was sagt denn Haus & Grund dazu?)

Wenn Sie hier Konzepte fordern: Diese Konzepte liegen auf dem Tisch. Es gibt sie seit Anfang der 70er-Jahre nach dem Städtebauförderungsgesetz. Das hat dann in das Baugesetzbuch Eingang gefunden. Die Zwischenbilanz zeigt, dass das ganz erfolgreich ist, weil Innenstädte in Deutschland - Herr Wolf hat das ja eindrucksvoll dargelegt noch liebenswert sind und weil man sie noch erleben kann. Sie haben ihre Funktion noch nicht verloren

Auf ein paar Dinge möchte ich noch eingehen, die Herr Decker hier gesagt hat. Er hat die Verödung der Innenstädte angemahnt.

(Möllring [CDU]: Angemahnt? Beklagt hat er die!)

- Er hat darauf hingewiesen, dass Innenstädte veröden. - Wenn man genauer hinguckt oder nachfragt, woran das liegt, dann kann man feststellen, dass die Vermieter zum Teil Preisvorstellungen davon haben, was man Leuten abnehmen kann, die einen Laden betreiben, dass sie davon nicht mehr existieren können. Wenn da nicht ein Umdenken auch bei den Vermietern einsetzt, Verantwortung zu übernehmen, dann werden wir überhaupt nichts dagegen machen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Eines möchte ich Ihnen noch sagen, Herr Kollege Beckmann. Die Eigenheimzulage ist nicht von uns in die Diskussion gebracht worden, sondern Sie haben das infrage gestellt. Wir möchten uns an einer solchen Diskussion eigentlich nicht beteiligen. Man muss nur laut genug darüber reden, irgendwann kommt es dann auch.

Sie haben auf die Konversionsflächen hingewiesen. Herr Minister Bartling hat schon darauf aufmerksam gemacht, dass es ab 2003 ein eigenes Programm von 25 Millionen DM gibt. Auch das zeigt eindrucksvoll, dass wir diese Sorgen ernst nehmen und auch bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen, selbst wenn die Kassen so knapp sind.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Minister Bartling hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Minister!

(Möllring [CDU]: Muss er es jedes Mal klarstellen, wenn jemand von der SPD gesprochen hat?)

# **Bartling**, Innenminister:

Nein, ich muss nichts klarstellen, sondern ich muss auf ein paar wenige Dinge reagieren, meine Damen und Herren, insbesondere weil Sie hier über bestellte Anfragen gesprochen haben. Herr Möllring, ich erinnere Sie einmal daran, dass wir hier im vorletzten Plenarsitzungsabschnitt eine Dringliche Anfrage behandelt haben, von der Sie auch behauptet haben, dass sie bestellt worden sei. Die hat der Herr Kollege Pfeiffer beantwortet. Das hat sehr lange gedauert. Es war der "größte Skandal der niedersächsischen Parlamentsgeschichte", weil man in einer Fragestunde nur zwei Fragen beantworten konnte. Dann kam die nächste Fragestunde im April-Plenum. Da hat die CDU eine Frage gestellt. Sie haben es dabei durch Ihre Nachfragen hingekriegt, dass in der ganzen Stunde eine einzige Frage beantwortet werden konnte, und haben sich

von dem Ministerpräsidenten eine Ohrfeige nach der anderen eingehandelt.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen sich schon einmal darüber klar werden, wie Sie das bewerten. Sie werden nie verhindern können, dass auch die SPD-Fraktion Große Anfragen stellt und eine gerechtfertige Antwort darauf erhält.

Ihre Reaktionen machen eines deutlich, nämlich dass Sie zu dem Problem überhaupt keine Alternativen haben.

Zu Herrn Hagenah nur ein paar wenige Anmerkungen: Herr Hagenah, Sie hätten eigene Städtebauförderungsprogramme fordern können, als der Bund auf null gesetzt hat. Denken Sie mal daran, wer seinerzeit in der Landesregierung war. Es waren Thea Dückert, Hannes Kempmann, Jürgen Trittin und wie sie alle hießen dabei. Das hätten Sie mal machen sollen. Aber da hat diese Landesregierung wahrscheinlich ihre eigene finanzielle Situation auch schon so realistisch eingeschätzt, wie wir das heute machen. Deswegen ist das nicht gemacht worden.

Zu den Abrechnungsfragen: Sie haben Recht, dass es manchmal zu lange dauert. Der generellen Kritik des Landesrechnungshofs kann ich mich nicht anschließen, weil wir in den Kommunen sehr unterschiedliche Situationen haben und ich auch den Kommunen die Chance geben möchte, dass sie von Städtebauförderungsmitteln profitieren können. Dann kann es auch mal länger dauern. Deswegen ist diese generelle Kritik nicht gerechtfertigt.

Eine Evaluierung wird z. B. hier in Hannover durchgeführt. Das ist der Fall. Daraus werden auch Konsequenzen gezogen. Da haben Sie wirklich etwas Falsches berichtet.

Aber den Gesamtzusammenhang möchte ich auch noch einmal herstellen, meine Damen und Herren. Herr Decker hat heute das fortgesetzt, was wir in jeder Plenarsitzung erleben: Sie stellen Milliardenforderung um Milliardenforderung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Decker [CDU])

Sie haben hier erzählt: Da hat die CDU Millionen und nochmals Millionen beantragt. Sie sind Versuchs-Anscheinerwecker:

(Heiterkeit)

Sie versuchen, den Anschein zu erwecken, dass Sie etwas anders machen könnten, und wollen den Leuten einreden, Sie könnten etwas machen. Sie fordern alles. Sie fordern tausende von Lehrern mehr, tausende von Polizisten mehr, tausende für den Wohnungsbau. Sie machen den Leuten etwas vor, aber glauben Sie bitte nicht, dass Ihnen irgendeiner auf dieser Welt diesen Quatsch noch abnimmt!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Decker [CDU])

# Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister, gestatten Sie noch eine Frage? - Er gestattet sie nicht.

Meine Damen und Herren, der Kollege Beckmann hat noch einmal um das Wort gebeten. Ich erteile ihm aufgrund unserer Geschäftsordnung eine zusätzliche Redezeit von bis zu drei Minuten.

# Beckmann (CDU):

Herr Minister, ich bin im Grunde genommen sehr dankbar für Ihren Redebeitrag, weil er gezeigt hat, in welcher Weise Sie unsere Diskussionsbeiträge getroffen haben.

(Zustimmung von der CDU)

Sie können nicht so weitermachen, wie das immer gewesen ist, und es kann auch nicht sein, dass die Freunde der sozialdemokratischen Fraktion feststellen: Es muss so bleiben, wie es bisher war.

(Harden [SPD]: Da, wo es gut war, muss es so bleiben!)

Wir haben davon gesprochen, dass wir von der Objektförderung weg und hin zur Subjektförderung kommen müssen, und Sie sprechen davon, wir sollten unsere Innenstädte dann nicht mehr ansehen. Da kann ich nur fragen: Was ist denn passiert? Warum haben wir denn die sozialen Brennpunkte bekommen? Weil wir eben diese Objektförderung über Jahrzehnte gehabt haben und weil wir die Subjektförderung nicht haben einführen und durchführen können.

(Beifall bei der CDU - Harden [SPD]: Nein, nein! Das stimmt nicht!)

Was Sie tun müssten, wäre, die gesamten Reglementierungen z. B., die Sie in diesen Wohnungsmarkt eingeführt haben, zurückzunehmen. Herr

Hagenah ist doch Zeuge dessen gewesen, was wir in der Großstadt Hannover erlebt haben. Wir haben im Jahre 1992 mit den Gesetzen, die Sie im Bund beschlossen haben, die Einführung von Erhaltungssatzungen für vier Gebiete erlebt. Zehn Jahre lang haben Sie diese Gebiete mit der Erhaltungssatzung heruntergewirtschaftet, und nun müssen diese Gebiete mit Mitteln aus dem Programm "Soziale Stadt" wieder aufgeforstet werden.

(Harden [SPD]: Wir sind hier nicht im Stadtrat, hier ist der Landtag! Das haben wir doch hier nicht beschlossen! - Wolf [SPD]: Das ist doch die Stadt Hannover gewesen, Herr Beckmann!)

Meine Damen und Herren, gewöhnen Sie sich das ab. Sie können mit Gesetzen, mit Satzungen und mit all dem, was Sie an Reglementierungen eingeführt haben, Städtebauförderung nicht wirkungsvoll durchführen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu dieser Großen Anfrage nicht vor. Darum stelle ich fest, dass die Besprechung der Großen Anfrage abgeschlossen ist.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

Neuer PEP für die Staatsmodernisierung -Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -Drs. 14/3368

Zur Einbringung und Begründung des Antrages hat sich der Kollege Hagenah zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

# Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform können nur mit motivierten und auf dem aktuellen Stand fortgebildeten Beschäftigten vorankommen. Wegen der chronischen Finanznot, aber noch mehr wegen der mangelnden Schwerpunktsetzung der Landesregierung fehlen dafür bisher die Finanzmittel. Selbst die bescheidenen Anmeldungen der Häuser können im Etat nicht realisiert

werden. Mehr als das Dreifache dessen, was im Etat vorhanden ist, ist angemeldet worden, und das, obwohl doch überall gebeten wird, sich zurückzuhalten, da die Haushaltslage bekannt ist. Das macht deutlich, dass der tatsächliche Bedarf viel größer ist als der Bedarf, dem derzeit von der Landesregierung entsprochen wird.

Gleichzeitig versanden aber im Bereich der Reformdividende, also im Bereich dessen, was innerhalb der Budgets von den Beschäftigten auf Kosten der Beschäftigten eingespart wird, Millionenbeträge. Mehrere Anfragen von uns haben ergeben, dass Mittel in allgemeinen Maßnahmen versanden, die eigentlich vom Landeshaushalt finanziert werden müssten. Beispiele dafür sind pikanterweise das Finanzministerium selbst, das aus der Reformdividende die Renovierung der Landesfinanzschule finanziert hat. Wir sind der Meinung, dies hätte vollständig etatisiert werden müssen. Natürlich ist es schön, dass dort renoviert wird und auch ausgebildet werden kann. Dass das aber eine typische Maßnahme der Reformdividende ist, bezweifeln wir aufs Äußerste.

Auch das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales hat sich durch eine beispielhafte Reformmaßnahme hervorgetan: Es hat mit den Reformmitteln einen Geschirrspüler angeschafft. Auch das, meine ich, ist nicht unbedingt das, wie Personalentwicklung im Sinne der Beschäftigten aussehen müsste. Eigentlich sollte das in anderer Art und Weise dem Arbeitsplatz zugute kommen, als in Renovierungen oder in die Anschaffung von Gerät gesteckt zu werden. Das müsste von den Häusern angemeldet und über den normalen Haushalt finanziert werden.

Personalentwicklung, Gesundheitsförderung und Gleichstellung wären die eigentlichen Zielgebiete, in die die Reformmittel fließen müssten, die im Augenblick noch in ganz erheblichem Umfang vorhanden sind, eben im Bereich der Reformdividende, weil die Personaletats nur mit einem durchschnittlichen Ausnutzungsgrad von 98 % gefahren werden. Am Ende bleiben gigantische Beträge übrig. Zur Hälfte fließen sie dem Finanzminister zur Konsolidierung des Haushaltes zu. Dieser freut sich. Zur anderen Hälfte werden sie im Augenblick auf diese Art und Weise verbraucht.

Wir hoffen, dass die Beschäftigten diesen schludrigen Umgang mit dem Budgetprinzip spätestens zum Haushalt 2004 nicht mehr zulassen und dass man insgesamt dazu kommt, die Personalkostenbudgets der Häuser stärker an die 100 % heranzufahren, damit nicht solche großen Beträge übrig bleiben, die auf die Art und Weise, wie dies im Augenblick geschieht, jedenfalls nicht voll im Sinne des Erfinders verwandt werden.

Bis dahin müssen wir, wie wir meinen, durch unsere vorliegende Entschließung dafür sorgen, dass die Reformdividende sachgerecht verwendet wird. Das ist das Mindeste, was wir bei der zu niedrig festgezurrten Haushaltsfestsetzung tun können. Für die Haushaltsplanung ab 2004 schlagen wir allerdings einen Systemwechsel vor. Die Beschäftigten brauchen einen verlässlichen und deutlich höheren Betrag für Personalentwicklung, Gesundheitsförderung und Gleichstellung. Dies kann im Rahmen der Budgetbildung nur mit einem dafür vorgehaltenen Prozentsatz aus den Personalkostenbudgets insgesamt gerecht und verlässlich geschehen. Die bisher gesondert geführten Haushaltsstellen sollten unserer Meinung nach dafür entfallen, sodass es dafür auch ein Äquivalent gibt, das dem Finanzminister angeboten werden kann.

Mit diesem Prinzip gibt es andernorts positive Erfahrungen. Die Landeshauptstadt Hannover-auch keine kleine Verwaltung - macht dies schon seit mehreren Jahren. In einer Mischung zwischen dezentraler Verfügung und einer Zentralverfügung - wir schlagen für das Land 25 % vor - haben sich dort produktive Wechselspiele eingestellt. Einerseits besteht weiterhin ein Anreiz für die Beteiligung an zentral entwickelten Konzepten, weil eben zentral zugefördert wird, und andererseits wird mit einem hohen Standard auch dezentral mit Maßnahmen der Personalentwicklung gearbeitet.

Der hohe Krankenstand und die alarmierenden Ergebnisse der Mitarbeiterbefragungen sollten Sie überzeugen, unserem Vorschlag zu folgen. Bevor Sie mit dem schlichten Verweis auf die ganz erhebliche Summe, die zusammenkommt, sagen, dass sei eine zu große Schwerpunktsetzung im Haushalt, bitte ich Sie doch, in den Fraktionen noch einmal zu vergleichen, und zwar einerseits mit Verwaltungen, die in diesem Sinne verfahren, aber vor allen Dingen auch mit erfolgreichen Firmen in der Privatwirtschaft, die noch in ganz anderer Art und Weise in ihr Personal investieren und von ihrer Philosophie her auch wissen, dass nur mit einem motivierten und fortgebildeten Personal erfolgreich gewirtschaftet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Goede:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Althusmann [CDU] meldet sich zu Wort)

- Herr Kollege Althusmann? Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. - Bitte sehr, Frau Kollegin Meyn-Horeis!

(Frau Pawelski [CDU]: Sollte da eben geschummelt werden? Was habe ich denn da beobachtet, Frau Präsidentin? - Wernstedt [SPD]: Sie werden eines Tages noch verhungern, weil Sie sich nicht entschließen können! - Möhrmann [SPD]: Ich hätte die Debatte schon längst geschlossen!)

#### Frau Meyn-Horeis (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, die Reihenfolge wäre gleichgültig gewesen, weil wir, Herr Hagenah und Herr Althusmann, uns in diesem Punkt sicherlich sehr nahe sind. Insoweit ist es egal, wer zuerst redet.

Sehr verehrter Herr Althusmann, wenn Sie meiner Rede aufmerksam zuhören, dann werden Sie vielleicht Ihren Redebeitrag entsprechend verändern und heute im Vergleich zu gestern etwas sachlicher vortragen.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das war sehr sachlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal können wir alle feststellen, dass wir in Niedersachsen bei der Verwaltungsreform und bei der Staatsmodernisierung auf einem sehr guten und auch erfolgreichen Weg sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Unstrittig ist auch, dass wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern in diesem Bereich eindeutig eine führende Rolle einnehmen.

(Dr. Stratmann [CDU]: Ach du liebe Güte!)

- Ja, darüber freuen Sie sich. Sie können sich auch darüber freuen, denn diese Arbeit haben wir hier geleistet.

(Frau Leuschner [SPD]: Genau!)

Dies, Herr Dr. Stratmann, liegt nämlich nicht zuletzt daran, dass sowohl die Landesregierung mit dem Beauftragten für Staatsmodernisierung und den motivierten Beschäftigten als auch die Fraktionen des Landtages diese Aufgabe konstruktiv voranbringen.

Eine wesentliche Rolle bei der Staatsmodernisierung spielt heute neben dem Aufgabenabbau, Abläufe zu straffen und die Aufbauorganisation zu verschlanken natürlich als Schwerpunkt die Personal- und Organisationsentwicklung. In der Antwort auf die mündliche Anfrage von Mitgliedern der SPD-Fraktion von vor vier Wochen zum Stand der Personalentwicklungsmaßnahmen ist ausgeführt worden, dass zu den Aktivitäten und Zielen der Landesregierung u. a. die Qualitätsoffensive, die Entwicklung der Führungskräfte und das Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch gehören. Bei diesen Maßnahmen sind bereits gute Ergebnisse von der Landesregierung erzielt worden, die im einzelnen der Antwort auf die Anfrage zu entnehmen sind.

Wir als SPD-Landtagsfraktion unterstützen diese guten Aktivitäten der Landesregierung ausdrücklich. Denn wir sind uns wohl alle darin einig, dass Personalentwicklung notwendig ist, um mit den Beschäftigten die Landesverwaltung als Standortund Zukunftsfaktor auszubauen, um ein selbständigeres Arbeiten der einzelnen Beschäftigten sowie eine vermehrte Teamarbeit zu unterstützen

(Zustimmung von Frau Leuschner [SPD])

und um die Motivation und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten zu steigern, damit alle Ziele einer modernen Verwaltung erreicht werden können.

Klar ist, Herr Hagenah, dass dies alles ohne einen darauf ausgerichteten Mittel- und Ressourceneinsatz kaum möglich ist. Ein positiver Beitrag im Bereich der Personalentwicklung ist daher die seit 1997 begonnene schrittweise flächendeckende Einführung von Personalkostenbudgets. Erfreulich ist, dass seit 2001 alle Ressorts der niedersächsischen Landesverwaltung mit einem umfassenden Personalkostenbudget arbeiten. Bei Nichtausschöpfung dieser Budgets wird den Häusern die Hälfte des nicht ausgeschöpften Betrages als Reformdividende zur Verfügung gestellt.

(Hagenah [GRÜNE]: Nicht immer!)

- Dazu komme ich noch. - Dieses ist unstrittig ein Anreizsystem zur effizienten Personalbewirtschaftung. Allerdings ist klar, dass es in schwierigen Zeiten der Haushaltskonsolidierung für die Personalentwicklung keine Sonderbedingungen geben kann. Hier gilt es - das fordern Sie auch -, mehr Planungssicherheit für die Häuser zu erreichen.

(Möllring [CDU]: Hat er nun Recht oder nicht?)

Das Ziel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Vorschlägen zur Personalentwicklung, speziell die Personalkostenbewirtschaftung zu verbessern, wird auch von uns verfolgt. Meine Fraktion ist, wie eben gesagt, der Meinung, dass ein größerer Vertrauensschutz für die Beteiligten erreicht werden sollte. Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass die Landesregierung bereits prüft, ob und inwiefern den Behörden für die Personalkostenbudgets eine Planungssicherheit - natürlich unter Berücksichtigung der finanziellen Situation des Landes - gegeben werden kann.

(Möllring [CDU]: Das wird jetzt schon geprüft? Das ist aber früh!)

Die Entwicklung von weiteren Personalentwicklungsmaßnahmen unter Einbeziehung der Beschäftigten findet ebenfalls unsere Unterstützung. Aber auch hierzu muss erwähnt werden, dass auch dieses bereits in den meisten Häusern durch die Zusammenarbeit der Personalräte mit den Personalreferaten geschieht.

(Möllring [CDU]: Woher wissen Sie das?)

Die geforderte Verwendung der Mittel der Reformdividende ausschließlich für Personalentwicklungs-, Gesundheits- und Gleichstellungsmaßnahmen möchten wir mit Ihnen gerne im Ausschuss diskutieren. Die Frage ist nämlich, ob es im Sinne der Beschäftigten wirklich ratsam wäre, den Freiraum dieser Mitteleinsetzung auf diese ohne Frage wichtigen Elemente zu begrenzen, oder ob es nicht ratsamer wäre, den Freiraum des Mitteleinsatzes möglichst groß zu halten. Die Einrichtung eines Personalentwicklungspools - von Ihnen als "PEP" bezeichnet - scheint ein guter Vorschlag zu sein. Diskutieren möchten wir allerdings über die von Ihnen, Herr Hagenah, vorgeschlagene Zuführung von 1 % des Gesamtpersonalkostenbudgets.

(Hagenah [GRÜNE]: Ohne Moos nichts los!)

Hier sollten wir nicht nur die positive Auswirkung, sondern vor allem auch die negative Auswirkung für die Besetzung der Stellen diskutieren. Bei dem zur Diskussion stehenden Volumen würde das nach meinen Informationen eine Sperre von fast 1 400 Stellen bedeuten.

(Möllring [CDU]: Sind das nicht mehr?)

Abschließend möchte ich zusammenfassend Folgendes anmerken: Der Antrag beinhaltet einen guten Ansatz. Im Ziel sind wir uns einig. Wir sollten den Inhalt auf realistische und praktikable Umsetzung überprüfen. Dann sehe ich sogar die Möglichkeit für eine gemeinsame Entschließung, denn der Bereich der Personalentwicklung eignet sich nach meiner Auffassung nicht für politischen Streit. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat der Kollege Althusmann das Wort.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir befürchtet!)

# Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Frau Meyn-Horeis, ich möchte Ihnen zur Einstimmung in dieses wunderbare Thema ein kleines Beispiel dafür geben, wie ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Personalentwicklung in Niedersachsen aussehen und wofür dieses Land Geld ausgibt. Ich lese einmal aus einer Vorlage des Ausschusses vor, wie bei der Bezirksregierung Weser-Ems unter der Nr. 27 ein Projekt mit 80 000 Euro finanziert werden soll:

"Steigerung der Motivation durch Evaluierung der Vorgesetzteneinschätzung auf der Grundlage einer Personalbefragung durch die Uni Oldenburg."

Meine Damen und Herren, nachdem Sie Ihre Erfahrungen mit Befragungen im Lande Niedersachsen gemacht haben, hätte man annehmen können, dass Sie mit diesem Thema etwas vorsichtiger und umsichtiger umgehen. Ich gebe allerdings zu: Manche Befragung kann motivierend sein, wenn

man denn die Ergebnisse, liebe Frau Meyn-Horeis, zur Kenntnis nehmen würde.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - wer wollte es bestreiten zielt in die richtige Richtung. Auch darin, dass Staatsmodernisierung in Niedersachsen neuen Schwung und ein wenig Pep braucht, sind wir uns mit Sicherheit einig. Wer wollte bestreiten, dass inzwischen in Niedersachsen einer anfänglichen Reformeuphorie in allen niedersächsischen Behörden - etwa 800 - eine Ernüchterung gefolgt ist? Liebe Frau Meyn-Horeis, Sie haben versucht, die Erfolge der Landesregierung im Bereich der Verwaltungsreform Staatsmodernisierung darzustellen. Hierzu möchte ich ein paar Punkte aufzählen.

Im Bereich des Stellenabbaus sind Sie zwar um einiges vorangekommen, aber es ist nach wie vor so, dass durch Stellenverschiebungen in die Landesbetriebe Bilanzen in Niedersachsen geschönt werden. Es gibt keine Reform aus einem Guss in Sachen Verwaltungsreform. Seit 1993 wird in einer unglaublichen Vielzahl von Projekten, ob im Bereich der neuen Steuerung oder anderswo, reformiert, modernisiert. Es wird alles Mögliche gemacht. Aber an einem Konzept bezüglich der Frage, welche Aufgaben eine Landesverwaltung überhaupt erbringen muss, fehlt es an allen Ecken und Enden. Sie haben Ihren Staatsmodernisierer zu einem hilflosen Grüßmodernisierer degradiert. Nichts anderes ist er mehr, nachdem er ins Innenministerium zurückdelegiert und von seinen Aufgaben entbunden wurde.

#### (Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie Ihnen die Versorgungskosten im Lande Niedersachsen davon laufen, dann müssten Sie eigentlich sagen: Wir müssen ganz neu anfangen und endlich anerkennen, dass die Opposition im Hause immer wieder Recht hatte mit der Forderung: Machen Sie einen Schritt nach dem anderen, und fangen Sie nicht überall an, eine unkonzeptionelle, unkoordinierte Verwaltungsreform voranzubringen.

Herr Hagenah, zu Ihren Antrag kann ich Folgendes sagen: Ihre Überschrift finden wir sehr gut. Jetzt kommt aber der Unterschied, Frau Meyn-Horeis, den Sie gar nicht erwarten: Bis auf die Überschrift sind wir uns bei diesem Antrag nämlich nicht einig. Es gibt nur die Überschrift, die man vollends unterstreichen kann. Ich möchte versuchen, Ihnen das kurz erläutern. Die Maßnahmen, die Sie zu

einer effektiveren Personalkostenbewirtschaftung vorschlagen, erschließen sich mir, lieber Herr Hagenah, selbst nach mehrmaliger Durchsicht eigentlich überhaupt nicht. Das mag an mir liegen; ich will das gerne zugeben. Sie nicken ja auch schon. Es kann doch nicht allen Ernstes Ihr Ziel sein, die Mittel der Reformdividende künftig ausschließlich für Maßnahmen der Gesundheitsförderung, der Gleichstellung und der Personalentwicklung in allgemeiner Form einzusetzen.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Vor allem die Frauenförderung! Frau Schliepack findet das auch!)

Ihr Vorschlag, ab 2004 - das haben Sie dankenswerterweise völlig zu Recht angesprochen, Frau Meyn-Horeis - 1 % des Gesamtpersonalkostenbudgets in einen Personalentwicklungspool zu sammeln, erscheint etwas unrealitisch zu sein, zumal dieser Vorschlag nicht finanzierbar ist. Die personellen Auswirkungen, der Stellenabbau, wurden bereits angesprochen.

(Frau Janssen-Kucz [GRÜNE]: Die CDU stellt sich die Frage der Finanzierung! Das ist etwas Neues!)

Dies entspricht auch nicht dem Bedarf der Personalentwicklungsmaßnahmen in Niedersachsen. Hier muss ich Ihnen ausdrücklich widersprechen, Herr Hagenah. Das geht auch aus der Ihnen vorliegenden Unterlage hervor. Sie wollen umgerechnet 90 Millionen Euro in den Personalentwicklungsbereich in Niedersachsen stecken. In den Ministerien steht dafür im Moment einschließlich der Jobbörse für dieses Jahr lediglich ein von den Ministerien angemeldeter Bedarf in Höhe von 5 Millionen Euro gegenüber. Mit Stand vom 26. April diesen Jahres sind davon gerade einmal 40 % tatsächlich abgerufen worden.

Lieber Herr Hagenah, von daher müssen Sie schon sagen, in welche Richtung Sie gehen wollen. 180 Millionen Euro nur für Personalentwicklung auszugeben, wird automatisch dazu führen, dass irgendwo anders Mitarbeiter entlassen werden müssen. Oder Sie müssen dieses Geld im Rahmen des nächsten Haushalts, im Rahmen eines Nachtragshaushalts oder wie auch immer einbringen. Sie wollen den Anteil der Personalentwicklungsmittel verachtzehnfachen. Wir finden, dass Sie gleichzeitig das eigentliche Ziel einer Budgetierung, nämlich eine Flexibilisierung und Übertragbarkeit der Mittel und des gezielten Einsatzes von

Finanzmitteln, eher ad absurdum führen. Denn Sie wollen wieder sehr zentral steuern.

Der richtige Weg der Bewirtschaftung im Bereich der Personalentwicklungsmittel sieht deutlich anders aus. Wir haben hier immer und immer wieder angemahnt, dass es in Niedersachsen ganz offensichtlich an einer klaren und nachweisbaren Analyse der Vergabe von Mitteln für Personalentwicklungsmaßnahmen mangelt. Niemand im Lande Niedersachsen könnte Ihnen definitiv sagen, dass das, was hier an Personalentwicklungsmaßnahmen betrieben wird, tatsächlich notwendig ist. Auf dem Felde der Personalentwicklung tummelt sich in Niedersachsen eine Vielzahl von Instituten und Beratungsunternehmen, zum Teil professionelle Unternehmen, zum Teil weniger professionelle. Manche sprechen auch von Autodidakten.

Das Studieninstitut in Bad Münder, das Lehrerinstitut und das Bildungsinstitut der Polizei bieten verschiedenste Kurse an: Kurse von der wunderbaren Atemtechnik über "Einmal Dampf ablassen" oder "Miteinander reden" bis hin zu Kursen, die durchaus sehr sinnvoll sein können, wie z. B. "Betriebswirtschaftliche Grundlagen", "Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung", "Neue Steuerungsmodelle". Insgesamt wird in Niedersachsen ein bunter Blumenstrauß angeboten, im Prinzip eine große Landesvolkshochschule, ohne dass einmal jemand danach fragt, ob die Mittel tatsächlich effizient eingesetzt werden oder tatsächlich notwendig sind. Deshalb fehlt es an einer gezielten Personalentwicklungsstrategie, weil wir ohne Zweifel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung in Niedersachsen etwas tun müssen, um deren Qualifikation nicht nur zu erhalten, sondern auch ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und sie entsprechend weiterzubilden.

Meine Damen und Herren, seit Jahren werden Gelder ungeprüft für ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahen der Personalentwicklung ausgeben, ohne dass man einmal nachgeschaut hätte, ob das tatsächlich wirtschaftlich und notwendig ist. Das ist eigentlich organisiertes Desinteresse und inzwischen möglicherweise organisierte Unverantwortlichkeit.

Ich will Ihnen noch ein wunderbares Beispiel für eine Personalentwicklungsmaßnahme nennen, die im Sozialministerium stattfindet und für die 32 400 Euro ausgegeben werden: "Etablierung von Benchmarking auf der Basis einer BSC - Balance-Score-Card - als dauerhaftes Instrument für die dezentrale

Steuerung von Teamarbeit". Hin und wieder habe ich mich damit schon einmal beschäftigt, meine Damen und Herren. Aber auch dieses Thema habe ich ehrlich gesagt nicht sofort verstanden, geschweige denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der niedersächsischen Landesverwaltung, die sich zu einem solchen Kurs bzw. Projekt anmelden wollten. Das, was dort läuft, ist großer Unsinn. Insofern gibt es hier einigen Handlungsbedarf.

Es wäre zu prüfen, ob Ihre erste Forderung umsetzbar ist, Herr Hagenah. An der Stelle sind wir uns unsicher und werden das mit Sicherheit noch weiter beraten. Ihre Forderung lautet, die im Doppelhaushalt 2002/2003 ausgewiesenen Personalkostenbudgets anders als in den Vorjahren in voller Höhe zur Verfügung zu stellen und nicht durch Umdefinition des Bemessungsrahmens zum Teil zur Konsolidierung absehbarer Defizite an anderer Stelle heranzuziehen.

Dazu eine letzte Anmerkung: Die Soll-Ansätze eines Personalkostenbudgets setzen sich aus den Bezügen und Nebenleistungen der Beamten, den Altersteilzeitzuschlägen, der Vergütung der Angestellten sowie der Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen. Ergeben sich Stellenveränderungen, Tarif- oder Besoldungserhöhungen, muss man in diesem Bereich flexibel sein und flexibel anpassen können. Insofern muss auch ein flexibler Einsatz von Soll- und Ist-Ansätzen möglich sein.

Lieber Herr Hagenah, es ist zu befürchten, dass der Vorschlag, der in Ihrem Antrag gleich unter Nummer 1 auftaucht, tatsächlich kaum realisiert werden kann. Wir haben sogar erhebliche Zweifel daran, ob Ihr Antrag in der Form überhaupt realisierbar ist. Wir geben uns Mühe, im Ausschuss gemeinsam mit Ihnen zu schauen, was davon übrig bleibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Frau Leuschner [SPD]: Das ist doch schon etwas, Herr Althusmann!)

# Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Hagenah, Sie haben noch einmal ums Wort gebeten.

# Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich bei den Sprechern der beiden anderen Fraktionen - besonders bei Frau Meyn-Horeis, die sich bereits eindeutig zum gesamten Antrag geäußert hat; Herr Althusmann hat sich eher nur auf die Überschrift bezogen - für Ihre Diskussionsbereitschaft und das Angebot, möglichst gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Der Ansatz, die Personalentwicklung tatsächlich zu einer verlässlichen Größe für die Beschäftigten zu machen, ist der richtige Weg, um auf einem Feld, auf dem die Beschäftigten im Augenblick sehr stark mit ihrer Motivation zu kämpfen haben, eine Perspektive bieten zu können.

Herr Althusmann, auf einen Trugschluss in Ihrer Analyse unserer Forderungen möchte ich Sie aufmerksam machen. Das könnte für Ihre Vorbereitungen auf die Diskussion im Ausschuss hilfreich sein. Sie werfen uns vor, die Summe sei so hoch, es gehe um 1 400 oder 1 800 Stellen, die 1 % entsprächen. Schauen Sie sich vor diesem Hintergrund einmal an, wie heutzutage die Personalkostenbudgets ausgenutzt werden: Teilweise liegt heute der Ausnutzungsgrad unter 98 % und reicht hier und da bis 99,3 %. Das schwankt zwischen den einzelnen Häusern.

Frau Meyn-Horeis, die Stellen, deren Fehlen Sie in Ihrem Redebeitrag beklagt haben, sind im Augenblick gar nicht besetzt. Niemand wird widersprechen, dass wir - wenn wir diesen Gedankengang logisch fortschreiben -, wenn die Häuser durch entsprechende Übung diesen 100 % näher kommen können, neue Einstellungen vornehmen oder einen Kompromiss mit den Beschäftigten schließen müssen. Es wäre machbar, ohne die Erhöhung des jetzigen Budgets das, was derzeit nicht ausgenutzt wird, für Zwecke der Personalentwicklung festzuschreiben. Das käme den Beschäftigten tatsächlich zugute. Ich würde darum bitten, dass das auf die drei genannten Felder festgeschrieben wird.

Herr Althusmann, es geht beileibe nicht nur um 5 Millionen Euro für Personalentwicklung. Nehmen Sie noch den Gleichstellungsbereich und die Gesundheitsförderung hinzu, sprechen wir über enorme Kostenbeträge. Ich denke dabei an die Freistellung von Frauen, die sich in der Schwangerschaft befinden, was im Sinne einer Gleichstellungsaufgabe berücksichtigt werden müsste. Herr Althusmann, wenn Sie es im Bereich der Gesundheitsfürsorge schaffen würden, nur dafür zu sorgen, das Pensionsalter von derzeit ungefähr 56 Jahren um ein halbes Jahr, ein Jahr oder zwei Jahre anzuheben, wäre das eine Prozent, das wir für Gesundheitsförderung, Personalentwicklung und Gleichstellung kontinuierlich einsetzen, mehr als das Dreifache wert, weil wir auf diese Art und

Weise mit dem vorhandenen Personal mehr Leistung, Kontinuität und Anwesenheit mit Blick auf die Jahresarbeitszeit verbuchen könnten, weil nicht so hohe Fehlzeiten aufliefen.

Herr Althusmann, Sie beziehen sich immer sehr gerne auf die Privatwirtschaft. Diese Art der Investition ist dort längst erkannt worden. Sie haben eben eine Liste aufgezählt, angefangen bei der Entspannungsübung bis hin zur konkreten Fortbildung, und sich mehr oder weniger über das, was dort angeboten wird, lustig gemacht. Wenn ich mir das vor Augen führe, sind Sie derjenige, der weltfremd ist, nicht aber diejenigen, die solche Angebote vorhalten. In einem Betrieb mit 200 000 Beschäftigten gehört es nun einmal dazu, dafür zu sorgen, dass die Fortbildungsbedürfnisse und die durch die Arbeit auftretenden gesundheitlichen Probleme sowie die im Arbeitsablauf auftretenden Probleme der Gleichstellung aus der Arbeit heraus finanziert werden können. An der Stelle müssen wir dafür sorgen, dass Arbeitsplätze im Landesdienst für weibliche Beschäftigte weiter ausgebaut werden und man nicht - wie ich aus der Finanzverwaltung gehört habe - die Sorge hat, dass nach der Einstellung vieler weiblicher Kräfte in bestimmten Jahrgängen jetzt der große Abgang droht, weil sie in die Familiengründungsphase hineingewachsen sind. Heute wird doch überlegt, ob man sich das überhaupt noch leisten kann. Wenn wir es Ernst meinen mit Gleichstellung, Gesundheitsförderung und Personalentwicklung, dann müssen wir über Summen in dieser Größenordnung, aber auch über eine konkrete Eingrenzung dieses Budgets reden, weil nicht alles und jedes aus diesem Topf finanziert werden kann, sondern man ganz konkret definiert, was mit diesen Maßnahmen gemeint ist. Dazu sind die Ausschusssitzungen nötig. Aber davon, dass die Dimension die richtig gewählte ist, sind wir überzeugt, weil die Beispiele anderer genau in diese Richtung weisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Hagenah. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Bartling um das Wort gebeten.

# Bartling, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Althusmann, wenn Sie in der Diskussion ernst genommen werden wollen, sollten Sie darauf achten, dass Ihre Argumente einer Bewertung standhalten können. Sie haben sich hier hingestellt und schlankweg behauptet, dass der Staatsmodernisierer wieder ins Innenministerium zurückgekommen sei. Da aber war der nie. Der sitzt immer noch in der Staatskanzlei.

(Althusmann [CDU]: Entschuldigung!)

Meine Damen und Herren, der Entschließungsantrag der Grünen wirft eine wichtige und nicht leicht zu beantwortende Frage auf: Wie soll sichergestellt werden, dass in Zeiten knapper Ressourcen die für die Qualifizierung der Beschäftigten erforderlichen Sachmittel im erforderlichen Umfang und auch kontinuierlich zur Verfügung stehen? - In der Tendenz sind wir uns sicherlich schnell einig. Die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in der Landesverwaltung ändern sich laufend. Der Veränderungs- und Anpassungsdruck ist spürbar. Das Wort vom lebenslangen Lernen ist keine Phrase, sondern das ist eine Notwendigkeit in der Verwaltung. Die Beschäftigten sind durchweg motiviert, sich fortzubilden. Das zeigt die hohe Zahl der Anmeldungen für die intern oder in den diversen Bildungs- und Studieneinrichtungen des Landes durchgeführten Fortbildungen. Ich kann mich den Anmerkungen von Herrn Hagenah zu den unterschiedlichsten Angeboten, die in einem so großen Betrieb zur Verfügung stehen müssen, nur anschließen. Da etwas zu karikieren ist aus meiner Sicht nicht immer angemessen.

Es ist allerdings richtig, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können. Die Qualifizierung der Beschäftigten ist eine wichtige Aufgabe. Sie ist aber im Kontext aller anderen Aufgaben zu sehen, die von der Landesverwaltung wahrzunehmen sind. Deshalb kann es für die Personalentwicklung keine Sonderrolle geben.

Die Landesregierung ist sich der Problematik bewusst, und sie hat deshalb Ende März die zuständigen Ministerien beauftragt, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Es geht vor allem um die Frage, ob es sinnvoll ist, zentrale Sonderregelungen für bestimmte Aufgaben wie die Personalentwicklung oder die Gesundheitsförderung vorzugeben. Denkbar wäre auch eine dezentrale Regelung. Die Behörden vor Ort könnten - wie bisher - bestimmte Regelungen selber treffen und die erforderlichen Abwägungen auf ihrer Ebene selber machen.

Ich möchte allerdings nicht verhehlen, dass sich bei einer ersten Prüfung der Vorschläge der Grünen gezeigt hat, dass die haushaltstechnische Seite auch Tücken hat; denn gemäß § 8 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2002/2003 werden im Rahmen der Personalkostenbudgetierung 50 % der nicht ausgeschöpften Mittel im Folgejahr als Reformdividende bereitgestellt. Diese Bestimmung ist in den vorangegangenen Haushaltsjahren in vollem Umfang umgesetzt worden. Dabei mussten allerdings im Rahmen der weiteren Konsolidierung der Personalausgaben auch in den Bereichen der Personalkostenbudgetierung sowohl bei der Aufstellung als auch beim Vollzug der Haushalte Ausgabenkürzungen vorgenommen werden. Insofern sind für das Haushaltjahr 2001 die für die Haushaltsjahre 2002 ff. zu erwirtschaftenden Personalausgabeneinsparungen vorab von der Berechnungsgrundlage abgezogen worden. Auch für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 wird die haushaltsgesetzliche Vorgabe für die Gewährung der Reformdividende erfüllt werden. Dabei wird die Landesregierung im Rahmen des bereits erwähnten Arbeitsauftrages prüfen, ob es eine größere Planungssicherheit für die Behörden geben kann.

Meine Damen und Herren, die von den Grünen vorgeschlagene Regelung, ab dem Haushaltsjahr 2004 pauschal 1 % des Gesamtkostenpersonalbudgets einem so genannten Personalentwicklungspool zuzuführen, würde zu einem Pool in der Größenordnung von rund 58 Millionen Euro führen. Wollte man einen solchen Betrag für die vorgeschlagenen Maßnahmen haushaltsrechtlich sperren, müssten im Gegenzug rund 1 350 Vollzeitstellen quer durch die Landesverwaltung gesperrt werden. Einsparungen auch in den sehr sensiblen Bereichen der Lehrerschaft, der Polizei und der Steuerverwaltung wären dann wohl nicht zu vermeiden. Es versteht sich von selbst, dass derartige Konsequenzen einer eingehenden Beratung in den Ausschüssen bedürfen. Wir werden diese Beratungen selbstverständlich sachverständig begleiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister. - Frau Kollegin Leuschner hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Leuschner!

## Frau Leuschner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich meine, die Debatte hat gezeigt, dass wir uns im Ausschuss ernsthaft Gedanken darüber machen sollten, ob wir diesen Bereich nicht noch verbessern können. Da mag es in der Bewertung sicherlich unterschiedliche Standpunkte geben. Herr Althusmann, ich nehme Ihnen wirklich ab, dass Sie daran ernsthaft mitwirken wollen, und ich glaube auch nicht, dass es nur die Überschrift sein wird, der Sie Ihre Zustimmung erteilen werden. Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir den Bereich der Personalentwicklungsmaßnahmen noch weiter verstärken. Das liegt im Interesse der Beschäftigten und auch ihrer Gewerkschaften.

Herr Hagenah, es ist durchaus wichtig, dass wir den Bereich der Gleichstellung und der Gesundheitsförderung auch weiterhin fortentwickeln. Aber das kann nicht der einzige Bereich sein. Meine Kollegin Meyn-Horeis hat ja auch gesagt, wo aus unserer Sicht in Ihrem Antrag die Schwierigkeiten liegen. Wir können in Anträgen nicht utopische Forderungen erheben, die wir als Land letztlich nicht finanzieren können. Der Innenminister hat eben deutlich zum Ausdruck gebracht, welche mögliche Konsequenz das für Stellen haben würde. Ich bitte Sie darum, dass wir im Ausschuss ernsthaft darüber beraten, inwieweit wir im Interesse der Beschäftigten in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet Kontinuität und Sicherheit entwickeln können. Das ist notwendig. Das ist ja auch Ihre Forderung.

Herr Althusmann, ich habe eine Bitte: Der Bereich der Personalentwicklungsmaßnahmen wird von den Beschäftigten gut angenommen. Das Konzept ist aus einem Guss. Es bringt uns in der Sache doch wirklich nicht weiter, wenn hier wieder einzelne Beispiele aus dem Zusammenhang herausgenommen werden; ich habe das schon wiederholt gesagt. Ich habe schon das Gefühl, dass bei Ihnen ein Eigeninteresse und die Enttäuschung, dass Sie Maßnahmen nicht selbst anbieten können oder wollen, dahinterstecken muss. Es sind wirklich seriöse Anbieterinnen und Anbieter, die sicherlich manchmal mit der Überschrift der Angebote einen gewissen Anreiz schaffen. Bitte berücksichtigen und bedenken Sie das doch. Bei diesem Thema bringt uns solch ein scharfer Ton wirklich nicht weiter, weil wir uns im Grundziel, in der Sache doch einig sein sollten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, mir liegen weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Darum schließe ich die Beratung über diesen Antrag.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt, den Ausschuss für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht mit der federführenden Beratung zu beauftragen und die Ausschüsse für Haushalt und Finanzen, für innere Verwaltung und für Sozial- und Gesundheitswesen mitberaten zu lassen. Wenn Sie dem so Ihre Zustimmung geben wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie so beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

Arzneimittelversorgung verbessern, Versandhandel zulassen, Arzneimittelsicherheit stärken, Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente erhalten - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3371

Zur Einbringung hat der Kollege Schwarz das Wort. Bitte schön!

# Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle immer wieder fest, dass die Aufmerksamkeit des Hauses nach der Mittagspause nicht mehr so ausgeprägt ist und es immer etwas länger dauert, bevor die Mittagspause beginnt. Insofern will ich Sie mit dem Thema auch nicht langweilen. Das Thema geht uns zwar alle an. Aber ich bringe den Antrag jetzt nur formal ein und wünsche uns im Ausschuss eine angenehme Beratung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Klare [CDU]: Schwarz, das war eine Ihrer besten Reden! - Frau Pawelski [CDU]: Was war denn das?)

# Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Zachow hat um das Wort gebeten. Bitte schön!

## Frau Zachow (CDU):

Herr Schwarz, dann können Sie ja nachher entgegnen. Das ist ein ausgesprochen wichtiges Thema, und wir sind gut in der Zeit. Deshalb sehe ich Ihre Hektik gar nicht ein.

Herr Schwarz, wir müssen festhalten, dass die Gesundheitspolitik der Bundesregierung schlichtweg an die Wand gefahren ist

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Frau Meyn-Horeis [SPD]: Und das von Ihnen!)

und dass wir hier ständig nur Stückwerk erleben. Herr Schwarz, da gibt es doch überhaupt kein Vertun: Die GKV hat im vergangenen Jahr ein Defizit von 2,8 Milliarden Euro eingefahren, und die Beiträge sind von durchschnittlich 13,5 auf 14 % gestiegen.

(Frau Meyn-Horeis [SPD]: Sagt Ihnen der Name "Seehofer" etwas?)

Meine Damen und Herren, wenn ich dann auch noch den Ablasshandel sehe, den Sie mit der forschenden Pharmaindustrie in Berlin gemacht haben - 200 Millionen Euro gegen Preismoratorium -, dann kann man auch kein Vertrauen mehr in die Gesundheitspolitik dieser Regierung haben.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: 16 Jahre systematisch gegen die Wand gefahren!)

- Denken Sie einmal darüber nach, dass wir 1997 und 1998 in der GKV Überschüsse hatten. Das ist die Wahrheit, Frau Elsner-Solar.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

Nun hat Herr Schwarz ja ein Papier zur Rettung des Gesundheitswesens entwickelt. Vermutlich wollte er damit seiner Berliner Kollegin etwas auf die Sprünge helfen. Dieses Papier, Herr Schwarz, bringt nicht viel Neues, enthält jedoch manch Richtiges, aber auch viel Widersprüchliches und nicht unbedingt Zukunftsweisendes.

(Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Eines ist auf alle Fälle klar: Hier ist durch die Brille der Krankenkassen gesehen worden. Noch wichtiger aber wäre es, man würde durch die Brille der Patienten sehen. Um die müsste es uns doch in allererster Linie gehen.

(Plaue [SPD]: Das Beste ist, dass die Patienten keine Brille brauchen, Frau Kollegin!)

Nun wird auch heute wieder sektoral gedacht. Darunter hat die Gesundheitspolitik - ich betone das schon immer gelitten. Heute ist bei Ihnen also der Arzneimittelsektor an der Reihe.

Wir wissen, dass die Kosten für Arzneimittel dramatisch gestiegen sind. Von daher müssen wir uns überlegen, wie wir die Kosten in den Griff bekommen und wie wir mehr Effizienz schaffen. Die Schlagworte, die Sie in der Überschrift Ihres Antrages verwendet haben, klingen auf Anhieb auch ganz gut. Allerdings muss ich sagen, dass Sie anfangs auch Pauschaldiffamierungen von Ärzten und Apothekern darin hatten. Dies haben Sie inzwischen aber zurückgezogen, was in Ordnung ist.

Meine Damen und Herren, uns geht es heute um Folgendes: Wenn Sie die Arzneimittelversorgung verbessern wollen, müssen wir zunächst einmal festhalten, dass die Arzneimittelversorgung in Deutschland gut ist. Wenn Sie die Arzneimittelversorgung verbessern wollen, dann ist der von Ihnen geplante Schritt hin zum Versandhandel das allerverkehrteste Mittel. Wer hier an der Stellschraube dreht, der muss sich Gedanken darüber machen, wohin der Weg führt und ob damit letzten Endes nicht auch hohe Risiken eingegangen werden.

Der Versandhandel lebt von den so genannten Schnelldrehern, also von Medikamenten, die sich schnell umsetzen lassen und die viel bringen. Wenn Sie diese Medikamente aus den Apotheken, die eine Mischkalkulation durchführen, herausnehmen, dann werden viele Apotheken sterben. Das können wir aber nicht vertragen, schon gar nicht auf dem flachen Land.

#### (Beifall bei der CDU)

Wer sollte auf dem Land sonst die Versorgung mit Arzneimitteln sichern? Meine Damen und Herren, wir haben auch auf dem Land eine sichere Versorgung. Wir haben eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung, die kein Versandhandel leisten kann. Die Apotheken bieten eine persönliche Beratung und eine enge Beziehung zu den Kunden. Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass die Apotheken 136 000 Arbeitsplätze, viele Teilzeitarbeitsplätze, viele Ausbildungsplätze und hochgradig Frauenarbeitsplätze vorhalten. All das sollte nicht riskiert werden.

Wir möchten nicht, dass es in Zukunft heißt: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Ihr Callcenter. - Die Menschen sollen weiterhin den Apotheker fragen und mit ihm in Kontakt stehen können.

#### (Beifall bei der CDU)

In den USA laufen etwa 15 % aller Medikamente über den Versandhandel. Dadurch konnte den steigenden Arzneimittelpreisen in keiner Weise entgegengewirkt werden können.

Meine Damen und Herren, wir müssen trotzdem etwas tun. Darüber sind wir uns einig. Ich finde es gut, dass gerade die Apotheken dazu einige Vorschläge unterbreitet haben. Das fängt beim elektronischen Rezept an und geht bis hin zu Bringdiensten durch pharmazeutisches Personal und zur Anpassung der Preisverordnung durch Drehung. Ersparnis: rund 500 Millionen Euro. Ferner sollen die Verpackungseinheiten dem Bedarf angepasst werden. Darüber sind wir alle uns sicherlich einig. Unser Appell ist: Wir sollten nicht an den Apotheken sparen, sondern mit den Apotheken.

#### (Beifall bei der CDU)

Zu einer weiteren Forderung, die Sie in Ihrem Antrag erheben - stringentere Handhabung der Zulassungspraxis für Arzneimittel -, möchte ich sagen: etwas zügiger. Denn das, was dort in der Warteschleife hängt, ist wirklich abenteuerlich.

Ferner fordern Sie - das ist erst vorgestern durch den Gesundheitsausschuss in Berlin gegangen -, die Krankenversicherungskarte in einen Gesundheitspass umzuwandeln. Darüber kann man sicherlich sprechen. Allerdings sollte nicht der zweite Schritt vor dem ersten gegangen werden; denn es gibt auf diesem Gebiet noch zahlreiche Fragen, die geklärt werden müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang die beiden Stichworte "Datenschutz" und "transparenter Patient" nennen. Hier gibt es Probleme, die noch nicht alle gelöst sind. Sie müssen erst noch gelöst werden.

Sie fordern dann die Anerkennung alternativer Heilmethoden unter strengen Voraussetzungen. Diese Forderung passt zwar nicht ganz in den Zusammenhang mit den Arzneimitteln, aber dennoch ist dies ein Punkt, über den man sicherlich sprechen kann. Modellhaft wird dies schon in verschiedenen Bereichen versucht. Insofern sollten wir dies vernünftig begleiten.

Für uns ist wichtig: Die Apotheken sollen erhalten bleiben. Den Versandhandel direkt an den Endverbraucher lehnen wir ab, und zwar wegen der von Ihnen geforderten Stärkung der Arzneimittelsicherheit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Schwarz, bitte schön!

# Schwarz (SPD):

Sehr geehrte Frau Kollegin Apothekerin - - -

(Frau Pawelski [CDU]: Ja, ist doch schön!)

- Ja, ist doch in Ordnung.

(Frau Pawelski [CDU]: Aber hier ist sie Abgeordnete!)

Ich wollte nur kurz darauf hinweisen - - -

## Vizepräsidentin Goede:

Ich möchte Sie darauf hinweisen, Herr Kollege Schwarz, dass eine korrekte Anrede sein muss. So viel Zeit muss sein.

#### Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass die Ausgaben für Arzneimittel in Niedersachsen allein im vergangenen Jahr um mehr als 11 % gestiegen sind. Inzwischen werden für Arzneimittel pro anno 42 Milliarden DM ausgegeben. Damit sind die Arzneimittelkosten zum ersten Mal der zweitgrößte Ausgabeblock in Deutschland. Es kann kein vernünftiges Gesundheitssystem sein, wenn wir zwischenzeitlich für Arzneimittel mehr ausgeben als für die ärztliche Behandlung.

(Beifall bei der SPD)

Meiner Meinung nach muss deutlich werden, dass dies gegen das Selbstverständnis eines jeden Arztes verstößt. Dieser völlig unkontrollierte Arzneimittelmarkt mit deutlichen Mengenzunahmen in jedem Jahr und mit einer deutlich höheren Verschreibungsdichte ist seit Jahren nicht zu regulieren gewesen. Herr Seehofer hat dies versucht – das vergessen Sie manchmal -, indem er die Budgets eingeführt hat. Frau Schmidt hat die Budgets wie-

der abgeschafft. Auch Sie haben dies gefordert und haben mit Herrn Seehofer somit nicht mehr auf einer Linie gestanden. Frau Schmidt hat sie abgeschafft in der Hoffnung, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Ärzte bezüglich ihres Verschreibungsverhaltens wirklich ernst zu nehmen ist. Tatsache ist: Wir müssen eine explosionsartige Entwicklung verzeichnen. Tatsache ist auch, dass dieser Sektor jahrelang allein deshalb nicht steuerbar gewesen ist, weil auf der anderen Seite eine starke Lobby aus Pharmaindustrie und auch Ärzteschaft besteht, die jede vernünftige Planung in diesem Segment - bisher jedenfalls - erfolgreich zunichte gemacht hat.

(Zustimmung von Frau Elsner-Solar [SPD])

Angesichts dieser Situation macht auch der *Arzneiverordnungsreport 2001* deutlich, dass allein das Vertrauen auf den ärztlichen Sachverstand und auf die ärztliche Therapiefreiheit eben nicht zu einem rationalen Einsatz von Arzneimitteln führt.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir in Deutschland nach wie vor 10 000 offiziell nicht zugelassene Medikamente legal an die Patientin und den Patienten bringen. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen der Zulassung dadurch entziehen können, dass sie einfach ihre Zulassungsanträge für mehr als 5 000 Medikamente zurückziehen, die noch bis zum Jahr 2003 ohne jede Wirksamkeitsprüfung an die Patientin und den Patienten gebracht werden dürfen. Mir kann auch niemand erklären, warum wir in Deutschland 50 000 Medikamente benötigen, während andere europäische Länder mit einem Zehntel dieser Menge auskommen. Mit dem Gesundheitszustand der Bevölkerung hat dies jedenfalls nichts zu tun. Sie wissen auch, dass dies einer der kritischsten Punkte überhaupt ist.

Es kann auch nicht sein, dass immer noch deutlich teurere Medikamente verordnet werden, während es auf dem Markt wesentlich günstigere Medikamente mit dem gleichen Wirkstoff gibt. Entscheidend ist nicht der Name des Medikaments, sondern entscheidend ist ausschließlich der Wirkstoff des Medikaments.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Wenn es so einfach wäre!)

- Das ist von Ihnen bislang medizinisch nicht bestritten worden, es sei denn, Sie tun dies, seit Sie auf Bundesebene für Sozialpolitik zuständig sind.

# (Beifall bei der SPD)

Die Aut-idem-Regelung ist deshalb auch der erste richtige Schritt in diese Richtung, weil - da sind wir uns einig, Frau Zachow - die fachliche Qualifikation von Apothekerinnen und Apothekern meines Erachtens im Arzneimittelsektor bisher zu wenig einbezogen worden ist. Ich habe - Sie sicherlich auch - bei der Aut-idem-Regelung eine sehr interessante Debatte zwischen Ärzteschaft auf der einen Seite und Apothekerinnen und Apothekern auf der anderen Seite zur Kenntnis genommen. Dabei wird den Apothekern auf einmal jede Oualifikation abgesprochen. Es kommt zu einer völlig schizophrenen Situation: Wenn jemand um fünf Minuten vor 6 Uhr in eine Apotheke kommt, um ein Medikament zu holen, das dort nievht vorrätig ist, wird eer mit dem Hinweis wieder nach Hause geschickt: "Leider habe ich das Medikament nicht da, ich muss es Ihnen besorgen." - Wenn dieselbe Person aber um fünf Minuten nach 6 Uhr. nämlich in der Notfallzeit, in die Apotheke kommt, bekommt er ein anderes Medikament mit dem gleichen Wirkstoff. Dann nämlich ist nicht das Rezept, sondern allein die fachliche Qualifikation des Apothekers entscheidend, und die Patientin oder der Patient geht zufrieden gestellt nach Hause.

Es kann doch nicht in Ordnung sein, dass ich mich auf der einen Seite - völlig zu Recht - auf die Qualifikation dieses Berufsstandes verlasse, aber dem auf der anderen Seite ärztliches Standesdenken entgegensteht, weil ein bestimmter pharmazeutischer Industriebereich bevorzugt werden muss. Hier stimmt doch etwas nicht im System.

#### (Beifall bei der SPD)

Insofern finde ich das, was von den Apothekern vorgetragen wurde, absolut in Ordnung.

Ich möchte hinzufügen, meine Damen und Herren, dass es auch nicht sein kann, dass ständig neue Medikamente auf den Markt gebracht werden, bei denen es nur minimale Veränderungen gibt. Wir haben es in Wirklichkeit mit keiner großen Veränderung zu tun. Aber es wird der Versuch gemacht, den gleichen Wirkstoff zu deutlich höheren Preisen am Markt zu platzieren. Wir im Gesundheitswesen finanzieren das alles mit unseren Beiträgen. Auch hier ist irgendetwas nicht in Ordnung. Deshalb fordern wir, dass der zusätzliche therapeutische Nutzen durch eine zusätzliche unabhängige Kommission zu prüfen ist.

Der nächste Aspekt, der nichts mit vernünftigem Umgang mit Beiträgen und Medikamenten zu tun hat, ist die schlichte Feststellung, dass zwischenzeitlich jedes Jahr 4 bis 5 Milliarden DM - ich sage bewusst D-Mark - auf den Müll marschieren. Das sind mehr als 10 % des Gesamtbudgets, das für Arzneimittel aufgebracht wird. Dies wissen wir alle. Deshalb ist unsere Forderung - das ist übrigens auch keine neue -, dass wir therapiegerechte Packungsgrößen oder Einzelabgaben bekommen, so wie das in anderen europäischen Ländern durchaus gang und gäbe ist.

Meine Damen und Herren, noch etwas ist erstaunlich, nämlich dass es beim Arzneimittelkonsum regionale Unterschiede gibt, die offensichtlich auch etwas damit zu tun haben, dass der Arzneimittelverbrauch innerhalb der Europäischen Union sehr stark mit dem jeweiligen Lebensstandard in den Ländern korrespondiert. Sie müssen sich nur in der Europäischen Union umsehen. In Irland gibt es einen Pro-Kopf-Verbrauch von 240 DM jährlich als unterste Marge, Belgien liegt bei 750 DM, und Deutschland steht mit 700 DM gleich an zweiter Stelle. Da stimmt doch etwas nicht. Das hat doch nichts damit zu tun, dass es innerhalb der Europäischen Union derartige Verwerfungen bei der Morbidität gibt, sondern es hat etwas mit Wohlstandsdenken und teilweise mit der Wahrnehmung zu tun, dass manche Arzneimittel mit Lebensmitteln verwechseln.

# (Zustimmung von Mühe [SPD])

Insofern bin ich der festen Überzeugung, dass hier deutliche Regularien eingezogen werden müssen. Ich erwarte hier und da von Ärzten eine andere Beratung, was Patientinnen und Patienten in ihrer Erwartungshaltung betrifft, aus jedem Praxisbesuch mit einem Medikament herausgehen zu müssen. Wir alle wissen, dass es manchmal wesentlich sinnvoller ist, den Patienten zu einer gesünderen Lebensweise zu bringen und ihm klar zu machen, dass Bewegung und eine andere Ernährung wesentlich effektiver sind als das teure Medikament.

Diese Entscheidung und diese Beratung werden angesichts des Wettbewerbsdrucks zwischen den Ärzten und den ärztlichen Praxen teilweise nicht umgesetzt. Wir vertreten in unserem Antrag die Auffassung, dass sich unter medizinischem Verständnis stärker eingebracht werden muss und dass man nicht Wettbewerbsgründen nachgeben darf.

Sie haben den Versandhandel angesprochen. Ich kenne die Debatte, die in vielen Bereichen lang und breit geführt wird. Wir haben sehr deutlich gesagt, dass wir den Versandhandel zulassen wollen - aber nur mit klaren Qualitätsstandards. Wir möchten nicht, dass der Versandhandel das Versandhaus wird, bei dem man ohne weiteres Zugang zu schwersten Medikamenten hat.

(Frau Zachow [CDU]: Mit "so ein bisschen schwanger" ist das auch so!)

Eines ist klar - und das wissen Sie auch -: Wir entsprechen damit exakt einer Forderung des Runden Tisches beim Bundesgesundheitsministerium - und zwar des letzten Runden Tisches -, bei dem sich alle Akteure in dieser Frage einig waren und gesagt haben, dass der Internet-Versandhandel zugelassen werden soll. Ich sage noch einmal ergänzend: allerdings mit Qualitätsstandards und Qualitätsmerkmalen.

# (Zuruf von Frau Zachow [CDU])

- Es sitzen doch auch Ihre Interessenvertreter mit am Runden Tisch und tragen diese Entscheidung mit. Das wird von den Ärzten, von den Verbänden und von den Kassen mitgetragen. Es ist doch keine sozialdemokratische Erfindung, die ich hier vorbringe. Der Versandhandel ist inzwischen in Belgien, in Holland, in Irland, in England und zum Teil in der Schweiz sowie in den Vereinigten Staaten gang und gäbe. Er ist auch nicht unter der Überschrift "europäisches Recht" zu verhindern. Es wird jede Klage verloren werden, wenn sich Deutschland nicht den europäischen Normen anpasst. Deshalb sind wir für die Öffnung unter gleichzeitiger Vorgabe der Standards.

Als letzten Punkt möchte ich erwähnen, dass die Krankenversicherungskarte hin zu einem Gesundheitspass oder zu einer Gesundheitskarte entwickelt werden soll. Ich sage deutlich: auf freiwilliger Basis. Dass das ein Stück Patientensicherheit ist, kann niemand bestreiten. Es muss endlich ein Instrument gefunden werden, mit dem bei einem Patienten, der sich von einem Arzt zum anderen bewegt oder der in die Apotheke geht und dort ein freiverkäufliches Medikament erwirbt, festgestellt werden kann, welches Präparat er gegenwärtig nimmt, welche Wirkstoffe er in sich hat, welche Wechselwirkungen entstehen und ob das Medikament gefährlich ist oder nicht. Wir alle kennen Beispiele, in denen Patientinnen und Patienten vor operativen Eingriffen entgiftet werden müssen, weil sie bei unterschiedlichen Ärzten gewesen sind, die davon nichts wissen, mehrfach sogar den gleichen Wirkstoff verordnet bekommen haben und deswegen völlig überbelastet sind. Ein solches Gesundheitswesen ist für den Betroffenen nicht gesund. Da muss etwas geschehen.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Wer regiert denn in Berlin?)

Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass der Patientenpass auf freiwilliger Basis ein gutes Instrument ist. Dieser Patientenpass - um auch das klar zu machen - wurde vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Erklärung - weil Sie gerade gefragt haben, wer in Berlin regiert - von der Bundesgesundheitsministerin, der Bundesärztekammer, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung sowie den privaten und gesetzlichen Krankenkassen als gemeinsame Linie vereinbart. Die Einzige, die das nach dem Redebeitrag nicht wahrhaben will, ist die CDU-Fraktion.

(Frau Pawelski [CDU]: Das haben wir gar nicht gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

- Sie haben das sehr kritisch gesagt. - Wir sind an dieser Stelle wesentlich weiter, weil wir uns hinsichtlich der Bedeutung und Nutzung des Patientenpasses mit großen gesellschaftlichen Gruppen im Einklang befinden. Insofern kann ich Ihnen nur sagen, dass die meisten Positionen, die in diesem Antrag vertreten werden, durchaus schon einmal Positionen der CDU gewesen sind. Unter Wahlkampfgedröhne vergessen Sie alles, insbesondere das, was Herr Seehofer früher gemacht hat.

(Frau Pawelski [CDU]: Was erzählen Sie denn da für einen Unsinn! Hören Sie doch einmal zu!)

- Ich kann das nur in Erinnerung rufen. Wenn das nicht so ist, ist es ja noch viel besser, Frau Kollegin. Dann werden wir im Ausschuss einvernehmliche Beratungen haben. Darauf freue ich mich. Das steht im Widerspruch dazu, was Frau Zachow hier vorgetragen hat.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Das ist doch Stuss, was Sie erzählen!)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, zu diesem Antrag spricht jetzt Frau Kollegin Pothmer.

(Frau Harms [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

# Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schwarz, ich finde, dass der Entschließungsantrag, den Sie heute eingebracht haben, durchaus diskussionswürdige Vorschläge zur zukünftigen Steuerung der Arzneimittelausgaben enthält. Aber ich frage Sie: Was soll dieser Antrag jetzt? Was soll er zu diesem Zeitpunkt? - Damit meine ich nicht die Tageszeit, zu der Sie ihn eingebracht haben.

#### (Zurufe von der SPD)

- Nein, damit meine ich, dass die wesentlichen Gesetzesreformen zu diesem Thema durch sind. Sowohl das Arzneimittelausgabenbegrenzungsgesetz als auch das Arzneimittelbudgetablösungsgesetz sowie die Novelle zum Apothekergesetz wurden im Bundestag längst beraten. Wenn dieser Antrag hätte Sinn haben sollen, dann hätte er zeitnah zu diesen Beratungen eingebracht werden müssen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nicht erkennen, welchen Sinn der Antrag jetzt haben soll. Vielleicht haben Sie den Antrag nicht zu einem früheren Zeitpunkt eingebracht, weil Sie das Ihrer sozialdemokratischen Bundesgesundheitsministerin so nicht zumuten wollten. Schade eigentlich!

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Antrag hat bestenfalls eine Vorratsfunktion für die nächste große Gesundheitsreform, die in der kommenden Legislaturperiode sicherlich notwendig wird. Aber dafür greift der Antrag leider nur einen sehr begrenzten Aspekt auf. Ich finde ihn unter strategischen Gesichtspunkten recht leichtfüßig

Ich möchte nun auch noch etwas zum Inhalt sagen. Ich gebe Herrn Schwarz ausdrücklich Recht, dass wir bei den Arzneimittelausgaben wieder exorbitante Steigerungen zu verzeichnen haben. Es ist schon gesagt worden, dass das 11,2 % im vergangenen Jahr waren und dass es in zwei Monaten

dieses Jahres, für die man die Entwicklung überschauen kann, 3 bis 4 % sind.

# (Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Wir sollten darüber reden, woran das liegt. Ich sage Ihnen noch einmal: Die Entscheidung der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die ganz offensichtlich geglaubt hat, sie müsse den Ärzten zum Amtsantritt ein kleines Geschenk machen, und deshalb das Kollektivbudget abgeschafft hat, wirkt sich jetzt negativ aus. Sie hat keine alternative Regelung getroffen. Dies hat jetzt eine verheerende Wirkung insbesondere auf das Ausgabevolumen der gesetzlichen Krankenkassen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Budgetierung, die heiß umstritten war – das will ich gar nicht leugnen –, hat gezeigt, dass sie im Sinne einer Kostendämpfung eine deutliche Wirkung gehabt hat. Man kann sagen, dass die Budgetierung auch eine erzieherische Wirkung auf die Kassenärzte und Kassenärztinnen hatte und dass diese Deckelung das inflationäre Verschreibungsverhalten zurückgedrängt hat.

Jetzt wird versucht, den Damm, den Frau Schmidt eingerissen hat, mit unterschiedlichen Maßnahmen wieder neu zu errichten. Aber die Regelungen, die getroffen worden sind – das müssen wir uns einmal eingestehen -, sind bis jetzt nicht wirkungsvoll gewesen. Die Aut-idem-Regelung im Arzneimittelausgabenbegrenzungsgesetz ist ein stumpfes Schwert, und zwar deshalb, weil die Ärztinnen und Ärzte jederzeit entscheiden können, dass sie diese Aut-idem-Regelung nicht anwenden. Sie tun das auch weitgehend nicht. Der ursprünglich vorgesehene höhere Apothekenrabattbeitrag der Pharmaindustrie ist durch den fragwürdigen Ablasshandel von Herrn Schröder ins Leere gelaufen. Das Problem der Me-too-Präparate ist immer noch nicht im Griff. Es gibt, wie der Antrag zeigt, immer noch viel zu viele zugelassene Präparate, und die Übergangsregelungen bzw. Restfristen im Zulassungsverfahren stimmen nach wie vor nicht.

Auch im Bereich der Generika kann man sagen, dass sich das Preissegment weiter nach oben öffnet. Sie haben darauf hingewiesen. Die Pharmabranche führt inzwischen so genannte Dummies ein, nutzlos neuverpackte Generika, allerdings in einer höheren Preisstufe, um das gesetzlich gebotene Preissegment bei den Medikamenten künstlich heraufzusetzen.

Die Einbeziehung der Krankenhausapotheken mit ihren größeren Einkaufsrabatten in die ambulante Arzneimittelversorgung ist leider auf halbem Wege stecken geblieben, weil die Erweiterung nur auf teilstationäre Patientinnen und Patienten bezogen worden ist.

Meine Damen und Herren, wir werden uns im Ausschuss gerne noch einmal über die Regelungen unterhalten, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, Herr Schwarz. Ich bin nicht sicher, ob sie tatsächlich die Wirkung entfalten, die Sie uns versprechen. Aber eines ist doch völlig klar: Wir werden mit einem Antrag, den Sie zu diesem Zeitpunkt im Niedersächsischen Landtag einbringen, nicht wirklich etwas verändern, wenn auf Bundesebene alle diese Regelungen letztlich schon durch sind, die Sie mit Ihrem Antrag beeinflussen wollen. Insofern sage ich: von der Idee her nicht falsch, aber völlig falscher Zeitpunkt und völlig falscher Ort. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Wulff.

# Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vorbemerkung möchte ich etwas Grundsätzliches sagen, Herr Kollege Schwarz. Sie haben süffisant "Frau Apothekerin" gesagt. Ich fände es nicht in Ordnung, wenn wir zu Ihnen "Herr AOK-Vertreter" sagen würden, weil Sie früher in Ihrem ordentlichen Beruf bei der AOK gewesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Es hilft uns ein bisschen, wenn wir Ärzte – darauf sind wir stolz -, Apotheker, Freiberufler, Vertreter der Krankenhausbranche, der Krankenkassen und anderer mehr hier im Parlament haben. Das Parlament soll schließlich repräsentativ sein.

(Beifall bei der CDU)

Mir zumindest gibt die Frau Kollegin Zachow die Gewissheit, dass die Frage der Gesundheitspolitik mit Sachverstand, ein bisschen aus der Situation der Beratung von Patienten, die krank sind, und nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Kostenminimierung betrachtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir erleben in Deutschland, dass die Kosten ständig steigen, die Qualität aber ständig sinkt. Wenn Sie mit chronisch Kranken reden, werden Sie feststellen, dass diese immer mehr Probleme haben, das an gesundheitlicher Versorgung zu bekommen, was sie bei ihrer medizinischen Indikation benötigen. Sie erleben derzeit den Exodus der Gesundheitspolitik, dass die Unzufriedenheit und die Beiträge steigen. Beiträge von 15 %, die Rücklagen der Krankenkassen sind längst aufgebraucht, es sind riesige Defizite entstanden.

Mir geht es darum, dass der Antrag der SPD-Fraktion – dieses Thema gehört meines Erachtens schon in den Landtag, weil es uns nämlich darum geht, dass die Menschen in Niedersachsen vernünftig gesundheitlich versorgt werden – im Ausschuss vernünftig beraten wird.

Herr Schwarz, Sie sind insoweit auf der falschen Spur unterwegs, als Sie immer so große Hoffnung in die Einfalt legen. Eine Einheitskasse wäre Ihnen am allerliebsten,

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

eine Einheitsversorgung wäre Ihr Traum,

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das wäre wirklich solidarisch!)

weil Sie meinen, das sei das Billigste. Dann könnten Sie aber auch die Frage stellen, warum es in Deutschland 300 Käsesorten gibt. Es würde doch reichen, sie auf zehn zu reduzieren.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine banale Sichtweise, auf diese Art Konkurrenz und Wettbewerb unter den Medikamentenherstellern, in der Pharmaindustrie, herbeizuführen. Wir haben in Niedersachsen weder Bayer Leverkusen noch Hoechst, noch andere große Pharmakonzerne. Wir haben aber eine Vielzahl kleinerer Pharmaunternehmen, die auch im Bereich pflanzlicher Wirkstoffe, beispielsweise Echinacin, und anderer Wirkstoffe weltweit führend sind. Eine gewisse Rücksichtnahme auf die Vielfalt der Medikamentenhersteller, auf die Forschung bei diesen Herstellern wäre angebrachter als die Aussage: Es gibt einen Wirkstoff, und ein Präparat, in dem er enthalten ist, reicht, um eine vernünftige Versorgung sicherzustellen.

Wir sehen, wie es sich für die Menschen mit der Aut-idem-Regelung verhält. Sie gehen mit dem Rezept ihres Arztes zur Apotheke, finden aber, zu Hause angekommen, keine der gewohnten Packungen wieder, weil ganz andere genommen wurden als die, auf die sie sich seit Jahren eingestellt hatten. Für ältere Patienten, die seit fünf oder sechs Jahren ein besonders verträgliches Medikament verschrieben bekommen haben, ist es durchaus von Bedeutung, wenn sie jetzt von Ihnen gesagt bekommen, das andere tue es auch. Das ist eine Frage von Qualität und von Vertrauen der Patienten in Medikamentenversorgung.

# (Beifall bei der CDU)

Ich habe in der vergangenen Woche sehr intensiv mit der Apothekenkammer und dem Apothekerverband darüber gesprochen. Ich rede jetzt nicht über die Internet-Apotheke. Das ist ein ganz anderes Thema.

#### (Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Ich rede gegen Ihre Propagierung des Versandhandels aus Holland und anderen Ländern. In den letzten Wochen war dieser Versandhandel in der Regel nicht erreichbar, weil dort im Computernetz ein Virus aufgetreten war. In letzter Zeit waren mehrfach falsche Beipackzettel in unterschiedlichen Sprachen in den Packungen. Medikamentenmissbrauch wird gefördert. Die Medikamentenversorgung ist in einem Flächenland wie Niedersachsen wichtig. Die von Frau Trauernicht und vom Land Niedersachsen wahrzunehmende Staatsaufsicht kontrolliert die Apotheken darauf, ob sie bis zu 48 000 verschiedene Medikamente vorrätig haben. Gleichzeitig aber können Versandapotheken mit einigen wenigen Medikamenten, die sie ausliefern, sozusagen den Markt abschöpfen und damit die Existenz kleiner Apotheken in der Fläche unseres Landes vernichten. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

- Versuchen Sie doch einmal, bei einer Versandapotheke "Aspirin Plus C" zu bekommen. Das senden die überhaupt nicht ab. Das liefern die nicht aus. Die Versandapotheken sind auf einige bestimmte hochpreisige Medikamente spezialisiert, wie sich der Weinfachhandel der großen Konzerne, der Metro und anderer, auf eine bestimmte Richtung konzentriert. Die Weinfachhändler im Lande werden dadurch zunehmend zur Strecke gebracht.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Keine Ahnung!)

Die Buchhandlungen bringen Sie mit den Buchclubs von Bertelsmann zur Strecke.

(Zustimmung von Frau Pawelski)

Bertelsmann steckt auch hinter der holländischen Versandapotheke. Hier müssen die Strukturen diskutiert werden: Vertrauen, Qualität, groß und klein. Wir wollen den Mittelstand, Selbständige und Freiberufler in diesen Märkten erhalten, nicht aber die Beratungsqualität der Apotheker vernichtet sehen durch diejenigen, die ohne entsprechende Ausbildung und Qualifikation einfach Medikamente zusammenpacken. Ich weiß, wie Sie das freut, dass Sie hier gegen eine bestimmte Gruppe wie die Apotheker Stimmung machen können.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das hat er doch gar nicht getan! Das ist doch infam! Was ist denn das für ein Ton? Sie waren doch gar nicht da bei der Debatte!)

Aber Sie sind als Sozialdemokraten eben nicht nur dem Thema verpflichtet - - - Wie führen Sie sich denn hier auf?

# Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Wulff, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sie bringen hier einen Antrag ein, der den Versandhandel aus dem Ausland propagiert, und wollen nicht einmal - - -

(Frau Harms [GRÜNE]: Sie versprechen den Kranken wieder das Blaue vom Himmel herunter! Aber nachher können Sie das wieder nicht umsetzen! Das ist nicht mehr zu reparieren! Ich kann das nicht mehr hören!)

- Liebe Frau Harms, das müssen Sie nun einmal erleiden. Ich höre Ihnen ja auch zu, wenn Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen in Deutschland regen sich über Ihre Gesundheitspolitik auf. Zu Recht! Frau Pothmer als Vertreterin der Grünen hat ja gerade die Mängelliste von Frau Schmidt von der SPD dargelegt.

Sie zusammen regieren aber in Berlin und verantworten diese Gesundheitspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Schwarz hat noch einmal das Wort.

#### Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe hier bewusst unterstrichen, dass wir nicht den Versandhandel aus dem Ausland propagieren,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und ich habe bewusst deutlich gemacht, dass die Qualifikation der Apothekerinnen und Apotheker in Deutschland bisher nicht berücksichtigt wird. Deshalb bitte ich Sie, hier nicht wider besseres Wissen solche boshaften und böswilligen Reden zu halten, die damit überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Herr Wulff, die Kosten steigen, die Leistungen sinken, das Gesundheitssystem ist am Ende.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ihre Gesundheitspolitik!)

Nun will ich Ihnen einmal eines sagen: Es war Ihre Gesundheitspolitik, die die Lohnfortzahlung in Deutschland um 20 % reduziert hat, die den Versicherten das Krankengeld um 10 % gekürzt hat, die den Jugendlichen den Zahnersatz zu 100 % gekürzt und die Eltern belastet hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frau Pawelski [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, was Sie sagen! Wenn es medizinisch notwendig ist, wird das auch bezahlt!)

Es war Ihre Gesundheitspolitik, die ein Notopfer im Krankenhaus eingeführt hat. Es war Ihre Gesundheitspolitik, die bei Fahrtkosten, bei Verbandmitteln und bei Krankenhausleistungen die Eigenbeteiligung in bisher ungeahnte Höhen getrieben hat. Sie haben es während Ihrer Regierungszeit fertig gebracht, dass Patientinnen und Patienten Medikamenten zwischenzeitlich mit mehr als 40 % Eigenbeteiligung zu finanzieren

hatten. Zum Schluss der Ära Seehofer war die Eigenbeteiligung auf 17 Milliarden DM gestiegen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wie liegt sie heute? 14,8 Millionen!)

Warum ist das so gewesen? Weil Sie prinzipiell genau das gemacht haben, was Sie hier eben dargestellt haben. Sie haben die Leistungen reduziert, weil Sie die Auseinandersetzung mit der Anbieterlobby zu jedem Zeitpunkt gescheut haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich auch noch genau daran, wie etliche Ihrer Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit uns Richtung Bonn gefahren sind, weil Sie die Reha-Landschaft in Niedersachsen mit Ihrer Gesundheitspolitik komplett platt gemacht hatten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen deshalb eines sagen: Ihr System, das Sie dort zu verantworten haben bzw., wenn ich das richtig weiß, ins Wahlprogramm geschrieben haben, ist genau die Fortsetzung von Seehofer: Abschied von der solidarischen Krankenversicherung, rein in ein privates Kaskosystem, rein in eine Zweiklassenmedizin.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch völliger Unsinn!)

- Propagieren Sie hier nicht genau das Gegenteil! Das ist blanke Scharlatanerie, meine Damen und Herren

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Bontjer [SPD]: Wir sind stolz auf dich! Auf Herrn Schwarz!)

- Herr Bontjer, wir sind auch stolz auf Sie. Aber das gehört im Augenblick nicht hierher.

(Heiterkeit)

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Federführend soll sich der Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen mit dem Antrag befassen, und die Mitberatung soll im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr erfolgen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum für heute letzten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Freiwilliges Ökologisches Jahr - Anzahl der Teilnehmerplätze der Nachfrage anpassen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3374

Der Antrag wird von der Kollegin Frau Steiner eingebracht. Bitte sehr!

# Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag strebt den Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres für Jugendliche in Niedersachsen an.

Das FÖJ ist eine bisher sehr erfolgreiche Einrichtung. Seit 1992/93 bewerben sich regelmäßig 400 und mehr Jugendliche um einen Platz in diesem ökologischen Jahr - aus Interesse und nicht wegen der Bezahlung, denn die ist niedrig. 140 Plätze stehen für diesen freiwilligen Dienst zur Verfügung. Dies reicht bei weitem nicht aus, um die große Nachfrage zu decken.

Offensichtlich hat es in diesem Jahr eine massive Erhöhung der Zahl der Einsatzstellen gegeben. Das hatte zur Folge, dass Einsatzstellen, denen über die Jahre hinweg zwei oder drei Plätze zur Verfügung standen, plötzlich mitgeteilt wurde, dass ihnen in diesem Jahr nur noch ein einziger FÖJler zur Verfügung stünde. Es kann zwar niemand von vornherein einen Anspruch auf mehrere Plätze erheben, aber in dem Moment, in dem man Planungen auf den Kopf stellt und die Zahl der Plätze kurzfristig reduziert, kommen genau die Institutionen in Schwierigkeiten, die die FÖJler eingeplant haben. In einzelnen Institutionen haben sie die Arbeit sogar über zehn Jahre mitgetragen.

Die Umweltbildungs- und Umweltinformationszentren - das wissen wir alle - haben oft eine knappe Personalausstattung. In dem Moment, in dem die Zahl der FÖJler reduziert wird, ist ein Großteil der Arbeit der Einrichtung oder sogar die gesamte Einrichtung in Frage gestellt. Außerdem muss man sagen: Was dort von den Jugendlichen geleistet wurde, war gute und kreative Arbeit.

Es ist klar, dass unter den bisherigen Bedingungen bei den Einsatzstellen Erwartungen geweckt wurden, von denen keiner weiß, ob sie noch erfüllt werden können. Es ist auch nicht erkennbar, ob die Landesregierung die Zahl der Plätze bzw. den Finanzansatz erhöhen will. Wir konnten nichts finden

Ich komme zum Finanziellen. Ich habe es gerade schon angesprochen: Das Taschengeld der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im FÖJ wurde seit 1987 nicht erhöht. In anderen Bundesländern wird das FÖJ wesentlich besser vergütet, und das macht es auch attraktiver. In Niedersachsen ist der Betrag völlig unzureichend, und es besteht die Gefahr, dass dadurch eine soziale Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer befördert wird; denn es ist doch klar, dass dann eher Jugendlichen aus solchen Familien am Freiwilligen Ökologischen Jahr teilnehmen, die es sich leisten können, ihre Kinder in dieser Zeit finanziell massiv zu unterstützen. Deswegen schlagen wir vor - wir meinen, das wird den Landeshaushalt gerade nicht sprengen -, die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr zu erhöhen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Punkt. In Niedersachsen ist das Freiwillige Ökologische Jahr nicht vorrangig als berufliche Orientierung angelegt. Dadurch schließt man allerdings eine mögliche Kofinanzierung mit EU-Mitteln aus. Im Nachbarland Nordrhein-Westfalen gibt es das FÖJ als Angebot der beruflichen Orientierung, und es gibt eine Kofinanzierung mit Mitteln entsprechender Programme der EU.

Es ist auch berechtigt, das FÖJ als berufliche Orientierung zu definieren; denn die Erfahrungen der Einrichtungen und die Rückmeldungen vieler ehemaliger FÖJler zeigen auch in Niedersachsen, dass die individuell in diesem ökologischen Jahr gesammelten Erfahrungen in der überwiegenden Zahl der Fälle die Entscheidungsgrundlagen für eine spätere berufliche Planung gewesen sind. Deswegen wollen wir die Konzeption des FÖJ auch stärker auf die berufliche Orientierung ausrichten. Der finanzielle Nebenaspekt ist aber auch wünschenswert.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zur Umwelt- und Naturschutzbildungsarbeit der Landesforstverwaltung, die da

auch mit einbezogen ist. Die Arbeit der Landesforstverwaltung ist hervorragend und findet oft nicht die öffentliche Beachtung und Anerkennung, die sie eigentlich verdient hätte. Unserer Meinung nach sind der Erhalt und die Stärkung der Jugendwaldheime eine wichtige naturschutz- und jugendpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Nach der Liste des NLÖ sind insgesamt zwölf Einrichtungen der Forstverwaltung als Einsatzstellen für das FÖJ anerkannt. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns sinnvoll, FÖJ-Plätze auch aus Mitteln der Landesforstverwaltung zu finanzieren. So kann man die Zahl der Plätze anheben, ohne dass gleich wieder der Finanzierungsvorbehalt kommt.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Berücksichtigt man, dass das FÖJ der beruflichen Orientierung der Jugendlichen dient, ist dieses Geld zur Förderung eines qualifizierten Nachwuchses für die Forstverwaltung und die Forstwirtschaft gut angelegt.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag ist realistisch. Die Anhebung ist notwendig. Es besteht eine große Nachfrage. Ich wünsche mir eine konstruktive und schnelle Beratung unseres Antrages im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jahn:

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Trost. Bitte sehr!

#### Frau Trost (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Grünen eine Anfrage, die ich gemeinsam mit der Kollegin Rühl und der Kollegin Zachow im letzten Monat gestellt und durch das Umweltministerium beantwortet bekommen habe, zum Anlass genommen haben, diesen Antrag zu stellen. Die Antwort auf diese Anfrage macht nämlich ganz klar, dass es bei der Entwicklung des FÖJ, des Freiwilligen Ökologischen Jahres, seit seiner Premiere vor 15 Jahren gerade in der letzten Zeit zu Tendenzen gekommen ist, die nicht mit der ursprünglichen Intention übereinstimmen und auch nicht der allgemeinen Weiterentwicklung auf diesem Gebiet auf diesem Gebiet gerecht werden.

Einerseits wird in der heutigen Zeit auf eine immer größere Sensibilisierung zu ökologischen Themen ein stärkerer Wert gelegt. Gerade unsere Jugend soll sich doch auch im Rahmen von schulischen Veranstaltungen stärker mit diesem Thema auseinander setzen. Andererseits stagniert die Zahl der angebotenen Plätze an die jungen Menschen, die sich für ein FÖJ bewerben wollen. Besonders paradox erscheint mir dies vor dem Hintergrund, dass sich gerade einzelne Mitglieder dieser Landesregierung verstärkt für die Einsetzung eines allgemein verordneten sozialen Pflichtjahres für junge Menschen einsetzen. Hier wäre eine Möglichkeit, auch ein freiwilliges Jahr zu fördern.

(Zuruf von der SPD: Das wird auch nicht wahrer durch das, was Sie sagen!)

- Ich habe nicht gesagt, wer es gesagt hat. Ich habe gesagt "einzelne".

Als unter der CDU-Regierung 1987 das FÖJ erstmalig angeboten wurde, stieß es schon auf sehr reges Interesse. 200 Bewerber haben sich auf die 32 Plätze in insgesamt 14 Einsatzstellen beworben. Darauf wurde damals schon im folgenden Jahr mit einer Anhebung auf 60 Plätze reagiert. Ich gebe ja zu, dass die Landesregierung Mitte der 90er-Jahre eine Aufstockung der FÖJ-Plätze auf damals 120, inzwischen auf 140 Plätze vorgenommen hat. Das ging natürlich auch einher mit einem drastischen Anstieg der Nachfrage.

Seit Mitte der 90er-Jahre stagniert allerdings die Anzahl der FÖJ-Plätze mehr oder weniger. Seit sechs Jahren liegt sie bei nur 140 Plätzen. Diese 140 Plätze waren noch im letzten Jahr und im vorletzten Jahr auf 93 bis 100 Einsatzstellen verteilt. Jetzt sind es 140 Einsatzstellen für 140 Plätze. Das heißt, jede Einsatzstelle kann maximal eine Stelle bekommen.

Frau Steiner hat eben ausgeführt, dass gerade die Umweltbildungszentren aufgrund ihrer knappen Ressourcen darauf angewiesen sind, die FÖJ-Plätze zugeteilt zu bekommen. Den Anstieg der Zahl der Einsatzstellen, die Herr Minister Jüttner mit einer FÖJ-Stelle beglückt hat, ist nach meiner Meinung nach dem Motto erfolgt: Ich habe zwar kein Geld für die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Umweltbildung. Aber ich könnte ja so als Deckmäntelchen denen immer mehr Stellen versprechen, denn die habe ich ja schon. Die kann ich woanders wegnehmen und denen dann zuschustern. - Es wird einfach nur verschoben!

Herr Minister Jüttner, Sie sollten sich wirklich einmal mit der tatsächlichen Arbeit in den unter-

schiedlichen Einsatzstellen inhaltlich näher beschäftigen. Dann würden Sie unschwer erkennen, dass Ihre Vorgehensweise zu massiven Einschnitten in der Arbeit der einzelnen Einrichtungen in der Umweltbildung führen wird und auch schon geführt hat. Viele Einrichtungen sind auf die Beibehaltung der bisherigen Anzahl von FÖJ-Stellen angewiesen, um so das Angebot für Schüler, Lehrkräfte, interessierte Bevölkerungsgruppen etc. aufrechterhalten zu können. Es sollte doch im Interesse aller liegen, dem ökologischen Aspekt in unserer Gesellschaft etwas mehr Beachtung zu schenken.

Doch Ihre Vorgehensweise, Herr Minister, missachtet diesen Bereich der Umweltbildung. Der eigentliche Ansatz der Arbeit wird konterkariert und wird sich in Zukunft nicht mehr als qualifizierte Umweltbildungsmaßnahme darstellen, sondern wird lediglich oberflächlich einen ökologischen Anstrich haben, ohne zu der angestrebten Nachhaltigkeit der Bildungsarbeit zu führen. Sollte dies in Ihrem Interesse liegen, dann machen Sie weiter so. Allerdings tun Sie damit weder der Umwelt noch den jungen Menschen oder der Gesellschaft einen Gefallen.

Ich kann auch nicht begreifen, dass Sie das FÖJ nicht als Möglichkeit der Berufsfindung akzeptieren wollen. Gespräche, die ich mit den Handwerkskammern geführt habe, haben mir jedenfalls deutlich gemacht, dass insbesondere in den Bereichen der Ökologie und deren Anwendung in alltäglichen - nicht nur in besonderen - Bereichen eine große Möglichkeit für neue und qualifizierte Berufsfelder liegen wird. Dabei ist der Schwerpunkt nicht nur auf die Erstinstallation von Solarfotovoltaikanlagen, Abfallsortieranlagen, Wasseraufbereitungsanlagen etc. zu sehen. Der Schwerpunkt wird auf der Anwendung und auf der damit benötigten Dienstleistungsebene liegen. Hier liegt ein unheimliches Potential, das den jungen Menschen bei der Berufsfindung näher gebracht werden muss.

Meine Damen und Herren, zudem würden diese Berufsfelder auch durch die Anerkennung des FÖJ als eine Berufsfindungsmöglichkeit aufgewertet werden. Sollten Sie mit dieser Auffassung Probleme haben, Herr Jüttner, lassen Sie sich doch einmal von der Sozialministerin erklären, wie sich das Freiwillige Soziale Jahr auf den weiteren beruflichen Werdegang der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auswirkt. Ebenso hätten Sie durch diese Anerkennung auch die Möglichkeit, Drittmittel in

nicht unerheblicher Höhe zu requirieren. Frau Steiner hat dazu schon einiges gesagt, sodass ich das hier jetzt nicht vertiefen möchte. Sie hätten eben die Möglichkeit, mehr FÖJ-Stellen zu finanzieren und das wirklich nicht zu üppige Taschengeld den heutigen Maßstäben anzupassen.

Meine Damen und Herren, das durchschnittliche Taschengeld beträgt 150 Euro im Monat. Ich lese, dass das Umweltministerium Zuwendungen für Taschengeld und Sozialversicherung im Monat von 350 Euro bei freier Kost und Logis gegenüber 215 Euro ohne Kost und Logis gewährt. Ich unterstelle einfach einmal, dass Ihnen, Herr Minister Jüttner, nicht aufgefallen ist, als Sie die Antwort unterzeichnet haben, dass es sich hier wohl um einen Zahlendreher handelt. Sonst wäre das sehr unlogisch. Diejenigen, die freie Kost und Logis erhalten, sollten reduzierte Zuschüsse bekommen, die, die selbst dafür aufkommen müssen, sollten dementsprechend diesen Zuschlag bekommen.

(Zuruf von der SPD: Es sei denn, das Essen schmeckt so schlecht!)

- Das kann ich nicht beurteilen.

So wünschenswert es auch wäre, das Taschengeld zu erhöhen, so sehen wir von der CDU-Fraktion hier nicht den vorrangigen Bedarf. Uns wäre es wesentlich wichtiger, die Zahl der FÖJ-Stellen anzuheben, um so der Nachfrage wenigstens annähernd gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit lässt sich hier nicht das gesamte Spektrum der beachtlichen Leistungen von Umwelteinrichtungen der unterschiedlichsten Art und der von den jungen Menschen im FÖJ geleisteten Arbeit darstellen. Die CDU-Fraktion hofft jedoch auf ausführliche und vor allen Dingen konstruktive Beratungen in den Ausschüssen mit dem Ziel, die Landesregierung von der Notwendigkeit der Aufstockung der Zahl der benötigten FÖJ-Plätze überzeugen zu können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Herr Kollege Grote.

# **Grote** (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, Frau Steiner, das FÖJ in Niedersachsen ist ohne Frage eine Erfolgsgeschichte. 1987 hat Niedersachsen als erstes Bundesland ein FÖJ ins Leben gerufen mit dem Ziel, jungen Menschen eine Möglichkeit zum freiwilligen Engagement im Umwelt- und Naturschutzbereich anzubieten. Begann man im FÖJ-Jahrgang 1987/88 mit 32 Plätzen in 14 Einsatzstellen, so werden seit 1997/98 140 FÖJ-Plätze interessierten jungen Menschen zwischen 15 und 26 Jahren über ganz Niedersachsen verteilt zur Verfügung gestellt.

Für die hohe Qualität des niedersächsischen FÖJ spricht, dass sich, obwohl inzwischen alle anderen Bundesländer ebenfalls das FÖJ anbieten, rund 400 junge Menschen um einen niedersächsischen Platz bewerben. Von den 140, die zum Zuge kommen, kommen in der Regel 30 % aus anderen Bundesländern.

(Frau Vockert [CDU]: Dann müssten wir die Zahl noch ausweiten!)

In den 140 Einsatzstellen wird den Interessierten ein breites Spektrum von Tätigkeitsfeldern angeboten: in der Jugendumweltarbeit, in der Informationsarbeit zur nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise, in der Informationsarbeit zum Schutz von Umwelt und Natur, in der Umweltbildungsarbeit mit unterschiedlichsten Zielgruppen und in der Praxis des Landschafts- und Naturschutzes.

Nun zum Antrag der Grünen. In Punkt 1 geht es um die Anpassung des Angebotes an die Nachfrage. Es ist unstrittig, dass das Interesse von jungen Menschen am niedersächsischen FÖJ ungebrochen ist. Wir sind zu Recht stolz darauf. Manches, was wünschenswert ist, stößt andererseits an finanzielle Grenzen.

(Frau Vockert [CDU]: Oh!)

Wir sind mehr als zufrieden, dass trotz der angespannten Haushaltslage seit 1997 gemeinsam mit der Niedersächsischen Umwelt- und Wattenmeerstiftung 140 FÖJ-Plätze finanziert werden können. Davon hat das Land 80 Plätze, die Umweltstiftung 30 Plätze, die Wattenmeerstiftung auch 30 Plätze.

Durch das FÖJ in Niedersachsen entstehen immerhin Gesamtkosten von 800 000 Euro im Jahr, 310 000 Euro für Pädagogik, Personal und Verwaltungskosten, 490 000 Euro als Zuwendungen für die Einsatzstellen, Taschengeld und Sozialversicherung.

Davon entfallen ca. 280 000 Euro auf die 80 vom Land finanzierten Plätze. Außerdem bleibt festzuhalten, dass Niedersachsen mit 140 angebotenen Plätzen in der Spitzengruppe aller Bundesländer liegt. Nur Berlin und Sachsen bieten mehr an.

Eine Richtigstellung am Rande: Wenn die Grünen fordern, das Angebot an Teilnehmerplätzen der ständig wachsenden Nachfrage anzupassen, dann hätten sie vorher besser die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU-Fraktion vom 22. April lesen sollen. Dort hätten sie auf Seite 5 nachlesen können, dass sich die Bewerberzahlen seit zwei Jahren bei rund 400 eingependelt haben, nachdem der Höchststand 1995, 1996, 1997 bei ca. 600 Bewerbern lag. Die Bewerberzahlen gehen also zurück.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Also stimmt es doch: 400!)

Wenn die Grünen ihre Forderung nach Aufstockung der Teilnehmerplätze nun damit begründen, dass die Arbeit der Institutionen durch die mögliche Reduzierung der Teilnehmerplätze gefährdet sei, dann kennen sie das Gesetz des Bundes zur Förderung des FÖJ nicht. Dort wird nämlich explizit festgelegt, dass der Einsatz der FÖJ-Teilnehmer arbeitsplatzneutral zu erfolgen hat. Es soll sich nicht um ein Instrument zum Ersatz regulärer Arbeitsplätze bei Umwelt- und Naturschutzverbänden handeln.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Das ist beim Zivildienst ganz genauso!)

Das FÖJ ist kein arbeitsmarktpolitisches Instrument, sondern eine wichtige ökologische Bildungsmaßnahme für junge Menschen.

Die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Zahl neuer Einsatzstellen hat dazu beigetragen, die Basis für ein vielfältiges, attraktives FÖJ-Angebot in Niedersachsen zu verbreitern. Sie war also gewünscht. Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die jungen Menschen sich direkt bei den Einsatzstellen bewerben und somit die Attraktivität der Einsatzstelle entscheidend für das Interesse von Bewerbern an einer bestimmten FÖJ-Stelle ist.

Nun zu Ihrer zweiten Forderung nach Erhöhung des Taschengeldes für die Teilnehmer: Bei der Beratung des Doppelhaushalts 2002/2003 haben auch wir diskutiert, ob eine Erhöhung des Taschengeldes erfolgen sollte. Wegen der begrenzten Haushaltsmittel haben wir uns dafür entschieden,

es bei den 300 DM bzw. jetzt ca. 150 Euro zu belassen, da bei gleichem Etat eine Erhöhung des Taschengeldes zu einer Reduzierung der FÖJ-Plätze geführt hätte. Das wollten wir natürlich nicht.

Niedersachsen steht im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht schlecht da, weil rund die Hälfte der Einsatzstellen auch noch kostenlose Unterkunft gewähren und zwei Fünftel kostenlos Verpflegung bieten.

Richtig ist, dass andere Bundesländer auch noch Zuschüsse für Unterkunft und Verpflegung oder Fahrtkosten zahlen. In einigen Fällen werden aber zur Mitfinanzierung dieser Kosten die Einsatzstellen herangezogen. Dies wollten wir in Niedersachsen jedoch auch nicht tun, da dann ohne Frage das vielfältige Angebot geringer wird.

Festzuhalten ist: Die Höhe des Taschengeldes von 300 DM bzw. 150 Euro hat die Attraktivität - die Bewerberzahlen sagen das ja - des niedersächsischen FÖJ nicht geschmälert.

Zu Nr. 3 Ihres Antrages, das FÖJ auf die berufliche Orientierung auszurichten: Vom Bund wurden 1993 sowohl das FÖJ als auch das Freiwillige Soziale Jahr gesetzlich geregelt, und zwar als jugendpolitische Bildungsmaßnahme. Somit wäre es Sache des Bundes, hier gegebenenfalls die Richtlinien zu verändern. Die Begründung für die gewünschte Änderung, dass damit wie in Nordrhein-Westfalen EU-Mittel zur Kofinanzierung eingeworben werden können, ist faktisch falsch. Nachfragen von uns in Düsseldorf haben ergeben, dass auch dort keine EU-Mittel für das FÖJ eingesetzt werden. Richtig ist lediglich, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegenwärtig prüft, ob Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds als Komplementärmittel für das FÖJ eingeworben werden können. Das Ergebnis dieser Prüfung gilt es abzuwarten.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben in diesem Jahr mehrere Anträge zur Ökologie eingereicht: Ökologisches Jahr, FÖJ usw. In jedem dieser Anträge wird mehr verlangt: mehr Geld, was auch gleichzeitig mehr Staat bedeutet. Bei den Haushaltsberatungen steht dann Herr Golibrzuch hier und haut uns um die Ohren, auf welche wesentlichen Sachen des Landes Niedersachsen wir uns eigentlich beschränken müssten.

(Fischer [CDU]: Eben, man muss Prioritäten setzen!)

Ich glaube, wenn Sie diese Anträge formulieren, ist er nicht dabei, um sich mit Ihnen abzustimmen.

Bevor ich hier vom Pult wegtrete, möchte ich noch beantragen, dass der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Mitberatung einbezogen wird. Es wurde bereits erwähnt, dass insbesondere im Forstbereich viele Plätze für dieses Freiwillige Ökologische Jahr angeboten werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Mit dem vorliegenden Antrag soll sich der Ausschuss für Umweltfragen federführend befassen. Die Mitberatung soll im Ausschuss für Jugend und Sport, im Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen sowie zusätzlich, wie von der SPD-Fraktion beantragt worden ist, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erfolgen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit und wünsche einen angenehmen Abend. Wir setzen unsere Beratungen morgen früh fort.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr.